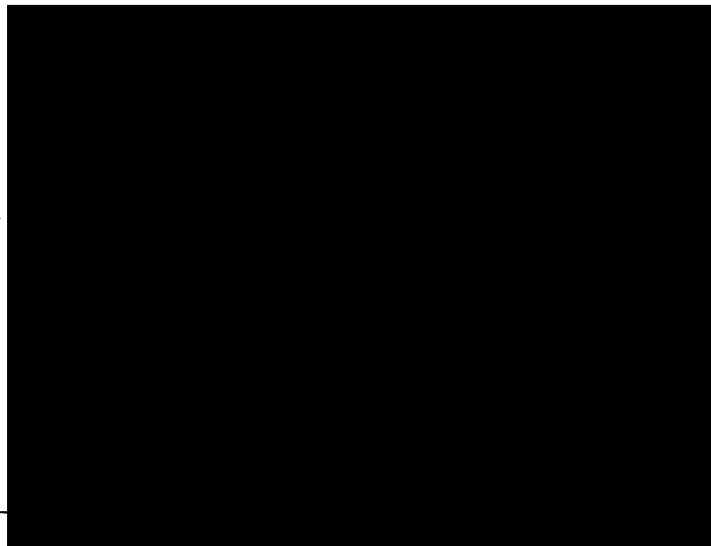


25X1A

B 1228 CIA, [REDACTED]
GERMANY (RUSSIAN ZONE) 31 AUG 51
DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT, JANUARY
ISSUE [REDACTED]

IP 1 ENCL (PUBLICATION IN GERMAN)
RESTRI



CONTROL NUMBER										
	00000	11111	22222	33333	44444	55555	66666	77777	88888	99999
	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31	26 27 28 29 30 31

INTELLOFAX 5

FORM NO. 5
MAY 1949

Approved For Release 2001/03/23 : CIA-RDP83-00415R008800270003-2

CLASSIFICATION

RESTRICTED

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CD NO. 25X1A

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 31 August 1951

SUBJECT Deutsche Finanzwirtschaft, January Issue

NO. OF PAGES

25X1A
PAGE
ACQUIRED

25X1A

11 1228

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

DATE OF INFO
ACQUIRED

SUPPLEMENT TO
REPORT NO. 25X1X

The attached publication is forwarded to you on indefinite loan. It is an overt publication. If there is any interest in this publication, it can be forwarded to you regularly.

NO NOT DETACH

CLASSIFICATION RESTRICTED

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION	SEP 19 3 24 PM '51								
ARMY	AIR		ORR									

SM

Approved For Release 2001/03/23 : CIA-RDP83-00415R008800270003-2

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

25X1A

HERAUSGEGEBEN VOM MINISTERIUM DER FINANZEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

INHALTSÜBERSICHT

Greg Kuckhoff: Die Aufgaben der Banken im Fünfjahrplan	1
Charles Dewey und Walter Heinicke: Zu den Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank	2
Staatspräsident Wilhelm Pieck 75 Jahre	3
Um die Verbesserung der Verwaltungsarbeit	11
Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit	12
Claus Hielscher: Persönliche Einsparungskonten der Aktivisten	14
Die Finanzangestellten und der Moog-Prozeß	16
Saboteure in der Volkswerft Stralsund	17
Dr. Karl Kaiser: Formale Gleichheit — reale Ungleichheit bei der steuerlichen Familienermäßigung	18
Walter Torge: Erfahrung bei der Kontrolle der Erfüllung der Finanzpläne 1950 im volkseigenen Handel	22
Max Pichmann: Lehren aus der Investitionsplanung 1950	24
Erhart Knauth: Einige Probleme der Finanzplanung	25
Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort:	
Ein Weg zur schnellen Ermittlung des Betriebserfolges	29
Warum ist das kaufmännische Personal überlastet?	29
Die neue KQ Selbstkostenplanabrechnung	30
Vereinfacht das Abrechnungsverfahren!	32
Betrifft Thema: Überlastung des Verwaltungsapparates der VEB	33

Entwickelt die Initiative der Verwaltungsangestellten!	33
Was ist Bürokratie?	34
Meldungen und Revisionen in der geplanten Wirtschaft, vom Betrieb aus gesehen	36

Umschau

Die Staatsanleihen der UdSSR	38
Zur Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts	40
Die Aufhebung der Gemeindegetränksteuer	41
Das Gesetz des Fortschritts	41
Trübe Aussichten für Westdeutschland	41

Wir stellen zur Diskussion

Dr. jur. Berthold Riedel: Die Gestaltung des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft	43
F.-A. Rückel: Buchhaltung und Plankontrolle	46
Willy Wittig: Sind die Investitions-Kreuzbuchungen nötig?	48

Fachnachrichten für Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft Nr. 1.....(1)	81
---	----

Fachnachrichten für den Staatshaushalt Nr. 3.....(10)	85
Abgabenblatt Nr. 1.....(1)	89

Nachrichten für den Geld- und Kreditverkehr Nr. 1.....(1)	93
--	----

JAHRGANG 5

1. u. 2. JANUARHEFT 1951

VERKAUFSPREIS DM 2,-

VERLAG „DIE WIRTSCHAFT“ GMBH



BERLIN W8 · FRIEDRICHSTRASSE 61

Finanzen der volkseigenen Wirtschaft

Alfred Dietzmann: Zur Kritik der Ist-Kosten	50
F. Schlote: Erfahrungsaustausch über die Finanzierung 1951	51
Vorräte, Inventuren, Bewertung!	53
Wilhelm Hildebrandt: Zurechnung von Gemeinkostenzuschlägen für Investitionen und Generalreparaturen	55
Herbert Grumbach: Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit für die Verwaltungen der volkseigenen Industrie	58

Der einheitliche Staatshaushalt

Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens	59
Dr. Wilfried Stier: Gedanken über die Anwendung des Haushaltsschemas ...	60

Aus der Steuerpraxis

Paul Grimm: Erhebung und Verwaltung der Gemeindesteuern durch die Abgabenverwaltung der Republik	61
Alfred Mitlöhner: Der Beitragseinzug zur Sozialversicherung — eine neue Aufgabe der Finanzämter	64
Die Neuregelung der Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer	65
Martin Brendel: Fragen des Entgelts bei der Umsatzsteuer	65
Die steuerliche Überwachung der Zuckerkampagne 1950/1951	67

Banken und Versicherungen

Dr. Hans Loch: Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs	69
Werner Arnold: Ausgleich statt Rückversicherung	69

Fragen aus dem Leserkreis

Wie sind Verträge aus der Zeit vor der Währungsreform zu erfüllen?	71
Anwendung der Reisekosten-Verordnung	72
Buchung der Abschreibungen in der Anlagenkartei	72
Aus dem Umsatzsteuerrecht, Verzugszinsen	73
Der Begriff Großhandel	73
Steuerschulden der früheren sequestrierten Betriebe	73

Gesetze / Verordnungen Anordnungen

Gesetzblatt Nr. 131, 132, 133, 135, 136, 138, 139	74
Gesetzblatt Nr. 140, 142, 144, 145, 146, 147, 148	75
Anordnung Nr. 84	75
Anordnung Nr. 88, 102, 103, 104, 106, 109	76
Anordnung Nr. 110, 111, 112, 113	77
Anordnung Nr. 114, 115, 116, 117, 118	78
Anordnung Nr. 119, 120, 121, 122, 124, 125	79
Anordnung Nr. 127, 128, 130, 1	80

Als Heft 8 der Schriftenreihe „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“ ist erschienen:

Die Finanzplanung

nach dem Stand von 1951

in der volkseigenen Wirtschaft

Kommentare / Richtlinien / Formulare

Die Schrift zerfällt in drei Teile. Der erste Teil „Die Finanzplanung der volkseigenen Wirtschaft 1951 — Grundsätze und Erläuterungen“ enthält neben einigen einführenden grundsätzlichen Artikeln Kommentare zu den im Teil II enthaltenen Richtlinien zur Finanzplanung.

In den einleitenden Artikeln des ersten Teils, die sich mit den Grundprinzipien der Finanzplanung befassen, gibt zunächst der Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Finanzen der VEW im Ministerium der Finanzen, Johannes Rudolph, einen Überblick über die Durchführung der Finanzplanung und Finanzkontrolle in der volkseigenen Wirtschaft. In einem anderen Aufsatz werden die Grundzüge dieser Planung herausgestellt. In weiteren drei Artikeln wird zu einigen besonders wichtigen Teilen dieser Planung Stellung genommen. Ein letzter Artikel befaßt sich mit der Kontrolle der Finanzplanerstellung.

Diese Artikelgruppe soll allen mit dieser Planung befaßten Mitarbeitern der volkseigenen Wirtschaft nochmals die Wichtigkeit ihrer Arbeit vor Augen führen und sie mit den für die Planung 1951 erforderlichen Grundsätzen vertraut machen.

Die zweite Artikelgruppe des ersten Teils gibt die eigentlichen Kommentare zu den im Teil II gegebenen Richtlinien. Er ist gegliedert nach den einzelnen Zweigen der volkseigenen Wirtschaft. Soweit die Industriezweige bzw. Wirtschaftszweige bereits in die Planung einbezogen waren, wird in diesen Artikeln speziell auf die Neuerungen der Finanzplanung 1951 hingewiesen, während in den Zweigen, die ab 1951 neu in die Planung eingebaut werden, eingehendere Hinweise erforderlich erschienen.

Die Richtlinien für die einzelnen Wirtschaftszweige im zweiten Teil des Heftes sind amtliche Anordnungen des Ministeriums der Finanzen, denen die erforderlichen Formulare zur Erläuterung als Teil III beigelegt sind.

Umfang 350 Seiten Preis DM 6,25 Format DIN A 4

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag

VERLAG **Die Wirtschaft** BERLIN W 8, FRIEDRICHSTRASSE 81

Herausgegeben
vom Ministerium
der Finanzen
der Deutschen
Demokratischen Republik

DEUTSCHE FINANZWIRTSCHAFT

DOPPELNUMMER 1/2

Zeitschrift für die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe, für Fragen des Staatshaushaltes u. Kreditwesens, für Steuer- u. Preisrecht

JAHRGANG 5

BERLIN • 1. u. 2. JANUARHEFT 1951

Die Aufgaben der Banken im Fünfjahrplan

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat mit Wirkung vom 1. Dezember 1950 Frau Greta Kuckhoff zum Präsidenten der Deutschen Notenbank ernannt. Damit ist zum erstenmal eine Frau auf den verantwortungsvollen Posten eines Notenbankpräsidenten erhoben worden. Frau Greta Kuckhoff ist 48 Jahre alt. Während des Hitlerkrieges war sie wegen aktiven Widerstandes gegen den Faschismus verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Ihr Mann wurde durch die Hitlerbarbaren hingerichtet. Nach der Befreiung durch die Sowjetarmee stellte sie sich sofort unserem Aufbau zur Verfügung. Sie arbeitete erst als Referentin in der Abteilung Ernährung im Magistrat Berlin und war dann bis Oktober 1949 Mitglied des Sekretariats der DWK. Nach der Bildung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde sie Hauptabteilungsleiterin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Bei der Einführung in ihren neuen Wirkungskreis als Präsident der Deutschen Notenbank umriß Frau Greta Kuckhoff die wichtigsten durch den Fünfjahrplan gestellten Aufgaben.

Wir geben ihre weit über den Rahmen der Veranstaltung hinaus interessierenden Ausführungen in gekürzter Form wieder:

„Es ist für mich eine Ehre und zugleich eine große Verpflichtung, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mich zum Präsidenten der Deutschen Notenbank zu einem Zeitpunkt ernannt hat, wo dieser Institution so bedeutsame und wichtige Aufgaben bevorstehen.

Der in Kürze der Volkskammer zur Bestätigung vorliegende Fünfjahrplan verlangt von uns allen — und gerade auch von diesem Haus mit allen seinen Mitarbeitern — ein hohes Maß an Klarheit über die politischen und wirtschaftlichen Ziele und umfassende Kenntnisse auf jedem Fachgebiet, um diese Ziele möglichst reibungslos zu erreichen.

Wir werden in den nächsten Wochen in noch größerem Maße als bisher systematisch untersuchen müssen, wie wir die Kreditpolitik als Hebel des Planes benutzen können. Wir werden lernen müssen, bis in die untersten Zweigstellen mit stets wacher Aufmerksamkeit die Durchführung der Pläne in der volkseigenen Wirtschaft — in Produktion und Handel — zu beobachten, Engpässe und Schwierigkeiten schnell zu erkennen und beseitigen zu helfen. Wir alle wissen, daß es nicht genügt, einen gut durchdachten Plan aufzustellen — die Hauptarbeit muß während der Erfüllungsperiode geleistet werden. Ohne eine systematische Kontrolle aber ist es nicht möglich, ihn an Ort und Stelle zu präzisieren und



Präsident der Deutschen Notenbank, Greta Kuckhoff

wenn nötig zu berichtigen. Zu diesem Zweck müssen Reserven aufgedeckt, Disproportionen verhütet, muß das Tempo beschleunigt werden. Wir aber müssen unsere Möglichkeiten voll ausnutzen: um festgestellte Fehler und Planabweichungen oder die Nichterfüllung rechtzeitig zu signalisieren, damit die Planungsorgane und die leitenden Fachministerien die notwendigen Hinweise erhalten, um die Mängel abstellen zu können.

Es gibt eine Reihe von Grundvoraussetzungen, die in allen Verwaltungen, allen Institutionen und Organen unserer demokratischen Republik — und so auch bei uns — geschaffen werden müssen. Das ist erstens die auf dem jeweiligen Arbeitsgebiet bis ins einzelne gehende Kenntnis des Planes und die Kenntnis der Methoden, mit denen die Erfüllung des Planes gerade auf diesem speziellen Gebiet gesichert wird. Voraussetzung ist die Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Wirtschaft, ferner die Erkenntnis, daß der Fünfjahrplan nicht einfach ein technisches Hilfsmittel ist zur bestmöglichen ökonomischen Entwicklung, sondern zugleich ein Plan, durch den die ökonomische und soziale Struktur geschaffen oder gefestigt wird, die allein

eine krisenfeste Wirtschaft, die Einheit Deutschlands und den Frieden gewährleistet.

Dieses Wissen und die unbeirrbar Gewißheit, daß die werktätigen Massen in unserer antifaschistisch demokratischen Ordnung die Träger des Planes sind, das sind die festen Grundlagen unserer Arbeit.

Unser Programm ist der Fünfjahrplan. Die Schwerpunktaufgaben, die uns darin gestellt sind, müssen aus dem Strukturplan klar abgelesen werden können. Wir hätten keinen langfristigen und umfassenden Volkswirtschaftsplan aufstellen können, ohne daß der volkseigene Sektor in Produktion und Handel als Grundlage unseres Wirtschaftsaufbaus gefestigt war. Diesen Sektor nach dem strengen Prinzip der Rentabilität entwickeln zu helfen, ihn so zum Grundpfeiler des Aufbaus zu machen, entsprechend den im Fünfjahrplan festgelegten Zahlen — das ist eine der Hauptaufgaben des Kreditinstituts der Deutschen Demokratischen Republik. Der Stellvertretende Ministerpräsident, Herr Walter Ulbricht, betont immer wieder, daß die gewaltigen neuen Aufgaben von allen höchste Anstrengung, Plandisziplin und eine exakte Kontrolle verlangen. Jedes Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg muß beseitigt, jede fehlerhafte Entwicklung, die dem Plan nicht entspricht, schnellstens festgestellt werden, damit die Gründe aufgedeckt, die Fehler abgestellt werden können, und so die Planerfüllung gesichert wird. Die Kontrolle der Wirtschaft durch die Mark liegt zu einem wesentlichen Teil in der Hand der DNB — sie muß sie streng, aber immer den Planzielen entsprechend durchführen.

Die Bank aber kann diese Funktion nur dann erfüllen, wenn wir es verstehen, die richtigen Mitarbeiter heranzuziehen. Doch genügt das nicht, wir müssen neue Kader erziehen, die sowohl ideologisch wie fachlich den komplexen

Problemen gewachsen sind. Bei der Schaffung neuer Kader ist bisher keineswegs ein Zustand erreicht worden, der uns befriedigen kann. Aber es ist eine der Schlüsselfragen zur Erfüllung unseres Planes. Worauf es uns ankommt, ist, daß die der demokratischen Sache ergebenden Fachleute ihr in langen Jahren erworbenes Wissen aufgeschlossen den neuen Kräften weitergeben —, um sie so systematisch zu schulen und zugleich von ihrer Frische zu lernen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß es uns gemeinsam gelingen wird, hier einen wirklichen Durchbruch zu erzielen. Unsere neuen Kader begnügen sich nicht mehr mit allgemeinem politischem Wissen. Sie werden alles daransetzen, von unsern bewährten Fachleuten die Technik zu erlernen, die sie in die Lage versetzt, aus den alten Methoden systematisch die neuen zu entwickeln, die der neuen Zielsetzung angemessen sind.

Unsere Mitarbeiter — die alten wie die jungen — werden sowohl an die politische wie an die fachliche und berufliche Qualifikation hohe Maßstäbe anlegen müssen, um den Aufgaben gerecht zu werden.

Aber erst eine solche Qualifikation macht — das weiß jeder aus eigener Erfahrung — die Arbeit zu einer wirklichen Freude. Die Verbindung eines weiten sozialpolitischen Gesichtskreises mit Disziplin und schöpferischer Initiative und die Fähigkeit, die Aktivität der Massen zu organisieren, das ist es, was ich diesem Hause wünsche. Dann werden wir alle Schwierigkeiten, deren ich mir durchaus bewußt bin, gemeinsam überwinden und ein wichtiges Organ der Planerfüllung werden und zugleich ein Arbeitskollektiv, das der Einheit Deutschlands und dem Frieden der Welt dient.



Zu den Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank

Von Charles Dewey und Walter Heinicke, Deutsche Notenbank

A. Allgemeine Grundlagen der Finanzkontrolle

Der Kampf um den Frieden, die Unabhängigkeit und Einheit unseres Vaterlandes erfordern eine fortgesetzte Festigung und Stärkung unserer Republik. Dabei spielen wirtschaftliche Erfolge, wie die Erfüllung des Zweijahrplanes in seinen wesentlichen Teilen in 1 1/2 Jahren und die daraus resultierenden Verbesserungen der Lebenshaltung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Die Deutsche Notenbank (DNB) hat

bei der Herbeiführung der wirtschaftlichen Erfolge große Aufgaben zu erfüllen, und zwar: die Sammlung freier Geldmittel und die Zuführung dieser Mittel mit Hilfe des Kredits an Stellen, die sie zur Durchführung der Friedenswirtschaft benötigen; die Regulierung des Geldumlaufs und die Durchführung der Geldemission mit dem Ziel, auf der Basis des stetig steigenden Warenzuflusses und der laufenden Steigerung der Arbeitsproduktivität eine dauernd fortschreitende Kaufkraft-erhöhung der Deutschen Mark zu erreichen; die Abwicklung eines dem reibungslosen Wirtschaftsablauf dienenden Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs; die Führung der Kassengeschäfte des Staatshaushalts; die Durchführung des Devisen- und Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und Westdeutschland sowie die ihr zufallende Kontrolle der Wirtschaft, insbesondere die

Fortsetzung auf Seite 4

STAATSPRÄSIDENT WILHELM PIECK 75 JAHRE



Foto Illus

Am 3. Januar beging der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, seinen 75. Geburtstag. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte steht eine Persönlichkeit an der Spitze des Staates, die aus den Reihen der Werktätigen hervorgegangen ist, deren Kämpfen und Wirken immer den Belangen und dem Wohle der Arbeiterklasse galt.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zollt ihrem Präsidenten an seinem 75. Geburtstag Liebe und Verehrung. Unbeirrbar schritt er, allen Fährnissen zum Trotz, den gradlinigen Weg eines Kämpfers für die Interessen der Werktätigen. Durchdrungen vom Glauben an den Sieg der Sache, kämpfte er unermüdlich für die Einheit der Arbeiterklasse, um ihr den Sieg über die kriegslüsternen Kräfte des Imperialismus zu ebnen. Schwer und voller Strapazen waren die fünfundfünfzig Jahre Kampf, die ihn vom einfachen Holzarbeiter an die Spitze der Deutschen Demokratischen Republik führten. Wir aber wissen, daß der Beste und Würdigste an diesen Platz gestellt worden ist.

Sein Wirken gilt dem Wohle des ganzen deutschen Volkes. Seine ganze Kraft setzt er dafür ein, es den Weg in eine glückliche Zukunft, den Weg des Friedens und des Aufbaues, zu führen, der nur gemeinsam mit der Führerin des Friedenslagers, der großen Sowjetunion, den Volksdemokratien und den Friedenskräften in aller Welt beschritten werden kann.

Gleich Wilhelm Pieck müssen alle deutschen Menschen sich mit allen Kräften für Frieden und Aufbau einsetzen. Er soll uns ein leuchtendes Vorbild sein im Kampf gegen Krieg, Ausbeutung und Sklaverei.

An seinem 75. Geburtstag huldigt das ganze demokratische Deutschland diesem unermüdlichen Vorkämpfer für Frieden, Einheit und Demokratie. Möge ihm noch viele Jahre seine Gesundheit, seine Geistesfrische und sein Kämpfermut erhalten bleiben, zum Wohle eines friedliebenden, demokratischen, geeinten Deutschlands.

Fortsetzung von Seite 2

richtige Verwendung und Anwendung der DM zur Kontrolle eines dem Plan entsprechenden Wirtschaftsablaufs.

Die Verwirklichung des Fünfjahrplans fordert von den Mitarbeitern der DNB eine weitere allseitige Verbesserung der Arbeit, wenn die Bank nicht hinter der Entwicklung der anderen Teile der Wirtschaft zurückbleiben will. Ein Zurückbleiben aber könnte zu Diskrepanzen innerhalb unserer Wirtschaft führen, was Auswirkungen auf den erfolgreichen Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes und den Frieden haben muß.

Die folgenden Ausführungen sollen der Verbesserung der Kontrolltätigkeit der DNB dienen.

Die Bankenkontrolle ist ein Teil der Finanzkontrolle, die Finanzkontrolle ein Teil der Plankontrolle.

Das grundlegende Gesetz unserer ökonomischen Entwicklung ist die Planung. Die Planung wurde möglich und notwendig durch die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates und den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die Enteignung der Kriegsverbrecher des Hitlerkrieges und die Schaffung des Volkseigentums mit Hilfe der sozialistischen Sowjetunion. Infolge der politischen und ökonomischen Situation Deutschlands existiert bei uns nicht, wie in der Sowjetunion und den benachbarten Volksdemokratien, Planwirtschaft, sondern Wirtschaftsplanung, was bedeutet, daß unsere Planung einen antifaschistisch-demokratischen, antiimperialistischen und nationalen, aber keinen sozialistischen Inhalt hat. Dementsprechend ist auch die Wirkung des Wertgesetzes bei uns eine andere als im System der sozialistischen Planwirtschaft. Obwohl sich das Wertgesetz im Prozesse seiner Unterordnung unter das Gesetz der Planung befindet und eben deshalb Wirtschaftskrisen, wie sie zum Wesen des Kapitalismus gehören, unmöglich sind, wirkt das Wertgesetz auch in seiner kapitalistischen Form als Gesetz der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten zum Zwecke der Erzielung von Profiten, und es wird diese Wirkungsweise auch nicht beseitigt. Im Fünfjahrplan ist ein Anwachsen der privatkapitalistischen Produktion vorgesehen. Das Wertgesetz verwandelt den Wert der Waren in Geld. In der Existenz des Wertgesetzes liegt die Begründung, daß die Plankontrolle auch die Form der Finanzkontrolle annehmen kann.

Die Plankontrolle ist ein außerordentlich wichtiger Bestandteil der Planung der Wirtschaft überhaupt. Sie gehört zum Wesen der Planung. Indem ein Plan aufgestellt wird, gibt man der Wirtschaft eine ganz bestimmte Entwicklungsrichtung, ein bestimmtes Entwicklungstempo, unterwirft also die wirtschaftliche Tätigkeit von vornherein einer Kontrolle. Jedoch gewinnt die Kontrolle erst ihre volle Wirksamkeit mit der Kontrolle der Plandurchführung. Erst die Kontrolle der Plandurchführung verhindert Disproportionen in der Wirtschaft und garantiert den Erfolg der Planung. „Wir brauchen die Pläne“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Molotow, auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B), „um zu kontrollieren, wie unsere Wirtschaftsarbeit geführt wird. Wenn jedoch der Plan nicht mit der Durchführungskontrolle in Verbindung steht, wird er zu einem Fetzen Papier, zu einer Null.“¹⁾

¹⁾ Zitiert nach A. M. Alexandrow: Finanzen und Kredit der UdSSR, Staatsverlag für Finanzliteratur, Leningrad 1948, S. 304, russisch.

B. Die Kontrolle durch die Deutsche Mark

Die Finanzkontrolle als Teil der gesamten Plankontrolle basiert auf der Kontrolle durch die DM. Diese Kontrolle ist zunächst eine innerbetriebliche Kontrolle. Die Betriebe der volkseigenen Wirtschaft erhalten zur Durchführung ihrer geplanten Produktions- und Zirkulationsaufgaben neben den materiellen Fonds Geldmittel in einer angemessenen Höhe zur Verfügung gestellt, die es ihnen ermöglichen, diese Aufgaben durchzuführen. Erhöhen die VEB durch Entwicklung neuer Arbeitsmethoden, neuer Organisationsprinzipien, durch Materialeinsparungen und andere Verbesserungen, in der Gegenwart besonders durch den Aktivistenplan, die Produktivität und Leistung des Betriebes über die im Plan vorgesehene Höhe, so kann der Betrieb überplanmäßige Gewinne verzeichnen, umgekehrt werden ihm Geldmittel fehlen zur planmäßigen Durchführung seiner Aufgaben, wird er einen Verlust ausweisen, wenn die Arbeitsproduktivität und Betriebsleistung hinter der Planaufgabe zurückbleiben. Weil sich also der Ausstattung der Betriebe mit materiellen Fonds eine entsprechende Ausstattung mit finanziellen Mitteln hinzugesellt, der Betrieb Löhne zahlen und andere Zahlungen verrichten muß, zeigt die finanzielle Situation des Betriebes zugleich die Erfüllung seiner Produktionspläne.

Über die innerbetriebliche Kontrolle durch den Rubel sagt W. Djatschenko²⁾ folgendes: „Der Finanzkontrolle liegt die Kontrolle durch den Rubel auf der Basis des Eigenwirtschaftlichkeitsprinzips zugrunde. Das Eigenwirtschaftlichkeitsprinzip stellt ein direktes Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Ergebnissen des Betriebes und seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage her. Je besser der Betrieb arbeitet, je besser er den Plan erfüllt, je wirtschaftlicher er Rohstoffe, Materialien, Brennstoffe und andere materielle Werte sowie die Arbeitskräfte einzusetzen versteht, um so stabiler muß bei richtiger Organisation auch die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Betriebes sein. Das bedeutet zugleich auch eine innerbetriebliche Kontrolle durch den Rubel.“

Die zweite Funktion der Kontrolle durch die DM entspringt den ökonomischen Verbindungen der volkseigenen Produktionsbetriebe untereinander einerseits und den ökonomischen Verbindungen der volkseigenen Produktionsbetriebe mit den volkseigenen Handelsorganisationen andererseits. Da jeder der Betriebe bestimmte Produktions- und Zirkulationsaufgaben hat und bemüht sein muß, diese zu erfüllen, wird er Waren schlechter Qualität, Preiserhöhungen usw. zurückweisen, was eine Auswirkung auf die finanzielle Lage der Lieferbetriebe haben muß. Aber auch der Empfängerbetrieb kann bei Zurückweisung von Waren schlechter Qualität in Schwierigkeiten geraten, wenn es ihm nicht gelingt, die Waren aus anderen freien Beständen zu beschaffen. Ferner erweist sich die Wirksamkeit der Kontrolle durch die DM auf der Basis der Wechselbeziehungen der VE-Betriebe untereinander dann, wenn ein Betrieb seine Zahlungsverpflichtungen infolge Nichterfüllung seines Produktionsplanes über längere Zeit nicht einhält. Der Gläubigerbetrieb wird in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die zuständigen übergeordneten Wirtschaftsstellen benachrichtigen und an die Bank mit der Forderung zusätzlicher Kredite herantreten. Über diese Seite der Kontrolle durch den Rubel sagt Djatschenko folgendes: „Die nach dem Eigen-

²⁾ Djatschenko: Funktionen und Bestimmung der sowjetischen Finanzwirtschaft, Neue Welt Nr. 11, Juni 1950.

wirtschaftlichkeitsprinzip arbeitenden Betriebe sind miteinander verbunden. Jeder ist an einer fristgerechten Bezahlung der Leistung, an der rechtzeitigen Belieferung mit Roh-, Betriebs- und Hilfsstoffen der richtigen Sorte und Qualität und an der Einhaltung der festgesetzten Warenpreise interessiert. Daraus geht hervor, daß sich die Betriebe auf Grund der zwischen ihnen geschlossenen Verträge, auf Grund ständiger Wirtschaftsbeziehungen gegenseitig kontrollieren und beaufsichtigen.“³⁾

Gegenwärtig ist bei uns weder die eine noch die andere Form der Kontrolle durch die DM voll wirksam. Das beruht auf der Tatsache, daß sich unsere Planung noch auf einer relativ niedrigeren Entwicklungsstufe befindet. Finanz-, insbesondere auch die Preisplanung, Material- und Handelsplanung weisen noch Mängel auf, die die Wirksamkeit dieser Kontrolle beeinträchtigen. Wie durch die Kreditgewährung der DNB die Kontrolle durch unsere Mark in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt werden kann, wurde von einem der Verfasser aufgedeckt, indem er nachgewiesen hat, daß viele VEB in der Kapitalausstattung 1950 mit Hilfe der jetzigen Handhabung des Zessionskredits zusätzliche Mittel von der DNB erhielten, wodurch die finanzielle Ausstattung der Betriebe nicht mehr den Aufgaben der Betriebe entsprach, was eben die innerbetriebliche Kontrolle durch die DM in ihrer Wirksamkeit herabsetzte.⁴⁾ Es zeigt sich schon hier die große Bedeutung der Bankentätigkeit für die gesamte Finanzkontrolle.

C. Der Zusammenhang zwischen der Kontrolle durch die Deutsche Mark und der Bankenkontrolle

Selbst bei einem guten Funktionieren der Kontrolle durch die DM kann eine solche Kontrolle der Produktion und Zirkulation des volkseigenen Sektors der Wirtschaft nicht genügen. Ein Betrieb kann seinen Finanzplan voll erfüllen, jedoch seinen Produktionsplan nicht, wenn er entgegen seinem Plan statt der für die Entwicklung der Wirtschaft notwendigen Waren andere gängigere, preismäßig günstigere Waren herstellt und absetzt. In diesem Falle würde die innerbetriebliche Kontrolle durch die DM unwirksam bleiben. Andererseits kann ein Betrieb seine Verpflichtungen gegenüber anderen Betrieben auf Kosten der Steuer-, Gewinn- und Amortisationsabführungen erfüllen. Dementsprechend muß die Kontrolle durch die DM ergänzt werden. Dies geschieht auf verschiedene Weise. Unter anderem vor allem auch durch die Belegschaft der Betriebe, die auf die allseitige Erfüllung der Pläne achten muß. Von seiten der Finanzkontrolle wird die Kontrolle durch die DM neben den Bilanzanalysen der

VVB und der Kontrollabteilungen des Finanzministeriums durch die Seite der Finanzkontrolle ergänzt, die mit den Umverteilungsfunktionen der Finanzwirtschaft zusammenhängt. Neben den Kontrollen, die sich aus dem Zusammenhang zwischen Haushalts-, Steuer-, Gewinnabführungs- und Amortisationsabführungsplan und dem VEB-Plan ergeben, spielt hier die Kontrolle durch die Deutsche Notenbank im Zusammenhang mit den Kredit-, Zahlungs- und Verrechnungsoperationen eine hervorragende Rolle.

D. Die Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank hinsichtlich der volkseigenen Betriebe

1. Die Kontrollfunktionen der Deutschen Notenbank, die speziell die Produktionsaufgaben der VE-Betriebe betreffen.

Die Praxis der Kreditierung ist hier zweierlei Art:

- a) Die Kreditierung, die sich an den periodisch gleichmäßigen Umschlag der Zirkulationsmittel der Betriebe knüpft. Also der Richtsatzplankredit, der an die Roh-, Hilfsstoffe und Fertigwaren gebunden ist, die planmäßig in einer bestimmten Periode gleichbleiben.
- b) Die Saisonkreditierung. Also der Kredit, der an saisonmäßigen Aufwand und Vorrat gebunden ist und somit den periodisch ungleichmäßigen Umschlag der Zirkulationsmittel der Betriebe betrifft.

Im Zusammenhang mit diesen Kreditoperationen ist es erstens die Aufgabe der Bankenkontrolle, die richtige Verwendung der Umlaufmittel zu kontrollieren, und zwar nicht nur die Verwendung der Umlaufmittel, die durch den Kredit den Betrieben von der Bank zur Verfügung gestellt werden, sondern die Verwendung der gesamten Umlaufmittel. Beispielsweise ist es hier Aufgabe der Bankenkontrolle, zu überwachen, daß Betriebe keine Umlaufmittel für Investitionen verwenden. Oder es gilt zu verhindern, daß Betriebe Umlaufmittel für Rohstoffe zur Finanzierung von Halbfertigfabrikaten, also zur Finanzierung der Verlängerung des Produktionsprozesses und somit für außerplanmäßige Lohnzahlung verwenden. Ebenso gilt es bei einem Kredit für saisonmäßigen Aufwand, beispielsweise bei den VEG, zu verhindern, daß ein Kredit für Frühjahrsefeldbestellungsarbeiten zur Finanzierung von überplanmäßigen Futtermittelvorräten dient.

Zweitens ist es in diesem Zusammenhang Aufgabe der Bankenkontrolle, die Gründe für den planwidrigen, unvollständigen Einsatz von Umlaufmitteln aufzudecken und Maßnahmen zur Überwindung der Ursachen vorzuschlagen. Beispielsweise den unvollständigen Einsatz von Umlaufmitteln für Fertigwaren oder Rohstoffe; bei den volkseigenen Handelsorganisationen den unvollständigen Einsatz der Mittel zur Lagerung für be-

³⁾ Neue Welt Nr. 11, Juni 1950, S. 58/59.

⁴⁾ Heinicke: Erfüllt die Praxis der Gewährung kurzfristiger Kredite an die volkseigene Wirtschaft ihre Aufgaben? DFW 1950, II. Halbb., Heft 14, S. 78.

**Sinnvoll planen
kraftvoll handeln beharrlich SPAREN!**

stimmte Warensortimente. Ebenso ist es wichtig zu verhindern, daß die Betriebe stille Reserven bilden.

Drittens: Aus der Tatsache der Besicherung des Kredits ergibt sich eine weitere zusätzliche Kontrolle, die über die richtige Verwendung der Umlaufmittel, also über die Finanzkontrolle hinausgeht und sich auf die Gebrauchswertseite der Waren richtet. Hier ist es vor allem wichtig, auf den planmäßigen Charakter der Produktion zu achten. Es kommt neben der Beachtung der Qualität der Waren vor allem darauf an, daß die vorhandenen Sortimente mit den planmäßig vorgesehenen übereinstimmen. Beispielsweise ist darauf zu achten, daß der Betrieb nicht Überplanbestände an schwer zu beschaffenden Rohstoffen auf Kosten von Unterplanbeständen leicht zu beschaffender hält. Der Überplanbestand bei schwer zu beschaffenden Rohstoffen führt in der Regel zu Störungen bei anderen Betrieben oder beeinträchtigt das Entwicklungstempo der Wirtschaft, weil die Überplanbestände bei einer anderen Produktion Verwendung finden könnten.

Es kommt also gar nicht in erster Linie darauf an, daß eine Sicherung vorhanden ist (das ist selbstverständlich), sondern was für eine Sicherung vorhanden ist. Nur die planmäßig vorhandene qualitativ gute Ware kann als Sicherung dienen.

Sicherheitenkontrolle bei der volkseigenen Wirtschaft ist immer zusätzliche, über die Finanzkontrolle hinausgehende Plankontrolle. Alexandrow schreibt folgendes darüber: „Alle Darlehen der Bank müssen durch entsprechende materielle Werte gesichert sein — durch Rohstoffvorräte, Fertigwaren usw. Dieses Prinzip festigt die planmäßig spezielle Bestimmung der Darlehen (von uns gesperrt, d. V.) und schafft eine zusätzliche (von uns gesperrt, d. V.) Kontrolle der Bank über ihre Verwendung.“⁵⁾

Eine weitere Möglichkeit der Kontrolle der Produktionstätigkeit der Betriebe ergibt sich aus den Bargeldoperationen der DNB im Zusammenhang mit dem Kassenplan. Die Kontrolle der richtigen Verausgabung von Bargeld, im wesentlichen nur für Löhne und Gehälter, Honorare, Prämien, im Rahmen der gesetzlich festgelegten Bestimmungen ermöglicht bei Benutzung des Geldes in seiner Funktion als Maß der Werte die Feststellung von Fehlerquellen bei der Durchführung der Produktionskostenpläne und durch Abstellung derartiger Mängel die systematische Senkung von Produktionskosten (zum Aufwand für die Warenproduktion gehören in erster Linie Löhne!). Durch die Bargeldkontrolle hinsichtlich der Inanspruchnahme von Bargeld für Löhne usw. wird auch ein Beitrag zur Steigerung der Rentabilität der volkseigenen Betriebe im Kampf um die Erfüllung der Haushaltspläne geleistet. Im Zusammenwirken damit wird mit Hilfe des Geldes in seiner Funktion als Zahlungsmittel die Vervollkommen der Arbeitsorganisation und Verbesserung der Arbeitsproduktivität gefördert. Letzteres ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität an Umfang stets größer sein muß als die Lohnsteigerung, damit eine stetige Entwicklung der Akkumulation gesichert ist.

Die Richtigkeit der Vorschläge für die Kassenpläne muß unter Berücksichtigung der zu erwartenden Mehrausgaben und der Abweichungen gegenüber den bestätigten Summen des vorhergehenden Quartals in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Kre-

ditabteilungen, welche über die wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes informiert sind, erfolgen. Es wird Aufgabe der kommenden Zeit sein, mit dieser Überprüfung die Kontrolle der richtigen Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu verbinden. Die Kontrolle bei der Aufstellung und der Erfüllung der Kassenpläne hat also bezüglich dieser Position eine außerordentliche Bedeutung als Mittel im Kampf um die Senkung der Selbstkosten und im Hinblick auf die Tatsache, daß es sich hier um die entscheidendste Position auf der Ausgabenseite des Kassenplans handelt.

2. Die Kontrollaufgaben der Bank, die speziell die Zirkulationsaufgaben des VEB betreffen.

Die Form der Kreditierung ist hier der Kredit gegen Abtretung von Forderungen. Die Kontrolle, die damit verbunden ist, ist die Kontrolle über die Zirkulationsaufgaben der Betriebe, d. h. die Kontrolle über die Einhaltung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen. Beispielsweise muß hier die Bank auf die Einhaltung der Transportzeit der Waren, auf die Einhaltung der Zahlungsfrist durch die Betriebe achten, sowie darauf sehen, daß die Forderungen der Betriebe rechtzeitig eingehen. Bei dieser Kontrolle muß die Bank also über die Sphäre der eigentlichen Betriebstätigkeit des von ihr betreuten Betriebes hinausgehen und die Tätigkeit der Eisenbahn, der volkseigenen Schifffahrt, der volkseigenen Autotransporte und des Post- und Fernmeldewesens kontrollieren. Diese Tätigkeit ist notwendig, weil die Erfüllung der Produktions-, aber auch Warenumsatzaufgaben der Handelsbetriebe vom Transport und Post- und Fernmeldewesen abhängen. Kommen beispielsweise die Waren bei 15tägiger Zahlungsfrist erst nach 14 Tagen an, bleibt dem Betrieb nicht genügend Zeit, um die Sortimente zu prüfen und die Zahlung der Rechnung rechtzeitig anzuweisen. Ebenso wenig ist das der Fall, wenn die Rechnung durch die Post zu spät eingeht.

Der Warenverkehr zwischen den Betrieben und Organisationen untereinander spielt sich im wesentlichen auf bargeldlosem Wege ab, während der Warenumsatz und die Warenverteilung an die Bevölkerung mit Bargeld geregelt wird. In beiden Bereichen ist in der Wirtschaftsplanung die lenkende und gestaltende Rolle des Staates mit dem Ziele einer weitestgehenden Bedarfsdeckung verwirklicht. Der Umfang der erzeugten und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellenden Güter wird ebenso wie die Summe der Einnahmen der Bevölkerung geplant und im Zusammenhang mit einer stetigen Preispolitik gesichert. Hieraus ergibt sich wiederum der notwendige Umfang des Geldvolumens ebenso wie im Zuge der Durchführung des Fünfjahresplans dessen Veränderungen. Bei dem Austausch und der Verteilung der Produkte, bei der Verwandlung von Ware in Geld und Geld in Ware wird unablässig mit Hilfe der Deutschen Mark eine Kontrolle ausgeübt. (Man wird schlechte Ware nicht mit gutem Geld bezahlen!) Ein reibungsloses Funktionieren des Warenumsatzes setzt aber eine richtige Planung und Regulierung des Geldverkehrs voraus. Diese wesentlichen Wechselbeziehungen wurden durch Lenin und Stalin in der Periode des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft klar aufgezeigt, indem sie herausstellten, daß „der Geldverkehr ein Instrument sei, das ausgezeichnet die Betriedigung des Landes an Umlaufmitteln nachprüft, und, wenn sich dieser Umlauf als falsch erweist,

⁵⁾ Alexandrow: Finanzen und Kredit der UdSSR, S. 272, russisch.

so werden aus Geldzeichen unnütze Papierfetzen⁶⁾ und „... das Geld ein Instrument der bürgerlichen Ökonomie ist, das die Sowjethmacht in ihre Hände genommen und den Interessen des Sozialismus angepaßt hat, um den Sowjethandel aufs höchste zu entfalten und dadurch die Bedingungen für den direkten Produktaus-tausch vorzubereiten.“⁷⁾

Ebenso wie die Warenwirtschaft im kapitalistischen System anarchisch ist, gibt es dort keine zentrale Erfassung oder Beeinflussung der Geldströme. In der Wirtschaftsplanung verändert sich die Rolle des Geldes und ergeben sich in der kommenden Entwicklung der Wirtschaft weitere Möglichkeiten auf dem Wege zu einer direkten Planung des Waren- und Geldumlaufs. Damit das Geld zur Förderung des Handels als Zirkulationsmittel besser fungieren kann, kontrolliert die Deutsche Notenbank auf der Grundlage der Bestimmungen des Gesetzes über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 21. April 1950

- a) die sofortige Abführung der Barerlöse an die Kreditinstitute,
- b) die Inanspruchnahme aller bargeldlosen Verrechnungsmöglichkeiten,
- c) die Innehaltung der den Betrieben, Organisationen usw. bewilligten Kassenhöchstbestände,
- d) die Verwendung von Bargeld im Rahmen der gesetzlichen Direktiven.

Ohne die Beachtung dieser Grundsätze und ständige Überprüfung der Befolgung dieser Richtlinien in der Wirtschaft ist auf der Basis einer maximalen Herauslösung nicht benötigter Geldmengen aus dem Umlauf, Bildung bestimmter Emissionsreserven, eine Sicherstellung des ungestörten Geldumlaufmechanismus undenkbar. Deshalb muß die Planung und rechtzeitige Bereitstellung von Geldern für Löhne und Gehälter der werktätigen Bevölkerung schon mit der Kontrolle der zu den Kreditinstituten fließenden großen Bargeldströme aus dem Handel fundiert werden. Die Verwirklichung der Warenumsatzpläne und die Kontrolle der Deutschen Notenbank in dieser Hinsicht ist deshalb eine außerordentlich wichtige Frage für den Kampf um die Festigung des Geldumlaufs und die Erfüllung der Emissionsrichtlinien. Der Kassenplan kann insbesondere seine Funktion als Regulierungsinstrument ausüben, wenn die Veränderungen der wichtigen und umfangreichen Einnahmepositionen (Handelsorganisation [HO], genossenschaftlicher und privater Handel) bei der Überprüfung der Erfüllung des Planes zum Anlaß genommen werden, um Verbesserungen in der Warenstreuung, Verbesserung im Warensortiment in kooperativer Zusammenarbeit mit den Handelsorganen in die Wege zu leiten. Dies kann von Bedeutung für Operationen in örtlich begrenzten Bereichen, aber auch — bei ähnlichen Beobachtungen in verschiedenen Regionalbezirken — für die Einleitung von zentralen Maßnahmen sehr wesentlich sein. Eine weitestgehende Spezifizierung der Handelseinnahmen nach den verschiedenen Warenspektoren wird die Ergebnisse und Erkenntnisse operativer Art verfeinern und konkretisieren. Die Deutsche Notenbank und ihre Filialen müssen alle Möglichkeiten ausnutzen, um dem Handel auf Grund der Kontrollergebnisse konkrete Maßnahmen zur Erweiterung des Warenumsatzes und damit zur Sicherung des Geldrückflusses zu empfehlen. Das Studium des Warenabsatzes und der Produktionsmöglichkeiten in engster Zusammenarbeit mit den Kreditbearbeitern wird hierbei die Handelsorganisationen in ihrer Arbeit für eine ständige Ver-

Ausweis der Deutschen Notenbank über den Noten- und Münzen-Umlauf

	per 9. 12.	1950 per 20. 12.	per 31. 12.
	Millionen DM		
In Betrieb gegebene Noten	4 102	4 102	4 102
In Betrieb gegebene Münzen	67	67	67
D a v o n :	4 169	4 169	4 169
in den Kassen der Deutschen Notenbank und ihrer Filialen . . .	599	621	650
	3 570	3 548	3 479
in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute	105	122	116
Im U m l a u f			
bei der Bevölkerung, den Be- trieben und Organisationen			
befanden sich also:	3 465	3 426	3 363

besserung der Warenverteilung, Verhinderung von Warenstauungen oder deren Beseitigung unterstützen.

Die Kontrolle der Inanspruchnahme aller bargeldlosen Zahlungsmöglichkeiten bewirkt nicht nur die weitestgehende Heranziehung von Bargeldern zu den Kreditinstituten, sondern trägt auch zur beschleunigten Verrechnung zwischen den Organen der Wirtschaft bei. Mit Hilfe von Maßnahmen, wie z. B. die durch Gesetz festgelegte Regulierung von Zahlungsverpflichtungen in der volkseigenen Wirtschaft innerhalb von 15 Tagen, der Anordnung der Deutschen Notenbank über Scheckvalidierung vom 22. Dezember 1949 usw. wurden die Verrechnungsmethoden innerhalb der Wirtschaft verfeinert, die Umlaufgeschwindigkeit erhöht und die Kassendisziplin fundiert. Derartige Maßnahmen und die Kontrolle ihrer Durchführung mit Hilfe der DM werden den Betrieben rechtzeitig und schneller die zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten erforderlichen Mittel auf den Bankkonten zuführen. Aus diesen Guthaben werden die im Rahmen der Produktionsauflage benötigten Bargelder für Löhne und Gehälter erhoben.

Die an die werktätige Bevölkerung zur Auszahlung gelangenden Gelder werden über den Umlaufprozeß zu den Kreditinstituten zurückgeführt und dort auf den Konten der Betriebe und Organisationen gesammelt. Ein weiterer Teil fließt im Rahmen organisierter Spar-tätigkeit dem Sparfonds zu. Mit Hilfe der Planung bei der Gewährung kurzfristiger Kredite und unter ständiger Kontrolle dieses Prozesses wird ein Teil dieser Mittel in Form von Kredit für die Entfaltung der Produktion, ein weiterer Teil für Erweiterungen der volkseigenen Wirtschaft und allgemeinstaatliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Das Geld dient damit ständig auch dem Zweck der erweiterten Reproduktion. In unserer Wirtschaftsplanung und im Zuge der Verwirklichung des Fünfjahrplanes bei vorzugsweiser Erweiterung der Schwerindustrie wird es bei einer richtig ausgeübten Kontrolle durch die Deutsche Mark möglich sein, Produktionserweiterungen (so vor allem in der Produktionsmittelsphäre) und Lohnerhöhungen durchzuführen, ohne daß deshalb entscheidende Veränderungen im Volumen des im Umlauf befindlichen Geldes eintreten müssen. Mit Hilfe einer allseitig auszuübenden und zu verbessernden Kontrolle der Erfüllung von Produktions- und Umsatzplänen durch die Deutsche Mark muß allerdings eine weitere Steigerung der Umlaufmittelgeschwindigkeit durchgesetzt werden.

⁶⁾ Lenin: Werke Band XXVI, S. 462, russisch.

⁷⁾ Stalin: Fragen des Leninismus, XI. Aufl., S. 560.

3. Die Kontrollaufgaben der Bank, die speziell mit dem unregelmäßigen Ablauf der Wirtschaftsplanung zusammenhängen.

Die Form der Kreditierung ist hier der Sonderkredit. Dieser Sonderkredit ist allerdings nicht zu verwechseln mit dem Kredit auf Sonderkonten für außerplanmäßige Investitionen oder der Überplanbestände, die aus der Kapitalbereinigung herrühren. Vielmehr ist dieser Sonderkredit identisch mit dem von W. Heinicke und Walter Röhr in ihren Artikeln geforderten Sonderkredit. Alexandrow schreibt über diesen Kredit das folgende: „Die dritte Art von Darlehen sind die Darlehen für zeitweilige Bedürfnisse. Sie werden in erster Linie für überplanmäßige Bestände an Fertigwaren gewährt, die z. B. bei Übererfüllung des Plans entstehen, wenn diese Waren wegen des Fehlens eines Käufers nicht sofort verkauft werden können. Es können solche überplanmäßigen Bestände entstehen durch die Unterbrechung der Warenverladung für den Käufer in Verbindung mit einer systematischen Nichtbezahlung der Rechnungen durch den letzteren. Schließlich kann die Verladung der Waren wegen Transportschwierigkeiten aufgehalten werden — in Fällen einer nicht rechtzeitigen Zubringung von Waggons, einer Unbefahrbarkeit der Wege usw. Bei der Ausgabe dieser Kredite prüft die Bank genau den Zustand der Zirkulationsmittel des Betriebes und gewährt Darlehen nur in dem Falle, wenn der Betrieb keine durch eigene Schuld eingefrorenen materiellen Werte hat; dabei verlangt die Bank von der Wirtschaftsorganisation die schnellste Liquidierung der vorhandenen überplanmäßigen Vorräte an Waren und Materialwerten.“

Diese Darlehen werden speziell nicht geplant, doch werden sie auf Kosten der Reserve an Mitteln der Staatsbankinstitutionen ausgegeben.“^{*)}

Hier besteht die Kontrollaufgabe der Bank darin, die Ursachen der Unterbrechung des regelmäßigen Wirtschaftsaufbaus aufzudecken und Maßnahmen einzuleiten, um die Schwierigkeiten zu beheben. Bei überfälligen Forderungen besteht beispielsweise heute die Aufgabe der DNB darin, die Gründe für die Nichtbezahlung der Rechnung durch den Empfängerbetrieb aufzudecken. Präsident Lehmann von der Deutschen Investitionsbank wies vor kurzem auf eine Quelle hin, als er mitteilte, daß infolge des vielfachen Fehlens von Voranschlägen für Investitionsbauten die Überprüfung und Zahlung der Rechnungen der Bauorganisationen die Zahlungsfrist überschreitet und über die Bauorganisationen eine ganze Kette von weiteren Zahlungsüberschreitungen ausgelöst wird.

4. Die Kontrolle im Zusammenhang mit den Kassenlimiten.

Die Festsetzung von Kassenhöchstbeständen für Kleinausgaben und die Kontrolle der Beachtung dieser Limite hilft unnötige Barausgaben vermeiden und trägt zum gesicherten Geldrückfluß bei. Gleichzeitig wird dadurch verhindert, daß an Zehntausenden von Stellen Bargeld dem Umlauf und der Verstärkung der Emissionsreserven entzogen und die planmäßige Bereitstellung der Mittel für Löhne und Gehälter durch die Kreditinstitute behindert wird. Die richtige Innehaltung der Kassenlimite fördert die Beschleunigung der Umlaufmittelgeschwindigkeit, ermöglicht eine weitere Verbesserung der Analyse der tatsächlich umlaufenden Bar-

^{*)} Alexandrow: Finanzen und Kredit in der UdSSR, S. 274/75, russisch.

mittel und der in Händen der Bevölkerung befindlichen Teile des Bargeldvolumens, beschleunigt die Verrechnung und trägt zur Senkung der Umlaufkosten bei.

E. Die Kontrollfunktion gegenüber der Privatwirtschaft

Eine direkte Plankontrolle der kapitalistischen Wirtschaftsführung ist ebenso unmöglich, wie eine direkte Planung der kapitalistischen Betriebe der DDR unmöglich ist. Obwohl ihrem Charakter nach die Kontrollfunktionen der DNB im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an die privaten Betriebe der Sicherung des planmäßigen Aufbaus unserer Friedenswirtschaft dienen, kann sich diese Kontrolle der Form nach lediglich auf die Sicherungsobjekte beziehen.

Die private Wirtschaft wird über die Vertragskontore in den Volkswirtschaftsplan einbezogen; also liegt die erste Kontrollmöglichkeit bezüglich der Einhaltung der im Plan gestellten Aufgaben in der Kontrolle der Tätigkeit der Handelskontore. Die zweite Form der Kontrolle ist die Sicherheitenkontrolle. Die Sicherheitenkontrolle der DNB ist ihrem Wesen nach der Sicherheitenkontrolle der imperialistischen Monopolbanken entgegengesetzt, weil sie nicht dem Zwecke der kapitalistischen Ausbeutung und der Vorbereitung imperialistischer Kriege, sondern der Sicherung des Volkseigentums und der friedlichen Entwicklung unserer Wirtschaft dient. Die Sicherheitenkontrolle der DNB dient den kapitalistischen Betrieben der DDR, indem sie dazu beiträgt, den kapitalistischen Unternehmen einen planmäßigen Absatz und damit einen krisenlosen Wirtschaftsablauf zu sichern. Die Kontrolle der DNB gegenüber den anderen Wirtschaftsformen gilt mit entsprechenden Abwandlungen nach der Plankontrolle der volkseigenen Wirtschaft hin sinngemäß.

F. Die Kontrolle der Deutschen Notenbank im Zusammenhang mit der Übernahme der Kassengeschäfte des Haushalts

Im Fünfjahrplan wird die Bedeutung des Haushaltsplanes und seine Verbindung mit der Volkswirtschaft verstärkt. In dem jeweiligen Stand der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes wird der Grad der Verwirklichung der Produktionspläne, der Umsatzpläne und des Investitionsplanes sichtbar. Indem ab 1. Januar 1951 alle staatlichen Gelder bei der Deutschen Notenbank konzentriert werden, wird diese zum zentralen Vollzugsorgan und Kontrollorgan für den Haushalt unserer Republik, wird mit Hilfe der Deutschen Mark auf einem weiteren sehr wichtigen Gebiet die Kontrolle der Planerfüllung erweitert. Die Betriebe und Organisationen ebenso wie die Bürger unserer Republik haben gegenüber dem Staat Verpflichtungen, deren exakte Erfüllung sowohl im Hinblick auf die festgesetzte Höhe als auch die zeitgerechte Begleichung für die Erfüllung des Haushaltsplanes von außerordentlicher Bedeutung sind. Die Steuerzahlungen der Bevölkerung und der Betriebe, insbesondere die Gewinnabführung der volkseigenen Wirtschaft, erfolgen z. T. in bargeldloser Form zugunsten der Konten des Staatshaushalts bei der Deutschen Notenbank oder durch Bareinzahlung. Mit Hilfe des Geldes in seiner Funktion als Zahlungsmittel kontrollieren die Kreditinstitute, unabhängig von der Form der Steuerzahlung — bar oder bargeldlos —, die Erfüllung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt. Eine richtige Koordinierung dieser Aufgabe mit den Kontrollmöglichkeiten und Pflichten durch die Deutsche

Mark auf anderen Sektoren wird die Erfüllung und Übererfüllung des Haushaltsplans fördern. Wenn z. B. bei der Hergabe von kurzfristigem Kredit im Rahmen des Richtsatzplanes die Grundsätze der Mobilisierung stiller Reserven, der planmäßigen Heranziehung eigener Mittel zur Anwendung kommen, wird sich daraus eine Steigerung der an den Staatshaushalt abzuführenden Überschüsse ergeben, und im Gefolge hiervon eine Stärkung der von dem Haushalt für wirtschaftliche, kulturelle und verwaltungsmäßige Ausgaben benötigten Fonds. Mit Hilfe der Deutschen Mark als Zahlungsmittel kann somit also eine Kontrolle der Planerfüllung ausübt und die Rentabilität verbessert werden.

Die vollen Kontrollaufgaben der DNB in dieser Hinsicht werden jedoch erst in der weiteren Zukunft dahin gehen können, daß die Bank eine Kontrolle über den pünktlichen Ein- und Ausgang und die richtige Höhe der Zahlungen ausübt. Dabei wird es ihre Aufgabe sein müssen, die Ursachen der Nichtzahlung und Nichtanspruchnahme von Haushaltsmitteln aufzudecken, was insbesondere für die Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Erst wenn die Bank eine allseitige Kontrolle der planmäßigen finanziellen Operationen der VE-Betriebe durchführt, wird sie in der Lage sein, die ihr auf diesem Sektor zufallenden Kontrollaufgaben voll zu erfüllen.

Zunächst kontrolliert und meldet die Bank die Bewegung der Haushaltsplanmittel insgesamt.

G. Die Kontrolle der Deutschen Notenbank im Zusammenhang mit den Zahlungsoperationen mit dem Auslande, Westdeutschland und Westberlin

Die Deutsche Notenbank hat u. a. auch die Aufgabe, den gesamten Zahlungsverkehr mit dem Auslande und mit dem westlichen Währungsbereich auf der Basis der von der Regierung unserer Republik abgeschlossenen Handelsabkommen durchzuführen. Die von ihr auf allen anderen Sektoren ausgeübten Kontrollen über die Verwendung der Geldmittel müssen in ähnlicher Weise mit Hilfe der Deutschen Mark zur Auswirkung kommen unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung der Bedingungen der Wirtschaftsplanung, d. h. in der Richtung der Entfaltung der Schwerindustrie und der engeren Koordinierung der Außenhandelsplanung mit der Außenhandelsfinanzierung. Die operative Kontrolle über den jeweiligen Stand der Zahlungen für Importe und der Zahlungseingänge für Exporte ermöglicht eine Übersicht über den Umfang und Grad der Realisierung der Import- und Exportpläne und ergibt bei Feststellung von Abweichungen die Möglichkeit zur Einleitung von Maßnahmen zur Behebung von Fehlerquellen. Die Wirksamkeit der Kontrolle der Deutschen Notenbank hat sich insbesondere bei der Feststellung illegaler Handels- und Zahlungsoperationen zwischen dem Währungsgebiet des Westgeldes und dem Bereich der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des demokratischen Sektors von Groß-Berlin gezeigt. Schon bald nach Erlass des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels, welches eine wichtige Abwehrmaßnahme zum Schutze der Wirtschaft der Republik und im Hinblick auf die durch den anglo-amerikanischen Imperialismus in Berlin herbeigeführte Situation war, stellte es sich heraus, daß die Kontrollen der neu errichteten Ämter zur Kontrolle des Warenverkehrs allein nicht ausreichten, um alle illegalen Warentransaktionen aufzudecken. Mit Hilfe einer Erweiterung der Bargeldkontrollen durch die Kreditinstitute auf den bargeldlosen Sektor gelang es, in umfangreichem Maße Schie-

Ein „Neujahrswunsch“

Zur Diskussion gestellt

Preisprüfungen, die in den volkseigenen Betrieben durchgeführt werden, beunruhigen dann den Betrieb, wenn die verantwortlichen Werkskollegen nicht die erforderlichen preisrechtlichen Kenntnisse im vollen Umfang besitzen und die Preisprüfer der Preisbehörde nicht über die erforderlichen Branchkenntnisse verfügen.

Hat man Gelegenheit, Preisprüfungen zu erleben, so muß man immer wieder feststellen, daß zwischen der VVB-Betriebspraxis und der Preisbehörden-Praxis Spannungen deshalb bestehen, weil das Preisrecht in allen seinen Teilen nicht genügend populär ist. Es kann festgestellt werden, daß in den Ländern unserer Deutschen Demokratischen Republik verschiedene Auffassungen und verschiedene Beurteilungen über ein und dasselbe Preisvergehen bestehen. Die VVB helfen bereits auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens den volkseigenen Betrieben; sie sollten durch gut versierte Sachbearbeiter Überprüfungen und Überwachungen der Preise so durchführen lassen, als ob diese sach- und fachkundigen VVB-Kollegen selbst Preisprüfer wären.

Darüber ist bereits in Fachkreisen oft diskutiert worden und soweit man sich erinnern kann, besteht auch bis in die oberste Preisbehörde volles Einverständnis mit diesem Vorschlag.

Solche VVB-Preisprüfungen sind aber nur dann als fortschrittlich zu bezeichnen, wenn die VVB oder das Werk die auf diese Weise festgestellten Mehrerlöse der betreffenden Landesfinanzdirektion bekanntgibt, die dann ihrerseits ohne Gebühren und ohne Ordnungsstrafen zu verhängen, den Mehrerlös registriert. Außerdem ist es fortschrittlich, weil der branchekundige Sachbearbeiter brancheverbundener als der Berufs-Preisprüfer ist, weil er tagtäglich mit ein und derselben Materie und Branche umgeht. So würde verhindert, daß auch verschiedene Auffassungen von seiten der Landesfinanzdirektion vertreten werden könnten.

In der Entwicklung gesehen, zeigt dieser Weg, den die volkseigene Wirtschaft beschreiten müßte, durch eigene Arbeit wissentliche oder unwissentliche Preisverstöße zu bereinigen und so unter Beweis zu stellen, daß sie die Aufgabe einer gesunden Preispolitik voll und ganz versteht.

Es interessiert, welche Auffassung bei unseren Preisbehörden zu diesem Vorschlag besteht. Deshalb ist anzuraten, hierüber zu diskutieren.

VK Willy Fröhlich, VVB Plasta

bungen festzustellen, den Abfluß von Geldern in den Bereich Westberlins, oder nach Westdeutschland, ungesetzlichen Kapitaltransaktionen, Steuerhinterziehungen, illegale Verbringung wertvoller Materialien usw. weitgehend zu unterbinden. Mit Hilfe einer ganzen Reihe von Einzelmaßnahmen und grundsätzlichen Anweisungen zur Regelung des Geld- und Zahlungsverkehrs zwischen Betrieben und Organisationen der Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin und solchen des westlichen Wirtschaftsbereichs, welche das Ergebnis der Kontrolltätigkeit der Deutschen Notenbank und der hierbei gesammelten Erkenntnisse waren, gelang es, schädliche Auswirkungen auf unsere Wirtschaft abzustellen und solchen Dingen für die Zukunft vorzubeugen. Das kürzlich von der Volkskammer beschlossene Gesetz über die Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 15. Dezember 1950 ergänzt wirkungsvoll die bisher eingeleiteten Schritte zum Schutze des innerdeutschen gesetzlichen Handels und verstärkt außerordentlich die Bedeutung der Kontrolle der Zahlungsbewegungen zwischen Ost und West durch die Deutsche Notenbank. Durch weitere Maßnahmen von der Geldseite her wird in der kommenden Zeit eine Auswirkung der verbrecherischen Manipulationen der Westberliner Wechselstuben und Privatbanken auf unseren Wirtschaftsbereich unterbunden werden, so u. a. im Zusammenwirken mit allen bisherigen Kontrollmethoden und einigen Bestimmungen der ab 1. Januar 1951 verbindlichen einheitlichen Scheckrichtlinien auch der betrügerische Scheckhandel. Damit wird die besondere Bedeutung der Kontrolle durch die Deutsche Notenbank als Kampfinstrument unterstrichen.

H. Die innerbetriebliche Kontrolle innerhalb der Deutschen Notenbank

Die Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank werden aber nur dann erfüllt werden können, und die im Zeichen des anlaufenden Fünfjahresplanes notwendige weitere Verbesserung der Arbeitsmethoden wird nur durchführbar sein, wenn die innerbetriebliche Kontrolle, die Vertiefung der Koordinierung der Arbeiten der einzelnen Abteilungen untereinander, die richtige und allgemeine Auswertung der Kontrollergebnisse in Verbindung mit einer dauernden allseitigen Anleitung für die Arbeitsgebiete weiter entwickelt werden.

Die Anleitung der Mitarbeiter in den Filialen durch die Landeszentralen und der letzteren durch die Zentrale Berlin muß sich von noch vorhandenen Mängeln, welche u. a. auch in einem gewissen Schematismus ihren Ausdruck finden, reinigen und immer mehr operativen Charakter annehmen. Das bedeutet u. a., daß die Aufsicht über die Arbeit durch die verantwortlichen Mitarbeiter nicht im Sinne einer formellen Anweisungsbefugnis geschehen und ausgeübt wird, sondern vielmehr beratend und helfend zur Verbesserung bei der Durchführung der Aufgaben beiträgt. Hierbei ist unerlässlich eine breite Entfaltung von Kritik und Selbstkritik, eine engere Verbindung der verantwortlichen Mitarbeiter mit dem täglichen Arbeitsfeld der Wirtschaft, eine kollektive Zusammenstellung wichtiger Anregungen auf Grund der Erfahrungen der praktischen Arbeit und auf deren Basis die Erarbeitung und spätere Durchführung neuer Methoden und Maßnahmen. Der Grad der fachlichen Qualifizierung der Mitarbeiter muß insoweit auch als ein Wertmesser der Qualifikation des betreffenden leitenden Mitarbeiters betrachtet werden.

Die richtige Erfüllung der Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank beinhaltet im wesentlichen eine ent-

sprechende Auswertung der Kontrollergebnisse, jedoch nicht nur im Hinblick auf die Entscheidung von Einzelfragen, sondern auch zur Erarbeitung allgemeiner Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. So wie auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse ein wesentlicher Bestandteil der praktischen Arbeit und der Herstellung der Einheit von Theorie und Praxis ist, so muß auch auf dem Banksektor eine allseitige Verbesserung bei der Auswertung der Kontrollergebnisse zur Durchführung kommen. Ressortgeist und „Nurfachmann-Standpunkt“ verhindern die im Zuge der Durchführung des Fünfjahresplanes zu erreichende engere Verbindung des Finanzsektors mit der Wirtschaft. Die Kontrolle der Erfüllung von Kredit-, Kassen- und Wirtschaftsplanen wird nicht verbessert und nicht weiter entwickelt werden können, wenn die in diesen Plänen enthaltenen Zahlen, welche wesentliche Teile des Wirtschaftsprozesses in seinem Ablauf widerspiegeln, nicht in Verbindung mit allen entscheidenden ökonomischen Gesichtspunkten und der allgemein gesellschaftlich-politischen Entwicklung betrachtet und ausgewertet werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Studiums der gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der polit-ökonomischen Zusammenhänge. Es geht somit darum, alle Fragen der Geld- und Kreditpolitik und damit u. a. auch die Kontrollaufgaben der Deutschen Notenbank als einen Bestandteil der Wirtschaftsplanung zu erkennen und ausgehend von dieser Erkenntnis die Gesetzmäßigkeiten der Grundsätze der Wirtschaftsplanung der Arbeit im Banksektor zugrunde zu legen.

I. Die Bedeutung der Kontrolle durch die Deutsche Notenbank

Die Kontrolle durch die DNB dient der planmäßigen friedlichen Entwicklung unserer Wirtschaft und damit der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Je besser die DNB ihre Kontrollaufgaben durchführt, um so reibungsloser und schneller wird die Entwicklung unserer Wirtschaft vor sich gehen. Welch große Bedeutung unserer Wirtschaftsentwicklung im Zuge der Verwirklichung des Fünfjahresplans zukommt, brachte der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht zum Ausdruck, als er auf dem III. Parteitag der SED erklärte: „Die Kontrollziffern des Fünfjahresplans, die ... das Politbüro zur Beschlussfassung vorgelegt, sind ein Dokument von großer nationaler Bedeutung. In dem Dokument sind die Hauptaufgaben der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur in den nächsten fünf Jahren bestimmt ... Der Fünfjahresplan ist der große Plan des Kampfes um die Gestaltung eines friedlichen, fortschrittlichen Deutschlands, in dem nach Beseitigung der Kriegsfolgen das Lebensniveau des Volkes das Lebensniveau im imperialistischen Deutschland bedeutend übertreffen wird ...“

Der Fünfjahresplan wird durch einen nicht dagewesenen Aufschwung der Friedenswirtschaft und des kulturellen Lebens die demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik weiter festigen. Damit wird zugleich der Kampf für ein einheitliches, friedliches, demokratisches Deutschland verstärkt ...

Die Durchführung des Fünfjahresplans dient der Erfüllung dieser großen Aufgaben von Weltbedeutung.“)

) Zitiert nach Neue Welt, Heft 14, 5. Jahrgang, Juli 1950, S. 114/115.

Speziell werden durch die Kontrolltätigkeit der DNB

1. die Einhaltung des Planes und der Plandisziplin mit durchgesetzt,
2. eine bessere Ausnutzung aller Ressourcen unserer Wirtschaft erreicht,
3. die Weiterentwicklung der Planung und die Tätigkeit der Planer vorangetrieben,
4. vorhandene Disproportionen der Wirtschaft aufgedeckt und ihre Beseitigung eingeleitet,
5. ein Kampf gegen die Wirtschaftssabotage und Tätigkeit feindlicher Agenten und Spione geführt,
6. die Währung der DDR gefestigt.

K. Schlußbemerkungen

Die Verfasser sind sich darüber im klaren, daß eine sofortige und vollständige Durchführung der im Artikel aufgezeigten Aufgaben nicht möglich ist. Sie werden deshalb in der nächsten Zeit noch Vorschläge für die nötigen praktischen Schritte zur Verbesserung der Kon-

trolltätigkeit der DNB zur Diskussion stellen. Jedoch betrachten sie die Ausführungen selbst als einen ersten praktischen Schritt. Einen Schritt vorwärts in der Herbeiführung der ideologischen Klarheit über die Tätigkeit der DNB bei allen Kollegen. Sie sind sich dessen bewußt, daß sie die Probleme nicht vollständig erörtert haben und fordern deshalb alle Kollegen auf, die Ausführungen zu kritisieren und zu ergänzen. Es ist dies notwendig, um die Aufgaben der DNB im Fünfjahrplan klarzustellen, die Perspektive der Tätigkeit der DNB überhaupt aufzureißen und somit alle Kollegen zu befähigen, ihre Arbeit zu verbessern, damit auch von dieser Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit her der Kampf um den Frieden und die nationale Einheit unseres Vaterlandes verstärkt und allen Deutschen ein Leben in Wohlstand und Frieden gesichert wird.

Um die Verbesserung der Verwaltungsarbeit Mängel und Unklarheiten in den Arbeitsberatungen

In der Entwicklung der Pläne zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit hat sich als Mangel herausgestellt, daß über die Frage der Arbeitsberatungen in den einzelnen Verwaltungen der Länder der Deutschen Demokratischen Republik keine Klarheit besteht. Dies zeigte sich ganz besonders auch auf einer Arbeitstagung in Halle am 22. November 1950.

Die persönliche Teilnahme an verschiedenen Arbeitsberatungen bestätigte dies und führte zu der Erkenntnis, daß die Arbeitsberatungen in den Verwaltungen, Banken und Versicherungen zum Teil „zu einem Befehlsempfang“ ausarten.

Deswegen ist es notwendig, daß hierzu grundsätzlich Stellung genommen wird, und gute Beispiele, wie in der Stadtverwaltung Erfurt und der Versicherungsanstalt Rostock, herausgestellt werden.

Wir müssen zwei Begriffe unterscheiden:

Dienstbesprechung und Arbeitsberatung.

Unter einer Dienstbesprechung verstehen wir eine Besprechung mit den leitenden Angestellten der Verwaltung. In dieser sind durch den jeweils zuständigen Leiter der Verwaltungseinheit, der für die Durchführung der Dienstbesprechung verantwortlich ist, Anweisungen und Erklärungen über durchzuführende Aufgaben der Verwaltung zu geben, die Gesetze zu erläutern und die Aufgaben, die in die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Abteilungen fallen, durchzusprechen.

Unter einer Arbeitsberatung verstehen wir dagegen eine Beratung, die mit allen Beschäftigten abteilungsweise durchzuführen ist. Der § 21 der Dienstordnung der Deutschen Demokratischen Republik sagt uns ganz klar, daß diese Arbeitsbesprechungen die Grundlage einer einheitlichen Verwaltungsarbeit bilden und deswegen wöchentlich in den einzelnen Abteilungen mit allen Mitarbeitern stattzufinden haben.

Die Arbeitsberatungen müssen folgende Zielsetzung haben:

Entwicklung der Masseninitiative, Erreichung eines neuen Bewußtseins, Vereinfachung und Verbesserung der Arbeit, Beseitigung von Hemmnissen, richtige

Auslastung der einzelnen Abteilungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität der Verwaltungen und Selbstkostensenkung.

Daraus ergibt sich für jede Arbeitsberatung folgende Fragestellung:

Was haben wir in der vergangenen Woche geleistet, welche Erfahrungen haben wir dabei gemacht, welche Aufgaben stehen in der nächsten Woche vor uns und wie lösen wir die Aufgaben der nächsten Woche am besten und einfachsten?

In der Arbeitsberatung sind zu behandeln und zu erläutern:

1. die allgemeinen Aufgaben der Abteilung bzw. der Dienststelle;
2. die wichtigsten Beschlüsse, Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, soweit sie das Aufgabengebiet der Abteilung betreffen;
3. die augenblicklichen Schwerpunktaufgaben und deren Lösung;
4. Verbesserungsvorschläge und neue Arbeitsmethoden;
5. der Arbeitsplan der Abteilung, der sich aus den Schwerpunktaufgaben aufbaut und die Realisierung der Gesetze, Verordnungen und Verfügungen zu gewährleisten hat;
6. die Organisation von innerbetrieblichen Wettbewerben von Mann zu Mann und von Abteilung zu Abteilung zur Überwindung von Fehlern, Engpässen, Schwierigkeiten und Mängeln sowie zur vorfristigen Erfüllung der Arbeitspläne der Verwaltung;
7. die Entwicklung der Pläne zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit.
8. Alle sind mit den Organisationsgrundsätzen der Verwaltung vertraut zu machen.

Es hat eine genaue Analyse des gesamten Verwaltungsablaufs und Arbeitsvorganges der Abteilung zu erfolgen. Jede Arbeitsberatung muß mit einem Beschlußprotokoll abschließen, welches zur Kontrolle der Durchführung als erster Punkt der nächsten Arbeitsberatung zu behandeln ist.

Die Aufgabenstellung für die Arbeitsberatung ist durch den Abteilungsleiter mit der BGL bzw. dem Gewerkschaftsorganisator gemeinsam zu erarbeiten. Für die gute Vorbereitung und Durchführung ist der Abteilungsleiter verantwortlich. Er gibt in der Arbeitsberatung einen Überblick über die Arbeit der vergangenen Woche, zeigt die aufgetauchten Schwächen und Mängel auf und hat den Arbeitsauftrag auf Grund der Dienst-

DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT

Jahrgang 5 • Heft 1/2

besprechung, des Arbeitsplanes und der bestehenden allgemeinen Aufgaben zur Beratung bekanntzugeben.

Für die BGL bzw. den Gewerkschaftsorganisator erwächst die Verpflichtung, in die Diskussion und Beschlussfassung sich laufend einzuschalten und dafür Sorge zu tragen, daß jeder frei diskutieren und seine Meinung zum Ausdruck bringen kann. Sie haben die Garantie dafür zu übernehmen, daß der Abteilungsleiter an der Arbeitsberatung nicht als Vorgesetzter, sondern als Kollege teilnimmt. Dadurch wird nicht nur die kollektive Zusammenarbeit gefördert, sondern sich auch ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen den Kollegen der Abteilung ergeben. Hierdurch erreichen wir, daß der Eindruck des Befehlsempfanges vermieden wird und jeder einzelne sich über die Probleme und Aufgaben Gedanken machen muß, damit aus der Beratung der einfachste, unkomplizierteste und unbürokratischste Weg der gemeinsamen Arbeit herauskristallisiert wird.

Die BGL bzw. der Gewerkschaftsorganisator haben dafür Sorge zu tragen, und sind der Gewerkschaft gegenüber verantwortlich, daß — ohne Entbindung des Abteilungsleiters von persönlicher Verantwortung über gute Vorbereitung und Durchführung —, die Arbeitsberatung wöchentlich regelmäßig stattfindet.

Daraus ergibt sich:

1. daß mit den Arbeitsberatungen ein großes Aufgabenfeld vor uns steht. Dies wurde bisher sehr stark verkannt oder überhaupt nicht gesehen;
2. daß sich auf den Arbeitsberatungen die Entwicklung der Masseninitiative, der Kritik und Selbstkritik sowie

auch unsere Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung in den Verwaltungen aufbaut.

Auf den guten Arbeitsberatungen werden aber vor allen Dingen auch unsere besten und fortschrittlichsten Kollegen in den einzelnen Abteilungen sehr schnell in Erscheinung treten, indem sie laufend Vorschläge und Anregungen geben und dadurch die gesamte Verwaltung verbessern. Hier werden wir sehen, wer die Neuerer der Verwaltung — unsere Aktivisten — sind, und diese gilt es ganz besonders für die Prämien, Leistungsstufen und zur Auszeichnung in Vorschlag zu bringen.

Wir müssen hierbei als Verwaltung auch von der Sowjetunion und den Produktionsbetrieben lernen, wie man aus den Produktionsberatungen die Masseninitiative entwickelt und dadurch die großen Erfolge in der Produktion erzielt hat. Der vorstehend aufgezeigte Weg wird von der Stadtverwaltung Erfurt und der Hauptverwaltung der Versicherungsanstalt Rostock bereits beschritten. Diese beiden Beispiele haben gezeigt, daß man auf diesem Wege seit Monaten große Erfolge zu verzeichnen hat. Der Schlüssel zur Verwirklichung der Lösung von Walter Ulbricht:

„Mit neuen Arbeitsmethoden zu neuen Erfolgen“

liegt in der Arbeitsberatung, die auf der Grundlage der Überzeugung und Erkenntnis jedes Beschäftigten aufbaut, daß die Verwaltung in der Deutschen Demokratischen Republik unsere Verwaltung ist, der Staat unser Staat und die Ausgaben, die wir als Verwaltung tätigen, Ausgaben von Volkseigentum sind.

Fritz Moshack

Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit

im Ministerium für Finanzen des Landes Thüringen

Die Aktivisten unserer volkseigenen Betriebe haben durch die Schaffung von Aktivistenplänen eine höhere Form der Aktivistenbewegung eingeleitet. Es ist daher selbstverständlich, daß heute kein volkseigener Betrieb mehr ohne Aktivistenplan sein will und kann. Die volkseigenen Betriebe können sich auf das große Vorbild, das Hallesche Pumpenwerk, stützen und aus den dort gesammelten Erfahrungen einen auf ihren Betrieb zugeschnittenen Plan erstellen.

Mit der stürmischen Entwicklung der Arbeit in den Produktionsstätten der volkseigenen Wirtschaft hat die Verwaltungsarbeit nicht Schritt halten können. In den Verwaltungen wurden Versuche unternommen, diese Entwicklungsunterschiede aufzuholen. Es wurden Wettbewerbe abgeschlossen, die wohl eine hohe Zielsetzung hatten, aber meistens nicht verwirklicht wurden.

In den vergangenen Monaten wurde bei uns in Arbeitsberatungen und Dienstbesprechungen viel davon geredet, wie unumgänglich notwendig es sei, in der Verwaltungsarbeit neue Methoden anzuwenden. Was nützen aber Reden und fruchtbare Diskussionsbeiträge, wenn deren Verwirklichung ausbleibt? Alle bisher gemachten Vorschläge, die eine bessere Verwaltungsarbeit bringen sollten, wurden nur deshalb zum Teil bzw. nicht verwirklicht, weil die Kontrolle über die Durchführung unterblieb.

Walter Ulbricht sagte auf dem III. Parteitag der SED: „Die Überwindung der Rückständigkeit bedeutet die beste Vorbereitung zum Fünfjahrplan“. Diese Worte

zeigen unmißverständlich die Aufgabe auf, die von den Verwaltungen als erste zu lösen ist.

In unserem Ministerium bildete sich eine aus drei Angestellten bestehende Brigade, die sich zum Ziel setzte, die Rückständigkeit in der Organisation und in der Arbeitsweise der eigenen Verwaltungsstelle schnellstens zu überwinden und darüber hinaus Anregungen mit derselben Zielsetzung an vorgesetzte und nachgeordnete Dienststellen zu geben. Unter diesen Gesichtspunkten entstand der „Plan zur Erhaltung und Steigerung des Volksvermögens“, der unter dem Motto steht „Um den Pfennig geht's!“

Der Plan war, trotz Mitarbeit anderer Kolleginnen und Kollegen und zweier mehrstündiger Belegschaftsversammlungen im wesentlichen die Arbeit der Brigade. Er war und konnte noch kein „Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit“ sein, sondern er sollte die Grundlage darstellen, auf der jedes Belegschaftsmitglied seinen persönlichen Arbeitsplan abstellt, um die unbedingt notwendige Verbesserung der Verwaltungsarbeit zu erreichen. Wir sahen in ihm das Mittel, die noch vorhandenen bürokratischen Tendenzen schnellstmöglichst auszumerzen, um eine



schnellere Entwicklung in der Einstellung zur Arbeit zu erreichen. Es wurden Schwerpunkte aus der Verwaltungsarbeit herausgegriffen, konkretisiert und mit Terminen versehen. Für die Einhaltung der gestellten Bedingungen wurden aus der Belegschaft heraus Kontrollbeauftragte eingesetzt, die die Verantwortung für die Durchführung trugen.

Seit dieser Zeit hat sich innerhalb des Ministeriums eine wesentliche Veränderung des Arbeitsrhythmus bemerkbar gemacht. BGL, SED-Betriebsgruppe, FDJ-Betriebsgruppe und die Betriebsgruppen der anderen demokratischen Parteien hatten sich nicht nur bei der Schaffung des Planes mit eingesetzt, sondern sie sind auch bei der Realisierung der gestellten Planaufgaben beteiligt. Durch den Plan wurden die gestellten Termine nicht nur eingehalten, sondern es wurde erreicht, daß die Kollegen der angegliederten Dienststellen bestrebt waren, dafür zu sorgen, daß die im Plan enthaltenen Termine vorfristig erfüllt wurden. Innerhalb Thüringens löste der Plan eine lebhaft Diskussionsrunde aus und die Zuschriften, die bei der Brigade eingingen, bezeugen, daß man sowohl in den Kreisen und Gemeinden als auch in den Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft verstanden hat, wie notwendig es ist, schnellstens die Voraussetzungen für eine planvolle Verwaltungsarbeit zu schaffen. Nur so wird die Verwaltung ihren Beitrag bei der Erfüllung des Fünfjahresplans leisten können.

In einzelnen Verwaltungsstellen entstanden Zusatzpläne, durch die erreicht wurde, daß sich auf breiter Basis die Angestellten mit ihren Arbeitsplänen beschäftigen mußten. Dadurch wurden viele Anregungen gegeben, die zu neuen Arbeitsmethoden führen werden. Beim Anlaufen dieses Planes wurde es offensichtlich, daß er eine Reihe verschiedener Mängel aufwies. Als wesentlichsten Fehler mußten wir erkennen, daß der Plan nicht auf breiter Grundlage entstanden war, daß er sich nicht aus den Vorschlägen und Anregungen der gesamten Belegschaft zusammensetzte und daß die Verpflichtung zur Verwirklichung nur von den Kontrollbeauftragten und Terminverantwortlichen übernommen worden war.

Eine Bewußtseinsänderung zur Arbeit wird sich nur erzielen lassen, wenn die gesamte Belegschaft mit ihrem Plan verwachsen ist. Dieses Moment wurde von der Brigade bei Erstellung des Arbeitsplans nicht berücksichtigt.

Nach eingehender Diskussion mit dem FDGB und den politischen Parteien war es für uns klar, daß wir ein Musterbeispiel einer Verwaltung durch Erstellung eines Planes zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit schaffen müssen.

Seit drei Wochen beschäftigt sich jeder Kollege und jede Kollegin unseres Ministeriums mit unserem neuen Plan. Sie machen sich Gedanken darüber, wie sie die Arbeit am eigenen Arbeitsplatz verbessern können, wie sich die Wünsche der werktätigen Menschen noch schneller und volksverbundener erfüllen lassen, mit welcher Methode eine wirkliche Verwaltungskostenreduzierung erreicht und das fachliche und gesellschaftliche Wissen verbessert werden kann.

Unsere jüngsten Kolleginnen brachten die Anregung, daß die innerbetrieblichen und auch die parteipolitischen Schulungen in den von der Amtsleitung zur Verfügung gestellten Räumen unzulänglich seien. In hellen und freundlichen Schulungsräumen lernt es sich viel besser. Ihr weiterer Vorschlag ging dahin, daß Kollegen mit gleichgelagerten Arbeiten zusammenrücken sollten, um dadurch geeignete Räume freizubekommen, die ausschließlich Schulungszwecken dienen sollten. Diese Vorschläge wurden nach eingehenden Diskussionen ausgewertet mit dem Ergebnis, daß nicht nur zwei Schulungsräume zur Verfügung standen, sondern darüber hinaus noch ein Klubzimmer für die Belegschaft freigemacht werden konnte. Eine weitere Auswirkung der Vorschläge war die Bildung eines fachlichen Schulungskreises, in dem sich die jüngeren Kolleginnen und Kollegen zusammenfinden, um an jedem Sonntag eine fünfstündige Schulung abzuhalten, die von fachlich qualifizierten und gesellschaftlich fortschrittlichen Kollegen unentgeltlich geleitet wird.

Die Brigade stützt sich auf die direkte Mitarbeit von acht Gruppen, die aus drei bzw. vier Kollegen bestehen. In diesen Gruppen sind 40 % Frauen vertreten. Aufgabe dieser Brigaden ist es, nicht nur eine bessere Einstellung des Einzelnen zur Arbeit zu erreichen, sondern darüber hinaus mit jeder Kollegin und jedem Kollegen zu diskutieren, wie der Arbeitsablauf selbst verbessert werden kann. In einigen Fällen konnten bereits unnütze und zeitraubende Arbeitsgänge ausgeschaltet bzw. geändert werden. Täglich setzen sich die Mitglieder der Gruppen zusammen und werten ihre Erfahrungen aus. Sie machen sich über die Arbeit des nächsten Tages einen konkreten Plan, zu dem sie einen kurzen Erfüllungsbericht geben. Beides erhält die Brigade zur Auswertung. Es ist selbstverständlich, daß diese Kolleginnen und Kollegen viele Stunden ihrer Freizeit opfern, um zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Sie regen an und beseitigen die bei verschiedenen Belegschaftsmitgliedern noch bestehende Reserviertheit, die, wie festgestellt werden konnte, namentlich bei jüngeren Kolleginnen aus gewissen Minderwertigkeitskomplexen resultiert. Die Brigaden leisten ein großes Maß von Erziehungsarbeit. Sie muß unbedingt

Mit großer Freude und Hoffnung begrüße ich den Brief unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Dr. Adenauer. Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß die von unserer Regierung dargebotene Hand ergriffen wird und daß endlich die Deutschen aus Ost und West zusammenkommen. Möge nunmehr der Weg gefunden sein, um die Spaltung der Heimat aufzugeben, damit wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Westen unseres Vaterlandes als ein einiges Volk in einem einigen Deutschland einer glücklichen Zukunft entgegen gehen.

Hans-Georg Voigt, Deutsche Notenbank Leipzig

geleistet werden, um eine Bewußtseinsänderung zu erreichen, die nicht nur die Aufstellung des Planes zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit ermöglicht, sondern vor allem die Verwirklichung der Planaufgaben durch die freiwillige Mitarbeit des Einzelnen gewährleistet. Der Plan, der konkrete Aufgaben stellt, sie an Termine bindet und diejenigen benennt, die für die Einhaltung der Teilpläne verantwortlich sind, stellt selbst die praktische Anleitung zur Bewußtseinsänderung der Belegschaft dar. Die Teilpläne, die in Belegschaftsversammlungen diskutiert und formuliert werden, werden von den für das jeweilige Sachgebiet in Frage kommenden Kollegen unterschrieben, um zu dokumentieren, daß sie ihre ganze Arbeitskraft für die Erfüllung des Planes vorbehaltlos und freiwillig einsetzen.

Weitere wesentliche Anregungen bringen die Kolleginnen und Kollegen mit, die sich im Außendienst befinden. Durch sie wird der Erfahrungsaustausch geleitet. So konnte jetzt festgestellt werden, daß in einem Kreisamt die eine Abteilung überhaupt keinen Aktenplan hat, die andere jedoch einen, der als sehr gut zu bezeichnen ist. Wenn nun in dieser Verwaltungsstelle ein Erfahrungsaustausch stattgefunden hätte, so wäre auch dieses Beispiel zur Sprache gekommen und entsprechend ausgewertet worden.

Der Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit, der aus mehreren Teilplänen bestehen wird, muß so elastisch gestaltet werden, daß jede Veränderung in der Verwaltungsarbeit gegebenenfalls in ihm als neuer Teilplan seinen Niederschlag finden kann. Sofort realisierbare Vorschläge werden schon während der Planerstellung verwirklicht. Besonders ist noch hervorzuheben, daß bei der Erstellung von Plänen zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit beachtet werden muß: wie wirkt sich eine getroffene Anordnung nach oben und wie wirkt sie sich nach unten aus. Welche Formulare könnten vorher mit anderen Verwaltungsstellen abgestimmt werden, um in den nachfolgenden Dienststellen die Flut von Formularen einzudämmen? Oft kann dadurch unnötige zusätzliche Nacharbeit bei kurzfristig gestellten Terminen vermieden werden. Die Aktion Finanzplanung 1951 für die KWU war ein Musterbeispiel dafür, wie es nicht sein darf.

Ein Teilplan, dem wir besondere Wichtigkeit beimessen, wird sich mit der Einsparung von männlichen Arbeitskräften beschäftigen. Unsere Zielsetzung hierbei ist die Einstellung von 60% weiblichen Arbeits-

kräften. Unser besonderes Augenmerk gilt einer schnellen gesellschaftlichen und fachlichen Höherentwicklung, damit wir die langjährigen, zäh an den alten Arbeitsmethoden festhängenden „Experten“ recht bald durch solche Menschen ersetzen können, die die Bereitschaft zu einer volksnahen und unbürokratischen Verwaltungsarbeit mitbringen.

Auch der Weiterentwicklung unserer jugendlichen Kolleginnen und Kollegen wird im Plan größte Bedeutung beigemessen werden. Wir haben einen Erfahrungsaustausch mit sowjetischen Verwaltungsstellen angebahnt und hoffen, daß wir auf Grund der reichhaltigen Erfahrungen unserer sowjetischen Kolleginnen und Kollegen wertvolle Anregungen erhalten, die wir bei der Schaffung unseres Planes zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit mit verwerten können.

Unseren Plan erstellen wir zu Ehren des Geburtstages des besten Freundes des deutschen Volkes, J. W. Stalin. Er ist das Ergebnis einer monatelangen Kleinarbeit aller Kolleginnen und Kollegen. Der Kraftfahrer, Kontrolleur und Revisoren, Maschinenschreiberinnen, Handwerker und Abteilungsleiter, Reinemachefrauen und Pfortner. Für alle diese Stellen wird der Plan konkrete Einzelaufgaben zeigen, die sich in einer wesentlichen Senkung der persönlichen und sächlichen Kosten auswirken werden. Die gesamte Belegschaft ist der Träger dieses Planes. Die gesamte Belegschaft wird auch die Verantwortung über seine fristgemäße Verwirklichung übernehmen. Unser Plan wird bewirken, daß das Ministerium für Finanzen ein Musterbeispiel der Verwaltungsarbeit gibt.

Der Beweis, daß wir uns mit der Aufstellung eines Planes zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit auf dem richtigen Wege befinden, sind für uns die Worte unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, der in seiner Regierungserklärung vom 15. November 1950 sagte:

„Die Regierung wird von ihrem Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen tagtäglich beweisen. Sie kann es nicht zulassen, daß die ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit Tausender von Frauen und Männern in der Verwaltung diskreditiert wird durch Faulenzerei, Gedankenlosigkeit und bürokratischen Trotz. Wir werden denen, die mit ihren Wiedervorlageterminen alles auf die lange Bank schieben, Beine machen, und wir werden diejenigen, die immer noch gemächlich den Amtsschimmel reiten, in Trab bringen. Unser enthusiastisch arbeitendes Volk ist nicht für die Verwaltung da, sondern wir meinen, eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung sei für das Volk da.“

Persönliche Einsparungskonten der Aktivisten

Von Claus Hielscher

Kollege Karl Kellner vom FDGB-Bundesvorstand schreibt in seinem Artikel „Planmäßige und überplanmäßige Selbstkostensenkung durch Entwicklung der Masseninitiative möglich“*) u. a.:

„In Verbindung mit diesen Wettbewerbszielen müssen die Betriebsgewerkschaftsleitungen mit den Betriebsleitungen vereinbaren, daß jetzt nicht nur für alle Teilnehmer an Wettbewerben, sondern darüber hinaus für alle Betriebsangehörigen überhaupt auf Verlangen persönliche Konten (kleine Taschenbücher, die die Arbeiter

bei sich tragen) eingerichtet und eröffnet werden, in die die täglichen Einsparungen an Materialien, Energien und anderem eingetragen werden. Auf Grund der vermehrten Einsparungen erhalten die Arbeiter bei besonderen Leistungen Prämien aus dem Direktorfonds ausgezahlt, wodurch sie ihre eigene Lage sichtbar verbessern. Die schon erfolgte Einrichtung der persönlichen Konten in einigen Betrieben ist die Veranlassung dazu gewesen, daß ganz wesentliche Einsparungen erzielt wurden.“

Was sind nun diese persönlichen Einsparungskonten?

In der durch die Tat Adolf Hennekes eingeleiteten Aktivistenbewegung stellen die persönlichen Einspa-

*) S. DFW 1950, II. Halbb., Heft 19/20, S. 298/299. (Sperrung von mir. C. H.)

runungskonten auf dem Wege über die „Brigaden der ausgezeichneten Qualität“ eine neue Entwicklungsstufe des sozialistischen Wettbewerbes dar. Sie vereinigen das Streben nach bestmöglicher Leistung mit dem Streben nach der Rentabilität unserer Betriebe.

Nun muß gleich am Anfang darauf hingewiesen werden, daß diese persönlichen Einsparungskonten nicht einfach durch eine Verordnung „eingeführt“ werden können. Es kann sich nur darum handeln, daß Arbeiter und Angestellte unserer Betriebe für sich die Einführung persönlicher Einsparungskonten verlangen. Eine derartige Bewegung kann nur Erfolg haben, wenn das Bewußtsein der Menschen entsprechend herangereift ist. Das hat nichts damit zu tun, daß wir uns nicht darum kümmern sollen. Im Gegenteil, es ist Aufgabe der Gewerkschaften und auch der Verwaltungsstellen, die in einigen Betrieben gemachten Erfahrungen der Allgemeinheit mitzuteilen, um so den Anstoß zur Verbreiterung dieser Bewegung zu geben.

Die Forderung nach Einführung eines persönlichen Kontos ist dem Wunsche des Arbeiters entsprungen, zu wissen, wieviel gerade durch seine Mehrleistung an Material, Energie u. a. wert- und mengenmäßig eingespart worden ist. Wir kennen bisher in unserer Betriebsabrechnung nur die getrennte Erfassung von Abteilungen, wobei also jeweils nur das Ergebnis eines Kollektivs zu sehen ist. Dabei wird oft die schlechte Leistung einzelner Arbeiter durch die Mehrleistung anderer Arbeiter verschleiert. Wir können also sagen, daß die persönlichen Einsparungskonten eine Verfeinerung unserer internen Betriebsrechnung bringen.

Die erzielten Einsparungen werden sich in einem über dem Plan liegenden Gewinn auswirken. Dem Staat werden also mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Er wird dadurch in die Lage versetzt, den Aufbau unserer Friedenswirtschaft zu beschleunigen und weitere Maßnahmen zur Hebung des Lebensstandards unserer Werktätigen zu ergreifen.

Diese Einsparungen werden auch eine über den Plan hinausgehende Selbstkostensenkung des Betriebes mit sich bringen und damit eine höhere Zuweisung an den Direktorfonds ermöglichen. Das bedeutet weiteren Ausbau der kulturellen und sozialen Einrichtungen des Betriebes, mehr Prämien für gute Leistung von Betriebsmitgliedern. Es ist aber richtig, dem Kollegen, der durch sein persönliches Einsparungskonto den besonderen Anteil an der gesamten Mehrleistung nachweisen kann, eine besondere Anerkennung in Form einer höheren Prämie zukommen zu lassen. Die beste Berechnungsgrundlage für diese Prämien sollte ein Prozentsatz von der erzielten Einsparung sein. Hierdurch wird erreicht, daß der Arbeiter an einer möglichst hohen Einsparungssumme interessiert ist und gleichzeitig wird vermieden, daß die Prämie höher ist, als die tatsächliche für den Betrieb erzielte Einsparung.

Wie sehen diese persönlichen Einsparungskonten aus?

Ich möchte gleich vorweg feststellen, daß ich mir nicht die Aufgabe gestellt habe, hier ein einheitliches Schema zu entwerfen. Vielmehr bin ich der Meinung, daß sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen recht unterschiedliche Formen ergeben werden. Hierbei üben die jeweilige Betriebsorganisation und auch die Kostenstruktur einen erheblichen Einfluß aus. Je nach dem Schwerpunkt des Betriebes wird die Bemessungsgrundlage verschieden sein (Verbrauch von Rohstoffen, Werkzeugen, Energie, Arbeitszeit u. ä.). Zweck dieser

Arbeit soll es lediglich sein, allgemeingültige Anregungen zu geben. Nur sollte, wie schon oben gesagt, ein Erfahrungsaustausch der Betriebe einsetzen.

Entsprechend der Aufgabenstellung der persönlichen Einsparungskonten müssen daraus die Planleistung und die Istleistung ersichtlich sein, wobei sowohl die Menge als auch der Wert festzuhalten sind. Das erfordert, daß die geplanten Leistungen bis auf den einzelnen Arbeitsplatz hinunter aufgeteilt werden müssen. Damit ist zugleich eine Begrenzung für die Anwendungsmöglichkeiten der persönlichen Einsparungskonten gegeben. Es können derartige Konten nur dort für den Einzelnen eingerichtet werden, wo auch die Leistung des Einzelnen meßbar ist. An die Stelle des Einzelnen kann auch eine Arbeitsbrigade treten, nämlich in den Fällen, wo eben nur die Leistung einer Arbeitsbrigade noch meßbar ist. Ich denke hierbei an Montagekolonnen, Häuerkameradschaften im Bergbau u. a.

Eine wesentliche Forderung besteht darin, daß der Betreffende durch seine Arbeit direkten Einfluß auf die Höhe der jeweiligen Kostenart ausüben können

Fünfjahrplan — der Kampfplan für den Frieden

Der Fünfjahrplan ist der große Plan des Kampfes um die Gestaltung eines einigen und friedliebenden, fortschrittlichen Deutschlands! Manche Leute fassen die Tatsache, daß die Zeit der Erfolge begonnen hat, so auf, daß unsere Erfolge nur in der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung bestehen. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Der größte Erfolg, den die Arbeiterklasse und alle anderen friedliebenden Menschen erzielt haben, ist die Schaffung der Grundlagen des Friedens im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

Walter Ulbricht auf dem 3. Bundeskongreß des FDGB

muß. Es dürfen also nicht Verbrauchsnormen einbezogen werden, bei denen der einzelne oder die Brigade von anderen Stellen abhängig ist.

Bei der Betrachtung der einzelnen Leistung ist es erforderlich, auch die Auswirkung auf andere Kostenarten zu beobachten. Es kann durchaus vorkommen, daß die Einsparung an einer Stelle einen Mehrverbrauch an einer anderen Stelle zur Folge hat, dann muß von einer Prämierung selbstverständlich abgesehen werden.

Selbstverständlich ist wohl auch, daß die Forderung nach bester Qualität durch diesen Wettbewerb nicht leiden darf.

Der Zweck der persönlichen Einsparungskonten kann nun nicht allein darin gesehen werden, eine Berechnungsgrundlage für die Prämienzahlung zu sein. Sie sollen uns gleichzeitig Hinweise für Fehler und Schwächen der Betriebsorganisation geben. Dazu ist erforderlich, daß nicht nur die Einsparungen errechnet werden, sondern auch der Mehrverbrauch kenntlich wird, und dieser Mehrverbrauch muß auch begründet werden. Damit fördern wir die Kritik und Selbstkritik in den Betrieben, was sich letzten Endes auf die schnellere Entwicklung unserer Wirtschaft auswirken muß.

Das geht uns alle an:

Die Finanzangestellten und der Moog-Prozeß

Nach viertägiger Verhandlung fällt der Erste Strafsenat des Obersten Gerichtshofes der Deutschen Demokratischen Republik im Prozeß gegen den ehemaligen thüringischen Finanzminister Leonhard Moog und weitere sieben Angeklagte am 8. Dezember die Urteile.

Die Angeklagten Leonhard Moog, Dr. Alfred König, Dr. Karl Anke und Dr. Alfred Conrad wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Friedrich Wiessner zu sieben Jahren, die Angeklagten Friedrich Ramm und Johannes Schröter zu je vier Jahren und der Angeklagte Hans Bäsler zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf das Strafmaß von Ramm und Schröter werden je sechs Monate Untersuchungshaft angerechnet, während Bäsler die volle Untersuchungshaft zugebilligt wurde.

Die Urteile entsprachen dem Strafantrag des Generalstaatsanwaltes der Republik.

Der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Kurt Schumann, zeigte die Verbrechen der Angeklagten auf, wie sie der Prozeß ergeben hat. Sinngemäß führte er aus:

Der totale Bankrott Deutschlands im Mai 1945 zwang das deutsche Volk, völlig von vorne mit dem Aufbau anzufangen. Dieser Neubeginn hat die Zerschlagung der alten Trusts, Monopole, Syndikate usw. gemäß dem Potsdamer Abkommen zur Voraussetzung gehabt. Es ist unzweifelhaft, daß die alten deutschen Banken ebenfalls als Monopolvereinigungen angesehen werden müssen. Sie waren maßgeblich am räuberischen faschistischen Krieg beteiligt. Die Angeklagten handelten entgegen den klaren Anweisungen des Befehls 01 der SMA vom Jahre 1945 sowie der übrigen Befehle und Anordnungen zur Neuordnung des Bankwesens in der damaligen Ostzone, die die Zerschlagung der alten Banken zum Inhalt hatten.

Der Angeklagte Moog hat als Finanzminister fortgesetzt alle Ansätze zur Schaffung eines demokratischen Finanzwesens im Lande Thüringen im Keime erstickt. Darüber hinaus hat er jeder gesunden Regelung des Steuerwesens entgegengearbeitet. Zu diesem Zweck hat sich Moog einen Stab von gleichgesinnten Mitarbeitern geschaffen.

Der Angeklagte König hat an seinen Auftraggeber in der Frankfurter Hypothekbank einen Brief geschrieben, in dem er um Hilfe für die Durchkreuzung der Maßnahmen der Sowj. Militäradministration bat. Dieser Brief ist der Schlüssel zur Erkenntnis der Sabotagehandlungen Königs und sagt das, was alle anderen Angeklagten erreichen wollten.

Der eigentliche führende Kopf in der Thüringischen Landeskreditbank war der Angeklagte Anke. Ebenso wie Moog im Finanzministerium die Abteilung Bankenaufsicht bewußt arbeitsunfähig gestaltete, besetzten auch Anke und der inzwischen verstorbene Gärtner absichtlich die Revisionsabteilung der Landeskreditbank personell so ungenügend, daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte. Damit wollten die Angeklagten die Aufdeckung ihrer Verbrechen verhindern.

Durch die ungesetzliche Anerkennung von Zwischenguthaben wollten die Angeklagten die Befehle und Anordnungen sabotieren, durch die verhindert werden sollte, daß die durch den totalen Zusammenbruch Deutschlands praktisch wertlos gewordenen Konten aus der Nazizeit mit den Konten vermischt wurden, die

nach dem 3. Mai 1945 aus ehrlicher Arbeit entstanden waren. Trotz der klaren Anordnungen und Befehle wurde von dem Angeklagten in der Behandlung dieser Guthaben zwei Jahre lang nichts unternommen. Von Anke und Wiessner sind darüber hinaus die Rückbuchungen der unrechtmäßig als Zwischenguthaben anerkannten Konten planmäßig sabotiert worden. Alle Handlungen der Angeklagten Anke und Wiessner bezweckten, die wirtschaftlichen Maßnahmen der SMA und der deutschen Finanzverwaltung zu durchkreuzen. Sie wären somit klare Sabotagehandlungen.

Die Angeklagten Moog und Anke waren maßgeblich daran beteiligt, dem Kalikonzern Wintershall AG ohne jede gesetzliche Grundlage große Beträge in die Hand zu spielen. Damit wollte man den Ansatzpunkt schaffen, um einer fortschrittlichen Entwicklung und der Schaffung von Volkseigentum entgegenzutreten.

Die Angeklagten Conrad, Ramm und Schröter haben durch ihren illegalen Wertpapierhandel dem Lande Thüringen schwersten Schaden zugefügt. Sie haben das bewußt entgegen den Befehlen und Anordnungen getan.

Die von dem Angeklagten König unternommene Verheimlichung von 11 Kisten mit Kapitalbüchern ist besonders schwerwiegend, da König Bevollmächtigter für den Befehl Nr. 66 war und gerade diesem Befehl ständig entgegenarbeitete. König war von dem Bestreben erfüllt, die alten kapitalistischen deutschen Hypothekbanken wieder erstehen zu lassen. Diese Tatsache ist durch die aufgefundene Korrespondenz des Angeklagten mit den leitenden Persönlichkeiten der früheren Hypothekbanken erwiesen. Die Verheimlichung von 22 Kisten mit Wertpapieren durch den Angeklagten Conrad kennzeichnet klar den aufbaufindlichen Willen der Angeklagten.

Für jeden einzelnen Angeklagten wurde vom Obersten Gericht festgestellt, daß er vorsätzlich gegen den demokratischen Aufbau gehandelt hat.

Wenn die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, so erklärte Präsident Schumann abschließend, heute mit Stolz feststellen kann, daß die Zeit der Erfolge gekommen ist, so dürfe doch nicht angenommen werden, daß die Feinde der Republik nicht mehr zu fürchten sind. Diese würden vielmehr ihre Sabotagetätigkeit vervielfachen, da sie die Auswirkungen der Erfolge des friedlichen Aufbaues in der Deutschen Demokratischen Republik auf die westdeutsche Bevölkerung fürchten. Deshalb sei erhöhte Wachsamkeit eine der ernstesten Forderungen unserer Zeit.

Diese Forderung unterstrich auch der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft in seinem Plädoyer. Im Auftrage des Generalstaatsanwalts Dr. Meisheimer erklärte Staatsanwalt Dr. Kohn u. a.:

„Es genügt nicht nur, die Zusammenhänge der Verbrechen der Angeklagten mit den Plänen und Verschwörungen der anglo-amerikanischen Finanzkapitalisten und ihrer westdeutschen Handlanger aufzuzeigen. Es ist auch notwendig, die Lehren aus den Verbrechen der Angeklagten zu ziehen.“

Mit raffinierten Methoden arbeiteten diese Volksfeinde, um eine systematische und organisierte Kontrolle unmöglich zu machen. Nur eine organisierte Kontrolle kann solche Verbrechen verhindern. Dazu ist er-

forderlich, daß die Angestellten in der Finanzverwaltung das nötige Rüstzeug zum Verständnis aller Vorgänge im Finanzapparat mitbringen.

Aus dieser Erkenntnis heraus können nur solche Menschen auf dem Gebiet der Finanzen, das die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Planung darstellt, Verwendung finden, deren demokratische Gesinnung, deren Verbundenheit mit dem Volke über jeden Zweifel erhaben ist. Nur Menschen, die einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und den Vertretern des Finanzkapitalismus, der Konzerne und Großbanken gezogen haben, können die Finanzen unserer Deutschen Demokratischen Republik anvertraut werden. Wankelmütige und politisch unklare Charaktere sind fehl am Platze. Dazu ist aber ein vollkommener Wandel der Personalpolitik der Finanzverwaltung notwendig. Es muß verlangt werden, daß nur solche Menschen für die Tätigkeit im Banken- und Finanzwesen ausgewählt werden, die neben dem selbstverständlich notwendigen fachlichen Wissen von tiefster Verantwortung gegenüber dem Volke durchdrungen sind.

Die bestdurchdachten Anordnungen und Gesetze über das Rechnungswesen, über Besteuerung und über die Aufgaben der Banken sind nutzlos, wenn Saboteure sie durchkreuzen.

Wie ist es den Werktätigen und Aktivisten gegenüber zu verantworten, die sich in Wettbewerben im Interesse des Aufbaues um die Einsparung auch kleinster Beträge bemühen, wenn auf der anderen Seite von Verbrechern versucht wird, durch Schiebungen, verbrecherische Finanztransaktionen, Fälschungen und Steuerhinterziehungen Millionenbeträge zu veruntreuen, die den Volksfeinden in den Rachen geworfen werden und die dem Staatshaushalt und dem friedlichen Aufbau verlorengehen? Ein neues demokratisches Staatsbewußtsein muß durch systematische Schulung bei den Angehörigen der Finanzverwaltung und bei den Angestellten der Banken entwickelt werden.

Saboteure in der Volkswerft Stralsund

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Greifswald begann am 6. Dezember der Prozeß gegen leitende Direktoren und Angestellte der Volkswerft Stralsund. Die Verhandlung deckte u. a. auch schwerste Mängel in der Buchhaltung auf. In den Büchern der Volkswerft herrschte ein undurchdringliches Durcheinander, so daß in vielen Fällen eine genaue Überprüfung der einzelnen Ausgaben überhaupt nicht mehr möglich war. Für einen Teil der Ausgaben, die der Volkswerft Stralsund belastet wurden, lagen überhaupt keine Belege mehr vor. Charakteristisch ist, daß sich für diese Lotterwirtschaft keiner der Angeklagten verantwortlich fühlte.

Von den Buchhaltern saß einer, Kurt Graeber, mit auf der Anklagebank. Ohne im Besitz auch nur der geringsten Unterlagen zu sein, buchete er z. B. auf seinem Ausgabenkonto DM 4024,80 für Zigaretten anlässlich eines Betriebsfestes und DM 1610,83 für Bedienungsgeld und Entlohnung. Es störte ihn nicht, daß er derartige Rechnungen nicht ohne die Unterschrift eines Verfügungsberechtigten buchen durfte; es störte ihn auch nicht, daß überhaupt kein Nachweis erbracht wurde, ob die Bauarbeiter, für die diese Waren bestimmt waren, überhaupt etwas davon zu sehen bekommen hatten. Auf die Frage des Generalstaats-

Eine weitere Lehre aus dem Moog-Prozeß ist die Erkenntnis, daß man Demokraten nicht danach beurteilen kann, welcher Partei sie angehören oder wie demokratisch sie reden, sondern danach, wie sie sich zu dem Kampf zwischen dem Lager des Friedens und dem Lager des Krieges durch ihre Taten verhalten.

Unsere Deutsche Demokratische Republik hat zweifellos große Fortschritte gemacht und kann auf ihre Erfolge stolz sein. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß unserer Republik keine Gefahr mehr droht. Im Gegenteil, wir müssen damit rechnen, daß sich mit den wachsenden Erfolgen unseres Aufbaues bestimmte volksfeindliche Kreise veranlaßt sehen werden, ihre verbrecherischen Anstrengungen zu verdoppeln. Es gilt daher mehr denn je für jeden Bürger der Republik die Verpflichtung, das Staatsbewußtsein zu stärken und gesteigerte Wachsamkeit zu üben.“

Diese Ermahnungen der Staatsanwaltschaft zur Erhöhung der Wachsamkeit können nicht genügend hervorgehoben werden. Durch erhöhte Kritik und Selbstkritik müssen Mängel und Schwächen im Finanzapparat abgestellt werden, muß der Selbstzufriedenheit und Sorglosigkeit entgegengetreten werden. Falsch verstandene Toleranz ist schädlich. Die Mitarbeiter im Finanzapparat müssen sich stärker an politischen und gewerkschaftlichen Schulungen beteiligen. Die Mitarbeiter in leitenden Stellungen müssen zur Vertiefung und Verbreiterung der Schulungsarbeit beitragen. Die Schädigung des Volksvermögens wurde den Saboteuren dadurch erleichtert, daß Kontrollen nur mangelhaft und formal durchgeführt wurden. Die Revisoren, die zu meist Spezialkräfte sind, müssen mehr als bisher in die allgemeine politische Arbeit einbezogen werden. Es gilt, ein neues gesellschaftliches Bewußtsein und darauf fußend ein neues Arbeitsbewußtsein für alle Beschäftigten im Finanzapparat zu erreichen. Erst dann wird mit Sicherheit jeder Angriff der Feinde unserer Neuordnung abgewehrt werden können.

anwalts, ob er diese Belege auch gebucht hätte, wenn es sich um seinen persönlichen Betrieb gehandelt hätte, antwortete er mit einem klaren Nein. Mit Empörung nahmen die Zuhörer diesen Sachverhalt zur Kenntnis. In einem anderen Fall buchete der Angeklagte Graeber wiederum DM 438,54 Unkosten für ein Richtfest ohne jede Nachweisung und Überprüfung.

Der Angeklagte Völschow, der die Rechnungen abzuzeichnen hatte, wollte sich damit herausreden, daß für die finanzielle Seite nicht er, sondern die Finanzbuchhaltung der Werft verantwortlich sei. Der Generalstaatsanwalt klärte ihn aber über seine Pflichten auf. In einem anderen Falle zeichnete der Angeklagte eine Rechnung über DM 742,05 als sachlich richtig ab, obwohl das Datum dieser Rechnung nachträglich mit Kugelschreiber eingesetzt und auch die Kostenaufstellung unrichtig war. Insgesamt neun Rechnungen in einer Höhe von zusammen DM 2636,48, die angeblich Ausgaben für Getränke und Essen anlässlich der Feiern zum 1. Mai enthielten, wurden von dem Angeklagten Völschow als sachlich richtig abgezeichnet, obwohl er sie nicht auf ihre Richtigkeit geprüft hatte.

Ein Zeichen für das Durcheinander, das in „dieser Buchhalterei“ herrschte, bietet die Tatsache, daß Beträge für Zigaretten, Schnaps und Eßware in Höhe von

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

mehreren hundert Mark auf Deckeln von Zigarettenschachteln aufgeschrieben, als Belegmaterial zur Werft gegeben und von dem Buchhalter Graeber, ohne ein Wort zu sagen, gebucht wurden. Bei der Verhandlung über Kosten eines Klubhauses, die angeblich für Kinder aus Sachsen entstanden waren, ergab sich aus der zutage geförderten Rechnung, daß diese Kosten, zusammen DM 258,43, für Schnaps und Bier ausgegeben waren.

Charakteristisch für die Geschäftsmethoden in der Volkswerft war ferner, daß derartige Belege erst nach monatelangem Herumliegen endlich gebucht wurden.

Der Vorsitzende des Gerichts fragte den Angeklagten Martenka, ob er in seiner Eigenschaft als kaufmännischer Direktor diese in der Werft herrschende Mißwirtschaft denn nicht beanstandet hätte. Die Antwort lautete: „Was blieb mir weiter übrig, als die Summen zu bezahlen. Die Ausgaben waren ja getätigt, darum mußten wir bezahlen.“ Auf den Gedanken, denjenigen Angestellten, der diese Summen unrechtmäßig verausgabte, mit diesem Gelde zu belasten, kam weder der Angeklagte Martenka noch einer der übrigen Angeklagten. Bedenkenlos haben sich die Angeklagten immer wieder dazu hergegeben, unsere Werktätigen um riesige Geldbeträge zu betrügen. Von ungerechtfertigten Ausgaben anlässlich irgendwelcher Feiern bis zu fingierten Rechnungen war ihnen dabei jedes Mittel recht.

In den Gerichtspausen gaben die Werktätigen, die als Zuhörer dem Prozeß beiwohnten, ihrer Empörung über die Vergehen der Angeklagten Ausdruck. Ein Arbeiter der Werft sagte z. B.: „Wir haben Tag und Nacht geschuftet und diese Burschen haben das Geld verpraßt.“

Ich frage mich nur, wo blieb die Volkskontrolle in unserem Betrieb? Aber noch einmal passiert uns so etwas nicht mehr!“ Nach fünfjähriger Verhandlung fällt das Gericht das Urteil. Von den erwähnten Angeklagten wurden der bisherige Leiter der Betriebsfürsorge Friedrich Völschow und der bisherige Buchhalter Kurt Graeber zu je acht Jahren Zuchthaus, der ehemalige kaufmännische Direktor Klemens Martenka zu fünf Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Die Angeklagten erhielten außerdem ein fünfjähriges Berufsverbot.

Der Prozeß gibt das traurige Bild, daß jeder der Angeklagten sich auf den anderen verlassen hat: Der Buchhalter darauf, daß das, was seine Vorgesetzten taten, richtig sei; der Vorgesetzte darauf, daß seine Untergebenen schon alles prüfen würden. Aber keiner hat geprüft, keiner hat den Mut gehabt, Korruption auch Korruption zu nennen und als solche zu bekämpfen; jeder war froh, selbst mitmachen zu dürfen, und darüber, daß die übrigen auch mitmachten.

Aber auch die Betriebsangehörigen, die nicht auf der Anklagebank saßen — insbesondere die damalige BGL —, kann man nicht von der Schuld freisprechen, daß sie die offensichtlichen Mißstände, wie z. B. die kostspieligen Feiern beim kleinsten Anlaß, nicht aufgedeckt haben. Es nützt nicht, hierüber zu „mosern“, zu nörgeln und zu schimpfen, wenn man nicht den Mut aufbringt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen oder ziehen zu lassen.

Formale Gleichheit – reale Ungleichheit bei der steuerlichen Familienermäßigung

Von Dr. Karl Kaiser

Übersicht

- I. Die bürgerliche Steuerlehre
 - a) Die progressive steuerliche Erfassung des Einkommens
 - b) Die Gewährung des Existenzminimums
 - c) Die Berücksichtigung familiärer Lasten.
- II. Die zahlenmäßige Auswirkung der Familienermäßigung im Nazistaat
- III. Die Regelung nach 1945
 - a) Der Rahmen
 - b) Die Progression
- IV. Ist die steuerliche Progression der Lohnsteuer berechtigt?
- V. Neue Methoden für die Berücksichtigung familiärer Lasten
 - a) Abzug von der Steuer selbst
 - b) Zahlung aus dem Staatshaushalt.

I. Die bürgerliche Steuerlehre

In der bürgerlichen Gesellschaft hatten sich auf dem Gebiet der Steuerlehre drei Grundsätze herausgebildet, welche bei der Besteuerung des Einkommens beachtet werden sollen:

- a) die progressive steuerliche Erfassung des Einkommens,
- b) die Gewährung eines Existenzminimums,
- c) die Berücksichtigung familiärer Lasten.

Die Begründung für diese drei Forderungen entsprach der klassenmäßigen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft.

Zu a) Für die progressive Besteuerung des Einkommens wurde nicht etwa die Tatsache angeführt, daß das Einkommen des Unternehmers aus Mehrwert und damit aus der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte stammt, sondern man gründete die Progression auf ethische Gesichtspunkte. Die ethische Forderung ging jedoch nicht so weit, das Lohnneinkommen des Arbeiters und Angestellten einer niedrigeren Progression zu unterwerfen, als das vollkommen anders geartete Einkommen aus Gewerbebetrieb oder aus Kapitalvermögen.

Zu b) Für die Gewährung des Existenzminimums war nicht die Tatsache entscheidend, daß Werte nur durch menschliche Arbeit geschaffen werden können, und daß deshalb die Erhaltung der Arbeitskraft des Lohnempfängers nicht aus einseitig fiskalischen Gründen von der steuerlichen Seite her unmöglich gemacht werden darf. Die Berücksichtigung des Existenzminimums wurde vielmehr in dieser Gesellschaftsformation, naturrechtlich, von der Theorie des Gesellschaftsvertrages ausgehend, begründet.

Zu c) Die Gewährung steuerlicher Erleichterungen wegen familiärer Lasten wurde zwar für notwendig erachtet, es geschah dies aber nur im Rahmen und gemäß dem individuell bezogenen Einkommen. Das von den Eltern bezogene Einkommen war die Grenze für die Berücksichtigung des Familienstandes. War das Einkommen hoch, dann waren auch die steuerlichen Vergünstigungen groß; waren die Einkünfte niedrig, dann war die steuerliche Vergünstigung klein. Es wurde als selbstverständlich erachtet, daß ein Unternehmer mit einem großen aus Mehrwert erzielten Einkommen Anspruch auf einen hohen Betrag an steuerlichen Erleichterungen habe, daß aber bei einem „seiner“ Arbeiter die steuerliche Familienermäßigung seinem Lohn entsprechend klein sein müsse. Die Klassenmäßige Schranke für die Höhe der Einkommen wurde auch für die Besteuerung als Axiom betrachtet.

II. Die zahlenmäßige Auswirkung der Familienermäßigung im Nazistaat

Wie sich dies zahlenmäßig ausdrückte, mag an Hand des Nazitarifs von 1940 erläutert werden:

Ein Unternehmer habe damals ein Einkommen von RM 50 000,— gehabt. Er hätte bezahlen müssen an Einkommensteuer:

als Lediger (Steuergruppe I) RM 31 689,—
als Verheirateter mit zwei Kindern
(Steuergruppe IV,2) „ 19 065,—
Differenz jährlich = RM 12 624,—
oder monatlich = „ 1 052,—

Der Lohn eines Arbeiters habe betragen:

monatlich RM 250,—
Er hatte dann an Lohnsteuer zu zahlen:
als Lediger (Steuergruppe I) RM 35,36
als Verheirateter mit zwei Kindern
(Steuergruppe IV,2) „ 9,36
Differenz monatlich = RM 26,—

Der Unternehmer sparte somit im Monat an Steuern RM 1 052,—
„sein“ Arbeiter aber nur „ 26,—

Das Beispiel zeigt, wie der Nazistaat als bislang brutalstes Unterdrückungsinstrument des Monopolkapitals gegenüber den Werktätigen seiner Herrschaft innerhalb des Steuerrechts Privilegien zuwandte, um deren Nachwuchs zu fördern.

III. Die Regelung nach 1945

Das Kontrollratsgesetz Nr. 12 und die Steuerreform-Verordnung von 1948 brachten eine Neuregelung, indem nunmehr je nach dem Familienstand ein absolut gleicher Betrag von dem steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden durfte.

Dies wirkte sich z. B. nach der Steuerreform-Verordnung folgendermaßen aus:

Der Unternehmer mit DM 50 000,— Einkommen bezahlt an Einkommensteuer:

als Lediger (Steuerklasse 1) jährlich . . . DM 34 883,—
als Verheirateter mit zwei Kindern
(Steuerklasse 4) jährlich „ 33 335,—
Differenz jährlich = DM 1 548,—
oder monatlich = „ 129,—

Der Arbeiter mit DM 250,— Monatslohn bezahlt an Lohnsteuer:

als Lediger (Steuerklasse 1) DM 21,—
als Verheirateter mit zwei Kindern
(Steuerklasse 4) „ —,—
Differenz monatlich = DM 21,—

Trotzdem dem Unternehmer und dem Arbeiter derselbe steuerliche Freibetrag von DM 600,— jährlich bzw. DM 50,— monatlich für jede Steuerklasse oder in unserem Beispiel

$3 \times 600,— =$ jährlich DM 1800,—
bzw. $3 \times 50,— =$ monatlich „ 150,—
zusteht, spart der Unternehmer monatlich DM 129,—
der Arbeiter aber nur monatlich „ 21,—

Wie ist das möglich?

a) Der Rahmen

Dies kommt einmal daher, daß sich bei dem Arbeiter der Freibetrag von DM 50,— monatlich gar nicht voll auswirken kann. Die Besteuerung des Ledigen (Steuerklasse 1) beginnt bei DM 125,—; sie tritt bei dem Verheirateten mit zwei Kindern (Steuerklasse 4) erst bei DM 125,— + 150,— = 275,— ein. Da der Arbeiter aber nur DM 250,— verdient, kommt die steuerliche Ermäßigung nicht voll zum Zug. Der Rahmen ist zu klein.

b) Die Progression

Noch entscheidender ist aber die Progression des Steuertarifs. Die Steuersätze sind nicht proportional, sondern progressiv. Sie betragen z. B. bei

	monatlichem	in Steuer-	in Steuer-
		klasse 1	klasse 4
Lohn von DM 250,—	8% Lohnst.	—	Lohnst.
„ „ „ 300,—	10% „	1%	„
„ „ „ 600,—	20% „	12%	„
„ „ „ 900,—	28% „	20%	„
„ „ „ 2500,—	53% „	45%	„
Einkommen von			
DM 4160,—	70% f. EinkSt.	67%	f. EinkSt.

Nachstehende grafische Darstellung zeigt die steuerliche Inanspruchnahme des monatlichen Lohnes in den

EDB



Formulare für die Einheits-Durchschreibe-Buchhaltung (EDB) stehen wieder in ausreichendem Maße zur Verfügung. Nachlieferungen und Neubestellungen beim

SACHSENVERLAG Freiburg/Saale

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

einzelnen Schichten des Einkommens und die durchschnittliche prozentuale Besteuerung bei der einzelnen Lohnhöhe:

Lohnsteuertarif

Monatslohn ... DM (log Maßstab)	Steuerliche Inanspruchnahme innerhalb der einzelnen Schichten des Monatslohnes in %	Steuer- belastung insgesamt in %
2065—2650	86	55,00
1565—2065	64	45,91
1165—1565	58	40,13
865—1165	52	33,99
665—865	46	27,75
565—665	40	22,26
465—565	34	19,12
365—465	28	15,91
265—365	22	12,60
165—265	18	9,06
135—165	16	3,64
125—135	8	0,89
0—125		0,32

Bei einem Monatslohn über DM 2 650,— beträgt die Lohnsteuer in Steuerklasse 1 55 %, in Steuerklasse 2 53 % usw.

Je nach der Höhe des monatlichen Einkommens sind also DM 150,— ganz verschieden belastet, und der Wegfall von monatlich steuerpflichtigen DM 150,— wirkt sich deshalb verschieden aus. Das Ergebnis bei dem davon unterschiedenen Einkommensteuertarif ist noch krasser. Durch die Gewährung des Freibetrages kommt der Steuerpflichtige in eine niedrigere Stufe des Staffeltarifs. Dadurch spart der Unternehmer bei einem Jahreseinkommen von DM 50 000,— oder DM 4160,— monatlich den Betrag von DM 129,—, während sich bei dem Arbeiter die Ersparnis nur auf DM 21,— stellt.

Trotz formaler Gleichheit des Freibetrages ergeben sich immer noch Unterschiede, die so beträchtlich sind, daß sie Anlaß zu ernststen Überlegungen bieten. Die Progression der Besteuerung verhindert, daß der gleiche Freibetrag auch zu einer gleichen steuerlichen Ersparnis führt, bewirkt dagegen, daß die Ersparnis desto geringer wird, je kleiner der Monatslohn ist, und desto mehr ansteigt, je größer das Einkommen ist.

IV. Ist die steuerliche Progression der Lohnsteuer berechtigt?

Dies führt zu der Frage, ob die progressive Besteuerung des Arbeitslohnes überhaupt noch unseren jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entspricht.

Wären alle Löhne und Gehälter Leistungslöhne, die sich nur auf die persönliche Tüchtigkeit, den Fleiß und die Zähigkeit des einzelnen Staatsbürgers gründen,

dann wäre nicht die progressive, sondern die proportionale Besteuerung das Gegebene. Wir leben aber in einer Gesellschaftsformation, in welche das Bildungsmonopol aus der früheren Zeit hereinragt, das die fachliche Ausbildung eines jungen Menschen von den sozialen Verhältnissen seiner Eltern abhängig machte. Wenn selbst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Sowjetunion eine — wenn auch schwache — Progression bei der Besteuerung der Löhne und Gehälter besteht, so können wir in unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung erst recht nicht auf die progressive Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger verzichten.

Eine andere Frage ist, wie lange die trotz der Steuerreform immer noch steile Progression des Lohnsteuertarifs aus Gründen des Staatshaushalts in diesem Ausmaß aufrechterhalten werden muß. Wenn während des Fünfjahrplans eine Senkung der Lohnsteuer auf ungefähr die Hälfte stattfinden soll, so zeigt dies die Perspektive.

V. Neue Methoden für die Berücksichtigung familiärer Lasten
a) Abzug von der Steuer selbst

Damit ist es offensichtlich, daß eine Änderung des unbefriedigenden Zustandes der steuerlichen familiären Ermäßigung nicht durch Beseitigung der steuerlichen Progression erfolgen kann, sondern auf anderem Weg erfolgen müßte. Zunächst wäre rein steuertechnisch daran zu denken, gleiche Freibeträge nicht vom steuerlichen Einkommen, sondern von dem Steuerbetrag selbst abzusetzen. Der Betrag wäre also von der Steuer der Steuerklasse 1, d.h. in den beiden Beispielen bei dem Unternehmer von DM 34 883,— jährlich und bei dem Arbeiter von DM 21,— monatlich zu kürzen. Es müßte entsprechend der Anzahl der Einkommen- und Lohnsteuerpflichtigen in den einzelnen Einkommens- und Lohnschichten einerseits und ihrem Familienstand andererseits der Durchschnittsbetrag errechnet werden, der sich für die einzelne Familienermäßigung ergibt. Nehmen wir an, es würde sich für jede Steuerklasse ein Betrag von DM 10,— monatlich errechnen, so dürfte in dem obigen Beispiel der Unternehmer, da er in Steuerklasse 4 ist, $3 \times 10,— = \text{DM } 30,—$, statt der seitherigen DM 129,— monatlich kürzen.

Der Arbeiter könnte ebenfalls $3 \times 10,— = \text{DM } 30,—$ steuerlich berücksichtigen; da er aber nur DM 21,— Lohnsteuer zahlt, führt diese Methode nicht zum Ziel.

An dieser Stelle der Überlegungen wird offenbar, daß die steuerliche Belastung des zufälligen individuellen Einkommens der Eltern nicht die Grenze bilden kann, innerhalb deren die Familienermäßigung zu gewähren ist.

Es besteht nämlich gar kein organischer Zusammenhang zwischen der Steuerleistung der Eltern und den Kosten für den Unterhalt der Kinder. Noch mehr fehlt es an einem solchen Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit, jedem befähigten jungen Staatsbürger eine gute Ausbildung zu gewähren und der Möglichkeit hierzu im Rahmen des Einkommens der Eltern. In einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung müssen die dem Menschen angeborenen Fähigkeiten entwickelt und gefördert werden. Dazu bedarf es finanzieller Mittel, die in der bürgerlichen, auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaftsordnung nur von den Eltern zur Verfügung gestellt werden können. Ein Zusammenhang zwischen der Gesellschaft und dem ein-

zelen bestand nicht in dem Sinn, daß die Gesellschaft sich für die Entfaltung all der Talente, die in den Volksmassen der Werktätigen schlummern, verantwortlich gefühlt hätte. Der Staat war vielmehr ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse, er diente der Sicherung der Ausbeutung, nicht aber der kulturellen Entwicklung der unterdrückten Volksschichten. Die Finanzierung der Erziehung der Kinder war deshalb Privatsache und der Staat sorgte nur dafür, daß die schulmäßige Erziehung der Kinder in einem Sinn erfolgte, der die Herrschaftsansprüche der bürgerlichen Klasse nicht gefährdete.

In der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik ist die gesellschaftliche Lage grundlegend anders. Die vom Staat der Deutschen Demokratischen Republik vertretene Gesellschaft hat ein Interesse daran, alle in unserem Volk schlummernden Talente zu entwickeln und besonders die Erziehung der Arbeiter- und Bauernsöhne zu fördern. Es würde diesem Bestreben entgegenwirken, wollte man die normalen Erziehungskosten der Kinder an das zufällig individuell erzielte Einkommen der Eltern binden und eine Hilfe nur in Form von Steuererleichterungen gewähren. Man hatte sich in der Vergangenheit daran gewöhnt, die familiären Lasten auf steuerlichem Weg zu berücksichtigen. Es war dies nahelegend zu einer Zeit, als die Steuerleistung das einzige finanzielle Band war, das den Staatsbürger mit der Gesellschaft verknüpfte. Heute aber, wo wesentliche Teile der Wirtschaft als volkseigen mit ihren Ergebnissen in dem Staatshaushalt münden, wo immer mehr Aufgaben von der Gesellschaft übernommen werden, die früher in privatem Rahmen vor sich gingen, ist der Zwang, familiäre Lasten gerade auf steuerlichem Weg auf die Gesellschaft zu verlagern, weggefallen.

b) Zahlung aus dem Haushalt.

An dem obigen Beispiel zeigt es sich, daß bei den kleinen Einkommen, die hinsichtlich der Kindererziehung besonders auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, eine solche auf steuerlichem Weg oft gar nicht oder unzureichend möglich ist. Aus diesem Grunde schon empfiehlt es sich, mit einer Methode zu brechen, die nicht geeignet ist, ein Ziel zu erreichen, das abweichend von den Klasseninteressen einer bürgerlichen Oberschicht darin besteht, gerade die Erziehung

der Kinder der Werktätigen zu fördern. Es wäre deshalb richtiger, familiäre Beihilfen direkt aus dem Haushalt zu leisten in einer Staffelung, wie sie der Sozialpolitik unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung entspricht.

Durch solche direkten Zahlungen aus dem Staatshaushalt würde der Werktätige viel enger mit seinem Staat verbunden werden, als dies oft heute noch der Fall ist. Durch die bis jetzt geübte Verrechnung solcher Leistungen mit Steuerzahlungen innerhalb des Steuertarifs konnte ihm dasjenige, was der Staat für familiäre Zwecke aufwendet, gar nicht richtig bewußt werden. Abgesehen davon verlief die Bemessung dieser staatlichen Aufwendungen nicht in der Richtung, wie es den realen ökonomischen Notwendigkeiten entsprochen hätte, sondern gerade umgekehrt. Schließlich kommt bei der jetzigen Methode die bei den unteren Einkommensgruppen niedrige steuerliche Ersparnis nicht einmal allen zugute, und zwar gerade denen nicht, die besonders darauf angewiesen sind. Alle diese Schwierigkeiten wären durch direkte Zahlungen aus dem Haushalt zu beseitigen.

Für den Staatshaushalt wären damit keine zusätzlichen Belastungen verbunden, denn was der Staatshaushalt für solche Beihilfen auswirft, nimmt er durch Wegfall der verschiedenen Steuerklassen ein. Es würde dann nur nach der Steuerklasse 1 besteuert, und was der Werktätige der Steuerklasse 2 und folgende mehr an Lohnsteuer zu zahlen hätte, bekäme er gleichzeitig in höherem Maße aus dem Haushalt zurück.

Eine solche Methode läge auch im Sinn einer sauberen Rechnungslegung (Bruttoprinzip). Es fänden keine Vorwegsaldierungen statt, sondern die Einnahmen flössen ungekürzt in den Haushalt und würden von hier aus, in voller Kenntnis der dafür in Betracht kommenden Summen, neu verteilt.

Die ökonomische Lage der Werktätigen, die Bildung ihres Staatsbewußtseins und die saubere Rechnungslegung des Staatshaushalts lassen deshalb die Zahlungen der Familienbeihilfen aus dem Staatshaushalt als richtig erscheinen. Gleichzeitig könnte damit auf das Bewußtsein der Werktätigen in West- und Süddeutschland eingewirkt und der Kampf der Nationalen Front und Friedensbewegung gefördert werden.

Stellungnahme zum Fünfjahrplan

Auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begründete Walter Ulbricht den Entwurf des Fünfjahrplans. Durch diesen Plan, der am 1. Januar 1951 beginnt, wird ein großer wirtschaftlicher Aufschwung und ein Lebensstandard, wie ihn das werktätige Volk noch nicht gekannt hat, erreicht werden. Es gilt für jeden einzelnen Deutschen, seine ganze Kraft für die Erfüllung dieses großen Friedensplanes einzusetzen.

Insbesondere werden sich alle Aktivisten in erhöhtem Maße dafür ein-

setzen, daß dieser große Plan zu einem vollen Erfolg wird. Sie werden ständig bemüht sein, durch weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität, d. h. durch bessere, qualifizierte Arbeit, durch Denken, Anwendung und Schaffung neuer Arbeitsmethoden, Verbesserung und Erleichterungen an den Maschinen und Geräten usw., noch größere Erfolge als bisher zu erzielen.

Die Erfüllung und Übererfüllung des Fünfjahrplans muß und wird uns gelingen, wenn jeder Mann, jede Frau, jeder Jugendliche, ganz gleich an wel-

chem Arbeitsplatz sie stehen, sich der großen und schönen Aufgabe bewußt sind, die es zu erfüllen gilt.

Der Imperialismus hat erkannt, daß er durch das Gelingen dieses großen Planes seinem Ende ein wesentliches Stück näher gebracht wird. Er und seine westdeutschen Handlanger versuchen deshalb, den Friedensplan zu sabotieren. Doch das werktätige Volk wird wachsam sein und alle Angriffe gegen „seinen“ Plan zu vereiteln und verteidigen wissen.

Reiner Hornuf

Aktivist im Amtsgericht Kamen

Erfahrung bei der Kontrolle der Erfüllung der Finanzpläne 1950 im volkseigenen Handel

Von Walter Torge

Die Organe des volkseigenen Handels, wie die Handelsorganisation (HO), die Deutschen Handelszentralen (DHZ), die Vereinigungen volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse (VVEAB), die Deutsche Saatgut-Handelszentrale (DSG) sowie die Deutschen Außenhandelsanstalten (DAHA), die Gesellschaft innerdeutscher Handel (IDH) und das Leipziger Messeamt, haben 1950 erstmalig nach einem Finanzplan gearbeitet. Das heißt, daß das Jahr 1950 für alle für den volkseigenen Handel Tätigen ein Jahr des Lernens und ein Jahr der Erfahrungssammlung war.

Für die Beurteilung der Situation des Jahres 1950 muß beachtet werden, daß ein Teil der Organisation des volkseigenen Handels erst Anfang bzw. im Laufe des Jahres 1950 gegründet wurden (z. B.: 8 von 14 DHZ); teilweise wurden 1950 durchgreifende strukturelle Änderungen vollzogen (z. B. Verselbständigung der Deutschen Außenhandelsanstalten, Zusammenlegung der beiden VVEAB); der gesamte volkseigene Handel erweiterte seinen Tätigkeitsbereich im Jahre 1950 um ein Vielfaches (z. B. in der HO stiegen die Beschäftigten von rd. 30 000 am Anfang des Jahres auf rd. 90 000 am Ende des Jahres 1950).

Dieses beispiellose Entwicklungstempo brachte einen häufigen personellen Wechsel in sämtlichen Funktionen mit sich. Die Folge davon war, daß die Schulung aller Mitarbeiter im volkseigenen Handel im Jahre 1950 im Vordergrund stand, da sich praktisch sämtliche Mitarbeiter laufend in der Einarbeitung befanden. Durch diesen Zustand bedingt, mußte immer wieder festgestellt werden, daß die Mitarbeiter der Handelszentralen, insbesondere des Rechnungswesens, ja selbst Hauptbuchhalter und Leiter von Organisationen des volkseigenen Handels nur ungenügend mit den die Finanzwirtschaft betreffenden Gesetzen und Verordnungen bekannt sind. Als Folge davon mußten laufend Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen festgestellt werden.

So konnte es vorkommen, daß in keiner der Bilanzausschuß-Sitzungen für das 1. Halbjahr 1950, die in der Mehrzahl im September d. J. stattfanden, der Entwurf eines Beschlusses vorgelegt werden konnte, in dem zu den Erfahrungen aus dem Ablauf des Planes im Berichtszeitraum kritisch Stellung genommen wird und der konkrete Vorschläge für Maßnahmen zur Abstellung festgestellter Mängel enthält. Die Vorlage eines solchen Beschlusses wird im § 19, Abs. 2, der 12. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 17. Juni 1950 verlangt, die bereits am 8. Juli im Gesetzblatt Nr. 74/50 erschienen ist.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß keine der Organisationen des volkseigenen Handels ihre Bilanz per 30. Juni 1950 genau nach den Vorschriften der 11. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe aufgestellt hatte. So wurden z. B. noch nicht endabgerechnete Investitionen des Jahres 1950 den einzelnen Anlagepositionen zugeschrieben, obwohl in Heft 4 der „Schriftenreihe Deutschen Finanzwirtschaft“, das die

Richtlinien für die Anwendung der 11. Durchführungsbestimmung enthält, genau festgelegt ist, daß sämtliche Investitionen vor Erstellung der Endabrechnung als „nicht fertiggestellte Anlagen“ zu bilanzieren sind.

Ein Beispiel für ungenügende Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen lieferte die HO-Landesleitung Sachsen dadurch, daß sie, ebenfalls entgegen den Richtlinien zur 11. Durchführungsbestimmung, das gesetzlich vorgeschriebene Schema für die Ergebnisrechnung durch Überkleben der vorgedruckten Positionen abgeändert hat. Eine solche Maßnahme ist deshalb unmöglich, weil sie nicht mehr gestattet, die Bilanz der HO-Landesleitung Sachsen unmittelbar in die Bilanz der gesamten HO aufzunehmen.

Weiterhin erschwert sie die Kontrolle der Erfüllung des Finanzplanes, da das für die Ergebnisrechnung vorgeschriebene Schema mit den Positionen des Finanzplanes abgestimmt ist.

Ein krasses Beispiel für mangelnde Finanzdisziplin bietet die Filialdirektion Dresden der DHZ Holz hinsichtlich der Erfüllung ihres Investitionsplanes. So waren z. B. für die Anschaffung von Lastkraftwagen laut Investitionsplan DM 4200,— vorgesehen. Tatsächlich ausgegeben worden sind DM 8702,—. Für die Anschaffung von Schränken waren laut Investitionsplan DM 40,— vorgesehen. Tatsächlich ausgegeben worden sind DM 1926,65.

Die Reihe solcher Überschreitungen der einzelnen Positionen des Investitionsplanes läßt sich allein bei der Filialdirektion Dresden der DHZ Holz noch beliebig fortsetzen. Bei der DHZ Holz ist auch folgender Fall vorgekommen: Es wurde ein Pkw Typ „Adler“ zum Kaufpreis von DM 18 000,— erworben, dessen Neuwert DM 5809,70 und dessen Zeitwert laut Schätzungsurkunde DM 3300,— betrug. Dabei ist der Kaufvertrag von dem Hauptdirektor der DHZ Holz, Herrn Schreck, unterzeichnet worden. Solche Verstöße gegen die Finanzdisziplin waren zweifelsohne nur infolge der ungenügenden Beobachtung dieser Seite des Geschäftsablaufes durch die Leitung der DHZ Holz möglich.

Ein anderes Beispiel für mangelnde Beobachtung der Erfüllung der Bestimmungen für die Investitionsplanung zeigte sich bei der Handelsorganisation (HO). Hier wurde im Juni d. J. die Landesleitung Sachsen-Anhalt durch die Hauptbuchhaltung angewiesen, Ausgaben für Generalreparaturen, für die keine planmäßigen Mittel vorgesehen waren, aus den Selbstkosten zu bestreiten. Wenn dieses Schreiben inzwischen auch widerrufen worden ist, so zeigt es doch, daß selbst bei Mitarbeitern der zentralen Leitung der HO die Kenntnis der Gesetze noch nicht genügend verbreitet ist.

Wie notwendig eine laufende genaue Unterrichtung des Leiters einer volkseigenen Handelszentrale über die Belange der Finanzwirtschaft ist, zeigt sich sehr deutlich auch bei der DHZ Elektrotechnik. Feinmechanik-Optik, bei der anlässlich einer Revision durch die Deutsche Notenbank festgestellt wurde, daß dort völlig falsche Bestände gemeldet worden sind. So wurden z. B. vom Lager Potsdam dieser DHZ der Deutschen Notenbank

Bestände von etwa 1 Million DM gemeldet; durch Revision wurde jedoch festgestellt, daß etwa nur ein Drittel des gemeldeten Bestandes tatsächlich vorhanden war.

Bei sämtlichen Niederlassungen dieser DHZ zeigte sich fast dasselbe Bild. Ein solcher Zustand konnte eintreten, weil in dieser DHZ monatelang ein völlig unfähiger Hauptbuchhalter tätig war, unter dessen Leitung in der Buchhaltung ein Buchungsrückstand von etwa 4 Wochen eintrat. Keine Stelle in der DHZ nahm diesen Zustand so ernst, daß mit aller Energie auf seine Abstellung hingearbeitet wurde. Die Leitung der DHZ war sich in keiner Weise bewußt, daß sie durch die Duldung eines vierwöchentlichen Buchungsrückstandes innerhalb ihrer Niederlassungen betrügerischen Maßnahmen Tür und Tor öffnet. Erst durch die sofort verhängte Kreditsperre seitens der Deutschen Notenbank wurde die Leitung der DHZ veranlaßt, diesen katastrophalen Zustand schnellstens zu beseitigen.

Das Beispiel der DHZ Elektrotechnik, Feinmechanik-Optik, muß für die Leiter aller Organisationen des volkseigenen Handels und die Mitarbeiter der dienstaufsichtführenden Ministerien Anlaß sein, dem Problem der Tagfertigkeit der Buchhaltung ihr besonderes Augenmerk zu schenken, da sie sonst die Möglichkeit für unkontrollierbare falsche Verwendung von Umlaufmitteln schaffen, für die sie dann zur Verantwortung gezogen werden können.

Ein weiteres Problem, dem im volkseigenen Handel noch wesentlich größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, ist die Beobachtung der Entwicklung der Selbstkosten. So konnte z. B. bei der HO-Landesleitung Berlin ein ständiges Überschreiten der geplanten Lohn- und Gehaltssummen festgestellt werden. Bei Untersuchung dieser Frage stellte sich heraus, daß diese Entwicklung durch die Leistung erheblicher Überstunden bedingt war. Als anläßlich einer Finanztagung bei der Landesleitung Berlin diese Frage besonders untersucht wurde, stellte sich heraus, daß es einzelne Fälle gab und noch laufend gibt, in denen einzelne Mitarbeiter im Monat über 250 Überstunden leisteten, d. h., diese Mitarbeiter wollen in einem Monat, der bei rd. 27 Arbeitstagen normalerweise 216 Arbeitsstunden enthält, mehr als das Doppelte geleistet haben, d. h. pro Tag mehr als 17 Arbeitsstunden. Es wird jedem Leser ohne langwierige Untersuchung sofort klar sein, daß so etwas eine physische Unmöglichkeit darstellt. Trotzdem es sich hier seitens der betroffenen Mitarbeiter der HO Berlin wirklich nur um Betrug handeln kann, muß festgestellt werden, daß die Schuld an solchen Vorkommnissen bei den Stellen liegt, die dermaßen unmögliche Überstundenanmeldungen unterschreiben und zur Zahlung anweisen. Bei näherer Untersuchung dieser Frage stellte sich heraus, daß die Bezahlung der Überstunden erfolgt, wenn die Überstundenanmeldungen von dem Leiter des jeweiligen Hauptgeschäftes der HO und dem zuständigen BGL-Vorsitzenden unterzeichnet sind. Auf der schon erwähnten Tagung stellte sich heraus, daß die krassen Fälle von Überstundenleistungen seitens einiger Hauptgeschäftsführer und seitens einiger BGL-Vorsitzender vorlagen.

Diese Feststellungen waren selbstverständlich Anlaß, sofort über die krassen Fälle Untersuchungen einzuleiten und weiterhin eine andere Regelung der Genehmigung von Überstunden einzuführen.

Ein anderes Beispiel für die Sorglosigkeit gegenüber der Entwicklung der Selbstkosten bietet die DHZ Metallurgie. Hier konnte in der Niederlassung Chemnitz

festgestellt werden, daß Ende 1949 verschiedene Mitarbeiter anläßlich ihrer Besuche bei der Zentrale der DHZ Metallurgie in Berlin in Westberliner Hotels übernachtet haben und die in Westmark aufgemachten Reisekostenabrechnung von der Leitung der Niederlassung Chemnitz zu dem seinerzeit in Westberlin gültigen Schwindelkurs in Deutscher Mark der Deutschen Notenbank erstattet bekamen. Diese Reisekostenabrechnungen, die unter diesen Umständen Übernachtungsgelder von DM 50,— und mehr enthielten, wurden — ohne beanstandet zu werden — in der Bilanz per 31. Dezember 1949 bilanziert. Abgesehen von dieser unverantwortlichen Ausgabe der Gelder zeigt ein solches Verhalten auch eine politische Sorglosigkeit gegenüber den Mitarbeitern, die seinerzeit in Westberlin übernachteten, die wirklich ihresgleichen sucht.

Bei der VVEAB wurde im ersten Halbjahr dieses Jahres ebenfalls ein erhebliches Überschreiten der geplanten Personalkosten im Bereich der Landeskontore Mecklenburg und Brandenburg beobachtet. Bei genauer Untersuchung dieser Frage stellte sich heraus, daß die VVEAB das in der Erntekampagne 1949 angestellte Personal mit vollen Bezügen durch das erste Halbjahr 1950 hindurch beibehalten hat, obwohl diese Menschen gar keine Beschäftigung bei der VVEAB finden konnten.

Fünftjahrplan – der Kampfplan für den Frieden

Der Fünftjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft hat eine große Begeisterung bei der Bevölkerung ausgelöst, weil der Plan allen schaffenden Menschen in unserer Republik und in ganz Deutschland den Weg zu einem neuen, besseren Leben weist.

Weiterhin wurde festgestellt, daß die VVEAB an einzelnen Stellen Gehälter zahlte, die weit über dem gültigen Tarif lagen.

Die Motivierung für ein solches Verhalten war, daß man das Kampagnepersonal weiterbezahlen müsse, damit man für die diesjährige Ernte genügend Leute zur Verfügung habe, und es andererseits aus sozialen Rücksichten nicht verantwortet werden könne, diese Menschen gerade zum Winter zu entlassen. Inzwischen hat es sich allerdings auch bei der VVEAB — Landeskontor Mecklenburg und Brandenburg — herumgesprochen, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik wirklich jede Arbeitskraft für die Durchführung unserer Volkswirtschaftspläne brauchen und niemand der von den VVEAB Entlassenen zu befürchten braucht, daß er arbeitslos werden könnte.

Diese Ausführungen stellen nur eine kleine Auswahl von Beispielen dar, an welchen Stellen die Finanzdisziplin im volkseigenen Handel noch Mängel zeigt. Die angeführten Beispiele sollen nicht besagen, daß Fehler nur bei den hier genannten Institutionen vorgekommen sind. Es handelt sich bei den aufgezeigten Fällen lediglich um typische Mängel, die vielfach zu beobachten sind. Wenn auch die Entwicklung im volkseigenen Handel 1950 in ihrem Tempo einfach beispiellos gewesen ist, so soll diese Tatsache doch nicht dazu führen, die durchaus noch vorhandenen Mängel mit einer großzügigen Geste beiseite zu tun. Im Gegenteil, ihr Aufzeigen soll die Richtung für die Weiterarbeit im Jahre 1951 weisen.

Lehren aus der Investitionsplanung 1950

Von Max Pichmann, Deutsche Investitionsbank

Der Investitionsplan ist Voraussetzung der Investitionen des Volkswirtschaftsplanes und zeigt den Umfang der Investitionen sowohl in Neuanlagen als auch in Generalreparaturen.

Auf Grund einer Schätzung des erreichbaren Gesamtinvestitionsumfanges begann im Herbst 1949 die Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung der Deutschen Wirtschaftskommission mit der Erarbeitung von Kontrollziffern, die als obere Grenze der im Jahre 1950 durchzuführenden Investitionen zu betrachten waren. Nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und Bildung ihrer Provisorischen Regierung am 7. Oktober 1949 wurde diese Arbeit vom Ministerium für Planung bzw. von der Staatlichen Planungskommission weitergeführt.

Die Kontrollziffern wurden für jeden Wirtschaftszweig festgelegt und den Verwaltungen der volkseigenen Wirtschaft zur weiteren Aufgliederung mitgeteilt. Den einzelnen volkseigenen Betrieben wurde dadurch der Rahmen vermittelt, innerhalb dessen ihre Investitionswünsche Erfüllung finden können. Als Ergebnis der sich nun vollziehenden Verhandlungen der Betriebsleitungen der VEB mit den Verwaltungen der VVB und dieser mit den Hauptabteilungen der Fachministerien entstand dann der vom Ministerium für Planung bestätigte Plan der Investitionen und Generalreparaturen.

In diesem Plan sind alle zur Erreichung des Planzieles notwendigen und verfügbaren Arbeitskräfte, Materialien und Finanzmittel einbegriffen. Keinem Betrieb, keiner Verwaltungsstelle stehen Baustoffe, Maschinen, Finanzmittel zur Verfügung, mit denen Investitionen außerhalb des bestätigten Planes vorgenommen werden können. Jede Durchführung einer außerplanmäßigen Investition gefährdet an irgendeiner Stelle den Gesamtinvestitionsplan.

Zur Finanzierung der Investitionen dienen in der Hauptsache Abschreibungsbeträge und Haushaltsmittel, die an die Deutsche Investitionsbank (DIB) zu überweisen sind. Die DIB ist das einzige in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Aufgabe der Finanzierung der Investitionen betraute Bankinstitut. Zur besseren Durchführung aller damit verbundenen Arbeiten schuf sich die Bank in ihrer Zentrale einige besondere Abteilungen und in der deutschen Hauptstadt Berlin und in jedem Lande der Deutschen Demokratischen Republik je eine Filiale. Die Länderfilialen befinden sich in Potsdam, Schwerin, Dresden, Halle und Erfurt.

Der ordnungsgemäße Ablauf des Investitionsgeschehens setzt voraus, daß der DIB der bestätigte Plan der Investitionen und Generalreparaturen bekanntgegeben wird. Die Planungsabteilung der Bank teilt die in dem Plan enthaltenen einzelnen Vorhaben den Investierungsabteilungen in der Zentrale und den Planungsabteilungen in den Filialen mit, in denen die Finanzierung gegen Vorlage der Auflage und der übrigen notwendigen Unterlagen erfolgt.

Die Durchführung des Investitionsplanes 1950 geschah nicht in allen Fällen so reibungslos und fristgemäß, wie es nach dem frühzeitigen Beginn der Vorarbeiten zu erwarten war.

Die Abstimmung der Wünsche der Investitionsträger mit den Erfordernissen und Möglichkeiten der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik nahm sehr lange Zeit in Anspruch, so daß der Plan der Investitionen und Generalreparaturen erst in den Monaten Januar und Februar vorigen Jahres fertiggestellt und bestätigt werden konnte.

Der Plan der Investitionen und Generalreparaturen (kurz Gesamtplan) unterteilt sich folgendermaßen:

- a) Investitionen und Generalreparaturen, die der Verantwortung seitens der Ministerien der Regierung der Republik unterliegen,
- b) Investitionen und Generalreparaturen, für deren Durchführung die Landesregierungen bzw. der Magistrat von Berlin verantwortlich sind.

Der Gesamtplan gliedert sich weiter in die Pläne für die einzelnen Wirtschaftszweige.

In diesen Plänen der Ministerien der Republik und in den Länderplänen sind die sog. Überlimitvorhaben, Vorhaben, deren Wertumfang DM 250 000.— übersteigt, einzeln aufgeführt, während die sog. Unterlimitvorhaben und die Generalreparaturvorhaben jeweils in einer Gesamtsumme zusammengefaßt sind.

Die Überlimit-Investitionsvorhaben bedürfen in jedem einzelnen Fall der Bestätigung durch die Staatliche Planungskommission. Bei den Unterlimit-Investitionsvorhaben und bei den Generalreparaturvorhaben wird nur die Gesamtsumme je Wirtschaftszweig bestätigt. Die Planbeträge der einzelnen Unterlimit- und Generalreparaturvorhaben werden im Rahmen der Gesamtsumme von den Fachministerien der Regierung der Republik oder von den Landesregierungen bestätigt.

Die Aufteilung der vom Ministerium für Planung Anfang 1950 bestätigten Plansummen für Unterlimit und Generalreparaturen auf die einzelnen Vorhaben, ihre Bestätigung und eine diesbezügliche Benachrichtigung der DIB durch die Fachministerien bzw. deren Hauptabteilungen oder durch die Landesregierungen erfolgte zum Teil erst im März und April vorigen Jahres.

Inzwischen hatte sich herausgestellt, daß die bestätigten Plansummen für Überlimit- und Unterlimitvorhaben und in einigen Fällen auch für Generalreparaturvorhaben geändert werden mußten, sei es, daß die Störung des innerdeutschen Handels durch die imperialistischen Besatzungsmächte den volkseigenen Betrieben wichtige Halbfabrikate und Fertigwaren zum Zwecke der Investitionen versagte, sei es, daß die Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Auslande eine Erweiterung der Exportindustrie erheischte; gelegentlich lagen der Planung auch Fehlkalkulationen zugrunde.

Bei den notwendig gewordenen Änderungen der Plansummen der einzelnen Vorhaben mußte strengstens darauf geachtet werden, daß eine Erhöhung

einer Plansumme die entsprechende Verringerung einer anderen nach sich zog, denn die Gesamtsumme aller Investitionen durfte nicht verändert werden.

Bei diesen Planänderungen geschah es, daß von manchem Bearbeiter in den Fachministerien nicht korrekt gearbeitet wurde. So kam es oft vor, daß den Investitionsträgern neue bestätigte Auflagen zugestellt wurden, bevor das Ministerium für Planung der Planänderung zugestimmt hatte und der DIB eine entsprechende Bestätigung zugehen ließ. Wurden Plansummen von Unterlimitvorhaben im Rahmen ihrer Gesamtsumme vom Fachministerium geändert, wurde zuweilen vergessen, der Bank Mitteilung davon zu machen. Die Folge waren Störung des Investgeschehens, über die insbesondere die Investitionsträger zu klagen hatten.

Für die bessere Durchführung des Investitionsplanes 1951 sind hieraus einige Lehren zu ziehen:

1. Auflagen für Investitionen und Generalreparaturen sind den Investitions- und Generalreparaturträgern erst nach erfolgter Planbestätigung und Mitteilungen dieser Bestätigung an die DIB zuzustellen.
2. Auflagen sind erst zu bestätigen, wenn alle erforderlichen Unterlagen (Titelliste, Kostenstruktur, Kostenvoranschlag, technisches und betriebswirtschaftliches Gutachten) dem Ministerium vorliegen.
3. In der Verordnung über Investitionen und Generalreparaturen 1951 ist ein Passus aufzunehmen, in dem bestimmt wird, daß Planänderungen in jedem Fall der Bestätigung durch den Ministerrat bedürfen.

Einige Probleme der Finanzplanung

Von Erhart Knauth

Einleitung

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Voraussetzung der Wirtschaftsplanung. Durch die Schaffung des Volkseigentums in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehrswesen, Bank- und Versicherungswesen wurde die ökonomische Basis für die Wirtschaftsplanung geschaffen.

Der Volkswirtschaftsplan ist das ökonomische Grundgesetz unseres demokratischen Staates. Im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes werden Planaufgaben an die volkseigenen Produktions- und Handelsbetriebe erteilt. Die Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft sind das Spiegelbild dieser Mengenplanung. Der zusammengefaßte Finanzplan der volkseigenen Wirtschaft geht vollinhaltlich in den Haushaltsplan ein und zeigt einmal die Haushaltseinnahmen, die aus der volkseigenen Wirtschaft stammen, und zum anderen die planmäßige Verausgabung von Haushaltsmitteln für die Weiterentwicklung der volkseigenen Wirtschaft.

Aufgaben der Finanzplanung

Worin besteht die allgemeine Funktion der Finanzplanung? Durch sie erfolgt eine Planung der Wertbewegung im Produktions- und Zirkulationsprozeß, die die geplanten Mengenbewegungen widerspiegelt. Diese Zusammenhänge werden noch immer von vielen Mitarbeitern der Finanzorgane und der volkseigenen Wirtschaft nicht richtig erkannt.

Der planende Staat stellt den einzelnen volkseigenen Betrieben die Mittel zur Verfügung, die zur Durchführung der Produktionspläne erforderlich sind. Solche Mittel erhält der Betrieb in Form des Anlagefonds und des Umlaufmittelfonds. Zum Anlagefonds gehören in der Industrie insbesondere Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge usw., im Handel Grundstücke und Gebäude, Einrichtungen, Fahrzeuge. Zum Umlaufmittelfonds gehören in der Industrie insbesondere Geldmittel einschließlich Forderungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Im Handel besteht der Umlaufmittelfonds im wesentlichen nur aus Geldmitteln (einschließlich Forderungen)

und Waren. Der Anlagefonds wird vollständig mit betriebseigenen Mitteln finanziert, während der Umlaufmittelfonds zum Teil aus betriebseigenen Mitteln, zum Teil durch den Plankredit finanziert wird. Die betriebseigenen Mittel sind ihrem Wesen nach nicht zu vergleichen mit dem Eigenkapital in Privatbetrieben. Der Begriff des Kapitals ist verbunden mit Ausbeutung, Produktion von Mehrwert, mit dem Streben der Kapitalverwertung seitens der Kapitalisten. Das Kapital drückt ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter aus. Das „Kapital“ der VEB besteht aus den betriebseigenen Mitteln, die der planende Staat den Betrieben zusammen mit den planmäßigen Krediten als Fonds für die Durchführung der Produktions- und Zirkulationsaufgaben übergibt. Die Fonds sind Teile des Volksvermögens. Ihre Größe bestimmt sich nach den Plänen und sie verändern sich planmäßig nach den verschiedenen Gesichtspunkten, wie z. B. Gewinn- und Steuerabführung, Amortisationsabführung, Investitionen, Großreparaturen, Umlaufmittelausgleich usw.

Die Finanzplanung regelt den Umfang und den Kreislauf der den Betrieben zur Verfügung gestellten Fonds. Dieser Kreislauf muß sich auf der Grundlage des Rentabilitätsprinzips vollziehen. Die Planung der Rentabilität erfolgt durch die Kosten- und Ergebnisplanung.

Es ergeben sich danach vier Hauptfragen, die durch die Finanzplanung gelöst werden müssen:

1. Frage:

Inwieweit müssen die Produktionsstätten der Volkswirtschaft erweitert werden, um die ständig steigenden Planaufgaben zu erfüllen? Im Handel würde die Frage lauten: Inwieweit müssen die volkseigenen Handelsbetriebe erweitert werden, um ihre Planaufgaben zu erfüllen? Diese Frage wird durch den Investitionsplan gelöst. Dadurch wird eine planmäßige Verteilung der Akkumulationsmittel gewährleistet. Es erfolgt eine planmäßige Festlegung der Höhe des Anlagefonds in den volkseigenen Betrieben.

DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT

Jahrgang 5 • Heft 1/2

2. Frage:

Wie hoch müssen die Umlaufmittelfonds sein, um die geplante Produktion bzw. Zirkulation zu ermöglichen? Es muß eine Anpassung des jeweiligen Umlaufmittelfonds an die Mengenaufgabe des Betriebes erfolgen. Die Lösung dieser Aufgabe ist eine Funktion des Richtsatzplanes, der außerdem noch die Funktion hat, den Plankredit festzulegen.

3. Frage:

Was kostet die geplante Produktion, wieviel Selbstkosten verursacht sie? Diese Frage wird durch den Kostenplan gelöst, durch den zugleich die Selbstkostensenkung mit geplant wird. Im Handel lautet die Frage: Welche Zirkulationskosten verursacht der Umschlag der geplanten Umschlagsmenge?

4. Frage:

Welches Ergebnis bringt die geplante Produktion bzw. welches Ergebnis verbleibt im Handel? Diese Aufgabe wird durch den Ergebnisplan gelöst.

In der Praxis wird oftmals insbesondere der Planung des Anlage- und Umlaufmittelfonds nicht das nötige Verständnis entgegengebracht. Im folgenden sollen die beiden ersten Fragen der Finanzplanung behandelt werden.

Es wurde oben festgestellt, daß die Finanzplanung den Umfang und den Kreislauf der den Betrieben zur Verfügung gestellten Fonds regelt. Wie sieht dieser Kreislauf aus?

Der Kreislauf des industriellen Kapitals im Kapitalismus läßt sich in folgender Formel darstellen:

$$G - W < \frac{Pm}{Ak} \dots P \dots W' - G' \text{)}.$$

Der Anfang der Formel ist G, das Ende G'. Die Bewegung verläuft also zwischen den beiden Polen G — G'. Das soll ausdrücken, daß es dem Kapitalisten darauf ankommt, sein Kapital zu verwerten, d. h. Profit zu erzielen. Zu diesem Zweck verwandelt er das Geldkapital in produktives Kapital (Kauf der Produktionsmittel, bestehend aus Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen einerseits und der Arbeitskraft andererseits). Im Produktionsprozeß werden durch die zweckmäßige Bearbeitung der Arbeitsgegenstände durch die Arbeiter mit Hilfe der Arbeitsmittel die Produkte erzeugt. Diese Produkte enthalten den in der Produktion erzeugten Mehrwert (W). Durch die Realisierung der Waren auf dem Markt wird auch der Mehrwert realisiert (G').

In der volkseigenen Wirtschaft ist, wie oben schon festgestellt, infolge der gesellschaftlichen Veränderungen die Kapitalverwertung nicht mehr Zweck der Produktion, sondern die planmäßige Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Es wurde weiter bereits festgestellt, daß der planende Staat dem Betrieb die Anlage- und Umlaufmittelfonds zur Durchführung der Mengenpläne zur Verfügung stellt. Daraus ergibt sich, daß auch der Kreislauf des Anlage- und Umlaufmittelfonds in der volkseigenen Industrie anders aussieht:

$$P \dots W' - G' < \frac{W - Pm}{A} \dots P.$$

Anfang und Ende der Formel sind also P. Das bedeutet, daß der Produktionsprozeß planmäßig erweitert wird, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen (P — P).

¹⁾ Vgl. Karl Marx, Das Kapital II, S. 23 fig.

Ein Mensch, der sich ein festes Ziel gesteckt hat und seine Kräfte nach einem Plan weise einteilt, muß nach allem Ermessen auch dieses Ziel erreichen. Wieviel eher aber ist das der Fall bei einem ganzen Volke, das seine ihm innewohnenden gewaltigen Möglichkeiten und Energien planmäßig gelenkt weiß!

So muß auch der Böswilligste bei einer Gegenüberstellung unserer Lebensverhältnisse in den Monaten nach dem Zusammenbruch des Naziregimes und heute die gewaltigen Erfolge erkennen, welche uns aus tiefstem Elend wieder zu einem geordneten Leben führten.

In Verbindung mit der großen Sowjetunion, die uns durch ihre großzügige Hilfe und untrüglichen Beweise ihrer aufrichtigen Freundschaft die Grundlage jeden Neuaufbaues gab, haben der 1/2-Jahr-Plan

Außerdem tritt die Arbeitskraft nicht mehr als Ware auf, weil das in den volkseigenen Betrieben geschaffene Mehrprodukt gesellschaftlich und nicht kapitalistisch angeeignet wird. Das kommt in der Formel zum Ausdruck. A ist im Sinne von Lohnfonds zu verstehen.

Die fertiggestellten Waren enthalten das gesellschaftliche Mehrprodukt (W'), das planmäßig realisiert wird (G'). Der Plangewinn wird in Form von Steuern und der Nettogewinnabführung an den Staatshaushalt abgeführt oder durch Gegenrechnung entsprechend dem Investitionsplan im gleichen Betrieb zur Erweiterung der Produktion verwandt. Der Betrieb verwandelt nunmehr G wieder in die Warenform, und zwar in Produktionsmittel. Er verwendet die Gelder zum Kauf von Rohstoffen usw. oder im Fall der Investition zur Bezahlung der planmäßigen Investitionen. Außerdem wird aus G der Lohnfonds gespeist, der in der Formel mit A dargestellt wurde. Sodann beginnt der Produktionsprozeß erneut. Wir sehen, daß durch obige Formel das veränderte Wesen der Produktion in der volkseigenen Wirtschaft ausgedrückt wurde. Der Kreislauf der den volkseigenen Betrieben zur Verfügung gestellten Fonds unterscheidet sich vom Kreislauf des Kapitals im Kapitalismus dadurch, daß der Staatsapparat und die Wirtschaft unserer Republik demokratisiert sind und daß infolgedessen die Wirtschaftsplanung das ökonomische Grundgesetz ist. Daraus ergibt sich, daß der Kreislauf der Fonds planmäßig erfolgt und nicht spontan, wie der Kreislauf des Kapitals im Kapitalismus. Als weiterer Unterschied tritt hinzu, daß die Arbeitskraft keine Ware mehr ist. Es wird kein Mehrwert erzeugt. Die Realisierung des Mehrprodukts findet planmäßig statt. Es gibt keine Krisen, das Wertgesetz wirkt nicht mehr spontan. Durch die Planmäßigkeit des Kreislaufs wird schließlich die Kontrolle durch das Geld ermöglicht, d. h. Produktions- und Finanzierungsstörungen äußern sich in der Nichterfüllung des Planes. Dadurch wird die Finanzkontrolle auch indirekt zu einem Instrument der Mengenkontrolle.

Ist es möglich, diesen oben beschriebenen planmäßigen Kreislauf der Fonds in unseren volkseigenen Betrieben in einem einzigen Plan auszudrücken? Nein,

Meine Gedanken zum Fünfjahresplan unserer Deutschen Demokratischen Republik

1948 und der Zweijahrplan 1949/50 dieses scheinbare Wunder unseres bisherigen Aufstiegs gebracht.

Dabei ist jedoch alles bisher von unserer zielbewußten Arbeit Erreichte nur als Sprungbreit in die Perspektiven des Fünfjahresplans zu betrachten und zu bewerten.

Einzig und allein in unsere Macht ist es gegeben, in fünf Jahren nicht nur

jeder vernünftigen Anforderung an ein menschenwürdiges Dasein gerecht zu werden, sondern auch der übrigen Welt zu zeigen, was ein Volk vermag, wenn es in Frieden und wahrer Demokratie nach einem bestimmten Plan arbeitet.

Um so größer werden natürlich die Erfolge sein, um so schneller wird

das Ziel erreicht werden können, je mehr alle Bevölkerungsschichten sich vorbehaltlos für die Erfüllung und Übererfüllung des Planes einsetzen.

Helft also alle mit, um so schnell als möglich ein schöneres Vaterland aufzubauen, in dem wir friedlich, in Freundschaft mit allen Völkern der Erde, unsere Kräfte entfalten zu einem niegekannten freudvollen, unbeschwerten und zukunftsreichen Dasein!

Johannes Agsten
Finanzamt Chemnitz

das ist nicht möglich. Ein Teil der Produktionsmittel (die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) überträgt seinen Wert ganz auf das neue Produkt, welches innerhalb des Produktionsprozesses erzeugt wird. Der andere Teil der Produktionsmittel (die Arbeitsmittel = Anlagenfonds) überträgt seinen Wert nur teilweise auf das neue Produkt. Dieser Teil der Produktionsmittel überdauert mehrere Produktionsprozesse.

Aus all dem ergibt sich, daß innerhalb der Finanzplanung der Kreislauf des Anlagenfonds und des Umlaufmittelfonds jeweils getrennt geplant werden muß.

Die Planung der Höhe und des Kreislaufs des Anlagenfonds

Die Höhe des Anlagenfonds bestimmt sich nach dem Mengenplan. Entsprechend den Planaufgaben werden die Anlagen des Betriebes entweder vergrößert (Investitionsplan) oder durch Maschinenumsetzungen vermindert. Der Abschreibungsplan legt die im Erlös zurückfließenden Abschreibungen fest, die dem technischen Verschleiß des Anlagenfonds entsprechen. Der Kreislauf des Anlagenfonds vollzieht sich also wie folgt: Investitionen — Verschleiß / Amortisation — Ersatzinvestitionen. Der Investitionsplan legt neben den Ersatzinvestitionen und Großreparaturen fest, inwieweit durch die Neuinvestitionen die Produktionsstätten erweitert werden bzw. arbeitsintensivere Maschinen investiert werden. Das Tempo des Kreislaufs ist technisch bedingt entsprechend der Benutzung. Die wertmäßige Planung des Kreislaufs und seines Tempos erfolgt durch die Anwendung der gesetzlich festgelegten Abschreibungssätze. Diese Abschreibungssätze nehmen auf die Beanspruchung (Schichtarbeit) Rücksicht.

Entsprechend den Abschreibungen ist der Betrieb verpflichtet, die Amortisationsrate an die Deutsche Investitionsbank abzuführen. Nach endgültigem Verschleiß erfolgt Neuinvestition.

Worin besteht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Amortisation? Die im Erlös zurückfließenden Abschreibungen werden — indem sie planmäßig von der Deutschen Investitionsbank gesammelt und verausgabt werden — während derselben Umschlagszeit des Anlagegegenstandes zugleich in mehreren Produktionsprozessen verwendet. Dadurch wird eine rationellere Ausnutzung des Volksvermögens er-

zielt. Wir finden hier einen der wichtigsten Grundsätze der Finanzpolitik unserer Republik verwirklicht: den Grundsatz der Selbstfinanzierung. Alle Finanzierungsquellen müssen rationell ausgeschöpft werden, um die Finanzierung des Volkswirtschaftsplanes ohne solche ausländischen Anleihen zu ermöglichen, die eine Gefährdung des nationalen Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes bedeuten würden.

Es zeigt sich, daß die pünktliche Abführung der Amortisationen wichtig ist, um eine reibungslose Finanzierung des Investitionsplanes zu gewährleisten. Mangelnde Finanzdisziplin würde die Realisierung des Grundsatzes der Selbstfinanzierung gefährden. Außerdem zeigt obige Darstellung, daß die Abführung der Amortisationen auf wissenschaftlichen ökonomischen Erkenntnissen beruht.

Die Planung der Höhe und des Kreislaufs des Umlaufmittelfonds

Der Umlaufmittelfonds tritt uns entgegen in Form von Geld (Kontobestand), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Verbrauchswerkzeugen, Halbfabrikaten, Fertigfabrikaten und Forderungen. Der Kreislauf vollzieht sich um so schneller, je schneller seine Teile von der einen Form in die andere übergehen. Beim Umlaufmittelfonds sind bezüglich des Tempos des Kreislaufs nicht in dem Maße technische Schranken gesetzt wie beim Anlagefonds.

Die Höhe des Umlaufmittelfonds bestimmt sich wiederum nach der zu produzierenden oder umzuschlagenden Menge. Hohes Produktionssoll (im Handel: Umschlagssoll) erfordert eine relativ hohe Umlaufmittelmenge.

Schlußfolgerung: Da die Umlaufmittel aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt sind, wird die Belastung des Haushalts von Jahr zu Jahr größer durch die steigenden Produktionsauflagen!

Weitere Schlußfolgerung: Um diese Entwicklung abzuschwächen, muß die Umschlagsdauer des Umlaufmittelfonds planmäßig verkürzt werden. Das ist möglich, weil durch die erweiterte Reproduktion ständig die Bedingungen geschaffen werden, die die Umlaufzeit verkürzen.

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

Das Tempo des Umschlags wird planmäßig festgelegt durch die Auflage der Umschlaggeschwindigkeit. Eine Festlegung des Tempos des Umschlags bedeutet zugleich die Festlegung des Tempos des Materialdurchlaufs durch den Betrieb bzw. des Warendurchlaufs durch den Handelsbetrieb.

Was muß der Betrieb tun, um die Richttage einzuhalten, d. h. also um die geplante Umschlaggeschwindigkeit seines Umlaufmittelfonds zu erreichen und zu überbieten? Die Hauptmethode hierzu ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Prozeß der Technisierung wird vorangetrieben. Durch diese Fortentwicklung der Produktivkräfte sinken die Produktionskosten. Außerdem muß der Betrieb versuchen, seine Lagerbestände nur auf der Höhe zu halten, die unbedingt erforderlich ist, damit die Produktion ohne Stockung ablaufen kann. Eine geordnete Materialbuchhaltung ist hierzu mit Voraussetzung. Schließlich muß eine schnellere Abnahme der Ware seitens der Abnehmer erfolgen, verbunden mit der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungsfristen. Die Beschleunigung der Warenbewegung ist nicht nur erforderlich für die Weitergabe der Waren von den Produktionsbetrieben an den Handel, es muß die Warenbewegung bis zum Verbraucher beschleunigt werden. Sonst würde der Fall eintreten, daß die in den Produktionsbetrieben infolge schnelleren Warenumschlages freigesetzten Umlaufmittel im Handel durch eventuelle Warenstockungen zusätzlich gebraucht würden. Die Gesellschaft ist aber infolge der gesellschaftlichen Aneignung des Mehrprodukts daran interessiert, daß das Mehrprodukt nicht durch unnütze unproduktive Kosten geschmälert wird.

Aus der obigen Darstellung ergibt sich, daß die Beschleunigung der Umlaufmittelbewegung zugleich eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit eine Kosten senkung bedeutet. Die Erfüllung des Richtsatzplanes spiegelt — bei eingespielter Planung — die gesamte Betriebsarbeit wider. Fast alle betrieblichen Faktoren wirken auf die Umlaufmittelbewegung ein, z. B. der Entwicklungsstand der Betriebstechnik, das Arbeitstempo, die Qualität, weil sonst Realisierungsschwierigkeiten entstehen, die Einhaltung der Verträge bezüglich der pünktlichen Warenabnahme und auch die Einhaltung der Zahlungsbedingungen. Der Richtsatzplan

wird damit zum Hauptkriterium der gesamten Betriebsarbeit. Auch die Erfüllung des Kosten- und Ergebnisplanes hängt weitgehend von der Umlaufmittelbewegung ab.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Planung der Umlaufmittelbewegung kann somit wie folgt zusammengefaßt werden: Durch die planmäßige Beschleunigung der Umlaufmittelbewegung werden Umlaufmittel freigesetzt. Die Freisetzung von Umlaufmitteln bedeutet wiederum eine rationellere Ausnutzung des Volksvermögens. Die Vergrößerung der Umlaufmittelfonds in der volkseigenen Wirtschaft braucht von Planjahr zu Planjahr nicht in dem Maße zu erfolgen, wie die Vergrößerung der Planaufgaben. Dadurch tritt eine relative Entlastung des Staatshaushalts ein. Zugleich aber bedeutet für den einzelnen Betrieb die Beschleunigung der Umlaufmittelbewegung auch eine Einsparung von Kosten (Fertigungskosten, Lagerkosten usw.). Hier zeigt sich deutlich die Verbindung zwischen dem Kreislauf des Umlaufmittelfonds und der Erfüllung des Kosten- und Ergebnisplanes. Die Beschleunigung der Umlaufmittelbewegung ist somit auch ein Faktor zur Erhöhung der Rentabilität in den volkseigenen Betrieben.

Schluß

Die Einhaltung der Finanzdisziplin in der volkseigenen Wirtschaft ist, wie aus den Ausführungen hervorgeht, von großer Wichtigkeit. Mangelnde Finanzdisziplin gefährdet den Volkswirtschaftsplan. Wie schwer Verstöße gegen die Finanzdisziplin sich auswirken, wird in vielen Fällen von den Mitarbeitern der volkseigenen Betriebe nicht richtig erkannt. Eine Ursache hierfür ist darin zu suchen, daß die Finanzpläne von diesen Mitarbeitern nur als eine Angelegenheit des Rechnungswesens betrachtet werden. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, auf denen die Pläne aufbauen, werden nicht in vollem Umfange erkannt. Es ist deshalb notwendig, die Anordnungen über die Finanzplanung mehr noch als bisher zu erläutern und ihre grundsätzliche Bedeutung herauszuarbeiten. Der Volkswirtschaftsplan und seine Teilpläne sind eine wissenschaftliche Arbeit.

Stellungnahme zum Fünfjahrplan

Um die großen Ziele des Fünfjahrplanes zu erreichen, der durch eine gewaltige Produktionssteigerung den Lebensstandard der Bevölkerung weit über das Vorkriegsniveau heben soll, erachte ich als Verwaltungsangestellter eine höhere Qualifizierung der Mitarbeiter des Staats- und Wirtschaftsapparates als unerläßliche und dringendste Voraussetzung. — Nur durch den Einsatz solcher Arbeitskräfte ist die angestrebte Verwaltungsvereinfachung und ein sparsames Arbeiten zu erreichen. Der Entwicklung der schöpferischen Eigeninitiative muß breiter Raum gegeben werden.

Eine weitere grundsätzliche Voraussetzung erblicke ich u. a. in der strengsten Einhaltung der demokrati-

schen Gesetzlichkeit. Das gilt von der Dienstordnung bis zum Fünfjahrplan! Das Vertrauen des Volkes zum Staat beruht auf einer peinlichen Beobachtung der Staatsgesetze und Rechtsverordnungen durch alle Verwaltungsstellen.

Jede Verwaltung und jeder Verwaltungsangestellte muß überprüfen, welche Änderungen in der Organisation und Arbeitsweise erforderlich sind, um die Arbeit des Staatsapparates zu verbessern zwecks Durchführung der großen Aufgaben, die der Fünfjahrplan den Verwaltungen stellt.

Hans-Joachim Wolny, Görlitz

Unsere Volkskorrespondenten haben das Wort:**Ein Weg zur schnellen Ermittlung des Betriebserfolges**

Auf den Diskussionsbeitrag des VK Herbert Kunz¹⁾ ist folgendes zu erwidern:

Die Ansicht, daß von seiten der Praxis meiner veröffentlichten Darstellung²⁾ widersprochen werden muß, entspricht nicht der Tatsache, da der Kollege Kunz übersah, daß meine Ausführungen die von ihm angeregte Aufgliederung der Konten der Klasse 2 in Aufwands- und Ertragskonten sowie in Sachkonten als Voraussetzung hatte.

Die Vierspalten-EDB gliedert sich in der Praxis folgendermaßen:

Klasse 0 + 1 + 3	in Sach- bzw. Bestandskonten
2	Kontengruppe 20—23 + 27 + 28
	Aufwands- u. Ertragskonten
2	Kontengruppe 24—25 + 29
	Sach- bzw. Bestandskonten

Wenn Kollege Kunz meine Ausführungen fachlich richtig überprüft hätte, würde er bemerkt haben, daß ich die Übereinstimmung meiner Kurzbilanzierung mit den Vierteljahrs- bzw. Jahresbilanzen lt. Bilanzschema und ordnungsgemäßer Verlust- und Gewinnrechnung, nachgewiesen habe.

Der lt. meinen Ausführungen ermittelte Saldo stellt, sofern die Betriebe monatlich ordnungsgemäße Abgrenzungen vornehmen, das Gesamtergebnis des Betriebes dar.

Betriebsökonomische Auswertung dieser Kurzbilanzierung könnte mit der vom Kollegen Kunz vorgeschlagenen Aufspaltung des Gesamtergebnisses in die Ergeb-

nisse A, B und C ebenfalls nur in geringem Maße vorgenommen werden.

Das sollte auch nicht der Zweck sein, sondern meinen Vorschlag wollte ich allen den Kollegen, speziell denen vom KWU und von kleinen VEB, zur Kenntnis geben, die durch arbeitsmäßige Belastung nicht in der Lage sind, monatlich ordnungsgemäße Bilanzen aufzustellen.

Entscheidend ist, daß durch wenige Minuten das Gesamtergebnis der Betriebsteile sowie durch Addition das monatliche Gesamtergebnis der KWU vorliegt, welches durch Zusammenstellung in einem Bilanz-Tableau bedeutend mehr Zeit in Anspruch nehmen würde.

Da wir gerade in den KWU mit jeder Minute sparen müssen, um die Arbeit, hervorgerufen durch die laufenden Zugänge und Ausgliederungen, bewältigen zu können, ist die von mir vorgeschlagene Methode der Kurzbilanzierung ein wichtiges Hilfsmittel zur termingemäßen Erledigung der enormen Arbeit.

Um Irrtümern vorzubeugen, muß natürlich in den aufzustellenden Vierteljahrsbilanzen gemeinsam mit den aufzustellenden BAB bzw. Kostenträgerrechnungen nach den betriebswirtschaftlichen Ursachen und Quellen des Erfolges, sei es Verlust oder Gewinn, gesucht werden.

VK Herbert Bock, Sebnitz

¹⁾ DFW 1950, II. Halbb., Heft 22, S. 451.

²⁾ DFW 1950, II. Halbb., Heft 16, S. 158.

Warum ist das kaufmännische Personal überlastet?

Eine Antwort auf den Beitrag von VK Karl-Heinz Handschick¹⁾

Entwicklung und Sein der VEB bestimmen das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten und befähigen sie zu ungeahnten Leistungen. Diese Erfolge der fortschrittlichen volkseigenen Wirtschaft werden besonders sichtbar in der vorfristigen Erfüllung unseres Zweijahrplanes und beruhen vornehmlich auf der Initiative unserer Aktivisten der Werkbank und der fortschrittlichen Intelligenz, sowie ihrem gemeinsamen Durchbruch zu neuer Arbeitsmethodik und einem hohen Arbeitsethos. Von dieser neuen Einstellung zur Arbeit läßt der Artikel des Volkskorrespondenten Karl-Heinz Handschick „Warum ist das kaufmännische Personal überlastet“ nichts erkennen. Die von ihm aufgeworfene Frage und seine Antwort darauf läßt vielmehr eine Auffassung sichtbar werden, die der Entwicklung unserer VEB hemmend entgegensteht: Schematismus, Gleichgültigkeit und Beamtentum.

Wenn Kollege Handschick glaubt, in dem oftmals mangelhaft gesteuerten Formularwesen den Grund für die von ihm festgestellte Überlastung des kaufmännischen Personals entdeckt zu haben und darüber hinaus Tagungen in den Vereinigungen und Produktionsberatungen in den Betrieben sowie die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit dafür verantwortlich macht,

so beweist das allerdings, wie wenig er die Voraussetzungen besitzt, die notwendig sind, um seine Aufgabe in einem VEB zu erfüllen.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß wir endlich die Entwicklung unserer volkseigenen Produktionsstätten, aufgebaut auf eben dieser neuen Einstellung zur Arbeit, auf die Verwaltungsstellen übertragen müssen, und zwar vom VEB bis zum Ministerium.

Unser Rechnungswesen, wie es heute noch besteht, diente bisher einer kapitalistischen Wirtschaft, während die Produktion bereits den Weg der Wirtschaftsplanung eingeschlagen hat.

Wenn Kollege Handschick weiterhin behauptet, daß die Hauptlast der Verwaltungsarbeit auf den Schultern der kaufmännischen Spitzenkräfte ruhe und der kaufmännische Angestellte täglich für den Aufbau große Opfer bringe, so zeugt das wiederum von einer völligen Verkennung der wahren Kraftverhältnisse in einem VEB. Das Studium der Tagespresse, die Teilnahme an Produktionsberatungen und Betriebsgruppenversamm-

¹⁾ DFW 1950, I. Halbb., Heft 12, S. 567.

lungen, kurz jene Dinge, in denen nach seiner irrigen Auffassung die Ursache für die „Überlastung“ der kaufmännischen Kräfte zu suchen sei, hätten Kollege Handschick längst davon überzeugen müssen, in welchem Maße seine Kollegen an der Werkbank und unsere Aktivisten durch Verbesserungsvorschläge und die Entwicklung eigener Initiative oft unüberwindlich scheinende Hindernisse meistern und damit gerade den kaufmännischen Kräften ein leuchtendes Beispiel geben, wie man auch ihrerseits durch eine Organisation der Arbeit, eine bessere Qualifizierung der kaufmännischen Kräfte und mit einer anderen Einstellung zur Arbeit große Dinge zu leisten vermag.

Die Ausführungen des Kollegen Handschick beweisen somit, daß dem Verfasser das wesentliche Fundament unserer Arbeit fehlt, nämlich das Erkennen unserer Aufgaben. Daher wartet auch Kollege Handschick immer erst auf den Kommentar der höheren Dienststellen, wenn es darum geht, Richtlinien, Beschlüsse oder Bestimmungen zu verwirklichen. Daher verkennt Kollege Handschick den hohen Nutzen einer Produktionsberatung, daher bleiben auch Arbeitsanweisungen unbeachtet!

Als kaufmännische Angestellte eines VEB können wir uns daher mit den Ausführungen des Kollegen Handschick auf keinen Fall einverstanden erklären. Wir

bezeichnen eine solche Argumentation als Amtsstubengeist, der weder Selbstkritik kennt, noch bereit ist, erkannte Fehler und Mängel abzustellen und darüber hinaus Vorschläge für eine weitgehende ständige Verbesserung unserer Arbeitsmethoden zu machen.

Wir sind aber auch der Auffassung, daß der Artikel des Kollegen Handschick in den weitesten Kreisen der bewußten Angestelltenschaft der VEB den gleichen Protest auslösen und man überall gleich uns der Auffassung sein wird, daß wir nicht die „Opfer der Wirtschaft“, sondern ihre bewußten Gestalter und Nutznießer sind.

Im Gegensatz zu seinen Ausführungen erklären wir uns bereit, gemeinsam und in gegenseitigem Vertrauen mit unseren Kollegen von der Werkbank für ein besseres Leben, einen besseren Menschen und eine neue Gesellschaftsordnung zu kämpfen und uns dabei von einem Wort Lenins leiten zu lassen:

„Um etwas ernsthaft zu tun, muß man von der Bürokratie zur Demokratie übergehen und muß an die Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten appellieren.“

VK-Kollektiv der VVB Keramik.

Heinz Langhärig	Richard Köppler
Herbert Bock	Herbert Mager
Paul Wagner	Georg Werner

Die neue KQ Selbstkostenplanabrechnung

Die Debatte um das K Q Formular^{1) 2)} ist durch das zum 30. September eingeführte neue Formular teilweise gegenstandslos geworden, teilweise in andere Bahnen gelenkt. Es spricht für eine außerordentliche Beweglichkeit unseres Statistischen Zentralamtes, wenn es sich in so kurzer Zeit radikal von einem als nicht geeignet befundenen Vordruck trennt und ganz neue Wege geht.

Hoch erfreulich für uns in der Praxis ist der Fortfall des Zahlenwustes der bisherigen Formulare und dessen Ersetzung durch einige wenige aber gewichtige Zahlen. Und ich glaube, auch an den zentralen Stellen wird man mit diesen wenigen Zahlen viel besser arbeiten können und bessere Schlüsse gewinnen, als aus der Vielzahl der früheren Zahlen.

Der Kostenvergleich im neuen Formular ist auf die produzierten Einheiten abgestellt; als solcher klar, übersichtlich und einfach. Nur setzt er voraus, daß produzierte Mengen und der Wert dieser Mengen zu Abgabepreisen im Verhältnis zueinander genau nach dem Plan verlaufen. Das ist nun aber bei einer sehr großen Anzahl der Betriebe nicht der Fall. Alle Betriebe, deren Produktion sich nicht aus einigen wenigen fest umrissenen Typen zusammensetzt, müssen Erzeugnisgruppen planen und kostenträgermäßig abrechnen. Wenn sich der Plan für die jeweilige Erzeugnisgruppe auch wieder auf eine Unterteilung der einzelnen Erzeugnisse aufbaut, so wird es doch in den wenigsten Fällen möglich sein, die Produktion nun Erzeugnis für Erzeugnis genau nach der geplanten Menge laufen zu lassen. Es werden sich vielmehr im Laufe des Jahres mancherlei Abweichungen zugunsten oder

Lasten der einen oder anderen Type ergeben. Die Ursachen sollen hier nicht näher erläutert werden, sie sind meistens begründet und wohl auch nie ganz zu beseitigen.

Als Ergebnis ergibt sich daraus, daß produzierte Stückzahl und deren Abgabepreis sich nicht im gleichen Verhältnis bewegen wie geplant, und daraus ergibt sich auch eine andere Struktur für die Kosten. Entweder es sind teure Typen gebaut, wozu mehr Kosten aufgewendet werden müssen, in diesem Fall zeigt der Vergleich über Stückzahl eine nicht vorhandene Selbstkostensteigerung, oder es sind billigere Typen gebaut, und es zeigt sich als Ergebnis eine nicht vorhandene Selbstkostensenkung. Es handelt sich also darum, an Stelle der Stückzahl einen anderen Wert für die Messung der Kosten zu finden.

Ich möchte vorschlagen, die Kosten an Hand des Werksabgabepreises zu messen. Wenn auch dieser Wert nicht alle betrieblich ganz verschieden gelagerten Abweichungen berücksichtigen kann, für den Rahmen der vorliegenden Repräsentativerhebung kann das bei keiner Methode der Fall sein, so wird er m. E. den tatsächlichen Verhältnissen unter den gegebenen Umständen noch am ehesten gerecht. Besser jedenfalls als die jetzt durchgeführte Messung über die Selbstkosten der Mengeneinheit, die aus den oben dargelegten Gründen für viele Betriebe zu grob ist.

Ein weiteres Moment für den Übergang zu dem obigen Wert ist, daß alle Betriebe, bei denen sich Stückzahl und Abgabepreis laut Plan und Ist decken, zu dem gleichen Ergebnis kommen wie bisher. Die Methode bleibt also grundsätzlich die gleiche, nur erreicht man, daß Betriebe, bei denen die oben geschilderten Abweichungen vorliegen, auch zu einem richtigeren Ergebnis kommen. Das Formular, an dem wegen seines

¹⁾ DFW 1950, II. Halbband, Nr. 16, S. 151. Dr. Jentsch, „Die Problematik bei der Selbstkostenplanabrechnung nach Formular K Q“.

²⁾ DFW 1950, II. Halbband, Nr. 19/20, S. 323 ff. Geyler und Hoffmann, „Zur Selbstkostenplanabrechnung.“

einfachen und klaren Aufbaues nicht gerüttelt werden sollte, würde nur im Kopf wie folgt zu ändern sein:

Spalte 3 kann wegfallen, Spalten 4—6, Überschrift: Selbstkosten der Warenproduktion in % zum Abgabepreis, Spalte 7 Abgabepreis der erzeugten Menge des I. bis III. usw., Spalten 8—10 Spalte 4 × Spalte 7 : 100 usw., ab Spalte 11 unverändert wie bisher.

Will man die an und für sich sehr aufschlußreichen Zahlen der Selbstkosten der Mengeneinheit beibehalten, so würde die Spalte 3 bleiben und in den Spalten 4—6 zwei Zeilen für jedes Erzeugnis eingefügt:

Zeile a) Selbstkosten der Mengeneinheit,
Zeile b) Selbstkosten der Warenproduktion in % zum Abgabepreis.

Der weitere Kostenvergleich baut sich dann aber nur auf den Zahlen der Zeile b) entsprechend der obigen Textbezeichnung auf, wobei man den Text der Spalten 8—10 noch zur Klarstellung in Spalte 4 b × Spalte 7 : 100 usw. erweitern würde.

Soweit mein Vorschlag als erste Reaktion auf das neue Formular. Ich hoffe, es werden ihm weitere und bessere folgen.

Noch einige Ausführungen zu den tatsächlichen Selbstkosten der Warenproduktion 1950, Spalte 10. Welcher Wert soll hier erscheinen? Die Richtlinien sagen darüber nichts. Die Selbstkosten ergeben sich aus der Betriebsabrechnung und der Ergebnisrechnung. Zu klären wäre die Behandlung der Bestandsänderungen der halbfertigen Erzeugnisse. Ist hier ein Bestandszugang zu verzeichnen, so müßte dieser Zugang von den Istkosten abgesetzt werden, da diese Kosten sich noch nicht als Produktionsausstoß ausgewirkt haben. Bei einem Bestandsabgang müßte der Bestandsabgang den Kosten zugesetzt werden, da um diesen Betrag sonst der Produktionsausstoß im Verhältnis zu den Istkosten zu hoch erscheint. Möglicherweise hat man vorausgesetzt, daß entsprechend verfahren wird, immerhin dürfte es sich zur einheitlichen Handhabung empfehlen, die gewünschte Regelung in den Richtlinien festzulegen.

Zu den beiden am Anfang erwähnten Arbeiten zu diesem Problem wäre noch folgendes zu sagen:

Den beachtlichen Einwendungen von Jentsch ist im neuen Formular in vollem Umfang Rechnung getragen worden. Jetzt kann und muß jeder Betrieb jeden Kostenträger getrennt abrechnen und da zeigt sich, wo Kostensenkungen erzielt wurden und wo Kostensteigerungen zu finden sind.

Geyler und Hoffmann bringen beachtliche Vorschläge für eine weitere Verfeinerung der Selbstkostenplanabrechnung, die betrieblich gesehen sehr wertvoll sind, aber m. E. für die Abrechnung an das Statistische Zentralamt nur bedingt zu verwerten sind. Fast ein jeder Betrieb hat besonders gelagerte Probleme, die für die innerbetrieblichen Kostenuntersuchungen zu klären und offen zu legen sind. Es ist aber nicht möglich, alle diese Feinheiten in ein für alle Betriebe gültiges Formular einzuarbeiten. Nein, hier kommt es darauf an, ein Formular in möglichst einfacher Form zu schaffen, das allen betrieblichen Belangen gerecht wird, selbst wenn dabei kleinere Unebenheiten in Kauf genommen werden müssen. Und ich glaube, in diesem Sinne ist das neue Formular die beste Ebene für weitere Gestaltungsvorschläge.

Ein Punkt aus der Arbeit Geyler und Hoffmann wird vielen Kollegen neu sein, das ist die dort ausführlich behandelte Frage der Zulieferung fertiger Produktion. Das kennen wir in den meisten Produktionsbetrieben nicht. Im Textilsektor mag es anders sein. Aber ich frage mich, ob dieses Problem bei Kostenuntersuchungen von Produktionsbetrieben eine Rolle spielen kann? Handelt es sich hier nicht um reine Handelsumsätze, die entsprechend getrennt geplant und abgerechnet werden müßten, also bei unseren Kostenuntersuchungen des Produktionssektors ganz außer acht gelassen werden müßten?

VK Ferdinand Schlöte, Oberweißbach/Thür.
(RFT Glühlampenwerk)

Die Antwort des Kreises Stralsund

In den Ausführungen von Dr. Wergo¹⁾ über „Haushaltsdisziplin“ wird auch der Kreis Stralsund erwähnt. Die Kreisverwaltung hätte im Jahre 1949 an Gemeinden zur Deckung von Haushaltsfehlbeträgen Zuschüsse gezahlt, obwohl diese Gemeinden gar nicht mit Fehlbeträgen abgeschlossen hätten. Es lägen somit unrechtmäßige Zahlungen vor. Die Zuweisung des Landes an die Kreisverwaltung wäre um den gezahlten Betrag zu hoch, weil diese Summe nicht zum Haushalt, sondern zu den Verwendungen vereinnahmt worden wäre.

Unsere Stellungnahme hierzu ist folgende: Zunächst ist zu bemerken, daß es sich um die Zuschüsse für das Jahr 1948 handelt, die Ereignisse also noch ein Jahr weiter zurückliegen, als von Dr. Wergo angegeben

ist. Die Zuschüsse sind kurz vor Jahreschluß 1948 auf Grund überschläglicher Berechnungen der Gemeinden über das Abschlußergebnis gezahlt worden, unter dem Vorbehalt, daß überzahlte Beträge zurückzuzahlen wären, falls sich das endgültige Abschlußbild günstiger gestalten sollte. Die von uns veranlaßte Nachprüfung der Abschlüsse durch unsere Kontroll- und Revisions-Abteilung führte zu dem Ergebnis, daß in einigen Fällen tatsächlich Überzahlungen vorgekommen waren, die dann sofort zurückgefordert wurden. Wir sind der Meinung, daß uns nicht vorgehalten werden kann, Zuschüsse „unrechtmäßig“ gezahlt zu haben. Wir geben indes zu, insofern einen Fehler gemacht zu haben, als die zurückfließenden Beträge einem Verwahr-Konto zugeführt wurden, anstatt sie in der Haushaltsrechnung zu vereinnahmen. Es geschah dieses nicht in der Absicht, sie dem Haushalt zu entziehen.

um sie für irgendwelche Zwecke zu verwenden; es sollten daraus vielmehr Zuschüsse an andere bedürftige Gemeinden gegeben werden. Es war dazu auch die Zustimmung des Finanzausschusses des Kreistages eingeholt worden. Immerhin liegt ein Verstoß gegen die Regeln einer geordneten Haushaltswirtschaft vor, der darauf zurückzuführen ist, daß die auf der Wandlung unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse beruhenden Grundgedanken einer Einheitlichkeit unseres Staatshaushalts und des allgemeinen Finanzausgleichs damals noch nicht überall festen Fuß gefaßt hatten. Wenn der Kreis damals eine zu hohe Zuweisung aus Landesmitteln erhalten hat, so ist dieser Mangel damit geheilt, daß der Bestand des Verwahrkontos in voller Höhe an die Landeshauptkasse gezahlt und somit dem Staatshaushalt wieder zugeführt wurde.

Der Rat des Kreises Stralsund
Dezernat Leitung
Massen, Landrat

¹⁾ Dr. Wergo: Einhaltung der Haushaltsdisziplin in den Gemeinden und Kreisen — erste Aufgabe aller Haushaltsorgane; DFW 1950, II. Halbb., Heft 15, S. 104.

Vereinfacht das Abrechnungsverfahren!

In dem Artikel von Hans Geyler und Karl Hoffmann*) werden Vorschläge zur Verbesserung der Selbstkostenabrechnung auf dem Formular KQ gemacht. So berechtigt die Kritik an der Exaktheit dieser Meldung ist, so gehen aber die Verfasser an der mangelnden Koordinierung der Finanzplanabrechnung vorüber. Hier müßte m. E. der Hebel angesetzt werden, um auch die mehrfach aufgeworfene Frage der Überlastung des kaufmännischen Personals wenigstens teilweise mit lösen zu helfen.

Wir haben doch heute den Tatbestand zu verzeichnen, daß sich zwei Dienststellen mit der Finanzplanung befassen. Es sind dies die Staatliche Plankommission bzw. die Hauptabteilungen „Wirtschaftsplanung“ bei den Ministerpräsidenten der Länder einerseits und die Ministerien der Finanzen andererseits. Die Planvorschläge waren für 1951 auf dem Formular 0650 bzw. den Finanzplanformularen mit ihren Anlagen zu erstellen. Das beiderseits erarbeitete Zahlenmaterial mußte sich dabei in den gleichen Positionen decken. Dem damaligen Ministerium für Planung bzw. den Hauptabteilungen „Wirtschaftsplanung“ kam es also auf die zusammengefaßten Zahlen an, die das wesentliche unserer wirtschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck bringen. Dagegen benötigen die Finanzministerien und noch mehr die Hauptverwaltungen der VVB, KWU usw. die Details, da sie ja für die Einhaltung und Erfüllung der Finanzpläne verantwortlich sind. Es ist nun nicht recht zu verstehen, warum man von diesem Prinzip der Arbeitsteilung bei der Finanzplanabrechnung abweicht. Eine grundlegende Neuordnung der Selbstkostenplanabrechnung erscheint deshalb notwendig, wobei auch eine weitgehende Vereinfachung anzustreben ist.

Für die Staatliche Plankommission dürfte es auch ziemlich belanglos sein, ob in diesem oder jenem Betrieb eine überplanmäßige Senkung, z. B. an Güterbeförderungskosten erzielt wurde. Ebenso wenig interessant ist für diese Stelle, wenn vielleicht in irgendeinem anderen Betrieb durch einen unvorhergesehenen Katastrophenfall die Reparaturkosten die Planzahlen überschreiten. Wichtig ist es aber zu wissen, daß die gegebene Selbstkostenaufgabe erfüllt wurde. Da aber die Auflage für die gesamten Selbstkosten gegeben wurde, wobei die einzelnen Kostenarten unberücksichtigt bleiben, so brauchte das Formular KQ nur folgende Punkte zu enthalten:

1. **Warenproduktion.** Die Warenproduktion im Sinne der Finanzplanung umfaßt die Brutto-Produktion unter Berücksichtigung der Bestandsveränderung an Halbfabrikaten.
2. **Soll-Kosten.** Die gesamten Selbstkosten, die für das Jahr geplant wurden, werden entsprechend dem Prozentsatz der Erfüllung der geplanten Warenproduktion ermittelt.
3. **Ist-Kosten.** Die Zahlen aus der Buchhaltung, Kontenklasse 4, werden in einer Summe übernommen.
4. **Selbstkosten-Senkung bzw. Steigerung.** Die Differenz zwischen 3) und 4) zeigt dann auf, inwieweit der Betrieb seinen Selbstkostenplan eingehalten hat. Die Abweichungen können dann in einer weiteren Spalte noch in Prozenten ausgedrückt werden.

Weiterhin ist es angebracht, die Zahlenspalten zu untergliedern in „im Berichtszeitraum“ und „seit Jahresbeginn“. Damit erhält man einen genauen Überblick

über die Ergebnisse des Abrechnungszeitraumes und den Jahresstand.

Da der Fünfjahrplan auf den tatsächlichen Zahlen des Jahres 1950 aufbaut, können dann noch die Spalten „Selbstkosten der Warenproduktion umgerechnet nach 1950“, „vergleichbare Warenproduktion“ und „Selbstkosten der vergleichbaren Warenproduktion umgerechnet nach 1950“ entsprechend Formular 0650 aufgenommen werden. Damit wird dann auch die tatsächlich erzielte Selbstkostensenkung gegenüber dem Jahre 1950 in DM und in Prozenten errechnet.

Aus diesem Abrechnungsformular der Selbstkosten kann die Staatliche Plankommission erkennen, welche Teile der volkseigenen Wirtschaft die im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan festgelegte Selbstkostensenkung erfüllt haben. Bei Abweichungen vom Plan machen sich auf alle Fälle umfangreiche Untersuchungen notwendig, um die Gründe hierfür aufzudecken. Dafür ist aber das bisherige Formular KQ mit seiner Aufgliederung nach Kostenarten wie auch das noch weiter entwickelte Formular von Geyler und Hoffmann nicht ausreichend.

Die Aufgliederung der in diesem neuen Formular KQ gemeldeten Selbstkosten nach Kostenarten und Kostenstellen ergibt der Betriebsabrechnungsbogen (BAB), der wohl fast überall monatlich aufgestellt wird. Wichtig ist, daß die hierfür benützten Formulare sich mit den Plan-BAB der Finanzplanung decken. Dies vereinfacht einmal die Arbeit für künftige Planungszeiträume, andererseits erleichtert dies auch die Planabrechnung nach Kostenarten und Kostenstellen. In diesem Zusammenhang soll noch darauf hingewiesen werden, daß das innerbetriebliche Rechnungswesen so zu organisieren ist, daß es den Forderungen der Aktivisten, bis zum 12. eines jeden Monats den BAB zu erstellen, gerecht wird.

Weiterhin ist es notwendig, daß in allen Betrieben eine genaue Kostenträgerrechnung durchgeführt wird, die ebenfalls monatlich oder kurz nach der Fertigstellung des Auftrages abgeschlossen werden muß. Kostenträgerrechnung und BAB liefern zusammen mit den anderen statistischen Angaben die Unterlagen für eine eingehende Analyse eines Betriebes. Diese Analysen erst geben die Gründe für Abweichungen vom Kostenplan an und ermöglichen es somit den verantwortlichen Dienststellen, die richtigen Dispositionen zu treffen.

Zusammenfassend sollen noch einmal folgende Prinzipien der Planabrechnung herausgestellt werden:

1. Jede Dienststelle verlangt nur das und soviel Zahlenmaterial, wie zur Durchführung ihrer Aufgaben innerhalb der Wirtschaftspläne notwendig ist.
2. Die Abrechnungsformulare sind in der gleichen Art wie die Planformulare zu gestalten.

Wendet man diese Prinzipien auf die Selbstkostenplanung an, so bedeutet dies, daß die Staatliche Plankommission eine zusammengefaßte Abrechnung der Selbstkosten erhält, während die anderen Stellen wie VVB, HA usw. eine detaillierte Planabrechnung durch die eingereichten BAB bekommen. Damit muß es auch möglich sein, eine Verwaltungsvereinfachung zu erzielen, ohne daß der Wert der abgegebenen Meldungen beeinträchtigt wird.

VK Heinz Geißler, Döbeln (Sachsen).

*) DFW 1950, II. Halbb., Heft 19/20, Seite 323.

Betrifft Thema:**Überlastung des Verwaltungsapparates der VEB**

Inwieweit alle bisher hierzu geschriebenen Aufsätze und Kritiken Eingang und Gehör bei den zuständigen Behörden und Dienststellen fanden, wäre wissenswert für alle Beteiligten und Betroffenen. Denn hieraus dürfte zu schließen sein, ob erleichternde Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Gedankengänge und Vorschläge von Neumann¹⁾ sind reif, um durchgeführt zu werden. Trotzdem verkürzen die angeführten vereinheitlichten und vereinfachten Formen nicht so wesentlich, daß dadurch die Sachbearbeiter der VEB in Klein- und kleineren Mittelbetrieben den größeren Betrieben personell so gleichgestellt sind, daß sie wie letztere, insbesondere der Hauptbuchhalter, souverän ihr Arbeitspensum übersehen und disponieren können. Der Hauptbuchhalter in einem Klein- und Mittelbetrieb ist sein eigenes bestes Pferd im Stall. Er kann einfach nicht diese oder jene Hilfskraft einschalten, weil sie gar nicht vorhanden ist und auch nicht vorhanden sein darf. Hier liegt der Herd aller Gefahrenquellen. Wenn alle Betriebe gleichmäßig mit Personal ausgestattet wären, könnten Anfragen, Meldungen in und auf jegliche Art pünktlich und genau beantwortet werden. Diese Terminarbeiten werden nicht geringer, sondern sind bis heute in unverminderter Heftigkeit gesteigert worden; das ist eine unbestreitbare Tatsache.

Daß aber auch ganz wesentliche Fortschritte erzielt wurden, ist eine weit wichtigere Tatsache. Ich stelle hierbei besonders die KQ-Meldung heraus. Ich möchte hier nicht auf die wesentliche und ganz bedeutende Verbesserung der inhaltlichen Veränderung eingehen, aber sie besitzt den unbedingten Schein der Morgenröte einer Weiterentwicklung. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dieser Fortschritt um sich greift. Wir in den Betrieben sind ja so empfänglich für diese Art der Weiterentwicklung. Wir haben, es muß auch das mal gesagt werden, jedes neu aufkreuzende Terminformular mit, ich darf mich bescheiden ausdrücken, sehr gemischten Gefühlen in Empfang genommen, und trotzdem, ohne eine Verflachung der Arbeitsweise zur Folge zu haben, gewissenhaft bearbeitet. Daß dieses korrekt geschieht,

¹⁾ DFW 1950, II. Halbb., Heft 19/20, S. 312.

darüber wachen alle VVB (Hoffentlich! D. Red.) Ich habe im Gegenteil die Feststellung machen können, daß unsere sämtlichen Kollegen Hauptbuchhalter innerhalb unserer VVB (Z) Spinnweber sich so fortschrittlich weiterentwickelt haben, daß von keiner Gleichgültigkeit und einem Beginn der Wertminderung des von uns verarbeiteten Zahlenmaterials gesprochen werden darf. Einen wesentlichen Anteil hierbei kann unsere kaufmännische Leitung beanspruchen, die durch Schulungsbriefe alle, auch die von uns offen herangetragenen Fragen, eingehend publiziert²⁾. Der Erfolg war so markant, daß zu den beiden letzten Bilanzstichtagen die Termine von allen Kollegen so vorfristig eingehalten wurden, daß unsere VVB zu beiden Terminen die erste Stelle eingeräumt bekommen mußte, obgleich sie die größte Vereinigung innerhalb der Leichtindustrie ist³⁾. Mit diesem einzigen Durchbruch ist jedoch das Problem nicht erledigt.

Es gäbe zwei Wege, um Erleichterungen und verstärkte Arbeitsfreudigkeit, aber auch Verkürzungen zu erreichen. Erstens die Zusammenlegung mehrerer Betriebe am gleichen Ort und zweitens eine gleichmäßige Ausstattung mit allen erforderlichen Arbeitskräften, deren Gehälter durch die VVB verauslagt und wiederum durch eine analog berechnete Umlage von allen Betrieben vereinnahmt werden. Hierdurch wird ein gleichmäßiger Kostenausgleich erzielt, der das Kostengefüge der Klein- und kleineren Mittelbetriebe wesentlich günstiger beeinflusst. Weit über das heutige aktuelle Thema würde es greifen, wenn ich von einer zentralen Buchstelle sprechen würde, die bei den VVB zu führen wäre und den Betrieben tatsächlich nur noch die Produktion, und das ist ihre wesentlichste Aufgabe, überläßt. Eine ausgebauten Betriebsbuchhaltung mit einem darauf abgestimmten BAB würde den Idealzustand unserer volkseigenen Industriebetriebe bedeuten.

**VK Fritz Hänsch, Luckenwalde
(VEB Tuchfabrik Elstal)**

²⁾ Wir freuen uns des Erfolges der VVB Spinnweber und gratulieren der kaufmännischen Leitung dieser Vereinigung hierzu.

D. Red.

³⁾ Siehe hierzu: „Der Wille zur Ordnung“ von F. Linskens und W. Grafe in DFW 1950, II. Halbb., Heft 23/24, S. 528.

Entwickelt die Initiative der Verwaltungsangestellten!

„Auf neue Art verwalten lernen“ war das Leitmotiv der Arbeitstagung der Finanzverwaltungen vom 17. bis 20. Februar 1950.

Diese neue Art des Verwaltens schließt u. a. ein:

1. Das Bestreben, aus den Erfahrungen der Sowjetverwaltungen zu lernen.
2. Die Entwicklung der Initiative der Verwaltungsangestellten.
3. Die Entwicklung von Selbstkritik und Kritik.

Die ökonomische und politische Entwicklung in unserer Deutschen Demokratischen Republik machte es erforderlich, möglichst alle Verwaltungen, die mit der Erhebung von Abgaben betraut sind, in einer einheitlichen Abgabenverwaltung zusammenzufassen.

Nach einigen anderen Maßnahmen tauchte im August dieses Jahres der Plan auf, die Hauptzollämter aufzulösen und die Erhebung der Verbrauchssteuern und

Haushaltsaufschläge den Finanzämtern zu übertragen. Damit war auch der Einbau der Überwachung und Kontrolle der verbrauchssteuer- und haushaltsaufschlagpflichtigen Betriebe in die Finanzämter gegeben.

In der Sowjetunion wäre diese immerhin einschneidende Umorganisation mit Hilfe der daran beteiligten Verwaltungsangestellten vorgenommen worden. D. h. nachdem der Plan als solcher feststand, wären spätestens Mitte September Instruktoren zu den einzelnen Finanzämtern und Hauptzollämtern gefahren und hätten in Belegschaftsversammlungen die Notwendigkeit und das Ziel der Umorganisation erklärt. Der weitaus überwiegende Teil der Angestellten wäre mit Begeisterung an die Arbeit gegangen, um Pläne zu entwerfen, wie diese Umorganisation am zweckmäßigsten und reibungslosesten durchgeführt werden könnte. Anfang Oktober hätten diese Pläne, entstanden aus

der Initiative sämtlicher betroffenen Verwaltungsangestellten, bei der Zentralstelle gelegen, die nun die Spreu vom Weizen gesondert hätte. Am 1. November hätte der endgültige Umorganisationsplan in den Händen der Finanz- und Hauptzollämter sein können, die nun bis zum 31. Dezember alle Vorbereitungen getroffen hätten.

Wohlgemerkt, so hätte man diese Angelegenheit in der Sowjetunion angefaßt. Bei uns wurde nach einer anderen, nach einer veralteten Methode gearbeitet.

Vage Gerüchte über eine geplante Umorganisation sickerten durch die nie zu verstopfenden Kanäle in die Öffentlichkeit. Bei einem Lehrgang für Finanzamtsleiter wurden Andeutungen gemacht. Auf einer Besprechung von Zollfachleuten mit Angestellten des früheren Ministeriums für innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung wurde eine Rede gehalten, in der zum Ausdruck kam, daß die Angestellten der Hauptzollämter, statt sich der unbedingt vorhandenen Grabesstimmung hinzugeben, lieber in Jubelhymnen ausbrechen sollten, da die Umorganisation ihnen nur Vorteile brächte.

Kommissionen tauchten auf, die organisatorische Unterlagen sammelten, ohne konkrete Angaben über

die Art und den Umfang der Umorganisation machen zu können.

Endlich am 6. Dezember erhielten wir die Rundverfügung Nr. 237/1950 vom 27. November 1950, in der zwar auch reichlich mit „wahrscheinlich“ und ähnlichen umklaren Ausdrücken operiert wurde, aus der aber immerhin zu entnehmen war, was bis zum 1. Januar 1951 durchzuführen ist. Neckisch war darin die Redewendung, daß „bereits jetzt“ die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen sind. Ein Abschnitt dieser Rundverfügung sollte bis zum 5. Dezember durchgeführt werden, was bei Eintreffen der Verfügung am 6. Dezember nicht mehr möglich war.

Selbstverständlich ist es, daß wir die Umorganisation durchführen werden. Für zukünftige Fälle bitten wir aber daran zu denken, daß die großen Erfolge der Sowjetunion zu einem großen Teil auf der Entwicklung der Masseninitiative beruhen.

Wie sich unsere oberen Verwaltungsangestellten zu dem Punkt 3. „Entwicklung der Kritik und Selbstkritik“ verhalten, wird sich erweisen, wenn diese Korrespondenz veröffentlicht wird und die selbstkritische Stellungnahme dazu erfolgt.

VK Gerhard Taplick

Was ist Bürokratie?

Über dieses Wort und über diesen Begriff wird heute viel diskutiert. Es ist ganz natürlich, daß wir darüber diskutieren, daß wir Kritik üben an dem, was uns bürokratisch erscheint. Das ist ein Zeichen dafür, daß wir mehr und mehr selbständiger werden. Und dem, was wir unter Bürokratie verstehen, haben wir den unerbittlichen Kampf angesagt, weil die Bürokratie, oder besser gesagt, die Menschen, die Bürokratie üben, unsere Fortentwicklung verlangsamen und hemmen. Bürokraten nennt man diese Menschen. Das sind solche Leute, die versuchen, mit Hilfe rückständiger — man kann auch sagen reaktionärer — Methoden etwas zu tun, was sich gegen das Volk und gegen die Interessen des Volkes richtet.

Wenn wir das Fremdwörterbuch (gemeint ist das von Liebknecht) aufschlagen, so lesen wir unter „Bürokratie“ folgendes: „ist: geistlose Pedanterie in der Erledigung von Amtsgeschäften“.

Fürwahr, eine sehr treffende, aber noch gelinde Erklärung. Mit Worten und Begriffen allein kann man wenig anfangen, daher sehen wir uns einmal in der Praxis an, wie „mit geistloser Pedanterie „Amts“-geschäfte erledigt werden“.

Im Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik fand am 14. April 1950 am Ende der Haushaltskonferenz eine Veranstaltung statt, die aus einem Konzert und einem Vortrag über die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft bestand. Die Veranstaltung wurde vom Ministerium der Finanzen gemeinsam mit der Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchgeführt.

Das ist wirklich eine in fortschrittlichem Geist beendete Konferenz. Aber nun beginnt das Gegenteil von dem.

Am 21. April 1950 nimmt ein Kollege des Finanzministeriums einen an die Allgemeine Verwaltung gerichteten Anruf vom Finanzamt Alexander, Berlin NW7,

Luisenstraße 33/34 betreffend Veranstaltung am 14. April 1950 entgegen und leitet diese kurze mit Bleistift auf ein kleines Stück Papier geschriebene Mitteilung an einen Kollegen weiter, der mit der organisatorischen Abwicklung der Konferenz beauftragt war.

Dieser Kollege füllt handschriftlich ein an das Finanzamt Alexander z. Hd. des Kollegen Referenten Sowieso im September 1948 gedrucktes Formular „Anmeldung zur Versteuerung“ formgerecht aus. Aus dieser Anmeldung ist zu ersehen, daß, wie oben schon gesagt, eine Veranstaltung stattgefunden hat, für die nunmehr eine (man höre und lese genau) „Vergnügungssteuer“ zu zahlen ist. Der Pauschbetrag wird gemäß § 32 Abs. 2 Ziff. 2 Vergn.St.O. mit DM 2,— für 91 qm benutzter Raumfläche = DM 182,— berechnet. In dem Formular steht dann noch gedruckt folgender Satz: „Ich bin unterrichtet, daß für eine Auspielung (Tombola) die Genehmigung des Polizeipräsidenten, Abt. V, für den Ostsektor (von mir hervorgehoben) Berlin C2, usw. einzuholen ist.“

Das so formgerecht ausgefüllte und mit „I. A. Name, Abt.-Lt.“ unterzeichnete Formular wird mit einem besonderen Anschreiben am 27. April 1950 an das Finanzamt Alexander abgesandt, und es wird zugleich gebeten, dem Ministerium der Finanzen eine „Soll-Mitteilung“ zukommen zu lassen.

Dieser Bitte kommt das Finanzamt Alexander (in bewußter Erledigung von Amtsgeschäften) nach, indem der Referent Sowieso die „Soll-Mitteilung“ über DM 182,— zu zahlende Vergnügungssteuer unterschreibt und dem Finanzministerium übersendet. Die sachliche Richtigkeit wird am 5. Mai 1950 bescheinigt, die rechnerische Richtigkeit durch Anbringung von mit roter Tinte gemachten Strichen bestätigt. An diesen „Beleg“ wird eine Auszahlungs-Anordnung geheftet, die von zwei weiteren Kollegen unterschrieben wird. Am 15. Mai 1950 wird der Betrag durch Giroüberweisung gezahlt. Dann wird die erfolgte Auszahlung unter Einzelplan VII Kapitel 70 Titel 401 als Beleg Nr. 35 verbucht.

Soweit die Tatsachen, die ein „Fachrevisor“ an Hand des „Vorganges“ ebenfalls nicht anders hätte darstellen können und der, da „alles seine Ordnung“ hat, an dem Beleg mit seinen begründenden Unterlagen nichts auszusetzen hätte. Gegen die Zahlung der Vergnügungssteuer hätte er vermutlich auch nichts einzuwenden, da die die Vergnügungssteuerverordnung erlassende und

die Steuer einziehende Stelle der Magistrat von Groß-Berlin ist und das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund dieser Verordnung dem Magistrat gegenüber steuerpflichtig ist.

Aber es ist sehr notwendig, auf die nur scheinbar so einwandfrei durchgeführte Erledigung der Amtsgeschäfte näher einzugehen. Tatsache ist, daß eine Veranstaltung durchgeführt wurde im Anschluß an eine nur im dienstlichen Interesse liegende Konferenz, in der ein Vortrag über die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft gehalten wird.

Ist das nun etwa eine Veranstaltung, die einem Tanz- oder sonstigem Vergnügen gleichzusetzen ist? Sollte es, wenn man nun schon bei Veranstaltung sofort an Steuer denkt, nicht auch Möglichkeiten der Steuerbefreiungen geben? Wenn man nicht „geistlos“ Amtsgeschäfte erledigt, würde man auch ein Gesetz richtig auslegen können. Es kommt immer auf die geistige Verfassung desjenigen an, der die Gesetze anwendet. In einer früheren Bestimmung über Vergütungssteuern heißt es z. B.: „Veranstaltungen, die von den Ländern im öffentlichen Interesse unternehmen, unterhalten oder wesentlich unterstützt werden sowie Veranstaltungen, die von den Länderregierungen im Interesse der Kunstpflege oder Volksbildung als gemeinnützig anerkannt werden, unterliegen nicht der Steuer.“

Selbst wenn niemand diese alten Bestimmungen kennt, war nicht ein einziger Kollege, der von der Errechnung bis zur Bezahlung, Verbuchung und Belegablage an diesem „Vorgang“ beteiligt war, auf den Gedanken gekommen, daß hier etwas wirklich nicht in Ordnung sein könnte. Wie weit oder nicht weit, so muß man fragen, ist bei den Kollegen das Bewußtsein entwickelt, um zu erkennen, daß sie in einer demokratischen Verwaltung beschäftigt sind?

Welche Kollegen, fragen wir? Die, die nachweisbar an diesem „Vorgang“ arbeiteten.

1. der Kollege, der den Telefonanruf auf den Zettel schrieb und weitergab,
2. am maßgeblichsten der Kollege, der die Anmeldung zur Besteuerung ausfüllte, unterschrieb, das Anschreiben diktierte und unterschrieb, der die Soll-Mitteilung sachlich richtig zeichnete,
3. der Kollege beim Finanzamt Alexander, der den Telefonanruf veranlaßte, die Soll-Mitteilung ausfertigte, unterschrieb und siegelte,
4. der Kollege der Buchhalterei 12, der den Betrag auf Grund der Soll-Mitteilung beim Finanzamt ins Soll buchte (Sollbuchnummer 9/80),
5. der Kollege, der mit roter Tinte den Betrag abhakte,
6. die Kollegin, die das Anschreiben an das Finanzamt Alexander angefertigt und abgesandt hat,
7. der Kollege oder die Kollegin, der (die) auf der Auszahlungs-Anordnung „sachlich richtig und festgestellt“ unterzeichnet hat,
8. der Kollege, der die Auszahlungs-Anordnung unterschrieb,
9. derjenige, der in der Regierungshauptkasse die Giroüberweisung veranlaßte bzw. vornahm und mit „Br.“ abzeichnete,
10. der Buchhalter oder die Buchhalterin, der (die) auf Epl. VII Kapitel 70 Titel 401 verbuchte.

Diese Kollegen und Kolleginnen haben nachweisbar an Hand des Beleges selbst „an diesem Vorgang“ mit geistloser Pedanterie gearbeitet. Nicht eingerechnet sind die Kollegen, die außerdem beschäftigt werden mußten, um den Vorgang seinen Gang gehen zu lassen.

Erst der Kollege Gruhn hat bei einer Durchsicht von Haushaltbelegen festgestellt, daß hier etwas „vor

sich gegangen“ ist, was als markantes Beispiel von Bürokratie gezeigt werden muß.

Was bedeutet eine solche Bürokratie für uns? Gelder, die dem Volke gehören und im Interesse des Volkes eingesetzt werden müssen, werden für Beschäftigungsstunden gezahlt, die wirklich nur eine Verschwendung von Arbeitszeit darstellen. Was ist denn überhaupt erreicht worden? Der Magistrat von Groß-Berlin hat aus dem Haushalt der Republik für seinen Haushalt 182,— DM erhalten. Die Unterhaltung all derer, die mit der Überweisung dieser 182,— DM beschäftigt waren und die Unterhaltung des Apparates für diese

Stellungnahme zum Fünfjahrplan

Als Aktivist in der Verwaltung beziehe ich folgende Stellungnahme zum Fünfjahrplan:

Er ist ein Kampfplan zur Erhaltung des Friedens, Aufbaues und Wohlstandes.

Was kann nun die Verwaltung dazu beitragen?

Es ist notwendig, das politische und gesellschaftliche Bewußtsein der Beschäftigten wesentlich besser zu entwickeln. Es darf keinen Beschäftigten in der Verwaltung mehr geben, der nicht ein Freund der Sowjetunion ist und der volksdemokratischen Länder, die zugleich ein Bollwerk für den Frieden sind und uns auch täglich mit materieller Hilfe für den Aufbau unterstützen.

Der vorhandene Plan mit dem Ziel der Senkung der Verwaltungsausgaben muß verwirklicht werden. Bessere Arbeitsmethoden müssen angewendet und der Bürokratismus bekämpft werden.

Die Bildung von Verwaltungsbrigaden mit dem Vorsatz „Verwaltungsdienst ist Dienst am Volke“ muß Wirklichkeit werden.

Unser Streben in der Verwaltung muß sein, den Produktionsbetrieben nicht nachzubinken, sondern gemeinsam mit ihnen den Fünfjahrplan zu meistern mit dem Ziel der

**Einheit Deutschlands,
vorfristigen Erfüllung des Fünfjahrplanes
und zu besserem Leben und Wohlstand aller Werktätigen.**

Richard Hergesell
Aktivist in der Stadtverwaltung Görlitz.

Überweisung kostet den beiden Haushalten, die mit dem Geld des Volkes „haushalten“ sollen, sehr viel Geld. Es wäre vielleicht nicht bürokratisch, aber zeitverschwendend, würde man die genauen Beträge feststellen wollen. Jedoch ist die sich in den Finanzen auswirkende Vergeudung von Arbeitsstunden die Folge davon, daß sich noch nicht alle Kollegen höherer und höchster Dienststellen ihrer Aufgaben und ihrer Verantwortung gegenüber dem Volke bewußt sind.

Fortschrittlicher Angestellter in der Verwaltung kann man nur dann sein, wenn man über alles, was man selbst tut und über das, was andere Kollegen machen, nachdenkt und immer dabei die Frage stellt: Ist das dem Volke gegenüber zu verantworten?

Wird diese Frage bei jeder Arbeit an den Anfang gestellt und wacht man darüber, daß man nichts tut, was diese Frage verneint, dann können wir das Wort „Bürokratie“ aus dem Fremdwörterbuch streichen, weil alle Verwaltungsgeschäfte im vollen Bewußtsein der Verantwortung gegenüber dem Volk überlegt erledigt werden.

V. K. Walter Gellrich

Meldungen und Revisionen in der geplanten Wirtschaft vom Betrieb aus gesehen

In der DFW ist in erfreulichem Umfang eine Diskussion über das Revisionswesen und seine Bedeutung für die volkseigene Wirtschaft und die Deutsche Demokratische Republik in Gang gekommen.

Bei den bisherigen Äußerungen herrschte jedoch allzu einseitig eine administrative Betrachtungsweise vor. Es scheint daher angebracht, die in Rede stehenden Fragen einmal von der Seite des Betriebes her zu beleuchten.

Der Verfasser arbeitet selbst in einer Revisorengruppe. Er kam in sie hinein, aber nicht aus der Verwaltung, sondern aus dem technischen Apparat eines volkeigenen Produktionsbetriebes. Er sucht daher aus den Erfahrungen und Erfordernissen beider Arbeitsgebiete zu einer gesunden Synthese zu kommen.

Außerdem sieht er diese Dinge mit den Augen eines Gewerkschaftlers, dem daran liegt, daß nicht nur der Kasernenhofton, sondern auch das Kompanieschreibstubendenken radikal aus unserem Arbeits- und Wirtschaftsleben verbannt wird.

Im Betrieb, und besonders im mittleren und kleineren VEB, ist es eine immer wieder bestätigte Erfahrung, daß die kaufmännischen Kräfte und auch die technischen Leitungen zeitweise bei weitem überfordert sind durch Ansprüche, die aus den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen heraus von außen an sie herangetragen werden. Es ist klar, daß der Tatsache, daß der einzelne Betrieb nur ein eingeplantes Glied der Gesamtwirtschaft ist, Genüge getan werden muß. Andererseits aber muß der Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitszeit zur Erfüllung dieser Forderungen auf ein Maß begrenzt werden, das auch für den mittleren und kleinen VEB tragbar ist. Dies ist heute noch nicht der Fall.

Man kann die Anforderungen von außen gliedern in Berichte zur Rechenschaftslegung und zur Planung und in Revisionen durch betriebsfremde Personen.

Das Meldewesen im weiteren Sinne umfaßt die Rechenschaftslegung über bisherige Leistungen und Ergebnisse, über bisherige Aufwände, über den technischen, organisatorischen, personellen, finanziellen Status. Die Planungsanforderungen erstrecken sich auf ein Hin und Her von Grob-, Fein- und Feinstplänen, die, von groben Vorschlägen ausgehend, immer weiter auf die Realitäten des Bedarfs einerseits und der betrieblichen Möglichkeiten andererseits abgestimmt werden.

Zu diesen Punkten sei zunächst folgendes gesagt.

An der Rechenschaftslegung ist eine größere Zahl von Stellen unter den verschiedensten Gesichtspunkten interessiert. Genannt seien nur die Steuer- und Preisbehörde, die Banken (für Investitionen und kurzfristige Kredite), die Arbeitsämter (für die Arbeitskraftlenkung, für den Jugendschutz, für den Arbeitsschutz, für die Lehrlingsausbildung), in fast gleichem Maße und noch in anderer Hinsicht der FDGB, ferner die Kreisämter für Wirtschaft und Versorgung, die entsprechenden Ministerien, die örtlichen, regionalen und zentralen Planungsstellen usw. usw. Der aufmerksame Leser wird bemerken, daß hier die VVB noch gar nicht erwähnt wurde: sie muß selbstverständlich über alle Fragen unterrichtet sein, für die sich andere Stellen interessieren, und noch über einige Fragen mehr. Da sämtliche Meldungen im Jahre nicht einmal, sondern vier-

bis zwölfmal verlangt werden, ergibt sich bereits aus dieser Aufzählung, ohne den Inhalt der Meldungen selbst zu berühren, eine Vorstellung von dem Arbeitsaufwand, der nur zur Befriedigung dieser Forderungen im VEB getrieben werden muß.

Hier sollte man sparen durch Zusammenfassung. Man sollte sich zusammensetzen und einen Vordruck entwerfen, der alle die Fragen enthält, die von jeder — oder fast jeder — fragenden Stelle gestellt werden. Es wäre schon eine große Entlastung für den VEB, wenn ein solches „Grundmeldeblatt“ einheitlich entworfen und vielleicht in jedem Monat in dem Betrieb ein dutzendmal einheitlich ausgefüllt würde. Die einzelnen meldeberechtigten Stellen könnten ihre Spezialfragen dann außerdem auf Spezialmeldeblättern stellen. Die allgemeinen, immer wiederkehrenden Fragen dürfen dann aber auf diesem nicht wiederholt werden.

Auch muß erreicht werden, daß die verschiedenen Meldungen auf den gleichen Stichtag abgestellt werden. Es ist außerordentlich unwirtschaftlich, wenn eine Stelle eine Meldung über bestimmte Fragen nach dem Stand am 11., die nächste nach dem Stand vom 20., die dritte nach dem Stand vom 25. des Monats verlangt.

Dies wäre eine Zwischenlösung, es wären Schritte auf die Endlösung hin. Als Endziel sollte man die Möglichkeit diskutieren, den Betrieb mit nur einer Meldung zu belasten, die umfassend sein müßte und die z. B. von einer betriebsstatistischen Abteilung bei der VVB oder der entsprechenden Hauptverwaltung ausgewertet werden würde; von hier aus können dann alle bisher unmittelbar meldeberechtigten Stellen mit dem ihnen zukommenden Material versehen werden. Das bedeutet natürlich, daß diese betriebsstatistische Auswertungsstelle personell stark genug besetzt sein muß, um diese Arbeit überhaupt zu bewältigen; sie muß sogar stark genug sein, um die Auswertung und Weiterleitung mit sozusagen postalischer Genauigkeit und Schnelligkeit terminplangemäß durchzuführen. Trotzdem darf man davon überzeugt sein, daß dieser Mehraufwand an höherer Stelle durch die enorme Entlastung der einzelnen VEB mehr als aufgewogen würde.

Wegen des oben skizzierten Umfangs der Fragen, die an einen VEB gestellt werden, muß man heute noch das Mißtrauen haben, daß die Antworten recht unzuverlässig sind, weil mittlere und kleine Betriebe dermaßen überfordert sind, daß eine gründliche Beantwortung jeder Frage wahrscheinlich gar nicht möglich ist. Die Vielzahl der Meldungen bringt es mit sich, daß man an irgendeiner Stelle im Meldewesen Auskünfte auf Grund grober Daumenpeilungen vermuten muß; da man aber nicht weiß, wo diese Ungenauigkeiten stecken, muß man dem Zahlenmaterial des ganzen bisherigen Meldewesens mißtrauen.

Das ist natürlich schlecht. Auf Zahlenangaben der Betriebe muß man sich ebenso, wie auf Zahlenangaben, die von außen in die Betriebe hineingegeben werden, absolut verlassen können. Die notwendige Voraussetzung hierfür ist aber, daß die Überlastung der Betriebsleitungen mit Meldungsforderungen zunächst einmal abgebaut wird.

Für die Planungsarbeit im VEB gilt Ähnliches. Man muß dahin kommen, daß der Plan für den VEB nach

dreistufiger Bearbeitung völlig eindeutig festliegt: Planentwurf, abgleichende Bearbeitung und Besprechung in der VVB, endgültiger und umfassender Feinplan. Eine Voraussetzung hierfür wäre es, daß gerade die VVB nicht nur „Akten bearbeiten“, sondern betriebsnah und operativ in das Zahlenmaterial einsteigen, das ihnen vorliegt. Es geht nicht an, daß eine Gießereienvereinigung völlig unterschiedliche Verhältnisse von Schmelzkoks zu Rohstoffen in den Formularen für die einzelnen Betriebe stehen läßt. In einem Falle war im Jahre 1949 einer Gießerei überhaupt kein Schmelzkoks eingeplant! Wie kann es vorkommen, daß ein solcher Plan von den verantwortlichen Leitern der VVB unterschrieben wird?

Weiter ist es wichtig, daß wir uns angewöhnen, auch die Planungsarbeit planmäßig durchzuziehen. Das heißt: Die Planungsarbeit muß nach einem bestimmten Fristenplan erledigt werden, der so abgestimmt ist, daß die fertigen Pläne dem Betrieb rechtzeitig vorliegen. Finanzpläne und VEB-Pläne, die — wie 1950 — erst im zweiten Quartal bearbeitet und fertiggestellt werden, sind mehr oder weniger eine administrative Spielerei. Denn für den Betrieb, für den einzelnen Arbeiter beginnt das Jahr spätestens am 2. Januar; seitdem produziert er, seitdem wird Lohn gezahlt. Der Betrieb kann es sich nicht leisten, ein halbes Jahr lang nichts zu tun und auf der Bärenhaut zu liegen. Deshalb muß er seine verbindlichen Pläne genau so termingerecht fordern, wie ihm selbst die Zeit verrinnt. Ein Plan, nach dem Betriebsleitung und Belegschaft zutreffend disponieren sollen, muß je nach der Betriebsstruktur zwei Wochen bis zwei Monate vor dem Jahresbeginn vorliegen. Wer es verhindert, daß in diesem Sinne die Pläne rechtzeitig an den VEB gelangen, bietet seine Hand dazu, das Prinzip der geplanten Wirtschaft zu einer Farce zu machen.

Ein „Jahresplan“, der erst im Juli vorliegt, ist kein Plan, sondern ein Stück Papier ohne reale Bedeutung. Allerdings hat er eine Wirkung, die offenbar von den Gewerkschaften bisher zu wenig beachtet wurde: ein Plan, der zu spät kommt, zwingt den Betrieb, anfangs zu improvisieren, und damit zum Arbeiten mit unzulänglicher Produktivität. Liegt der Plan dann vor, so hat nicht nur die Betriebsleitung ihre Sorgen, das Arbeitsprogramm so „hinzubiegen“, daß es vielleicht noch klappen kann, sondern auch der Arbeiter, der ihn ja praktisch ausführen muß. Nachdem er in der ersten Hälfte des Jahres nicht voll produktiv ausgelastet war, wird er nun aufgefordert, Versäumtes nachzuholen. Wenn man es von den planenden Stellen selbst verlangen würde, die Schäden aus verspäteter Planfertigung mit ihren eigenen Knochen wieder gutzumachen, so würden sie sich wahrscheinlich mehr darum bemühen, ihre Pläne rechtzeitig herauszugeben! Außerdem ist bei anfänglichem Kurtreten und späterem Forcieren der Arbeit niemals das Optimum im Betriebsergebnis zu erreichen, das bei stetigem Arbeitsablauf erzielt werden kann.

Selbstverständlich müssen die Planungszahlen zutreffend sein, d. h. den betrieblichen Realitäten entsprechen. Es ist im höchsten Maße bedenklich, wenn ein kaufmännischer Leiter sich dazu versteht, einen Ergebnisplan aufzustellen, der einen Gewinn ausweist, obwohl er selbst nach der konkreten Lage seines Betriebes fest davon überzeugt ist, daß ein Verlust eintreten wird. Welcher verantwortungsbewußte Kollege kann sich bereifinden, „nach oben hin“ mit Planzahlen zu glänzen, die keinesfalls realisierbar sind? Er und der

ganze Betrieb tragen die Schuld, wenn solch ein Phantasiplan nicht erfüllt wird und unsere Gesamtwirtschaft dadurch Schaden leidet!

Kommen wir jetzt zu den **Revisionen aller Art**. Es ist allen klar, daß Meldungen einer Kontrolle und einer Revision bedürfen. Man sollte aber auch hier zu einer Zusammenfassung kommen und darauf hinsteuern, jeweils mit einer einzigen Generalrevision alles zu erfassen, was der Revision unterworfen werden muß.

Aber es ist dabei eins zu beachten. Die Revision als „Mittel der Plankontrolle“, kommt erst dann in diesem engeren Sinne zum Zuge, wenn die Voraussetzungen der Planerfüllung gegeben sind. Wie steht es damit nun in der Betriebswirklichkeit?

Man darf über unsere VEB heute wohl allgemein sagen — ohne mit einer solchen Feststellung die notwendige Initiative oder Wachsamkeit einschläfern zu wollen —, daß die Belegschaften und auch die Leitungen schon recht gut entwickelt sind. Sie sind in den meisten Fällen in der Lage, das Ihrige dazu zu tun, die Pläne zu erfüllen und überzuerfüllen, und zwar nicht nur mengenmäßig, sondern auch sorten- und qualitätsmäßig und unter gleichzeitiger Beachtung der Fragen der Selbstkosten, der Gewinnschöpfung, der Normalisierung des Zahlungsverkehrs usw. Freilich scheint die Anleitung der betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre zur Klarheit über betriebswirtschaftliche Fragen und Zusammenhänge durch die Gewerkschaften noch nicht ausreichend, um sie in den Stand zu setzen, in mittleren und kleinen Betrieben ihr Mitbestimmungsrecht voll auszuüben.

Was im Betriebsablauf in der größeren Zahl von Fällen hindert, sind weniger die Unzulänglichkeit von Leitung und Belegschaft, auch nicht die noch vorhandenen Unzulänglichkeiten in technischer Beziehung, die unsere Kollegen zu überwinden gelernt haben, sondern es sind die Mängel, die außerhalb des Betriebsbereiches liegen. Und in dieser Beziehung Hilfe zu schaffen, ist die eindeutige Aufgabe der VVB. In allen Fragen, die der Betrieb allein nicht lösen kann, muß die VVB rasch, verantwortungsbewußt, energisch, umsichtig, wirksam, kurz: operativ eingreifen. Lange genug ist dies den VVB immer wieder gesagt, daß sie lernen müssen, operativ zu arbeiten. Aber von einer Erfüllung dieser Forderung ist bisher herzlich wenig zu spüren.

Erst wenn die Betriebe sich nicht mehr durch das mangelhafte Funktionieren der technischen und kaufmännischen Leitungen der VVB immer wieder in Einzelfragen festfahren, erst dann haben sie die Möglichkeit, sich selbst völlig auf ihre innerbetrieblichen Aufgaben zu konzentrieren — erst dann auch ist die Voraussetzung gegeben, nun im Betrieb eine Revision durchzuführen, die sich nur auf den Betrieb und nicht auf Fragen, erstreckt, die der Betrieb nicht zu vertreten hat.

Auch die Revisionsergebnisse sollten zentral ausgewertet werden. Sicherheitshalber wäre das Revisionswesen von dem Meldewesen vollkommen zu trennen und sowohl die Revisorengruppe als auch die zentrale Auswertung ihrer Berichte einer der Industrie neutral gegenüberstehenden Stelle anzuordnen, nämlich dem Finanzministerium, wenn nicht der Staatlichen Plankommission. Zweckmäßig der letzteren, weil die Berichterstattung und die Auswertung sich ja nicht nur auf finanzwirtschaftliche Fragen, sondern auch auf technische Fragen erstrecken muß. Eine Auswertung in

dieser Richtung würde im Rahmen der zentralen Finanzstellen auf Schwierigkeiten stoßen, während die Plankommission ihrer Natur nach sowohl die technischen wie die Finanzvorgänge erfassen muß. Es würde dann auch sichergestellt sein, daß das Primat der Produktion und die nur funktionale Bedeutung der kaufmännischen Vorgänge richtig beachtet werden.

Hierüber muß man sich klar sein: Wenn man die „Kontrolle durch die Mark“ als das A und O aller Kontroll- und Revisionstätigkeit betrachtet, so bedient man sich einer einseitigen Betrachtungsweise, die nicht unbedenklich ist. Sehr leicht ist dann der Schritt getan zu der Auffassung, daß es die alleinige Aufgabe eines Produktionsbetriebes sei, ein günstiges Ergebnis zu erzielen — und schon ist man mitten im kapitalistischen Denken. Das Gesetz unseres Wirtschaftens ist die Produktion für den Bedarf, für einen Bedarf bei ständig steigendem Lebensstandard der breiten Massen und mit ihr aller verbündeten Gruppen: der Intelligenz, der Kulturschaffenden, der Verwaltungsleitungen usw. Dieses Grundgesetz unseres Wirtschaftens und daher auch unseres Planens aus dem Auge verlieren, heißt das Wesen unserer neuen Gesellschaftsordnung völlig verkennen.

Deswegen wird „die“ Revision, neben ihrer Hauptaufgabe, die sich aus den Teilaufgaben der bisherigen und der etwa noch fehlender Revisorengruppen zusammensetzt, noch die weitere Aufgabe haben, aufzuhellen, wo die Planerfüllung behindert wurde durch ungeschickte oder unzutreffende oder unvollständige Planung. So würde der Revisor nicht nur die Planerfüllung oder den Grad der Nichterfüllung effektiv festzustellen haben, sondern er würde auch die Gründe hierfür in vollem Umfange aufklären müssen, sowohl die innerbetrieblichen wie die außerbetrieblichen Gründe. Daher ist die Zusammenfassung der so erarbeiteten Erfahrungen gerade bei der Stelle zweckmäßig, die als Staatliche Plankommission in gewissem Umfange Weisungsbefugnis und Anleitungspflicht gegenüber allen anderen Organen unseres Wirtschafts- und Verwaltungslebens hat. Hier muß der Knotenpunkt aller Bestrebungen nach ständig verbesserter Planung und nach ständig verbesserter Planerfüllung sein.

Pläne und Menschen — darauf kommt es an. Richtige Pläne müssen wir schaffen und die richtigen Menschen mit den verschiedenen Aufgaben betrauen. Das Planen

Aktivierung des Friedenskampfes im Finanzamt Eisenach

„Schluß mit der Zwiétracht! Rettet den Frieden! Beide Regierungen an einen Tisch!“ Durch alle Munde gehen heute diese Worte, und alle Deutschen erwarten voll Spannung die Antwort Dr. Adenauers auf das Schreiben unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.

Mehr als fünf Jahre sind seit der Zerschlagung des Faschismus vergangen und das deutsche Volk erwartet noch immer sehnsüchtig den Friedensvertrag, um nach ehrlicher Anerkennung der Schuld als gleichberechtigtes Mitglied in die große Völkerfamilie aufgenommen zu werden, wie es im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde. Doch nicht ein einheitliches Deutschland konnte in friedlicher Arbeit aufgebaut werden. Zonenschränken und neue Kriegspläne im Westen hinderten die friedliche Aufbauarbeit in einem Teile unseres Vaterlands und versetzten das deutsche Volk in einen natio-

müssen wir noch besser lernen, und Menschen müssen wir durch Lernen sich entwickeln lassen. Wo Fehler entstehen, weil ein Plan oder ein Mensch versagt hat, das muß der Revisor aufdecken; er muß das Auge, das Fernthermometer unseres planenden Zentralgehirns sein.

Fehler schonungslos aufzudecken, das erscheint als die negative Aufgabe des Revisors. Erfahrungen vermitteln und künftige Fehler vermeiden helfen, das ist seine positive.

Haben wir die richtigen Pläne und überall die richtigen, bewußten, tatkräftigen, operativen Menschen, dann ist unser Aufbauwerk bald getan. Das Richtige entsteht, indem man das Falsche vermeidet. Die Fehler erkennt man nicht — oder nicht schnell genug — am Verwaltungsschreibtisch, sondern im Betrieb. Deshalb kann und soll der Revisor zu einer beschleunigenden Kraft in unserem Wirtschaftsleben werden.

VK Alfred Dietzmann, Neustrelitz

UMSCHAU

Die Staatsanleihen der UdSSR

In dem Aufsatz von K. Plotnikow über den Staatshaushalt der UdSSR^{)}, wurde auch auf die Bedeutung der sowjetischen Staatsanleihen hingewiesen. Anlässlich der Auflegung der letzten großen Staatsanleihe der UdSSR hat der gleiche Verfasser in der „Iswestija“ eingehend die Bedeutung und Struktur der sowjetischen Staatsanleihen erläutert. Die nachstehenden Darlegungen stellen einen Auszug aus diesem Aufsatz dar.*

Die Ausgaben des sowjetischen Staatshaushaltes werden vor allem durch die Einnahmen gedeckt, die der Staat aus den sozialistischen Betrieben der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens und des Handels erhält. Diese Einnahmen machen rund 90% aller Einnahmen im Staatshaushalt aus.

Eine wichtige Quelle für die Einnahmen des sowjetischen Staatshaushaltes sind ferner die Mittel der Bevölkerung, die auf der Grundlage der Freiwilligkeit durch die Emission von Staatsanleihen herangezogen

^{*)} B. DFW 1950. II. Halbb., Heft 23/24, S. 520.

nalen Nötstand. Als mahnendes Beispiel steht die Kolonisierung im Westen und der furchtbare Korea-Krieg vor uns.

Doch was können wir für den Frieden tun?

All unsere Kraft wollen wir einsetzen, damit nicht noch einmal die Kriegsfurie über Deutschland und über der ganzen Welt wütet, daß nicht noch einmal kostbares deutsches Blut fließt für die Geldsäcke einzelner Spekulanten und Kriegstreiber.

Die Belegschaft des Finanzamts Eisenach hat deshalb in einer Belegschaftsversammlung eine eindringliche Resolution an Herrn Dr. Adenauer in Bonn gesandt, um ihn zu bewegen, um die Einheit Deutschlands und den Frieden in Europa zu verhandeln. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es unter anderem:

„Wir sind uns der großen geschichtlichen Bedeutung bewußt, die darin besteht, daß die unterbreiteten Vorschläge die Voraussetzung schaffen für eine Verständigung über die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und damit die Sicherung des Friedens in Europa. Es kann und darf deshalb keinen Deutschen geben, der die dargebotene Hand ausschlägt. Die nationalen Lebensinteressen unseres Volkes verpflichten jeden aufrechten Patriot zum sofortigen Handeln, wenn er nicht zum Mitschuldigen werden will an einem

neuen ungeheuren Verbrechen, das an der ganzen Menschheit begangen werden soll.“

Die Resolution schloß mit den Worten:

„Herr Bundeskanzler! Schlagen Sie ein in die Ihnen gereichte Hand! Geben Sie dem deutschen Volke die Einheit und den langersehnten Frieden!“

Gleichzeitig hat sich jede Kollegin und jeder Kollege des Finanzamts Eisenach verpflichtet, diese Resolution an Herrn Dr. Adenauer einem seiner Verwandten oder Bekannten in Westdeutschland zu senden, um den Friedenswillen unserer Deutschen Demokratischen Republik Ausdruck zu verleihen.

Die Belegschaft des Finanzamts Eisenach ruft deshalb alle Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungen auf, ebenso zu handeln im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands. Wir wollen unsere Brüder und Schwestern im Westen aufklären über die friedliche Politik unserer Regierung und wollen auch sie auffordern, ihre Bundesregierung zur Verhandlung mit unserer Deutschen Demokratischen Republik zu bewegen, in Anlehnung an die Prager Beschlüsse eine gesamtdeutsche Regierung zu fordern, die die Einheit Deutschlands und den Frieden in Europa herbeiführt und sichert.

VK Franz Schmidt, Finanzamt Eisenach

werden. Die sowjetischen Staatsanleihen sind von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, sie tragen dazu bei, das Tempo des sozialistischen Aufbaus und die Schaffung einer materiellen Basis für den Kommunismus zu beschleunigen. Auf die inneren Hilfsquellen gestützt, ohne knechtende Auslandsanleihen, hat das Sowjetvolk unter Führung der Partei Lenins und Stalins die UdSSR aus einem rückständigen Agrarland in eine starke Industrie- und Kolchosmacht verwandelt.

Im Laufe des ersten Stalinschen Planjahrfünftis nahm der Staatshaushalt aus den Anleihen der Bevölkerung 5,9 Milliarden Rubel, während des zweiten Planjahrfünftis 19 Milliarden Rubel und im Laufe der 3 1/2 Jahre des dritten Planjahrfünftis 24,9 Milliarden Rubel ein.

Die Staatsanleihen haben sowohl bei der Finanzierung von Ausgaben zur Verteidigung des Landes in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges als auch bei der Durchführung des Stalinschen Plans für die Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR nach dem Kriege eine große Rolle gespielt. Die in der Nachkriegsperiode in den Staatshaushalt eingegangenen, als Staatsanleihe gezeichneten 100 Milliarden Rubel stellten einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben des Sowjetstaates nach dem Kriege dar.

Die Arbeiter, Bauern und die Angehörigen der sowjetischen Intelligenz wissen sehr wohl, daß die Ersparnisse, die sie dem Staat leihen, für produktive Zwecke — für den Bau von Fabriken, Werken, Gruben und Kraftwerken, für soziale und kulturelle Maßnahmen, für die weitere Hebung des Volkswohlstandes und für die Festigung der Macht des Sowjetlandes ausgegeben werden. Darin besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen den sowjetischen Staatsanleihen und den Anleihen der kapitalistischen Staaten.

Unter dem kapitalistischen System stellen die Staatsanleihen ein Mittel dar, um das Budgetdefizit zu decken; sie sind eine Quelle für die übermäßigen Ausgaben der kapitalistischen Staaten zur Vorbereitung neuer Kriege

und zur Knechtung und Unterdrückung der Völker wirtschaftlich schwacher Länder.

Die gewaltigen Ausgaben der Staatshaushalte der kapitalistischen Länder für die Vorbereitung eines neuen Kriegesbürden den Werktätigen eine übermäßige Steuerlast auf, die zur Deckung der rasch wachsenden Staatsschuld benötigt wird. Folglich verschlechtert jede neue Anleihe unter den Verhältnissen des Kapitalismus die wirtschaftliche Lage der Werktätigen.

Die Staatsanleihen der UdSSR ziehen dagegen keine Erhöhungen der Steuerlast der Werktätigen nach sich. Das kann auch niemals eintreten, da die Deckung der Anleihe und die Bezahlung der Gewinne aus der Anleihe durch stetig wachsende Akkumulierungen der sozialistischen Wirtschaft gewährleistet werden. Die produktive Verwendung von Mitteln aus den Sowjetanleihen schafft eine zusätzliche Einnahmequelle zu deren Einlösung.

Seit Bestehen des sowjetischen Staatskredits sind an die Bevölkerung auf Grund von Anleiheobligationen 27,5 Milliarden Rubel, einschließlich des Wertes der eingelösten Obligationen, ausgezahlt worden. Allein im Laufe des Jahres 1949 erhielt die Bevölkerung rund 2,5 Milliarden Rubel, während die Summe der insgesamt auszuzahlenden Gewinne im Jahre 1950 3,5 Milliarden Rubel beträgt.

Die wachsende Popularität und den wahren Volkscharakter der Staatsanleihen ersieht man am besten aus der ständig ansteigenden Zahl der Anleihezeichner. Die erste Industrialisierungsanleihe, die im Jahre 1927 aufgelegt wurde, ist von sechs Millionen Menschen gezeichnet worden, während man gegenwärtig über 65 Millionen Anleihebesitzer zählt.

Die Zeichnung der Staatsanleihen gestaltet sich im Sowjetlande zu einer machtvollen Demonstration des Sowjetpatriotismus und des Zusammenschlusses aller Werktätigen um die Kommunistische Partei und ihren Führer und Lehrer, J. W. Stalin.

Die letzte Anleihe vom Mai v. J. wurde in einer Höhe von 20 Milliarden Rubel aufgelegt. Sie ist in 20 Jahren zu tilgen. Die Anleihe ist gestückelt in Obligationen zum Nominalwert von 500, 200, 100, 50, 25 und 10 Rubel. Die Notwendigkeit, 10-Rubel-Obligationen einzuführen, ergab sich aus dem bedeutenden Anwachsen der Kaufkraft des Sowjetrubels. Die Staatsanleihe ist wie alle vorangegangenen Anleihen mit Gewinnen verbunden. Die Gewinne sind in Höhe von 25 000, 10 000, 5000, 1000, 500 und 200 Rubel pro 100-Rubel-Obligation festgesetzt. (Der Wert der Obligation ist in die Gewinnsumme einbezogen.)

Zum Unterschied von den vorangegangenen Staatsanleihen fehlt bei der letzten Anleihe der Gewinn in Höhe von 50 000 Rubel. Auch die Zahl der Gewinne in Höhe von 25 000 Rubel ist herabgesetzt worden, dafür ist aber die Anzahl der Gewinne von je 200 Rubel erhöht worden. Im Laufe der 20jährigen Frist werden 35% der Obligationen mit Gewinnen ausgelost, während die restlichen 65% an die Besitzer der Anleiheobligationen zum Nominalwert zurückgezahlt werden.

Diese Veränderungen der Anleiheausrüstung entsprechen voll und ganz den Interessen der Zeichner. Die Summe der Gewinne verändert sich nicht. Ihre Gesamtsumme beträgt bei der letzten, wie bei der vorangegangenen Anleihe im Durchschnitt 4% jährlich. Der Sowjetstaat wird an die Besitzer der letzten Anleihe

im Laufe von 20 Jahren — wenn man die ausgezahlten Gewinne mit berücksichtigt — insgesamt eine Summe auszahlen, die anderthalbmal größer ist als die Summe, die er erhalten hat.

Während der Gesamtlaufzeit der Anleihe werden 40 Gewinnziehungen — je zwei Ziehungen jährlich — durchgeführt. Die ersten beiden Ziehungen erfolgen im Jahre 1951. Die Obligationen, auf die keine Gewinne gefallen sind, werden vom Jahre 1955 ab zum Nominalwert getilgt. Zu diesem Zweck erfolgen außer den Gewinnziehungen auch Tilgungsziehungen.

Das Hauptprinzip der sowjetischen Staatsanleihen ist die Freiwilligkeit der Zeichnung. Die letzte Anleihe wurde unter der Parole gezeichnet: Der Verdienst von drei bis vier Wochen als Anleihe für den Staat! Viele Arbeiter und Angestellte haben weitaus größere Summen als einen Vierwochenverdienst gezeichnet. Arbeiter, Angestellte und in Genossenschaften zusammengeschlossene Handwerker bezahlen die Obligationen aus ihrem Lohn ratenweise im Laufe von zehn Monaten. Die Bauern erwarben die Obligationen durch die Bevoilmächtigten der Dorfsowjets.

Die sowjetischen Staatsanleihen genießen eine gewaltige Popularität, weil sie wahre Volksanleihen sind. An der Zeichnung der Anleihe beteiligt sich das ganze Sowjetvolk.

Zur Weiterentwicklung des deutschen Steuerrechts

Die Behandlung der Sanierungsgewinne

Die am 12. Dezember 1950 erlassene Anordnung Nr. 114 behandelt unter dem Stichwort „Sanierungsgewinn“ eines der wesentlichsten Probleme unseres geltenden Steuerrechts. Bekanntlich sind Sanierungsgewinne auf dem Gebiete der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer gegenwärtig steuerfrei. Soweit es sich um den Sanierungsgewinn bei Körperschaften handelt, beruht die Befreiung auf ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift, nämlich auf dem § 11 Ziffer 4 des Körperschaftsteuergesetzes. Soweit aber Sanierungsgewinne bei privaten Gewerbetreibenden in Frage kommen, fehlt es im Einkommensteuergesetz an einer entsprechenden Bestimmung; trotzdem wurden und werden Sanierungsgewinne privater Gewerbetreibender von der Einkommensteuer freigestellt. Worin liegt die Wurzel dieser Regelung? Die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes stammt nicht aus dem normativ gesetzten Steuerrecht; sowohl dem Körperschaftsteuergesetz wie dem Einkommensteuergesetz war ursprünglich die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes fremd. Erst der Reichsfinanzhof hat Anfang der 30er Jahre durch eine nach bestimmten kapitalistischen Gesichtspunkten orientierte Rechtsprechung dafür gesorgt, daß der Sanierungsgewinn freigelassen wurde und daß die gesetzgeberische Entwicklung zu einer entsprechenden normativen Regelung zunächst im Körperschaftsteuergesetz geführt hat. Die wirtschaftliche Grundlage der Befreiung des Sanierungsgewinnes ist in den Interessen der Unternehmer selbst zu erblicken, bei denen die Rekonstruktion eines wirtschaftlich notleidenden oder

sanierungsbedürftigen Unternehmens durch Forderungsnachlaß der Gläubiger erfolgt und in die Reihe dieser Gläubiger, die auf ihre Forderung zu verzichten haben, ist durch die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes auch der Fiskus mit seinen Steuerforderung eingereiht worden. Unserer gesellschaftlichen Ordnung und unserer wirtschaftlichen Entwicklung entspricht eine Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes nicht; sie steht vielmehr mit unserer Wirtschaftsordnung im Widerspruch und läßt sich mit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht vereinbaren; wenn jemals überhaupt eine ausreichende Begründung für die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes hätte gegeben werden können, so hätte sie nicht in der unzutreffenden formalen Begründung des Reichsfinanzhofes, der Sanierungsgewinn sei ein außerbetrieblicher Vorgang, gefunden werden können, sondern nur in der Tatsache, daß in der Krisen unterliegenden kapitalistischen Wirtschaft die Sanierung eine untrennbare mit der Krise verbundene wirtschaftliche und im Steuerrecht zu berücksichtigende Erscheinung darstellt. Mit Recht hat das Finanzministerium jetzt die Sanierungsgewinne im Wege der Anordnung für steuerpflichtig erklärt und hat sich zur Begründung dafür, daß die normative Vorschrift des § 11 Ziffer 4 des Körperschaftsteuergesetzes nicht mehr angewendet werden darf, auf ebendie Tatsache berufen, daß den privaten Betrieben eine krisenfreie Entwicklung gewährleistet ist und daher eine steuerliche Privilegierung des Sanierungsgewinnes durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse überholt ist.

Dr. Kammel

Die Aufhebung der Gemeindegetränksteuer

Mit Verordnung vom 22. Dezember 1950 wurde die Gemeindegetränksteuer aufgehoben. Vom 24. Dezember 1950 ab darf die entgeltliche Abgabe von Wein, weinähnlichen und weinhaltigen Getränken sowie den sonst in den gemeindlichen Steuerordnungen für die Erhebung einer Getränkesteuer genannten Getränken nicht mehr mit einer Gemeindegetränksteuer oder einer dieser entsprechenden Steuer belegt werden.

Die Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik erhoben bisher die Gemeindegetränksteuer auf Grund der Musterordnung für die Erhebung einer Getränkesteuer vom 2. August 1930. In der Praxis ergaben sich Schwierigkeiten bei der Kontrolle dieser Steuer, da die Abgabe der obengenannten Getränke nur dann steuerpflichtig war, wenn sie zum Verzehr an Ort und Stelle, insbesondere in Gast- und Schankwirtschaften und an sonstigen Stätten, entgeltlich verab-

reicht wurden. Die Steuerbehörde war stets in der prekären Lage, dem Gastwirt nicht nachweisen zu können, wann diese Getränke in der Gastwirtschaft verzehrt wurden und wann sie über die Straße gingen. Außerdem mehrten sich von Zeit zu Zeit die Fälle, wo Gastwirte Flaschen mit alkoholischen Getränken käuflich erwarben, ohne daß die Getränke buchmäßig erfaßt wurden.

Die Abschaffung der Gemeindegetränksteuer stellt einerseits ein Entgegenkommen gegenüber den Verbrauchern dar, die infolge Wegfalls dieser Steuer einen Anreiz für einen höheren Verbrauch an Getränken erhalten, andererseits bedeutet sie eine Ersparnis an Verwaltungskosten, da diese vielfach das Aufkommen an Getränkesteuer überschritten. Letztlich aber ist diese Anordnung der Regierung ein Beweis dafür, daß es infolge gesteigerter Produktion möglich ist, von der Erhebung dieser Steuer abzusehen.

Das Gesetz des Fortschritts

Zu den ersten Gesetzen, die die neu gewählte Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedet hat, gehört das Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens vom 19. Dezember 1950.

Mit diesem Gesetz wird der auf die Elemente des Volkswirtschaftsplanes abgestimmte Staatshaushalt geschaffen, der aus den Haushalten der Republik, Länder, Kreise und Gemeinden besteht und in den die Haushalte der Sozialversicherungsanstalten einbezogen werden. Dieses Gesetz wurde erforderlich durch die veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse, es schafft die Grundlage für neue Formen der Organisation, der Methodik und Technik bei der Planung und Durchführung des Staatshaushaltes. Die kassenmäßige Durchführung des Staatshaushaltes obliegt künftig der Deutschen Notenbank. Die Verwaltungsbuchführung wird einheitlich gestaltet und auf den obligatorischen Nachweis der Vermögen ausgedehnt. Für die Verwaltung des öffentlichen Vermögens gelten die Grundsätze der Verwaltung von Volkseigentum. Zum 31. Dezember 1950 wird eine Inventur des öffent-

lichen Vermögens durchgeführt. Die alten haushaltsrechtlichen Bestimmungen werden mit Schluß des laufenden Rechnungsjahres außer Kraft gesetzt; an ihre Stelle soll eine neue, von der Volkskammer zu beschließende Haushaltsordnung treten.

Das Gesetz ist das Ergebnis der auf der Haushaltskonferenz im April 1950 unterbreiteten und in Kommissionen beratenen Vorschläge über eine Haushaltsreform. Das Gesetz entstand unter Mitwirkung der breitesten Öffentlichkeit, es ist ein Beispiel für die Anwendung neuer Formen der Verwaltung. Die Haushaltsreform hat eine große Bedeutung für die Verwaltungs- und Finanzgeschichte.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Protokoll der Haushaltskonferenz im April 1950 in der laufenden Nummer 9/1950 unserer Zeitschrift, und auf die Hefte 9 und 10 unserer Schriftenreihe, in denen die Anordnungen über die Haushaltsreform und die dazugehörigen Kommentare sowie das Protokoll der Konferenz über die Haushaltsreform vom Oktober 1950 veröffentlicht sind.

Trübe Aussichten für Westdeutschland

Söldnertruppen in Stärke von 22 vollmotorisierten Divisionen, davon 10 Panzerdivisionen, soll Westdeutschland im Zuge der Kriegsvorbereitungen aufstellen. Dies erklärt laut ADN der „Bundesfinanzminister“ Dr. Schäffer (CDU) im vertrauten Kreis. Schäffer gab seiner Besorgnis Ausdruck, wie die Aufrüstung finanziert werden soll. Da eine Panzerdivision 600 Millionen DM kostet, müssen für die Ausrüstung der 10 Panzerdivisionen allein 6 Milliarden aufgebracht werden.

Der Wehrwirtschaftler Prof. Hesse, einer der engsten Mitarbeiter von General Thomas, früher Chef des Nazi-Wehrwirtschaftsstabes, beziffert den westdeutschen Beitrag zur Remilitarisierung auf 12 bis 15 Milliarden DM.

Um einen solchen Betrag aufzubringen, müßten die Steuern auf das Drei- bis Vierfache des Vorkriegsstandes heraufgeschraubt werden. Im Juni 1950 hatte der

Bundesfinanzminister noch erklärt, daß die finanzielle Lage Westdeutschlands immer katastrophaler werde und nur durch eine Senkung der Besatzungskosten verbessert werden könnte.

Es ist klar, daß eine Vervielfachung der Steuern katastrophale Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung hätte, wenn man sie überhaupt durchführen könnte. Deshalb wird man wie zu Hitlers Zeiten den Weg der „lautlosen“ Finanzierung, der heimlichen Inflation, gehen. Aus Kreisen der Bank Deutscher Länder, der Institution, in der der amerikanische Einfluß in Westdeutschland am unmittelbarsten ist, wird erklärt, daß die Remilitarisierung nur nach den Prinzipien des Nazikriegsverbrechers Schacht finanziert werden könne.

Die Hohen Kommissare verlangen eine Reorganisation der westdeutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dazu gehören: Beschränkung der Investitionen auf die wichtigsten Objekte der Rüstungsindustrie, Diskonterhöhungen (Verteuerung der Kredite) zur Durchsetzung der gewünschten Investitionsrichtung, Rohstofflenkung in die Kriegsindustrie, Bewirtschaftung der Rohstoffe für die Kriegsindustrie, Bewirtschaftung der Rohstoffe für die Friedensindustrie, rigorose Einschränk-

1951 — das Jahr des Lernens für alle

Was ist das wichtigste im ersten Jahr des Fünfjahrplans? 1951 ist das Jahr des Lernens für alle, für die Fachleute und Spezialisten, für die Jugend und für die Verwaltungsangestellten. Das heißt:

1. Alle aufbauwilligen Kräfte müssen sich bemühen, die Gesetze des gesellschaftlichen Fortschritts kennenzulernen, damit sie den Weg sehen, den wir noch vorwärts gehen müssen zu einem besseren Leben, zu einer höheren gesellschaftlichen Ordnung.

2. Alle müssen sich ein hohes Fachwissen aneignen und die neuen Arbeitsmethoden studieren.

3. Es darf keinen Jugendlichen bei uns geben, der nicht eine ordentliche fachliche oder wissenschaftliche Ausbildung erhält. Das werden wir bereits 1951 verwirklichen.

4. Die Mitarbeiter des Staatsapparates müssen entsprechend den großen Aufgaben des Fünfjahrplanes lernen, besser zu arbeiten.

Diese Aufgaben können wir nur dann erfüllen, wenn wir uns mit den Ergebnissen der fortschrittlichsten Wissenschaft, wie sie in der Sowjetunion erzielt wurden, vertraut machen.

kung der nicht kriegswichtigen Importe, Vorbereitung der Rationierung von Lebensmitteln und Gebrauchsgütern, um die Produktion der Konsumgüterindustrie zugunsten der Rüstungsindustrie einzuschränken.

Zur Finanzierung der Aufrüstung sollen allein durch Steuern 4 Milliarden DM mehr aufgebracht werden als im vergangenen Finanzjahr, wie aus der Begründung zu der vom Bundesfinanzministerium fertiggestellten Steuernovelle hervorgeht. Von dieser Summe sollen durch Erhöhung der Umsatzsteuer um ein Drittel auf 4% und Verdoppelung der Umsatzausgleichsteuer auf 6% 1,4 Milliarden DM, durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer um 10 auf 60% und den Wegfall von Vergünstigungen bei der Einkommensteuer — wobei auch die Steuervergünstigungen für Bombengeschädigte und Umsiedler beschränkt werden und die Vergünstigungen für Personen über 50 Jahre wieder in Fortfall kommen — 1 Milliarde DM, aus der Einführung der Mineralölsteuer 0,5 Milliarden DM aufgebracht werden. Den Rest von rund 1 Milliarde DM hofft man durch den Steuereingang aus den erwarteten Rüstungsgewinnen decken zu können. Doch nimmt seit der Wiederaufrüstung Westdeutschlands die Kapitalflucht immer größere Ausmaße an. Die Unternehmen legen im Ausland stille Reserven an, indem sie bei Exporten die Zahlungstermine hinausschieben und illegal exportieren. Die Westberliner Zeitung „Der Tag“ berichtet, daß an den westdeutschen Börsen und Banken der Prospekt einer „Bank für Anlagewerte“ in Zürich zirkuliert, die Goldzertifikate ihrer Schwesterbank in Tanger anpreist.

Am 8. Dezember v.J., drei Tage nach Anerkennung der Auslandsschulden durch die Adenauer-Regierung, erklärte Vizekanzler Blücher: „Hinter unserem Scheinreichtum verbirgt sich die große Not; das deutsche Volk, das zwei Weltkriege verloren hat, kann es sich nicht leisten, eine derartig trügerische Fassade nach außen zu errichten.“ Und am 9. Dezember, einen Tag später, legte das britisch lizenzierte Blatt „Die Welt“ das Bekenntnis ab: „Die Illusion der übervollen Schaufenster hat uns vergessen lassen, daß wir ein armes Volk geworden sind. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und stehen nun vor der bitteren Notwendigkeit, unseren Aufwand wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuschrauben.“

Wer hat — das ist hier die Frage — in Westdeutschland über seine Verhältnisse gelebt? Wer hat ihm die „Fassade der vollen Schaufenster“, hinter denen Schulden und Pleitewirtschaft stehen, als Zeichen des Aufstiegs und der wirtschaftlichen Gesundung angepriesen? Unseres Wissens waren das die gleichen Kreise, die aus Not, Kriegshetze und Millionenbetrügereien für sich ein glänzendes Geschäft machten. Auf dem III. Parteitag der SED hat Wilhelm Pieck in seinem großen politischen Bericht nachgewiesen, wie die USA-Rüstungsmonopole und ihre gleichgearteten deutschen Trabanten die westdeutsche Wirtschaft systematisch ruinierten und nur ein Interesse zeigten: Das Steigen der Rüstungsaktien an den Börsen.

Wie aus einem Bericht der Rhein-Ruhr-Bank in Düsseldorf über die Umstellungsergebnisse von 559 westdeutschen Industrieunternehmen hervorgeht, haben 354 Unternehmen die Kapitalumstellung im Verhältnis 1:1 vorgenommen, 69 konnten ihr Kapital im Vergleich zum alten Reichsmarkbestand sogar erhöhen. Diese Unternehmen konnten also nicht nur die Währungsabwertung umgehen, sondern den Aktionären auch die Gewinne aus dem Hitlerkrieg erhalten. So geht es in Westdeutschland den Industrieherrn, während die Umsiedler in Nissenhütten wohnen und am Hungertuche nagen.

Die krassen sozialen Unterschiede und die Verantwortunglosigkeit der Regierenden gegenüber den breiten Massen kommen auch in den hohen Repräsentationsausgaben der oberen Behörden zum Ausdruck. So schreibt das in Westberlin erscheinende „Berliner Wirtschaftsblatt“: „Repräsentation wird auch im bundesrepublikanischen Deutschland wieder groß geschrieben. Weitaus größer als die soziale Not, die allenthalben anzutreffen ist. Sparsamkeit jedenfalls wird nur den Bürgern zugemutet.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Um so mehr überrascht es, wenn die mit dem Segen der Besatzungsmächte regierenden Vertreter der Deutschen Bundesrepublik es für nötig erachten, einen Aufwand zu treiben, der zu dem peinlichen Vergleich zwingt, daß auch hier durch glitzernde Fassaden die dahinter gähnende Leere verdeckt werden soll.“

Immer zahlreicher werden in Westdeutschland die Stimmen, die ihre Enttäuschung und Entrüstung über die dortigen Regierungsmethoden Ausdruck geben, die ebenso den sozialen wie den nationalen Belangen ins Gesicht schlagen. Die Rettung Westdeutschlands vor dem Ruin kann nur darin liegen, daß es auf das Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, eingeht, daß sich alle echten, ehrlichen, demokratischen und fortschrittlichen Deutschen endlich zusammenfinden und das Glück und die Zukunft des ganzen Vaterlandes in Einheit, Frieden und gemeinsamem Aufbau aufs neue begründen.

Wir stellen ZUR DISKUSSION**Die Gestaltung des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft**

(Ein Beitrag zu der von Wolf und Ueberück angeregten Diskussion)

Von Dipl.-Betriebswirt Dr. jur. Berthold Riedel

I. „Theorie“ und „Praxis“

„Nun kommt doch tatsächlich schon wieder ein neuer Kontenrahmen —, wir haben uns kaum an den alten gewöhnt“, das ist tatsächlich die erste Stellungnahme der Praktiker zu den Vorschlägen von Wolf und Ueberück¹⁾ gewesen. Es ist nun aber tatsächlich nicht so, wie Rückel²⁾ in seinen Ausführungen darstellt, daß man in der Praxis zäh das alte bürgerliche Rechnungswesen verteidigen wolle. Zu Diskussionsbeiträgen ist es wohl mehr deswegen nicht gekommen, weil die Kollegen der Praxis so tief in der täglichen Arbeit stecken, daß sie einfach nicht die Zeit aufbringen können, ihre Gedanken einmal zu vergegenständlichen. Der Hauptvorwurf gegen die Vorschläge eines neuen Rechnungswesens ist bei der Überlastung der Hauptbuchhalter verständlich: „Durch diesen Kontenrahmen wird die tägliche Arbeit vermehrt —, wir aber sollen Verwaltungskosten senken!“ Diese Kollegen sind nicht etwa, wie Rückel meint, an der Kritik am bürgerlichen Rechnungswesen gescheitert, sondern daran, daß sie durch diese Vorschläge keine Erleichterung in ihrer täglichen Arbeit erhalten. Ein Hauptbuchhalter erklärte mir: „Das ist von Theoretikern gemacht, sie sollten doch einmal selbst so buchen. Zuerst arbeiten sie wirklich gute Leitsätze heraus³⁾, wie unser Rechnungswesen gestaltet sein müsse, die späteren Vorschläge aber verstoßen teilweise gerade gegen diese Leitsätze!“ An dieser Kritik eines Praktikers anknüpfend, möchte ich diese Leitsätze zur Richtschnur für das vorgeschlagene Rechnungswesen machen, um dann selbst einige kurze Vorschläge zu geben.

II. Leitsätze eines Rechnungswesens der Wirtschaftsplanung

Wie Wolf-Ueberück mit Recht feststellen⁴⁾, sind sich alle Praktiker darüber einig, daß der jetzige EKRI den Anforderungen der volkseigenen Wirtschaft nicht genügt. Wer es in der Praxis miterlebt hat, welche Schwierigkeiten die Planung nach dem EKRI mit sich bringt, und daß eine wirksame Plankontrolle mit diesem Rechnungswesen überhaupt undurchführbar erscheint, kann dieser Feststellung nur zustimmen. Auch daß es unmöglich ist, durch Reformen diesen Kontenrahmen für die geplante Wirtschaft zurechtzubiegen, ist bekannt, denn jede „Reform“ zieht eine Kette neuer Reformen nach sich, mit jeder Reform aber steigt auch die Buchungsarbeit an —, durch Buchen aber wird nicht mehr produziert.

Mit Begeisterung würden die Buchhalter der Praxis ein neues Rechnungswesen begrüßen, daß der gesellschaftlichen Wirklichkeit entspricht, daß ihnen ihre Arbeit erleichtert. Sie werden sich aber gegen jede Neuerung sträuben, die noch mehr Arbeit mit sich bringt. Pro-

duzieren muß die Hauptsache im Betrieb bleiben, nicht aber Buchen und Schreiben.

Wir wollen mit jenem Hauptbuchhalter von den aufgestellten Leitsätzen ausgehen und von diesen aus das vorgeschlagene Rechnungswesen betrachten.

1. Das Rechnungswesen muß positiv auf die Praxis wirken, die volkseigene Wirtschaft im fortschrittlichen Sinne anregen und organisieren helfen — bestimmt der richtige oberste Leitsatz eines Rechnungswesens.

„Die Planung der Gesamtwirtschaft ist somit ebenso wie in der sozialistischen Produktionsweise als objektive Notwendigkeit das oberste ökonomische Gesetz einer Wirtschaft“⁵⁾. Ist dieses Gesetz bei der Gestaltung des Rechnungswesens beachtet? Theoretisch ja, in der Praxis des Betriebslebens aber nicht. Da will der technische Leiter vom Oberbuchhalter oder vom Wirtschaftsplaner wissen, ob er noch in irgend einer Abteilung eine Reparatur ausführen könne, ob die geplante Lohnsumme eingehalten sei, ob der Richtsatzplan befolgt wird. Da werden dann, wie auch heute in der Praxis, die Pläne hervorgesucht, Nebenrechnungen geführt, in denen es keine Kontrolle gibt. Das Rechnungswesen der Wirtschaftsplanung in den Mittelpunkt stellen, muß zuerst nicht Erfolgs- und Bestandsrechnung, sondern Planung und Planabrechnung sein. Nicht in ihrem Gesamtkomplex müssen sich Durchbrechungen der Plandisziplin ausweisen⁶⁾, sondern jede einzelne Planüberschreitung muß sofort bei der Buchung sichtbar werden. Das aber ist bei dem Diskussionsvorschlag ebenso unmöglich wie im bisherigen Einheitskontenrahmen. Will man eine Kontrolle einbauen, dann entsteht erhöhte Buchungsarbeit. Auch der Diskussionsvorschlag stellt nur eine Erfolgs- und Bestandsrechnung dar, wie man sie im Kapitalismus hatte. Die Planung steht nicht im Mittelpunkt.

2. „Das Rechnungswesen muß den Fluß der Werte im ökonomischen Kreislauf des Betriebes unverfälscht in seiner Struktur und seiner Größe zum Ausdruck bringen.“⁷⁾

Dieser Satz ist bis auf ein Wort wichtig: „Betrieb“. Der Betrieb wird in der volkseigenen Wirtschaft mehr und mehr sein Eigenleben aufgeben. (Dem widerspricht die jetzige Strukturänderung der VEW. D. Red.) Es ist richtig, daß die Planungsorgane aus Meldungen und Abrechnungen diesen Wertefluß und etwaige Störungen erkennen müssen; es ist aber nicht notwendig, daß im Betrieb die Wertbewegungen, „die sich aus dem normalen Umschlag des Kapitals ergeben“, getrennt ausgewiesen werden „von solchen Wertbewegungen, die qualitativ oder quantitativ nicht zum normalen Umschlag gehören“⁸⁾. Nicht, was normal oder nicht nor-

¹⁾ Herbert Wolf und Horst Ueberück, Die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe, Ein Diskussionsbeitrag, Heft 2 der Schriftenreihe der DFW.

²⁾ F.-A. Rückel, Die Gestaltung des Rechnungswesens der volkseigenen Wirtschaft, DFW, 1950, II. Halbband, Heft 13, S. 34.

³⁾ Wolf-Ueberück, S. 3 f.

⁴⁾ Ebenda, Seite 4.

⁵⁾ Ebenda, Seite 5.

⁶⁾ Ebenda, Seite 14.

⁷⁾ Ebenda, Seite 14.

mal ist, interessiert für den Betrieb, sondern was plangemäß und nicht plangemäß vorgeht. Es genügt nicht allein, „innerhalb des Normalumschlags die den verschiedenen Stufen dieses Umschlags entsprechenden Existenzformen des Kapitals festzuhalten und aufzuzeigen“⁷⁾, sondern darüber hinaus muß aus der Buchhaltung die Einhaltung des Richtsatzplanes kontrolliert werden können.

3. Wahrheit und Klarheit des Rechnungswesens.

Die Wahrheit des Rechnungswesens wird auf Kosten der Klarheit erreicht, womit nicht gesagt werden soll, daß der Einheitskontenrahmen klarer wäre. Wer sich nur mit Fragen des Rechnungswesens befaßt, kommt leicht in Versuchung, Dinge für klar und durchsichtig zu halten, über die andere den Kopf schütteln. Wenn die Verfasser von der „Notwendigkeit der Teilnahme der Arbeiter an der Erforschung des realen Ganges der Wirtschaft, an der Bloßlegung der Schwierigkeiten in der Ökonomik der volkseigenen Betriebe“⁸⁾ sprechen, so müssen sie das vorgeschlagene Rechnungswesen selbst ablehnen. Ich habe den Vorschlag mit Arbeitern durchdiskutiert, die selbst gewisse Buchhaltungsvorkenntnisse hatten, vielleicht gebe ich am besten eine Stellungnahme wörtlich wieder: „Diese einleitenden Seiten (gemeint ist die Kritik des bürgerlichen Rechnungswesens) sind sehr gut, aber hilft uns denn dann das, was vorgeschlagen wird? Wir sollen mit planen, wir sollen eine Plankontrolle ausüben, bei diesen vielen Umbuchungen finden wir uns trotz unserer Vorkenntnisse nicht zurecht, wie soll es dann erst den anderen Kollegen ergehen?“

4. Notwendigkeit der Einsparung von Verwaltungskosten.

Ich glaube, daß sich eine zu ausführliche Stellungnahme zu diesem Punkt erübrigt. Der Buchhaltungsapparat selbst muß vergrößert werden, daneben aber bleiben die alten Rechnungszweige der Kalkulation und der Betriebsabrechnung stehen, die Anzahl der benötigten Formulare wird vergrößert, dazu benötigt man noch eine besondere Planung, Planabrechnung und Plankontrolle, die bei dem vorgeschlagenen Rechnungswesen erst eingreift, wenn die Planüber- oder -unterschreitung nicht mehr abzuändern ist.

5. Leichte Kontrolle.

Es muß zugegeben werden, daß das vorgeschlagene Rechnungswesen durch den Fachmann leicht zu kontrollieren ist, jedenfalls insoweit, wie es einen Bestand feststellt oder Erfolge ermittelt. Die Erfüllung der Planung ist nur mit dem Betriebsabrechnungsbogen zu kontrollieren. Diese Überwachung soll aber nicht nur durch den Fachmann möglich sein, sondern durch jeden Betriebsangehörigen. Ich glaube, man muß diese Möglichkeit mit Recht bezweifeln.

6. Das Rechnungswesen muß für volkseigene Wirtschaft und Privatwirtschaft gleich brauchbar sein.

Diesen Punkt kann meiner Ansicht nach kein Rechnungswesen erfüllen, strebt es danach, ist es für beide unbrauchbar. Ziel des volkseigenen Betriebes ist Planerfüllung und Planüberfüllung. Ziel des Privatbetriebes wird immer die Gewinnerzielung sein, auch dann, wenn er mit „eingeplant“ ist. Das Rechnungswesen im volkseigenen Betrieb und im Privatbetrieb

wird auch dann unterschiedlich sein, wenn man einen gleichen Einheitskontenrahmen vorschreibt. Unterschiedliche Ziele verlangen auch unterschiedliche technische Hilfsmittel.

Bis zu diesem Punkt der Kritik ist es leicht, wie Kritik überhaupt öfters leichter fällt als ein besserer Vorschlag. Eines aber muß man wohl ohne Zweifel feststellen: Das neue Rechnungswesen von Wolf-Ueberück ist ein großer Fortschritt gegenüber dem Einheitskontenrahmen, warum aber bei Halbheiten stehen bleiben?

Fassen wir nochmals die als richtig befundenen Leitsätze eines neuen Rechnungswesens zusammen:

1. Das Rechnungswesen muß positiv auf die Praxis wirken, die volkseigene Wirtschaft im fortschrittlichen Sinne anregen und organisieren helfen.
2. Das Rechnungswesen der Wirtschaftsplanung muß die Planung in den Mittelpunkt stellen, muß zuerst nicht Erfolgs- und Bestandserhebung, sondern Planung und Planabrechnung sein.
3. Das Rechnungswesen muß der Vereinigung und den Planungsstellen Material zur Verfügung stellen, daß sie den Fluß der Werte im ökonomischen Kreislauf unverfälscht erkennen können.
4. Das Rechnungswesen muß die Werte wahr zum Ausdruck bringen.
5. Das Rechnungswesen muß klar sein.
6. Das Rechnungswesen muß so gestaltet sein, daß Kontrollen nicht nur durch Fachleute, sondern auch durch den Arbeiter vorgenommen werden können.
7. Das Rechnungswesen muß jedem Arbeiter des Betriebes verständlich sein.
8. Das Rechnungswesen muß so vereinfacht werden, daß eine hohe Verwaltungskostenenkung entsteht.

III. Praktische Vorschläge für das neue Rechnungswesen

Mit einer Umgestaltung des Rechnungswesens sollte am besten noch so lange gewartet werden, bis in den wichtigsten Zweigen der volkseigenen Wirtschaft Einkauf und Verkauf nicht mehr Angelegenheit der einzelnen Betriebe, sondern der Vereinigung und der DHZ sind. Zu diesem Zeitpunkt sind Rechnungsüberwachung und Bezahlung nicht mehr Sache des Betriebes; die Spalte „Kunden“ und „Lieferanten“ in seiner Einheitsbuchhaltung sind überflüssig geworden, da er nur noch einen „Lieferanten“ und einen „Kunden“ kennt, eben die DHZ, die ihm diese „kaufmännische Arbeit“ abnimmt, sie auch nicht innerhalb des Kontenrahmens, sondern auf Kontokorrentkarten durchführt.

Der Betrieb spezialisiert sich dann auf eine „Planrechnung“, die notwendigerweise eine Soll-Ist-Rechnung sein muß. Diese Soll-Ist-Rechnung wird mit der doppelten Buchhaltung gekoppelt, nicht etwa dadurch, daß man über Verrechnungskonten die Planzahlen kontrolliert, durch Planabrechnungen den Planablauf beobachtet, sondern dadurch, daß die Solizahlen bei jeder Buchung gegenwärtig sind. Die praktische Ausführung ist mir an einer bei volkseigenen Betrieben teilweise schon jetzt geübten Praxis klargeworden: Auf den Kostenartenkonten der Klasse 4 z. B. werden in diesen Betrieben monatlich in die Habenspalte die geplanten Summen eingetragen, um laufend, wenn auch nur „mit Bleistift“, das Ist mit dem Plansoll vergleichen zu können. Das ist für diese Betriebe in der Klasse 4 durchführbar, weil Habenbuchungen dort grundsätzlich nicht vorkommen können. Man ist also hier in der Praxis bereits zu einer „Soll-Ist-Rechnung“ übergegangen, wenn sie auch recht unzulänglich ist.

Der in der Praxis angedeutete Gedanke würde die Einheitsbuchhaltung für die VEW folgendermaßen verändern:

Auf das Tagebuch durchgeschrieben werden die schraffierten Spalten. Das Tagebuch bietet allerdings dann

⁷⁾ Ebenda, Seite 5.

Tagebuch (Journal)

Konto-Nr.	Datum	Text	Richtsatz-abrechnung		Selbstkosten-abrechnung		Erfolgs-abrechnung		Plan-über-schreitungen	
			Ist	Soll	Ist	Soll	Soll	Ist	Über	Unter

Bestandskontenkarte

Konto-Nr.	Datum	Text	Saldo		Menge		Wert		Plan-über-schreitungen	
			Ist	Soll	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Über	Unter

Kostenkontenkarten

Konto-Nr.	Datum	Text	Saldo		Kosten		Plan-über-schreitungen	
			Ist	Soll	+	-	Über	Unter

Sonstige Erfolgskontenkarten

Konto-Nr.	Datum	Text	Erfolg		Saldo		Plan-über-schreitungen	
			+	-	Ist	- Soll	Über	Unter

keine Kontrolle im Sinne der Summen- und Saldenbilanz mehr. Das Tagebuch wird zur generellen Planabrechnung.

Der Buchungsverlauf ist folgendermaßen:

Nach der Eröffnungsbilanz, die mit den Zahlen des Richtsatzplanes übereinstimmen muß (Überplanbestände sind vorher abgeführt worden), werden die Sollzahlen für den ersten Monat nach dem VEB-Plan auf die einzelnen Kontenkarten übertragen. Dies bedeutet gleichzeitig den Zwang für den Betrieb, diese Planung nicht summarisch nach dem vergangenen Jahr vorzunehmen, sondern jede einzelne Kostenart für sich zu planen, den Ertrag für jede Warenart getrennt zu errechnen. Die Konten der Kostenarten werden dabei nach Kostenstellen untergliedert (Sammelkonten für die Kostenarten). Die bisherigen Soll-Haben-Buchungen werden nicht auf das Tagebuch durchgeschrieben, sondern nur auf den Kontenkarten der Bestands-, Kosten- und sonstigen Erfolgskontenkarten im Sinne der doppelten Buchführung vermerkt. Nach jeder Buchung wird der Saldo gezogen und in der Ist-Spalte eingetragen und auf das Tagebuch durchgeschrieben. Da auf jeder Karte das Monats-Soll vermerkt ist, kann die noch offene Plansumme oder etwaige Planüberschreitungen sofort errechnet und in die letzte Spalte eingetragen werden. Sowohl aus dem Journal als auch aus jeder Kontenkarte kann dann sofort der Planstand in den einzelnen Konten abgelesen werden. Die letzte Spalte des Tagebuches zeigt dabei gleichzeitig den allgemeinen Stand der Monats-Planerfüllung. Diese Abrechnungsmethode würde bereits jetzt zahllose Aufstellungen zum Richtsatz-, Investitions- und Generalreparaturplan erübrigen. Für jeden Arbeiter aber wäre diese Buchungsmethode vollkommen durchsichtig und verständlich.

In der Buchhaltung der DHZ würde die Abrechnung mit Lieferanten und Kunden auf Kontokorrentkarten vor sich gehen. Das Ist würde erst am Ende eines Monats in die Buchhaltung und das Tagebuch übernommen werden, in diesem Falle als ein Teil der Richtsatzplan-Abrechnung.

Investitionen und Generalreparaturen würden ebenfalls unter der Spalte Richtsatz-Abrechnungen verrechnet werden.

Am Ende des Monats braucht nun keine Monatsbilanz erstellt zu werden, sondern an Hand der Kontenkarten wird eine Planabrechnung vorgenommen. Die Ergebnisse werden auf Kontenkarten: „Planabrechnung“ übernommen und auf das Tagebuch durchgeschrieben. Der Betriebsabrechnungsbogen erübrigt sich ebenfalls, da der Soll-Ist-Vergleich bei jeder Buchung auf der Kontenkarte eine laufende Betriebsabrechnung darstellt. Gleichzeitig ist durch diese Methode den einzelnen Kostenstellen bekannt, welche Planzahlen sie im Monat zur Verfügung haben.

Erst am Ende des Jahres wird aus den entsprechenden Spalten der Kontenkarten die Bilanz entwickelt, die jetzt nur noch Kontrollfunktionen zur Soll-Ist-Rechnung der Planrechnung erfüllt.

Gegen meinen Vorschlag könnte eingewendet werden, daß die Erleichterung durch diese Soll-Ist-Rechnung nur scheinbar ist. Da sämtliche Kostenarten nochmals in Kostenstellen aufgesplittet werden müssen, ergibt sich ja auch eine Vielzahl von Buchungen. Zu bedenken dabei ist aber doch wohl, daß dieses Aufsplittern auf Kostenstellen auch heute schon vor Aufstellung des Betriebsabrechnungsbogens vorgenommen werden muß und daß neben der Buchhaltung noch eine Vielzahl von Aufstellungen erforderlich ist, die nun in ein System gebracht

werden. Durch Einschaltung von Sammelkonten für die einzelnen Teilpläne kann für jeden einzelnen Plan eine genaue Planabrechnung erreicht werden, die heute noch außerhalb der Buchführung durchgeführt werden muß. Der Abschluß der Buchhaltung ist in Wirklichkeit nicht mehr die Bilanz oder ein Betriebsabrechnungsbogen, sondern eine Planabrechnung, die nicht Soll und Ist, sondern für jede Kostenstelle und für jeden Kostenträger Planüber- und Planunterschreitungen enthält. Am Ende des Planabrechnungsbogens ist dann für jede Kostenstelle und für

jeden Kostenträger sofort die Über- und Mindererfüllung zu errechnen. Die Kalkulation wird in dieses System im Sinne einer Plankalkulation eingebaut.

Dieser Vorschlag wurde bereits mit einigen Praktikern durchdiskutiert, allerdings fehlte uns allen die Zeit, entsprechende Versuche anzustellen. Sicherlich ist der Vorschlag noch recht unbefriedigend, weist aber doch den richtigen Weg: Statt Bestands- und Erfolgsrechnung im Vordergrund des Rechnungswesens die Planabrechnung.

Buchhaltung und Plankontrolle

Eine Entgegnung zu vorstehendem Artikel

Von Dipl.-Kfm. F.-A. Rückel

Dr. Riedel glaubt weitere Gründe gefunden zu haben, die die schwache Beteiligung an der Diskussion um das neue Rechnungswesen erklären könnten. Die von ihm angeführten Gründe hätten aber gerade zu Er widerungen führen müssen, wenn sich nicht hinter diesen Äußerungen die gleichen Gründe verbergen würden, die ich bereits anführte. Ich habe nur das wiedergegeben, was ich in vielen Aussprachen mit Buchhaltern, Revisoren und anderen, mit dem Rechnungswesen unserer VEB beruflich eng verbundenen Kollegen erlebte und als Kritik hörte. Ein weiterer Grund kommt, wie mir jetzt immer mehr bewußt wird, vielleicht auch noch hinzu: Die uns Deutschen in Jahrhunderten anerkennende Angst, an Vorgesetzten und Fachleuten Kritik zu üben.

Nun zum Vorschlag von Dr. Riedel. Er ist Optimist, wenn er annimmt, daß der Produktionsbetrieb in Zukunft nur einen Abnehmer kennen wird, die DHZ. Das mag für einen großen Teil der Leichtindustrie richtig sein, ich glaube jedoch nicht, daß die Schwerindustrie, die Bauindustrie, die Energiewirtschaft und eine Reihe anderer Wirtschaftszweige, die Investitionsgüter herstellen, sich irgendeiner Handelsorganisation werden bedienen können, denn das wäre eine unnötige Verteuerung. Das Ziel muß und wird immer sein, so billig wie irgend möglich zu produzieren und zu verteilen. Es muß also überall dort, wo die Verteilung über den Handel der billigere Weg ist, also vor allem bei den ausgesprochenen Konsumgütern, dann bei den sogenannten Massengütern und bei solchen Gütern, deren Erzeugung oder Verbrauch an bestimmte Jahreszeiten gebunden ist, eine Handelsorganisation eingeschaltet werden.

Dagegen wird in allen den Fällen, in denen der Einzelauftrag, die Einzelfertigung wesentlich oder nur ein geringer Abnehmerkreis vorhanden ist, also im Maschinenbau, in der eisenschaffenden Industrie, im Erzbau, der Handel weitgehend auszuschalten sein. Wir werden also in einem großen Teil der Produktionswirtschaft auch das Dr. Riedel so unsympathische Kontokorrent in der bisherigen Form weiterführen müssen.

Das Buchungsverfahren von Dr. Riedel ist eine reine Einnahme-Ausgabe-Rechnung. Es ähnelt damit dem bisherigen Verfahren der Verwaltungsbuchhaltung, der Kameralistik. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorschlag in einem Augenblick erscheint, in dem die Verwaltungsbuchführung eine grundlegende Umgestaltung erfährt.¹⁾ Die neue Verwaltungsbuchführung lehnt sich stark an die Doppik an. Es zeigt sich so von beiden Seiten her

ein Streben zueinander hin. Es muß unbedingt unser Fernziel sein, eine gemeinsame Buchführung für Verwaltung und Wirtschaft zu schaffen.

Das Zueinanderhinstreben ist gar nicht so verwunderlich, wie es im ersten Augenblick erscheinen mag. Die Tatsache, daß ein großer, und zwar der wesentliche Teil der Wirtschaft unserer Republik in Volkseigentum überführt wurde, daß der Staat nicht mehr der Sachwalter einer kleinen Schicht von Kapitalisten, Krautjunkern und Militärs, sondern zum erstenmal in der deutschen Geschichte der Staat des Volkes, der Werktätigen ist, führt zwangsläufig zu dieser Entwicklung.

Die Verwaltungsbuchführung ist schon seit eh und je an einen Plan, den Haushaltsplan, gekoppelt. Sie war eine reine Einnahme-Ausgabe-Rechnung; sie kannte innerhalb ihres Systems keine Bestandskonten, außer den Geldkonten. Sie hatte nur „reine“ Konten, d. h. auf einem Einnahme-Konto konnten nur Einnahmen, auf einem Ausgaben-Konto nur Ausgaben gebucht werden. Gegenläufige Buchungen, sei es die Aufhebung einer Fehlbuchung oder die Rückzahlung eines irrtümlich eingenommenen Betrages, mußten daher in Rot erfolgen. Ist in bestimmten Fällen die Rückzahlung vereinnahmter oder das Wiedervereinnahmen ausgezahlter Gelder von vornherein vorgesehen, werden diese Geschäftsvorfälle über besondere Konten, sogenannte Verwahr- bzw. Vorschußkonten, die außerhalb des Planes stehen, gebucht. Es fehlte ihr jedoch trotz aller eingebauten Sicherheiten die Schlüssigkeit der Doppik, es fehlte ihr aber vor allem der Vermögensnachweis, der nur statisch außerhalb der Buchführung erfolgte. Dies Vermögen ist aber ebenso Volksvermögen wie unsere volkseigenen Betriebe, Güter, Banken, Maschinenausleihstationen und unser volkseigener Handel und Verkehr.

Der Unterschied zwischen Wirtschaftsvermögen und Staatsvermögen ist geschwunden. In beiden Fällen handelt es sich um Investitionen von Volksvermögen. Es geht nicht an, daß für einen Teil des Vermögens z. B. genaue Abrechnungen über Verschleiß (Abschreibung) gemacht werden, die dann die mögliche Höhe des Aufwandes für Generalreparaturen bestimmen, während für den anderen Teil diese Abrechnungen fehlen, und damit auch keine Anhaltspunkte für die Kontrolle des Generalreparaturaufwandes gegeben sind. Deshalb war es erforderlich, die Vermögensrechnung in die Verwaltungsbuchführung einzubauen. Gleichzeitig wurde diese Buchführung grundlegend umgestaltet, ohne jedoch die Bindung an den Haushaltsplan aufzugeben, diese wurde womöglich noch enger gestaltet.

¹⁾ Siehe hierzu „Die Haushaltsreform in der Deutschen Demokratischen Republik“, Heft 9 der „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“.

Auf der anderen Seite steht nun die Buchführung der wirtschaftlichen Betriebe. Sie zielt in ihrer überkommenen Form als kaufmännische Buchführung auf den Erfolgsnachweis ab. Sie soll in dieser Form dem Kapitalisten seinen Gewinn und dessen Quellen nachweisen und aufzeigen, an welchen Stellen die Lächer sind, durch die Teile des eigentlich erzielbaren Gewinnes in Gestalt von überhöhten Kosten abfließen. Für unsere volkseigene Wirtschaft, deren Aufgabe nicht die Befriedigung der stets steigenden Bedürfnisse und Machtgelüste der Kapitalisten, sondern die Schaffung besserer Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung ist, die nicht von der Forderung nach ständig steigender Kapitalverzinsung, sondern von dem vom Volk und seinen Vertretern beschlossenen Plan gelenkt wird, ist dies Rechnungswesen nicht brauchbar. Die bisherigen „Reformen“ sind, wie Dr. Riedel ganz richtig feststellt, Flickwerk. Doch auch der Vorschlag Dr. Riedels führt hier nicht weiter. Das Todesurteil hat er sich selbst in dem Satz: „Das Tagebuch bietet allerdings dann keine Kontrolle im Sinne der Summen- und Saldenbilanz mehr“ gesprochen. Die Bilanzgleichung aufgeben, heißt, die automatische Kontrolle aufgeben, die das System der Doppik gerade so wertvoll macht. Die Bilanzgleichung aufgeben heißt, auf die Zwangsläufigkeit des Wertflusses verzichten. Das kann niemals Sinn und Zweck einer Reform in der Buchführung sein. Gerade in einer geplanten Wirtschaft, wie der volkseigenen, muß das System der automatischen Kontrolle eher noch ausgebaut statt abgebaut werden. Fehler treffen das Volksvermögen unmittelbar und nicht nur das Vermögen eines einzelnen oder das einer kleinen Gruppe. Exakte und richtige Zurechnung der einzelnen Posten und Aufwände zu den einzelnen Kostenträgern ist erforderlich, um das Volksvermögen vor Verlusten zu bewahren und den Reallohn weitmöglichst zu steigern.

Aber trotzdem liegt in dem Vorschlag von Dr. Riedel ein Fortschritt. Ich sehe ihn in dem an sich sehr naheliegenden Gedanken der Plankontrolle unmittelbar auf dem Konto. Diese ist zweifellos hier leichter durchzuführen als im BAB. Schon früher führten verschiedene Organisationsmittelfirmen auf ihren Kontenvordrucken eine Saldenspalte. Diese könnte für den Planvergleich ausgenutzt werden. Da sie nicht auf das Journal durchgeschrieben zu werden braucht, könnte sie an die rechte Außenseite des Formulars gestellt werden. Zu Beginn des Monats werden bei den Erfolgskonten die Planbeträge eingesetzt. Bei jeder Buchung wird nun je nach der Wirkung der gebuchte Betrag von dem Planansatz abgesetzt bzw. ihm hinzugerechnet. Ist der Planbetrag aufgebraucht, d. h. überschreitet die Subtraktion den Wert 0,—, so erfolgen alle weiteren Eintragungen in Rot. Bei den Bestandskonten ist die Planspalte als reine Saldenspalte zu verwenden. Der Richtsatz wird im Kopf des Kontos eingetragen. Solange die Salden diesen Richtsatz nicht überschreiten, werden sie schwarz eingesetzt. Steigt der Bestand jedoch über den Richtsatz hinaus, sind rote Buchungen erforderlich. Aus der Häufigkeit der roten Zahlen kann der Revisor dann sofort erkennen, ob eine Richtsatzüberschreitung tatsächlich nur eine Ausnahme ist oder nicht.

Vollkommen verfehlt und offenbar nicht genügend durchdacht ist der Vorschlag, die Plankontrollspalte auf das Journal

Resolution

In einer Gewerkschaftsversammlung haben 344 Schüler des II. Lehrganges für Haupt- und Oberbuchhalter an der Finanzschule Brandis gemeinsam mit Schulleitung und Belegschaft am 11. Dezember 1950 zu den Funktionen des kaufmännischen Direktors und des Haupt- (Ober-) Buchhalters in der volkseigenen Wirtschaft nach eingehender Aussprache — sowohl in den Seminaren als auch in oben genannter Versammlung — Stellung genommen.

Nachstehende Entschließung wurde mit 343 gegen 1 Stimme angenommen:

Die Anordnung über das Rechnungswesen in der volkseigenen Wirtschaft usw. vom 13. Juli 1949 und die 1. Durchführungsbestimmung zu dieser Anordnung vom 16. Juli 1949 konnte sich nicht in dem vom Gesetzgeber und von allen Werktätigen gewünschten Sinne voll auswirken. Der Haupt- (Ober-) Buchhalter einer VVE bzw. eines VEB vermag nur dann die im Gesetz bestimmte verantwortliche Leitung der gesetz- und planmäßigen Verwendung der Geldmittel, Warenvorräte und des Anlagevermögens voll zu übernehmen, wenn das Aufgabengebiet des kaufmännischen Direktors bzw. Leiters genau umgrenzt wird. Aber alle Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, diese Abgrenzung durchzuführen, müssen selbstverständlich scheitern, weil sich bei einer sorgfältigen Analyse des heutigen Standes der Finanz- und Warenverwaltung in unserer VEW herausstellt, daß in geordneten Betrieben und Vereinigungen für die Funktion eines kaufmännischen Direktors kein Raum mehr ist. Der Gesetzgeber muß der fortschreitenden Entwicklung in unserer VEW Rechnung tragen und möglichst schnell das Zurückbleiben der Gesetzgebung hinter der tatsächlichen Lage in der Wirtschaft überwinden.

Wir fordern daher den Erlass einer Anordnung über die Verwaltung unserer VEW, in der die Funktion des Haupt- (Ober-) Buchhalters erneut festgelegt wird. Aus dieser Anordnung muß eindeutig hervorgehen, daß die Stellung eines kaufmännischen Direktors in der volkseigenen Wirtschaft, die bekanntlich die kapitalistische Praxis und damit auch die kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien überwunden hat, überflüssig geworden ist.

Der Einwand, daß der kaufmännische Direktor bzw. Leiter wichtige organisatorische Aufgaben zu erfüllen habe, möge in manchen Vereinigungen und VEB in der Vergangenheit noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben, obgleich das bloße Vorhandensein des kaufmännischen Direktors schon immer den im Befehl Nr. 76 der SMAD festgelegten Grundsatz der Einzelverantwortung verwischt hat.

Die inzwischen gemachten Fortschritte in der Festlegung des demokratischen Neuaufbaues der Verwaltung unserer VEW hat jedoch eine neue Lage geschaffen.

Nach Ansicht der eingangs bezeichneten Versammlung darf die Gesetzgebung nicht hinter der Entwicklung zurückbleiben oder sie gar hemmen. In völliger Übereinstimmung mit den Ansichten des Volkskorrespondenten Walter Gellrich, dargelegt in der Zeitschrift „Die Wirtschaft“ vom November 1950, fordert die Schülerschaft und Belegschaft der Finanzschule Brandis von den zuständigen Stellen schnelle und fortschrittliche Arbeit.

Finanzschule Brandis

durchzuschreiben. Der im Journal in dieser Spalte entstehende Zahlenfriedhof hat absolut keinen Aussagewert, da Äpfel, Kühe und Rollmöpse addiert werden. Bei den richtsatzgebundenen Bestandskonten können in einer Abrechnungsperiode Über- und Unterbestände mehrmals wechseln. Bei den Kosten und sonstigen Aufwandskonten ist eine Planüberschreitung unbedingt ein Minuspunkt, bei den Ertragskonten hingegen ein Erfolg, den anzustreben unser aller Aufgabe ist.

Die Vorschläge Dr. Riedels sollten also insbesondere in der Richtung auf die Durchführung der Plankontrolle auf dem Konto selbst weiterentwickelt werden. Weiter

müssen wir uns mit der neuen Verwaltungsbuchführung und ihrem System genau vertraut machen. Die Verwaltungsleute haben eine Erfahrung von Generationen auf dem Gebiete der Plankontrolle, die wir auch für die Wirtschaft nicht ungenützt lassen dürfen. Wir haben nach den Erfahrungen mit der kaufmännischen Buchführung absolut kein Recht, auf die „rückständige“ Kameralistik herabzusehen. Auch sie hat manche Züge, die für das künftige Rechnungswesen beispielgebend sein können. Vor allem aber müssen wir uns bemühen, die Erfahrungen, Erkenntnisse und Methoden des Rechnungswesens der Sowjetunion kennenzulernen, deren Planerfahrung wir unbedingt ausnützen müssen.

Sind die Investitions-Kreuzbuchungen nötig?

Ein Beitrag zur Senkung des Verwaltungsaufwands

Von Willy Wittig

In Heft 4 der „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“ ist die 11. DB. zur FinanzwirtschaftsVO. vom 26. Mai 1950 veröffentlicht, weiter sind die sich aus dieser VO. ergebenden Buchungen vorgeschrieben worden.

Die Vorschrift, die Bilanz zum 30. Juni 1950 schon nach dem neuen Schema zu erstellen, also die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1950 sowie die Buchungen per 30. Juni 1950 umzustellen, war unglücklich erlassen und brachte den kaufmännischen Mitarbeitern Belastungen, die nur in Überstunden größten Ausmaßes bewältigt werden konnten.

Jedem wirtschaftlich denkenden Kaufmann müssen sich die Fragen aufdrängen:

1. War diese umwälzende Neuaufgliederung der Bilanz unbedingt zum 1. 1. 1950 notwendig, so daß Mitte des Jahres 1950 eine Umänderung erfolgen mußte?
2. War es zweckmäßig und an der Zeit, eine derartige Neugliederung der Bilanz anzuordnen?
Wäre es nicht richtiger gewesen, erst einmal über alles die Erreichung der größten Wirtschaftlichkeit zu stellen?
3. War der Gesetzgeber darüber beraten, daß die neue Buchungsart ein Mehrfaches an Arbeit bei den buchenden Stellen anordnet?

Die Beantwortung der gestellten Fragen ist meines Erachtens nicht schwer.

Uns allen ist bekannt, daß wir uns in einem Zeitabschnitt befinden, der einen völlig neuen Inhalt der gesellschaftlichen Ordnung gebracht hat. Dieser Umbruch bedingte neue, jetzt zutreffende Verordnungen, und er wird weitere Verordnungen erfordern, um durch unsere Tätigkeit die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen.

Dabei vertrete ich jedoch die Ansicht, daß mit den gegebenen Verordnungen und Richtlinien erst eine gewisse Zeit gearbeitet werden sollte, um Erfahrungen aus den Auswirkungen dieser Anordnungen zu sammeln; denn wenn Verordnungen usw. laufend berichtigt oder in kurzen Zeitabschnitten ganz radikal abgeändert werden, so können sich die Ausführenden des Gefühls nicht erwehren, daß die maßgebenden Stellen die vorhergehenden Richtlinien nicht gut überarbeitet hatten.

Wenn das letztere auch nicht auf die grundlegende Neugruppierung der Bilanz zutrifft, so wäre die Lösung bestimmt glücklicher gewesen, das neue Schema ab 1. Januar 1951 anzuordnen; denn dann hätte jede buchführende Stelle sich mit der bei solchen grundlegenden Änderungen notwendigen Sorgfalt daraufhin einstellen können. Diese Sorgfalt konnte leider nicht bei der an-

geordneten nachträglichen Umstellung in allen Fällen so Platz greifen, wie es sein muß, so daß bestimmt in vielen Fällen die Bilanzwahrheit und -klarheit leiden mußte, zumal die außerordentlichen Umstellungsarbeiten bei der kurzfristigen Terminstellung keinesfalls berücksichtigt wurden.

Was ist nun mit der Neugliederung ab 1. Januar 1950 erreicht worden? Man wird mir sagen, zumindestens ist ein Jahr Vorsprung gegenüber dem von mir empfohlenen Termin zum 1. Januar 1951 gewonnen worden. Dies ist richtig, aber was hat dies die volkseigene Industrie gekostet?!

Jeder, der im Geschäftsablauf des kaufmännischen Geschehens steht, weiß, daß mindestens 90 % der gestellten Termine überspitzt sind, das heißt, daß sie nur unter Zuhilfenahme von Überstunden erfüllt werden können. Das ist der normale Geschäftsgang — leider! Man muß nämlich hierbei berücksichtigen, daß außer den Terminen für buchhalterische Belege noch weitere Termine für Finanzpläne usw. gewahrt und in den meisten Fällen von ein und demselben Personenkreis die Unterlagen erstellt werden müssen. Es kann deshalb nicht Wunder nehmen, wenn bei dieser grundsätzlichen Bilanzumstellung außer den „normalen“ Überstunden noch „außerordentliche“ Überarbeit in großem Ausmaße anfallen mußten. Ich bin überzeugt davon, daß der Gegenwert für diese Überstunden in der gesamten Republik gereicht hätte, um einige Investitionsvorhaben (vielleicht Siedlungshäuser, Kulturheime oder ähnliches) zu bauen. Es wäre interessant, wenn durch eine Umfrage bei der volkseigenen Wirtschaft der Gegenwert der Überstunden für diese Umstellung ab 1. Januar 1950 festgestellt werden könnte, um hieraus nutzbringende Lehren zu ziehen, vor allen Dingen die Frage zu beantworten, ob diese Umstellung ab 1. Januar 1950 den Einsatz gelohnt hat. Nicht zu vergessen ist weiter, daß wir im Zeichen der Selbstkostensenkung stehen. Wie können aber die Selbstkosten gesenkt werden, wenn durch die immer größer werdende Papierflut der kaufmännische Apparat zwangsläufig aufgebläht werden muß, um den seitens der maßgebenden Regierungsstellen gestellten Anforderungen gerecht zu werden! Und weiter: Was nützt die Mehrproduktion mit erhöhter Arbeitsproduktivität, wenn dieses Plus durch die zu weit gehenden Anforderungen auf kaufmännischem Gebiet kostenmäßig zunichte gemacht wird?

Es ist unleugbar, daß die Zahl der kaufmännischen Angestellten mindestens 50% größer sein müßte, wenn der Forderung auf Einhalten der 48-Stunden-Woche Genüge getan würde. Hier hilft kein Suchen nach besseren Arbeitsmethoden in den kaufmännischen Dienststellen der volkseigenen Wirtschaft, sondern die kaufmännischen Belange müssen von den gesetzgebenden Stellen vereinfacht werden. Immer und immer wieder ist in Fachzeitschriften seitens führender Betriebswirtschaftler betont worden, daß eine weitgehende Vereinfachung des betrieblichen Rechnungswesens Platz greifen wird. Leider ist gerade das Gegenteil eingetreten: Das betriebliche Rechnungswesen ist von Monat zu Monat komplizierter geworden. Dies beunruhigt die in der Praxis stehenden Mitarbeiter; denn sie wollen nicht ihre Arbeit tun, um eine übergroße Fülle von Zahlen zu rechnen und zu schreiben, sondern sie wollen, daß ihr Zahlenwerk lebendig den Betriebsablauf mit seinen Stärken und Schwächen zeigt.

Dazu ist es notwendig, alle Buchungsarbeiten auszuscheiden, die nicht unbedingt für das Zeigen des Begriffes „Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit“ in Anspruch genommen werden müssen. Bei den nach Heft 4 der Schriftenreihe verordneten Buchungen ist nach den Feststellungen aus der Praxis heraus diesem Erfordernis nicht Genüge getan. Deshalb ist eingangs die Frage gestellt worden, ob der Gesetzgeber darüber beraten worden ist, daß die neue Buchungsart das Mehrfache an Arbeit bringt. Den Beweis dieser Behauptung sollen die nachfolgenden Ausführungen erbringen. Dabei setze ich voraus, daß dieser Artikel wohl nur Interesse für fachmännisch geschulte Leser hat, so daß ich mir weitschweifige Erklärungen über Sinn und Zweck der Kreuzbuchungen von der Anlage- in die Umlaufmittelsphäre oder umgekehrt ersparen kann.

Nach den Richtlinien bedingt die neue Gliederung der Bilanz, daß Vorfälle, die beide Sphären berühren, Doppelbuchungen auslösen, die gleichzeitig gemacht werden sollen. Diese Richtlinien bringen also z. B. für Investitionen folgende Buchungen:

- 1) per 030 an 16 und gleichzeitig
- 2) per 1570 an 082;

nach Bezahlen aus dem Sonderkonto der DIB:

- 3) per 16 an 1570 und gleichzeitig
- 4) per 082 an 081.

Diese Buchungen (in vereinfachter Form dargestellt) werden sinngemäß nach den Richtlinien bei allen gleichartig auftretenden Geschäftsvorfällen ausgelöst und bringen bei dem heutigen gewaltigen Umfang der Investitionen, Generalreparaturen und ähnlichen Maßnahmen in großem Maße zusätzliche Buchungsarbeit, das heißt, daß praktisch bei der VVB, bei der ich tätig bin und in deren Geschäftsgang etwa 8000 Belege für die in Frage stehenden Maßnahmen jährlich anfallen, nach dem Beispiel zu 1) bis 4) 32 000 Buchungen = 64 000 Buchungsvorgänge bearbeitet werden müssen. Was das bedeutet, wird jeder sachkundige Praktiker ermessen können. Man wird mir nun sagen, daß diese Buchungen doch gleichzeitig notwendig sind, um den Erfordernissen nachzukommen. Ich werde dann entgegnen, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß dasselbe Resultat in vereinfachter Form ohne weiteres erreicht werden kann, nämlich durch Ausführen der Buchungen zu 2) und 4) nur nach Beendigung einer Abschlußperiode. Dabei schließe ich alle anderen sinngemäß zu wertenden Buchungen in diese Betrachtungen mit ein. Ich gehe dabei von dem praktischen Stand-

punkt aus, daß nach den geltenden Bestimmungen für jede Maßnahme, die die Kreuzbuchungen auslöst, der Finanzierungsträger feststehen muß; also zum Beispiel für Investitionen und Generalreparaturen die Deutsche Investitionsbank usw. Dies besagt also klar und deutlich, daß alle Aufwendungen, die für diese Maßnahmen über 030 bzw. 031 verbucht werden, von der Deutschen Investitionsbank zu finanzieren sind. Also stellen die gebuchten Aufwendungen gleichzeitig die an die DIB zu stellenden Forderungen dar. Werden aus dem Sonderkonto der DIB Beträge entnommen, so erfolgt eine Gutschrift zugunsten der Konten 1570 bzw. 1571, so daß also auch hier ein klarer Nachweis über die geleisteten Zahlungen laufend gegeben ist. Es sind demnach in den Buchhaltungen auch ohne Ausführung der Kreuzbuchungen (per 1570 bzw. 1571 an 082 und per 082 an 081) im Laufe des Monats ohne Schwierigkeit

- a) die Forderungen an die DIB.,
- b) die Finanzierung durch die DIB. oder eine andere Finanzierungsquelle und
- c) die restlichen Forderungen an die DIB. usw.

festzustellen, sofern dies von irgendeiner Stelle gewünscht wird. In der Regel wird es jedoch so sein, daß im Laufe des Buchungsmonats diese Anforderungen an

Ein sehr beachtlicher Vorschlag

Ich bin seit vielen Jahren in der Buchhaltung tätig und habe den Artikel „Notwendige Zusammenarbeit im bargeldlosen Zahlungsverkehr“ gelesen. Interessiert hat mich dabei das Wort „Einheitsformular“.

Wäre es möglich, darauf einzuwirken, daß auf allen neu einzuführenden Formularen eine Ecke für uns Buchhalter berücksichtigt wird. Vielleicht die rechte obere Ecke zum Eintragen der Beleg-Nummern, die vielfach mit Rot- oder Blautift eingetragen werden. Der Schritt könnte sogar noch weitergehen, z. B. auch auf Rechnungen könnte der freie Platz so halbamtlich vorgeschrieben werden.

VK. Kurt Simon, Plauen

die Buchhaltungen nicht gestellt werden, sondern der Ausweis der zu a) bis c) aufgeführten Summen wird nur nach Abschluß eines Buchungszeitraumes (Monat, Vierteljahr oder Jahr) gefordert werden. Aus dieser praktischen Erwägung heraus schlage ich vor, die angezogenen und sinngemäß zu wertenden Kreuzbuchungen nur einmal, und zwar nach Feststehen der Monatszahlen zu 1) und 3) machen zu lassen. Hierdurch lassen sich innerhalb der VVB, bei der ich tätig bin, rund 16 000 Buchungen = 32 000 Buchungsvorgänge vermeiden, ein einfaches aber wirksames Rezept zu der viel gewünschten Lösung des Problems der Vereinfachung des Rechnungswesens.

Da ich annehme, daß die Frage „Entweder gleichzeitige Einzelkreuzbuchungen“ oder „Monatliche Sammelkreuzbuchungen“ die gesamte volkseigene Industrie interessiert, stelle ich den gesamten Fragenkomplex zur Diskussion.

Dieser Artikel soll weiter den maßgebenden Stellen die Tatsache vor Augen führen, daß die das Finanzgeschehen bearbeitenden Kollegen — genau wie die übrigen Berufskreise — ebenfalls in unermüdlicher Arbeit mehr als ihre bloße Pflicht tun und das Gefühl haben, eine Anerkennung zu verdienen.

Finanzen der **VOLKSEIGENEN WIRTSCHAFT****Zur Kritik der Ist-Kosten**

Von Alfred Dietzmann

Im Heft 19/20 der „Deutschen Finanzwirtschaft“ zeigen Hans Geyler und Karl Hoffmann in ihren Darlegungen „Zur Selbstkostenplanabrechnung“ (Seite 323 bis 327) einige Fehler in der bisherigen Aufstellung nach dem Vordruck KQ auf.

Es ist unzweifelhaft richtig, daß bei einer Abweichung der Produktion von der geplanten Menge in einem Quartal, sei es nach oben oder nach unten, die Ist-Kosten nicht einfach mit den Plan-Kosten verglichen werden können, wie der Vordruck KQ dies bisher vorschrieb.

Um es kurz zu wiederholen: Das alte KQ setzte für ein Quartal ein Viertel der Jahreskosten an. Dies trifft nur bei gleichmäßiger Produktion über das Jahr zu (und bei saisonunabhängiger Kostengestaltung): gleiche Menge, gleiche Sorten, gleiche Qualitäten und damit gleiche Planwerte. Wird die Produktion um, sagen wir, 10 % in einem Quartal überschritten, so wurden nach KQ als Plankosten $25\% + 2.5\% = 27.5\%$ der Jahreskosten angesetzt. Mit ihnen wurden die Ist-Kosten aus dem betreffenden Quartal verglichen.

Geyler und Hoffmann untersuchen nun, welche Kosten tatsächlich als Plankosten bei einer Planüber- oder -untererfüllung im Quartal anzusehen sind. Diese Untersuchung ist notwendig.

Dabei kann es nicht ausbleiben, daß man die einzelnen Kostenarten daraufhin betrachtet, wie sie sich bei einer Änderung des Produktionsausstoßes gegenüber dem Plan verändern müssen — daß man die Frage stellt, wie weit man es mit fixen, proportionalen, degressiven oder progressiven Kosten zu tun hat.

Die redaktionelle Bemerkung, daß diese Unterscheidung in der geplanten Wirtschaft unwesentlich sei, kann in diesem Zusammenhang nicht anerkannt werden. Gewiß ist es das Ziel der Planung, die Betriebe im Zustand einer optimalen Beschäftigung zu halten. Der Plan selbst legt die Produktionsauflagen entsprechend fest, oder er soll es jedenfalls tun. Aber die vorliegende Fragestellung ist doch gerade: was geschieht, wenn der Betrieb tatsächlich — mit seiner Ist-Produktion im einzelnen Quartal — von dem geplanten Optimum abweicht? Diese Frage muß bei der Erstellung der KQ-Meldung gestellt werden, und dabei muß auch geklärt werden, in welcher Weise die Kosten sich bei einer Abweichung vom Produktionsplan bewegen.

Es soll hier noch auf eine weitere Ungereimtheit im KQ-Vordruck aufmerksam gemacht werden, die von Geyler und Hoffmann nicht erwähnt wurde.

Die Spalte 16 des alten Formulars enthielt Prozentzahlen, die eine Über- oder Unterschreitung der Selbstkosten gegenüber den geplanten feststellen sollten. In der Spalte 6 (bzw. 6d) waren die Plankosten der Ist-Produktion enthalten, in Spalte 10 die Ist-Kosten und in Spalte 14 die Differenz der Ist-Kosten gegenüber den Plan-Kosten. Die Prozentzahl drückte das Ver-

hältnis der Differenz zu den Ist-Kosten aus. Und dies ist offenbar falsch. Denn das „Maß aller Dinge“ ist die Planzahl, nicht die Ist-Zahl. Daher mußte in der Spalte 16 die erzielte Differenz nicht mit der Ist-Zahl, sondern mit der Plan-Zahl verglichen werden.

Dann kann auch nicht, wie in der ersten von Geyler und Hoffmann angeführten Tabelle in Zeile 7, eine „Selbstkostenunterschreitung um 200 %“ erscheinen. Wie kann ich an einer Kostenart mehr als 100 %, d. h. die Gesamtsumme dieser Kosten, einsparen?

Schließlich noch eine Bemerkung zur Bewertung der Produktion. Die Produktion zu Selbstkosten ist die Menge der umgesetzten Erzeugnisse zu Selbstkosten (also Bruttoumsatz minus Gewinn minus Umsatzsteuer, gegebenenfalls minus Haushaltsaufschlag, Akzise und ähnliches) minus Bestandsabnahme plus Bestandszunahme. Die Ist-Produktion zu Selbstkosten kann mit der Plan-Produktion nur verglichen werden, wenn auch diese mit Selbstkosten bewertet wird, d. h. wenn die bei der Auflage genannten Planpreise zuverlässig nur die Selbstkosten darstellen. Ob die Bewertung der Planproduktion stets nach dieser Regel vorgenommen ist, dessen ist der Verfasser nicht sicher.

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, daß der Hinweis gegeben wurde auf die Notwendigkeit, Finanzierungs- und Kostenbetrachtungen unter sorgfältiger Beachtung der Zusammenhänge im Produktionsbetrieb anzustellen. Produktion und Finanzierung unterliegen einem Plan. Deswegen dürfen der Produktions- und der Finanzfachmann nicht in zwei getrennten Glashäusern sitzen bleiben, sondern der eine muß die Bedingungen des Ablaufs der Planerfüllung im Arbeitsbereich des anderen möglichst genau verstehen lernen, um eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Die Gedankengänge von Geyler und Hoffmann sollten gemeinsam weiter durchdacht werden. Man kommt dann z. B. auf den Tatbestand, daß bei einer planwidrigen Schwankung des Produktionsausstoßes im Jahr — auch wenn in der Summe der Plan erfüllt wurde — höhere Kosten herauskommen müssen, als ursprünglich geplant sind, eben deswegen, weil das geplante Optimum nicht innegehalten wurde. Diese höheren Kosten würden wir mit Geyler und Hoffmann als „Plankosten“ der einzelnen Quartale anerkennen, die in der Jahressumme einen höheren Betrag erreichen als die zunächst geplante Kostensumme. Automatisch würde der Plangewinn sich verringern, d. h. es würde der Tatbestand sichtbar werden, daß bei einer Abweichung allein schon im Ablauf der Produktion die Kosten- und Gewinnlage des Betriebes sich automatisch verschlechtern muß.

Diese und andere Konsequenzen erfordern eine gründliche Diskussion dieser Probleme.

Nachbemerkung der Redaktion: Es ist erfreulich, daß hier das Problem der planwidrigen Schwankung der Fertigung und seine Auswirkung auf die Kostenplanung und Kostenplanerfüllung aufgerissen wurde. Wir versprechen uns von einer möglichst breiten Diskussion dieses Problemerkisses eine weitere Förderung der Planungs- und Abrechnungstechnik.

Die Diskussion über das alte Formular KQ soll aber hiermit abgeschlossen sein, da inzwischen seitens der zuständigen Stellen ein neues, grundlegend umgestaltetes Formular eingeführt wurde. Wir danken allen, die sich an der Diskussion beteiligten — auch den Verfassern, deren Artikel wir leider nicht mehr veröffentlichen konnten.

Erfahrungsaustausch über die Finanzierung 1951

Von F. Schlote, Oberweißbach

Die erste Etappe der Finanzplanung 1951 liegt hinter uns. Es soll hier einmal von der Betriebsebene heraus dargestellt werden, welche Mängel und Schwierigkeiten sich bei der diesjährigen Planung ergeben haben und auf Möglichkeiten zur System- und Formularverbesserung hingewiesen werden. Zwar basieren meine Ausführungen nur auf den Erfahrungen eines Betriebes, aber ich werde mich bemühen, nur die Probleme zur Debatte zu stellen, bei denen ein Allgemeininteresse erwartet werden kann.

Allgemeines

Es ist schon bald Gewohnheit geworden, daß uns zu solch wichtigen Terminen Formulare mit zahlreichen Druckfehlern vorgelegt werden. Die Formulare für die Finanzplanung 1951 machten keine Ausnahme, im Gegenteil, die Fehler waren dieses Mal wohl noch häufiger als wir das bisher schon gewohnt waren. Läßt sich dieser Übelstand denn nicht einmal abstellen? In Büchern von 1000 und mehr Seiten findet sich selten oder nie ein Druckfehler. Sollte es da nicht möglich sein, den Druckfehlerteufel von diesen paar Formularen zu verbannen? Es ist immer sehr lästig, wenn man bei der ersten Beschäftigung mit den Formularen Probleme wälzt, die gar keine sind, da im Text nur der Druckfehlerteufel gehaust hat.

Daß dieses Mal eine außerordentliche Zeitnot herrschte, ist von allen Seiten schon so oft dargelegt worden. Gerade wegen der dieses Mal besonders kurzen Zeit war es wohl keinem Betrieb möglich, gründlich bis in alle Einzelheiten zu planen.

Sehr viele Betriebe litten darunter, daß das Produktionsprogramm 1951 und das Preisbild 1951 bei Beginn der Planung noch nicht feststand. Wer von den Kollegen mit einem oder beiden der obigen Problemen zu kämpfen hatte, wird meine Ausführungen sicher von ganzem Herzen unterstützen. Künftig sollten alle beteiligten Stellen bemüht sein, dem Finanzplaner die Planzahlen zu Beginn der Finanzplanung schlüssig an Hand zu geben.

Bei den vom Finanzministerium abgehaltenen Vorgesprechungen fiel mir auf, daß viele Kollegen spezielle Einzelfragen ihrer Betriebe zur Debatte stellten. Das sollte man vermeiden, Meistens sind gerade diese Fragen sehr komplizierter Natur. Ihre Klärung ist zwar für den Betrieb sehr wichtig, aber ein großer Teil der Anwesenden ist an diesem Problem nicht interessiert und wird durch die sich meist in solchen Fragen lange hinziehenden Diskussionen nur abgelenkt. Solche Fragen lassen sich besser in Einzelbesprechungen klären, und alle Kollegen sollten bemüht sein, bei derartigen Konferenzen nur Fragen zur Diskussion zu stellen, von denen ein allgemeines und grundsätzliches Interesse erwartet werden kann.

Meine weiteren Ausführungen zu den einzelnen Plänen enthalten eine Reihe Vorschläge zur Ausgestaltung der Formulartexte. Man wird mir zu vielen Punkten entgegenhalten, daß es sich bei meinen Anregungen um Selbstverständlichkeiten handle, die nicht noch durch eine Erweiterung des Formulartextes einer Erläuterung bedürfen, bzw. daß die Erläuterung in den Richtlinien zu finden sei. Gewiß, das mag für den Bearbeiter der Formulare und für Planer der Vereinigungen pp. zutreffen. Ihnen ist das ganze System so geläufig, daß jede Position für sie ein feststehender Begriff ist. Nicht so ist es in den Betrieben. Wir haben nicht immer die Zeit, uns so eingehend mit dem Aufbau und der Systematik der Pläne zu beschäftigen, als das auch für uns jede Spalte, jede Zeile ein Begriff ist. Für uns ist jede mögliche Erläuterung durch Texterweiterung eine große Arbeitserleichterung. Hinzu kommt noch, daß, je besser die textliche Ausgestaltung der Formulare ist, desto einheitlicher die Planung erfolgen wird.

Nun zu den einzelnen Plänen:

Finanzplan

Hier sammeln sich Zahlen, die fast alle zuvor in einem der weiteren Pläne erarbeitet werden müssen. Wie schön wäre es für uns, wenn nun im Text bei den einzelnen Zeilen oder in einer Fußnote jeweils erwähnt würde, in welchem Plan, Spalte und Zeile diese Summen wiederkehren. Man würde sofort die richtige Zahl erwischen, und manche Fehler würden vermieden. Für die Spalte 1950 wären Vermerke „geschätztes Ist 1950“ oder „lt. Finanzplan 1950“ sehr förderlich.

Produktionsaufgabe und Plan der Selbstkostensenkung

Planwert der Menge 1950 und 1951. Ein Zusatz „lt. Produktionsaufgabe 1950“ und „lt. Planvorschlag 1951“ hätte manchen Zweifel beseitigt. Denn die Planwerte sind aus vielerlei Gründen bei den meisten Betrieben von 1950 zu 1951 verschieden.

Selbstkosten 1950, Spalte 6. Der Zusatz „geschätztes Ist 1950“ wäre leicht hinzuzufügen und würde vieles erläutern. Das gleiche trifft zu für die Spalten 3, 4, 5.

Kostenplan

Hierzu einige grundsätzliche Bemerkungen. Dieser Plan erforderte weitaus die meiste Arbeit, und wir haben uns gefragt, ob es notwendig und zweckmäßig war und ist, die zu schätzenden Kosten 1950 und zu planenden Kosten 1951 nach Kostenart und nach Kostenstellen aufzugliedern. Hat man an den Arbeitsaufwand gedacht, den die Erstellung dieses Planes in seiner jetzigen Form verursacht, und steht der Erkenntniswert der zu erarbeitenden Zahlen in einem Verhältnis zu dem großen Arbeitsaufwand? Denn die Erstel-

lung dieses Planes war ja praktisch eine Doppelplanung. In den wenigsten Fällen wird sich das Istergebnis 1950 nach der Faustregel Ist Januar bis August = $\frac{2}{3}$ + $\frac{1}{3}$ für September bis Dezember = Jahresergebnis ermitteln lassen. Nein, so einfach liegen die Dinge nicht. Kaum ein Betrieb wird einen solch gleichbleibenden Kostenverlauf haben, um nach dieser Faustregel arbeiten zu können. Die meisten Planer werden Kostenart um Kostenart und Kostenstelle für Kostenstelle untersucht haben, um festzustellen, welche Gesamtkosten für 1950 zu erwarten sind, und wenn diese nicht geringe Arbeit getan war, erst dann konnte die eigentliche Planung 1951 beginnen.

Und dabei nun immer die heimliche Gewissensfrage: Ist es nun an zentraler Stelle unbedingt nötig, zu wissen, wieviel Bürokosten auf die Kostenstelle Allgemeines, Material usw. entfallen, oder wie sich die Versicherungsprämien auf Kostenstellen verteilen? Wir können nicht glauben, daß es unbedingt notwendig ist. Und daher der Vorschlag, künftig den Kostenplan in dieser Form erst nach Ablauf des Geschäftsjahres, wenn die Jahresrechnung abgeschlossen ist, erstellen zu lassen. Dann hat man schlüssige Vergleichszahlen für das vergangene Jahr und kann mit größerer Genauigkeit für das kommende Jahr planen. Für die erste Planung müßte u. E. der Plan über den Nachweis der Selbstkosten genügen. Oder, wenn man schon im ersten Stadium der Planung einen Kostenplan benötigt, sollte man nur die Kostenarten planen, aber nicht jede Kostenart auf die Kostenstellen umlegen, sondern nur die gesamten Gemeinkosten, Fertigungskosten, Sonderkosten pp. jeweils in einer Summe. Auch das wäre schon eine erhebliche Arbeits erleichterung und würde vielleicht noch genauer als die jetzige Einzelaufstellung jeder Kostenart.

Im Formular des Kostenplanes könnte in Spalte 3 und 4 noch als erläuternde Zusätze angeführt werden „geschätztes Ist 1950 (Anlage 1 Spalte 6)“ und „Plan 1951 (Anlage 1 Spalte 18)“.

Ergebnisplan

In die Zeile 6 dieses Planes wurde häufig der Bruttoumsatz aus den Spalten 5 bzw. 16 der Anlage 1 übernommen. Dieser Umsatz muß m. E. aber um die Bestandsänderungen der Zeilen 2 und 4 des Endergebnisplanes geändert werden. Der zusätzliche Text „Anlage 1 Spalte 5 bzw. 16 = + Bestandsänderung Zeile 2 und 4“ würde diesen häufigen Fehler schon in seiner Entstehung verhindern.

Richtsatzplan

Dieser Plan hat schon zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Seine technische Erstellung bietet keine Schwierigkeiten. Das Problem liegt vielmehr bei der betriebsrichtigen Ermittlung der Planbestände. Die laufende Aktion „Überplanbestände“ hat ja gezeigt, welche Mängel in der Ermittlung richtiger Planbestände noch bestehen. (Tomuscheit⁵⁾) hat ein reichhaltiges Sortiment der verschiedensten Arten der Überplanbestände aufgezeigt, und wenn man die Begründungen der Betriebe dazu liest, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß manche davon stichhaltig sind. Gewiß, es ist notwendig gewesen, so manchen Betrieb munter zu machen und zu gründlicher Überprüfung der Lagerhaltung zu bewegen. Aber ebenso groß ist die Zahl

der Betriebe, bei denen die bisherigen Zahlen der Richtsatzpläne nicht den betrieblichen Notwendigkeiten entsprechen.

Ein großer Fortschritt in dieser Richtung ist die Umschlagszahl in der Planung 1951 und die Möglichkeit, wenn wir die Vorträge auf den Tagungen recht verstanden haben, innerhalb des Planes nun, abgesehen von der Zeile 8, die Richttage nach betrieblichen Notwendigkeiten variieren zu können. Vielen Betrieben ist damit geholfen, denn der eine braucht mehr Rohstoffe, aber wenig Halbfertiges, der andere umgekehrt, und hier kann jeder Betrieb in sich ausgleichen. Aber es bleiben immer noch zahlreiche Betriebe, die mit dem aus der Umschlagszahl ermittelten Gesamtplanbestand nicht auskommen, denn schließlich wurde ja die Umschlagszahl aus der bisherigen teilweise mangelhaften Planung ermittelt. Hier liegt ein großes Arbeitsfeld für die Vereinigungen, deren Aufgabe es sein müßte, nun Betrieb für Betrieb die betriebsnotwendige Umschlagszahl zu ermitteln und festzulegen.

Hilfe ist möglich!

Zu der Frage der Formular-Invasion erhalten wir folgenden beherzigenswerten Beitrag:

Da ich selbst in der Verwaltung tätig war, weiß ich, daß es ohne weiteres möglich ist, einzelne Erhebungen zu unterlassen, da der jeweils erforderliche Punkt, auch aus bestehenden Meldeverpflichtungen von den Betrieben entnommen werden kann. Ich mache deshalb den Vorschlag, daß zu den von dem Kollegen Scholze aufgeführten fünf Punkten, noch ein weiterer hinzugefügt wird. Durch diesen sollen die Dienststellen und Abteilungsleiter verpflichtet werden, bereits laufend durchgeführte Erhebungen dahingehend zu überprüfen, ob dieses Zahlenmaterial oder diese Angaben nicht aus anderen Meldungen entnommen werden kann. Es wird sich erforderlich machen, daß in Berlin eine zentrale Stelle geschaffen wird, die sich mit dem Statistischen Zentralamt in Verbindung setzt, um eine Koordinierung des Meldewesens und um wirklich eine Reform auf diesem Gebiet vornehmen zu können.

Auch ich würde mich freuen, wenn der Artikel des VK Scholze, den maßgebenden Stellen Veranlassung geben würde, sich hier unversüßlich und tatkräftig einzuschalten.

VK David, Freital-Ostritzer Lederfabriken, Werk Ostritz

Zu den Fußnoten des Richtsatzplanes „Umlaufmittelfonds 1950/1951“ würde ein Texthinweis, in welcher Anlage die hier einzutragenden Zahlen wiederkehren, häufige Fehler vermeiden lassen.

Im Text zur Seite 2 des Richtsatzplanes waren für viele Planer die Begriffe „Anlage 2 zum Kontrollbericht“ und „Grundmittelfonds“ neu. Erläuternde Texterweiterung würde hier manchen Fehler ausschalten.

Anlageplan

Die Zeile 7 dieses Planes lautet „Werkzeuge und Betriebsmaterial“. Diese Bezeichnung führte zu Zweifeln. Nach unseren bisherigen Begriffsbestimmungen kennen wir in der Anlagensphäre den Begriff „Material“ nicht. Sollte es hier richtig heißen „Werkzeuge und Betriebsausstattung“? So hat unsere Vereinigung

⁵⁾ DFW 1950, II, Halbb., Heft 18, S. 243, F. Tomuscheit „Warum noch Überplanbestände“.

entschieden, aber diese Aufteilung deckt sich wieder nicht mit dem Kontenplan. Für das nächste Formular sollte hier eine Klarstellung erfolgen.

Schluß

Soweit aus den Erfahrungen unserer Planaufstellung. Die Sachbearbeiter für die Pläne werden mir zu vielen Punkten sagen: das steht ja alles in den Richtlinien! Aber wenn sie die vielen Fehler gesehen hätten, die

schon bei der Planabgabe nach erster Überprüfung zu berichtigen waren, würden sie mir vielleicht recht geben, wenn ich aufzeigte, daß sich in der Formulargestaltung noch so mancher erläuternde Hinweis unterbringen läßt. Für die Ausarbeiter eine einmalige Arbeit. Der Erfolg: sehr viele Fehler würden von Anfang an schon ausgeschaltet werden.

Vorräte, Inventuren, Bewertung!

Die Aufhebung von aus der kapitalistischen Wirtschaft herrührenden betriebswirtschaftlichen (sprich: profitwirtschaftlichen) Bewertungs-, Abwertungs-, Auf- und Verwertungsvorschriften und -bestimmungen und deren Beseitigung aus den Köpfen so mancher in der volkseigenen Wirtschaft beschäftigten alten erfahrenen Betriebswirtschaftler ist ein Übergangsprozeß, der der Besitzergreifung der Betriebe geflohener Konzernherren, bestrafter und noch nicht bestrafter Kriegsverbrecher durch die Werktätigen folgt. Immer, wenn am Jahresende in den Magazinen der Betriebe Inventuren gemacht wurden, so wurde an einzelne „berufene Kaufleute“ die Frage der „Bewertung“ der Vorräte herangetragen. Immer, wenn durch irgendwelche Ereignisse Schaden an Vorräten entstand, haben sich die Finanzsachverständigen mit der Abwertung und Neubewertung beschäftigen müssen.

Es ist notwendig, sich darüber klarzuwerden, ob heute in unseren volkseigenen Betrieben die gleichen Voraussetzungen für Inventuren der Vorräte und deren Bewertung gegeben sind.

Was sind Vorräte?

Gibt es in unseren volkseigenen Betrieben überhaupt noch Vorräte, wie sie in den privatkapitalistischen Betrieben vorhanden sind? Grundsätzlich muß darauf geantwortet werden, daß es in den VEB keine Vorräte mehr im Sinne von Vorratslagern und Reserven geben kann. Der grundlegende Unterschied ist der, daß unser volkseigener Betrieb nicht mehr die Aufgabe hat, für sich Reserven anzulegen, um „für alle Fälle gesichert“ zu sein, sondern daß er im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes seinen Plan zu erfüllen hat. Und zur Erfüllung, d. h. zur reibungslosen Durchführung seiner ihm gestellten Aufgaben werden ihm die notwendigen Mittel durch den Staat zur Verfügung gestellt. Diese Mittel, seine Bestände an Rohstoffen, Materialien, Geld usw., werden durch den Plan — Richtsatzplan — bestimmt. Diese Bestände kann man nicht mehr unbedingt als „Vorräte“ bezeichnen. Wir nennen sie „Planbestand“. Jedes Bestreben eines volkseigenen Betriebes, Vorräte zu bilden, ist ein Zeichen des Nichtverstehens oder Nichtverstehenwollens unserer neuen Wirtschaft und unserer Wirtschaftspläne, zugleich ein absoluter Verstoß gegen diese Pläne. Denn alle Bestände, die über den Plan hinaus vorhanden sind, sind „Überplanbestände“, die etwas Planwidriges darstellen. Sie bewirken in der gesamten Wirtschaft eine Unterbrechung und Stockung des vorgesehenen unaufhörlichen Ablaufes der Produktion und Konsumtion.

Die Überwindung des aus der privatkapitalistischen Wirtschaft herrührenden Betriebsegoismus kommt darin zum Ausdruck, daß der volkseigene Betrieb nicht mehr Bestände an Rohstoffen, Materialien usw. besitzt, als im Plan vorgesehen.

In der privatkapitalistischen Wirtschaft häuft der Unternehmer die Vorräte zu Reichtümern an, benutzt sie für Spekulationen, indem er sie bei günstiger Marktlage billig einkauft, sie hortet, um sie dann zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt teurer abzusetzen. So wie er Rohstoffe aus Gründen des Konkurrenzkampfes hortet, so ist er gezwungen, sich gegen alle Eventualitäten zu sichern, um selbst konkurrenzfähig und damit am Leben zu bleiben (Schaffung stiller Reserven). Für die volkseigenen Betriebe schaltet jedes dieser Momente aus; denn es ist Aufgabe des Staates, Reserven zur reibungslosen und störungsfreien Durchführung des Planes zu schaffen.

Die Bildung von Reserven wird ebenfalls nach einem Plan vorgenommen. Es heißt im Gesetz des Fünfjahresplanes unter Ziffer 5 des Abschnittes XI: „Die Materialversorgung der Volkswirtschaft“: „Um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden, sind durch den Volkswirtschaftsplan Materialvorräte und die notwendigen staatlichen Reserven an Rohstoffen und Materialien bereitzustellen.“ Und in bezug auf die Finanzen heißt es unter Ziffer 4 des Abschnittes XII: „Eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist die Schaffung staatlicher Finanzreserven auf der Basis der Erfüllung des Haushaltsplanes mit Einnahmeüberschüssen.“

Dadurch, daß der einzelne volkseigene Betrieb durch die vom Staat vorgenommene planmäßige Reservebildung der Sorge der Vorratsbildung notwendigerweise enthoben ist, muß er es als seine Pflicht ansehen, noch in Magazinen usw. etwa vorhandene Reserven für die Gesamtvolkswirtschaft frei zu machen.

Was sind Inventuren?

Eine Inventur bedeutet, zu bestimmten Zeitpunkten festzustellen, welche Mengen an Rohstoffen, Materialien usw. im Betriebe und in anderen zum Betriebe gehörenden Lagerstätten vorhanden sind. Solche körperlichen Inventuren wurden den „geschäftlichen Gepflogenheiten“ entsprechend jährlich einmal oder auch nur alle zwei Jahre durchgeführt. In den kapitalistischen Betrieben wurde die Inventur am Ende eines Jahres nicht etwa durchgeführt, um festzustellen, wieviel Rohstoffe usw. für die Produktion vorhanden sind. Die Inventur diente dazu, um die Bilanz des vorhandenen Geldes aufzustellen, um den Reichtum in Erscheinung oder nicht in Erscheinung treten zu lassen; denn die Bilanzen waren ja nicht die Wiedergabe der Wirklichkeit.

Da wir oben feststellten, daß in unseren volkseigenen Betrieben „Vorräte“ nicht mehr vorhanden sind, ändert sich für uns auch der Sinn der Inventuren. Wir können es uns nicht mehr gestatten, nur einmal im Jahr

„Zeitgemäße“ Westversicherung

Es wäre falsch, zu behaupten, daß die westdeutschen Versicherungsgesellschaften etwa in jeder Hinsicht rückständig seien. Das stimmt nicht. Sie sind mitunter sogar außerordentlich bemüht, den „Erfordernissen der Zeit“ Rechnung zu tragen. Allerdings auf ihre Weise. So finden wir z. B. in der westdeutschen Zeitschrift „Der praktische Betriebswirt“ ein Inserat, in dem Transportversicherungen aller Art angeboten werden, als Spezialität und sozusagen als Leckerbissen aber

„Beschlagnahme - Versicherungen aller Art, insbesondere für Schrott- und Buntmetalltransporte zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet“.

Die biedereren Herren wollen also den Buntmetalldieben bei ihrem sauberen Werk behilflich sein! Wir ersehen daraus zweierlei: erstens bestätigt sich hier in besonders krasser Weise, wie der ausschließliche Zweck dieser Gesellschaften das Profitstreben ist. Versicherung gegen den Diebstahl oder Versicherung des Diebstahls selbst — das ist gleich, Hauptsache, es springt dabei möglichst viel heraus. Zweitens offenbart sich hier, wem diese Gesellschaften dienen. Nicht den arbeitenden deutschen Menschen, nicht dem Aufbau unseres Vaterlandes, sondern nur ihren schmutzigen Geschäften und jenen Parasiten und Verbrechern, die ihren Weizen nur im Chaos und Krieg blühen sehen. Ihnen mit allen Kräften das Handwerk zu legen, dazu soll uns dieses Inserat eine Mahnung sein.

eine einzige Kontrolle über die in unseren Betrieben vorhandenen Bestände durchzuführen. Unser Ziel, welches durch die Systematik des Richtsatzplanes gegeben ist, muß sein, die laufende und tägliche Kontrolle unserer Bestände an Rohstoffen, Materialien usw. durchzuführen, um täglich feststellen zu können, ob tatsächlich die im Richtsatzplan festgelegten Bestände vorhanden sind, und ob diese Bestände tatsächlich in der vorhandenen Höhe zur reibungslosen Durchführung der Produktion benötigt werden. Diese Feststellungen aber kann nicht der Hauptbuchhalter von seinem Schreibtisch aus treffen, können auch nicht die Kollegen des Einkaufs von ihren Schreibtischen treffen; sondern hier haben die Kollegen der Produktion unmittelbar ihre Erfahrungen anzubringen. Die Produktion bestimmt die zur Durchführung des Planes notwendigen Mengen an Rohstoffen und Materialien, während die Kollegen, die für die Beschaffung verantwortlich sind, ihrerseits die Beschaffungstermine in die Berechnung der Lagerhaltung einzusetzen haben. Alle Verbesserungen in der Heranschaffung der zur Produktion benötigten Materialien müssen sich unmittelbar in einer Herabsetzung der Lagerdauer, also in der Kürzung der Richttage auswirken. Daß die Gesamtbelegschaft aber die Einsparung von Richttagen selbst vornimmt, um der gesamten Volkswirtschaft Millionenbeträge sparen zu können, setzt voraus, daß vor allem durch den Hauptbuchhalter den Kollegen der Produktion, des Lagers und des Einkaufs die Aufklärung über die Bedeutung des Richtsatzplanes gegeben wird. Die Belegschaft muß wissen, daß sie für Einsparung von Richttagen über den Plan hinaus erhebliche Beträge für den Direktorfonds zugewiesen erhalten kann. Daher muß also die einmalige Inventur der Magazine der Vergangenheit angehören, während wir nunmehr täglich unsere Planbestände überprüfen.

Daß aber besondere Bestandaufnahmen oder Inventuren notwendig sind, wenn z. B. Betriebe aus dem Kreis privatkapitalistischer Betriebe in den Kreis der volkseigenen Wirtschaft übergehen, bedarf keiner weiteren Erläuterung, weil bei der Übernahme immer festgestellt werden muß, was übernommen wird. Daher wurde in der volkseigenen Wirtschaft vor allem am 1. Juli 1948 die große Übernahmeinventur durchgeführt.

Wie wird nun die Bewertung vorgenommen?

Wenn in der Vergangenheit auch in unseren volkseigenen Betrieben die Rohstoff-, Material-, Waren- und sonstigen Bestände aus der damals gegebenen Situation heraus mit unterschiedlichen Werten bewertet wurden, so ergibt sich heute die Notwendigkeit, alle Bestände gleicher Art und Qualität mit einheitlichen Werten zu bemessen. Es kann im Gegensatz zu den Privatbetrieben nicht mehr einem einzelnen volkseigenen Betrieb selbst überlassen bleiben, die Bewertung der Bestände nach individuellen Gesichtspunkten vorzunehmen. Der Wert ist eine gesellschaftliche Größe, die durch den Staat für jedes einzelne Produkt usw. sichtbar im Preis bestimmt wird. Verschiedenen Betriebswirtschaftlern der alten Zeit leuchtet das noch nicht ganz ein. Wenn sie aber die für unsere volkseigenen Betriebe fundamentale Wissenschaft — den Marxismus-Leninismus und die Werke Stalins — studieren, wird es ihnen klarer werden, daß ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen dem Privateigentum eines Unternehmers und dem dem ganzen Volke gehörenden Vermögen. Daher kann es z. B. auch nicht einem einzelnen Betrieb überlassen sein, bei Schadensfällen eine Abwertung seiner ihm vom Staat anvertrauten Bestände vorzunehmen. Eine Abwertung oder Wertveränderung ist nur möglich, wenn tatsächlich die durch den Schaden entstandene Wertminderung sichtbar wird. Und sichtbar wird sie in dem Augenblick erst, wo für die unbrauchbar gewordenen Rohstoffe usw. andere beschafft werden, oder wenn es sich bei der Verarbeitung im Produktionsprozeß herausstellt, daß tatsächlich planmäßig nicht vorgesehene Aufwendungen notwendig sind, um den Schaden auszubessern.

Man muß einmal an Hand eines Beispiels zeigen, wie der Kapitalist gerade hier Extraprofite herauszuschlug, um klarzustellen, daß es in unseren volkseigenen Betrieben anders gemacht werden muß.

Beispiel: Bei einem Unwetter wird das Dach des Magazins beschädigt, wobei eine größere Menge Schrauben durch Wassereinwirkung verrostet. Die bisher, sagen wir, mit 1000,— DM bewerteten Schrauben werden durch die Beschädigung mit einem neuen Wert von 600,— DM bewertet, d. h. der Bestand an Schrauben wird um 400,— DM abgewertet — wie es gerade beliebt. Diese 400,— DM werden als Verlust gebucht, die Schrauben werden weiterhin auf Lager gehalten. Der Verlust geht in die Kosten des Betriebes und damit in den Preis für das Produkt ein. Der Unternehmer erhält seinen Verlust vergütet.

Bei der weiteren Produktion werden aber diese Schrauben genau so verwandt, als ob sie niemals Schaden erlitten hätten. Sie werden in der Kalkulation des Preises mit dem Wert von 1000,— DM eingesetzt oder sogar noch mit einem höheren Marktwert, irgendwelche Aufwendungen, für die Entrostung beispielsweise, werden ebenfalls als Betriebskosten und damit im Preis verrechnet. Durch den Verkauf des Produktes erhält der Kapitalist den früheren vollen Wert der Schrauben und auch die anderen aufgewendeten Kosten in Geld zurück. Von der erfolgten „Abwertung“ hat aber der Magazinverwalter natürlich nichts erfahren, da ja die „Abwertung“ durch die Finanzsachverständigen in der Finanzbuchhaltung vorgenommen wurde. Über die Werte der von ihm selbst verwalteten

Materialien usw. hatte der Materialverwalter generell keine Kenntnis. Er wußte ebensowenig, mit welchen Werten die von ihm festgestellten Inventurbestände eingesetzt wurden.

Es gibt sogar noch bei uns in unseren volkseigenen Betrieben Verwaltungsfunktionäre, die auf dem Standpunkt stehen, der Wert gehe die Arbeiter nichts an, als wenn nicht der Arbeiter zugleich Miteigentümer des Betriebes wäre. Wenn zwar auch jedes Belegschaftsmitglied den Wert der Materialien kennen soll, so wäre es aber falsch, den Betrieben selbst die Bewertung zu überlassen, und falsch, Bestände an Rohstoffen und Materialien usw. abzuwerten, bevor ihre Unbrauchbarkeit nicht durch ihre Realisierung offenkundig geworden ist.

In unseren volkseigenen Betrieben würde die „Abwertung“ der Schrauben wie folgt vorgenommen werden.

Stellt sich heraus, daß die Schrauben, die mit 1000,— DM als Umlaufmittelpfand nachgewiesen werden, nicht mehr für die Produktion brauchbar sind, so sind sie an die Staatliche Handelszentrale „Innere Reserven“ abzugeben. Dafür müssen dem Betriebe aus der staatlichen Material- und auch Finanzreserve die gleiche Anzahl Schrauben — somit auch der gleiche Wert — zur Verfügung gestellt werden, damit dieser seinen Produktionsplan erfüllen kann. Der wirklich entstandene Verlust wird also nicht in der Buchhaltung dieses Betriebes ausgewiesen. Verwendet der Betrieb aber die Schrauben für die Produktion, ohne den Schaden an den Schrauben beseitigt zu haben, so erfüllt er seinen Produktionsplan in der Qualität nicht. Der Schaden wurde von diesem Betrieb verdeckt und muß von demjenigen als Verlust getragen werden, der das Produkt entweder zur Weiterverarbeitung oder zum Weiterverbrauch erhält, da hier der Schaden

offensichtlich wird. Diese Methode ist Sabotage. Wenn aber der Betrieb die Schrauben durch eine besondere Aufarbeitung wieder produktionsverwendungsfähig macht, so müßten die Aufwendungen, da sie außerhalb des Planes gemacht werden, auch als außerplanmäßig erscheinen, somit den Gewinn des Betriebes schmälern und demnach als volkswirtschaftlicher Verlust angesehen werden. In der Praxis wird es heute zum großen Teil noch so sein, daß solche Aufwendungen in den vorgesehenen Gemeinkosten verschwinden.

Aus diesem Beispiel ist klar zu erkennen, daß alle außerplanmäßigen Ereignisse und Produktionsabläufe, weil sie außerhalb des Planes des Betriebes liegen, auch nicht vom Betrieb bewertet werden können. Durch den Plan sind alle Finanzen für den Betrieb festgelegt und können nur durch eine Änderung des Planes geändert werden.

Hiermit ist hinreichend gesagt, daß Abwertungen — und dasselbe trifft für alle anderen Begriffe von Wertungen zu — nicht mehr Angelegenheit des einzelnen volkseigenen Betriebes sein können.

Dadurch werden Zufälligkeiten ausgeschaltet und die planmäßige Erfüllung unserer Pläne garantiert.

In unseren volkseigenen Betrieben kann nicht mehr mit den Vorstellungen und Methoden der Betriebswirtschaftler alter Zeit gearbeitet werden. Unsere volkseigenen Betriebe sind die Fundamente unserer Volkswirtschaft, und daher muß in den volkseigenen Betrieben nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werden.

G. W.

Zurechnung von Gemeinkostenzuschlägen für Investitionen und Generalreparaturen

Von Wilhelm Hildebrandt, Magdeburg

Der Verfasser dieses Artikels ist in einem großen Energie- und Versorgungsbetrieb der volkseigenen Wirtschaft tätig. Seine Beispiele sind daher diesem Wirtschaftszweig überwiegend entnommen. Sie treffen nicht für jeden Betrieb zu, doch sind die daraus gezogenen Schlussfolgerungen allgemeingültig. (D. Red.)

Der Aufbau von Neuanlagen sowie die Durchführung der Generalreparaturen im Rahmen der Investitionsauflage und des Generalreparaturplanes bedingen, daß alle entstehenden und zuzurechnenden Kosten auf die Plansummen anzurechnen sind und ihre Bezahlung durch die Deutsche Investitionsbank erfolgen muß. Unter diese anzurechnenden Kosten fällt ohne Zweifel auch ein angemessener Gemeinkostenzuschlag.

Die volkseigenen Betriebe bedienen sich zur Ermittlung ihrer Gemeinkostenzuschläge größtenteils der Zuschlagskalkulation. Hierbei wäre zu untersuchen, inwieweit diese aus der kapitalistischen Ära übernommene Zuschlagskalkulation überhaupt für unser neuzeitliches Rechnungswesen noch brauchbar ist. Alle anfallenden Kosten sollen im Zeitraum, in dem sie entstehen, der Kosten verursachenden Stelle belastet oder zugerechnet werden. Ungedekte Kosten sollten überhaupt nicht vorhanden sein. Bei einer Kostenunterdeckung würde hierin ein bestimmter Anteil liegen, welcher auf Investitionen und Generalreparaturen entfällt. Bei einer Buchung zu Lasten des Betriebsergebnisses würde der an den Haushalt abzuführende Gewinn um diesen Anteil geschmälert werden. Wird nun die Plansumme für Investitionen und

Generalreparaturen voll in Anspruch genommen, läge eine versteckte Planüberschreitung vor. Bei Kostenüberdeckung zeigt sich ein unrealisierbarer Gewinn, ein Scheingewinn, in dem Anteile enthalten sind, die aus Kapitalzuschüssen der Deutschen Investitionsbank stammen.

Ein weiterer Teil unserer volkseigenen Betriebe benutzt eine mehr oder weniger gut ausgebaute Divisionskalkulation. Zum Teil ist für sie eine verfeinerte Betriebsabrechnung mit der Erstellung eines Betriebsabrechnungsbogens und der Aufstellung von Kostenträgerrechnungen überhaupt Neuland. Da man jetzt vor die Frage gestellt wird, Gemeinkostenzuschläge mit der Deutschen Investitionsbank zu verrechnen, setzt man sogenannte Erfahrungssätze ein. Werden diese „Erfahrungssätze“ einmal kritisch betrachtet, ist festzustellen, daß auf diesem Gebiet gar keine Erfahrung vorhanden ist. Vergleichen wir einmal ein KWU Wasserversorgung mit weitverzweigtem Rohrnetz und einen Energieverteilerbetrieb mit seinen Überlandnetzen, welche Investitionen und Generalreparaturen in eigener Regie ausführen. Hiervon verrechnet der erstere 20%, der zweite 47% Gemeinkostenzuschlag mit der Deutschen Investitionsbank. Da beide Betriebe ähnlich gelagert sind, ist hier der Unterschied in den verrech-

Zum Fünfjahrplan

Ich begrüße in dem Fünfjahrplan einen Wirtschaftsplan, wie ihn das deutsche Volk noch nicht gekannt hat und der ihm ein Leben in Wohlstand sichern wird. Das ist ein Plan, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, d. h. er verlangt von unseren Menschen ihre Mithilfe nach allen ihren Fähigkeiten. Auf der anderen Seite kommen die volkswirtschaftlichen und materiellen Erfolge allen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik zugute.

Wenn wir Werktätigen es verstehen, durch die Förderung der Aktivistenbewegung und die Bildung von Brigaden die Arbeitsmethoden zu verbessern und damit die Arbeitsproduktivität zu heben, werden wir nicht nur den Plan, unseren Plan erfüllen, sondern wir werden ihn mit Sicherheit vorzeitig erfüllen und damit die Lebenslage unserer Bevölkerung schneller verbessern können.

Zu der Verbesserung der Arbeitsmethoden aber müssen wir immer wieder lernen von unserem großen Vorbild, der sozialistischen Sowjetunion. Wenn wir die Arbeitsmethoden der Sowjetmenschen studieren, erkennen wir, daß wir uns erst am Anfang unseres Weges nach oben befinden.

Herbert Krumbiegel
Stadtverwaltung Dresden

neten Gemeinkostenzuschlägen auffallend, was auf Schätzungsfehler zurückzuführen sein dürfte. Auch ein Gemeinkostenzuschlag von 47% ist keinesfalls ausreichend, die Gemeinkosten abzudecken.

Im Gemeinkostenzuschlag ist ein Materialzuschlag, ein Fertigungszuschlag und ein Verwaltungszuschlag enthalten. Der Materialzuschlag soll die anteiligen Kosten der Lagerhaltung, der Anfuhrkosten des eigenen Fuhrparks sowie des Werkseisenbahnbetriebes abdecken. Im Fertigungszuschlag ist unter Umständen ein nicht unerheblicher Anteil der Gemeinkosten der eigenen Reparaturwerkstätten enthalten. Im Verwaltungszuschlag liegen anteilige Gehälter der Planungsabteilung, der Betriebsaufsicht und des Obligobuchhalters. Hinzu kommen allein 11,2% für gesetzliche soziale Kosten. Von Erfahrungssätzen könnten wir also nur ausgehen, wenn tatsächlich im Betriebsabrechnungsbogen ermittelte Gemeinkostenzuschläge für mehrere Abrechnungszeiträume vorliegen.

Weiterhin werden Ansichten über die Höhe eines Gemeinkostenzuschlages vertreten, die keinesfalls den Ausbau unserer Wirtschaft und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 im Auge haben, sondern die betriebsegoistisch nur den Nutzen für ihren Betrieb sehen. Einige Betriebe waren im Jahre 1949 nicht in der Lage, die ihnen genehmigten Plansummen aus dem Generalreparaturplan 1949 voll in Anspruch zu nehmen. Sie waren jetzt an einem möglichst hohen Gemeinkostenzuschlag interessiert, um die Plansummen verbrauchen zu können. Im Jahre 1950 liegt der Fall häufig gerade umgekehrt. Die Betriebe reichen mit der Plansumme für Generalreparaturen nicht aus und wollen nun den Gemeinkostenzuschlag so weit wie möglich herunterdrücken. Die Betriebsabrechnung und Kalkulation ermittelt laufend einen ungefähren Gemeinkostenzuschlag von 200%. Der Betrieb hält jetzt diesen

Zuschlag für überhöht, da man höchstens 80% verrechnen könne, um im Rahmen der Plansumme alle geplanten Arbeiten restlos durchführen zu können. Diese Ansichten haben mit Klarheit und Wahrheit im Rechnungswesen nichts mehr zu tun. Wenn nun die Meinung vertreten wird, daß im errechneten Gemeinkostenzuschlag auch fixe Kostenteile enthalten sind aus Gehältern der Verwaltung, die auch in späteren Zeiträumen anfallen würden, wenn keine Investitionen durchzuführen sind, so ist das ein Irrtum.

Wenn heute ein Verwaltungsapparat durch den zusätzlichen Arbeitsanfall, den die Investitionen und Generalreparaturen verursachen, voll ausgelastet ist, wird er zu einer späteren Zeit, wenn die Investitionen beendet sind und nur noch die Verwaltungsarbeit für die Durchführung des Produktionsprogrammes zu leisten ist, mit Personal überbesetzt sein. Der Betrieb brauchte keinen Obligobuchhalter mehr und könnte die Planungsabteilung weitgehend einschränken. Also alle Kosten, die heute im Gemeinkostenzuschlag für die Investitionen und Generalreparaturen enthalten sind, müßten eingespart werden und die frei werdenden Verwaltungskräfte der Volkswirtschaft wieder zu anderweitiger Verwendung zur Verfügung gestellt werden.

Einige VVB werden die Feststellung gemacht haben, daß die Gemeinkostenzuschläge ihrer Betriebe in ihrer Höhe derart unterschiedlich sind, daß ein fester gemeinsamer Erfahrungssatz für alle ihre Betriebe nicht festgelegt werden kann. Die Unterschiede dürften, wie schon dargelegt, nicht allein in der Verschiedenheit der Betriebsstrukturen zu suchen sein. Es könnte der Gedanke auftauchen, daß eine VVB einen festen Gemeinkostenzuschlag festlegt und zur Genehmigung einreicht. Sie ordnet jetzt für alle ihr angeschlossenen VEB an, diesen festen Gemeinkostenzuschlag mit der Deutschen Investitionsbank zu verrechnen. Die Auswirkung von Kostenunterdeckung oder Kostenüberdeckung auf die Plansummen und auf das Betriebsergebnis wurde eingangs bereits beschrieben. Die Verrechnung eines angeordneten festen Gemeinkostenzuschlages über einen Abrechnungszeitraum der Betriebsabrechnung hinaus muß zu Kostenunterdeckung oder Kostenüberdeckung führen.

Zur genauen Ermittlung der Betriebskosten und des Gemeinkostenzuschlages für den Anlagenbau ist die Erstellung einer mehrstufigen Gemischtkalkulation erforderlich, einer Divisionskalkulation für die Betriebskosten mit anhängenden Spalten für den Anlagenbau, welche die Gemeinkosten zuschlagsweise verrechnen. Im Betriebsabrechnungsbogen zeigt die Spalte Anlagenbau drei Kostengruppen:

1. Gemeinkosten der Klasse 4,
2. Verschlüsselte Kosten aus den Allgemeinen Kostenstellen,
3. Fertigungskosten der Klasse 4.

Die Zuteilung der Kosten der Klasse 4 auf die Spalte Anlagenbau macht keine Schwierigkeiten, da auf Grund einer genauen Kontierung der Einzelbelege die Belastung des Anlagenbaues ohne weiteres erfolgen kann. Die Umlegung der Schlüsselkosten aus den allgemeinen Kostenstellen darf keinesfalls summarisch

erfolgen, da nicht alle allgemeinen Kostenstellen an den Anlagenbau Kostenanteile abzugeben haben.

Als Umlegungsschlüssel sind zu verwenden für die Anteile der Betriebskosten und die Anteile des Anlagenbaues:

1. Kostenstelle Materialwesen, nach Lagermaterial für die Erstellung der Betriebsleistung und der laufenden Instandhaltung zu Lasten der Betriebskosten, nach Fertigungsmaterial für Investitionen für den Anlagenbau.
2. Allgemeine Kostenstellen: Werkseigene Bahnanlagen nach beförderten Tonnen, Eingang Rohmaterial auf Betriebskosten, Ausgang Erzeugnisse auf Vertriebskosten, Eingang Fertigungsmaterial für Investitionen auf Anlagenbau.
3. Allgemeine Kostenstelle Fuhrpark, nach gefahrenen Kilometern auf Betriebskosten und auf Anlagenbau, je nach Zweck der Fahrt.
4. Allgemeine Kostenstelle Werkstätten, nach Gemeinkostenlöhnen auf Betriebskosten, nach Fertigungslohn für Investitionen auf Anlagenbau.
5. Kostenstelle Verwaltung, nach Köpfen des technischen und kaufmännischen Personals, anteilig ihrer Tätigkeit auf Betriebskosten und Anlagenbau.

Durch Gegenüberstellung der Gemeinkosten zu den Fertigungslöhnen der Spalte Anlagenbau wird monatlich im Betriebsabrechnungsbogen der Gemeinkostenzuschlag ermittelt. Dieser ist bei allen Abrechnungen für eigene Leistungen auf Investitionen und Generalreparaturen des laufenden Monats mit der Deutschen Investitionsbank zuzuschlagen. Die Höhe des Gemeinkostenzuschlages wird beeinflusst durch den Anteil, welchen die eigenen Leistungen an Investitionen und Generalreparaturen ausmachen. Da der Gemeinkosten-

zuschlag auf die Fertigungslöhne bezogen wird, entstehen Schwankungen in seiner Höhe durch unterschiedlichen Verbrauch von eigenem Material für Investitionen, da dieses als Schlüsselbasis benutzt wird. Der Zuschlag wird um so höher sein, je größer der Anteil des eigenen Materials ist. Auch bei gleichbleibendem Anteil werden die ermittelten Gemeinkostenzuschläge leichte Schwankungen aufweisen. Bei starken Abweichungen liegen Abrechnungsfehler vor. Werden die Investitionen und Generalreparaturen ausschließlich in fremder Regie ausgeführt, könnte nur ein Verwaltungszuschlag verrechnet werden, der aus der Kostenstelle Verwaltung nach vorstehender Schlüsselgrundlage ermittelt werden müßte. Der steigende Gemeinkostenzuschlag durch Erhöhung des eigenen Materials muß bereits bei der Planerstellung und der Ausarbeitung der Kostenstruktur berücksichtigt werden.

Es wird die Aufgabe geschulter Betriebsprüferbrigaden sein, die Überprüfung der Betriebsabrechnungen vorzunehmen und die Richtigkeit der mit der Deutschen Investitionsbank verrechneten Gemeinkostenzuschläge festzustellen, damit Verrechnungsfehler, die die Betriebskosten beeinflussen, ausgeschaltet werden.

Berichtigung

In dem Aufsatz „Die Abrechnung der Investitionen und Generalreparaturen 1950“ in der DFW Nr. 23/24 muß auf Seite 536, rechte Spalte, der vorletzte Absatz:

„Die aus den Sonderkonten nach dem 15. Februar 1951 an die Deutsche Investitionsbank überwiesenen Beträge werden vorzugsweise zur Finanzierung der vor genannten vier Gruppen in der Nachplanung für 1951 verwendet“

gestrichen werden.

Die Handwerker warten!

Die „National-Zeitung“, das Blatt der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 28. Dezember 1950 folgende Leserzuschrift:

Durch das Gesetz über die Steuer des Handwerks vom 6. September 1950 kündigte uns die Regierung die neue Form der Besteuerung für das Handwerk an. Es hat wohl keinen Handwerker gegeben, der nicht über die vorgesehene Vereinfachung eben-

so wie ich befriedigt war. Alle Handwerker warteten darum auf die angekündigten Steuersätze.

Wir warteten für das Jahr 1950 vergebens; denn die Volkskammer tritt erst wieder im Januar 1951 zusammen.

Es ergibt sich hier die Frage, ob das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik die Steuertabellen im Interesse der Hunderttausende von wartenden Handwerkern nicht hätte wenigstens zur letzten Volkskammersit-

zung in diesem Jahre fertigstellen können. Zugegeben, daß die Ausarbeitung der Steuertabellen für jede Berufsgruppe eine schwierige Arbeit ist. Doch wieviel Fälle von schwieriger Arbeit gibt es heute in unserer Republik, die im Interesse unseres Aufbaues von Arbeitern, Angestellten und Handwerkern unter Einsatz aller ihrer Kräfte zur rechten Zeit fertiggestellt werden.

Wir Handwerker aber müssen auf die Bekanntgabe der für uns sehr wichtigen Steuertabellen warten, die für eine planvolle Wirtschaftsführung unbedingt notwendig sind.

F. N., Wernigerode

Plan zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit für die Verwaltungen der volkseigenen Industrie

Von Betriebswirt Herbert Grumbach

Auch die Industriekaufleute wollen an der Spitze stehen
und somit dem Frieden dienen

Angeregt durch den Nationalpreisträger Kurt Opitz von den Halleschen Pumpenwerken (EKM), der den ersten Aktivistenplan geschaffen hat, wurde der volkseigenen Industrie folgende Aufgabe gestellt:

„Im Rahmen eines Planes der Verwaltung, der ein Bestandteil eines jeden Aktivistenplanes sein muß, das Rechnungswesen zu reorganisieren. D. h. den BAB (Betriebsabrechnungsbogen) und die Produktionsabrechnung (Kostenträgerrechnung) innerhalb von zwölf Arbeitstagen nach Monatsschluß zu erstellen, mit dem Ziel der Einführung für das Jahr 1951.“

Diese Maßnahme ist notwendig, um die erzielten Ergebnisse schneller als bisher feststellen und auswerten zu können.

Wir Mitarbeiter am Rechnungswesen des **EKM Mitteldeutschen Feuerungsbaues, Holzhausen/Sa.**, begrüßten diese Maßnahme, hielten es aber für unbedingt erforderlich, schneller zu handeln. Deshalb schlossen wir uns am 1. November 1950 zu einer Arbeitsbrigade zusammen, deren Leitung unser Hauptbuchhalter übernahm, und erfüllten unseren Plan bereits am 14. November 1950, dem zwölften Arbeitstag nach Monatsschluß, um 13 Uhr, mit dem fertiggestellten Monatsabschluß Oktober.

Wir haben somit unser Ziel erreicht, und zwar vorfristig — ein Vierteljahr früher. Das hatte den Vorteil, daß bereits am 13. Arbeitstag nach Monatsschluß die Ergebnisse für die Planbrigade zur Einsicht fertig vorlagen. Am 16. November 1950 konnten daher mit der Planbrigade alle Kostennachweise, d. h. der gesamte BAB und die Kostenträgerrechnung durchgesprochen und beleuchtet, und wertvolle Schlüsse für den kommenden Monat gezogen werden.

Durch diese Beleuchtung der einzelnen Kostenstellen erhalten nunmehr auch unsere Kollegen im technischen Betrieb Anregungen zu Kostensenkungen.

Da wir nun ein Vierteljahr früher zu diesen Durcharbeitungen kommen, können von der Betriebsabrechnung bereits für 1951 unter Berücksichtigung des Produktionsplanes klare Kostenpläne den einzelnen Kostenstellen vorgegeben werden.

Auch soll mit dem Vierteljahr Vorlauf erreicht werden, daß überplanmäßige Kostensenkungen eintreten, die 1950 noch für die Verbesserung der materiellen, kulturellen und sozialen Verhältnisse unserer Belegschaft zur Verfügung stehen. Denn nach den gegebenen Bestimmungen stehen 30% der überplanmäßigen Kostensenkungen dem Direktorfonds zur Verfügung.

Da die Bilanz und die Ergebnisrechnung organisch mit dem BAB und der Produktionsabrechnung zusammenhängen, haben wir den Plan erweitert und als Novum auch die Bilanz mit Ergebnisrechnung einschl. aller Erläuterungen zum 31. Oktober 1950 ebenfalls am 14. November 1950, 13 Uhr, erstellt.

Diese erste Erfüllung war nur möglich durch den unermüdbaren Einsatz aller. Ferner kam es uns zugute,

daß bereits im Jahre 1950 durch systematische Kleinarbeit die Organisation des Rechnungswesens auf den Stand gebracht wurde — schon im Hinblick auf den Fünfjahrplan —, der die Einhaltung des Termins ermöglichte. Auch haben es die Leiter der einzelnen Abteilungen des Rechnungswesens verstanden, in denkbar kurzer Zeit ihre Mitarbeiter heranzubilden.

Die Betriebsleitung ist bestrebt, die Fachkenntnisse der Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend zu verbessern. U. a. wurde auch der Leiter der Lagerbuchhaltung zu einem Fachkurs entsandt; der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Dabei darf es aber nicht stehenbleiben. Die Forderung des Nationalpreisträgers Opitz („Tribüne“ vom 5. November 1950) nach Aktivistenschulen ist nur zu begrüßen.

Leider war der Mangel an Büromaschinen bei der Erfüllung des Planes ein Engpaß. Wenn der Termin in jedem Monat eingehalten werden soll, muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Es muß immer wieder betont werden, daß ein neuzeitliches Rechnungswesen ohne die notwendigen Büromaschinen nicht auskommen kann. Sollten wir in diesem Sinne Unterstützung erhalten, so haben wir uns für 1951 ein weiteres Ziel gesteckt:

„Erstellung BAB, Produktionsabrechnung und Bilanz mit Ergebnisrechnung in 10 Arbeitstagen nach Monatsschluß.“

Das Beispiel des Mitteldeutschen Feuerungsbaues hat gezeigt, daß durch eine gute Organisation und vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Verwaltung das Ziel der zwölf Arbeitstage zu erreichen war. Das drückt auch ein Plakat der Arbeitsbrigade Rechnungswesen aus, das bei Gründung der Brigade mit folgendem Text in den Arbeitsräumen befestigt wurde:

„Nur engste Zusammenarbeit und gegenseitiges Verstehen zwischen Betrieb und Verwaltung sichern die Erfüllung des Aktivistenplanes und bilden den Grundstock für den Fünfjahrplan.“

Der Plan der Verwaltung, die Reorganisation des Rechnungswesens, ist der wichtigste Plan im Aktivistenplan. Er bildet die Grundlage für die Realisierung aller anderen Pläne. Das Rechnungswesen bzw. die Betriebsabrechnung liefert die Unterlagen, die eine Lenkung des Betriebes nach den Grundsätzen unserer Volkswirtschaft ermöglichen.

„Mit der Erfüllung des Planes 11 (Plan der Verwaltung) steht und fällt der gesamte Aktivistenplan.“

Deshalb muß es oberstes Gesetz eines jeden volkseigenen Betriebes sein, den Plan 11 zu erfüllen, um unserer Volkswirtschaft viele Millionen Mark einzusparen, die zum weiteren Aufbau unserer demokratischen Friedenswirtschaft zur Verfügung gestellt werden können.



Der einheitliche STAATSHAUSHALT

Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens

Vom 15. Dezember 1950

Die veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse erfordern auch auf dem Gebiet des öffentlichen Haushaltswesens neue Formen der Organisation, der Methodik und Technik bei der Planung und Durchführung des Staatshaushalts.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat deshalb folgendes Gesetz beschlossen:

I. Der Staatshaushalt

§ 1

Der Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik umfaßt die Haushalte der Republik, Länder, Kreise und Gemeinden. Er umfaßt die Haushalte der Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit ihre Einbeziehung durch Haushaltsgesetz der einzelnen Planjahre bestimmt wird.

§ 2

Der Staatshaushalt ist in seiner Gliederung auf den Volkswirtschaftsplan abzustimmen.

II. Die kassenmäßige Durchführung

§ 3

Die kassenmäßige Durchführung des Staatshaushalts obliegt der Deutschen Notenbank.

III. Die Verwaltungsbuchführung

§ 4

Der rechnermäßigen Durchführung des Staatshaushalts dient eine einheitliche Verwaltungsbuchführung.

§ 5

Die einheitliche Verwaltungsbuchführung umfaßt die Haushaltsrechnung und die Vermögensrechnung.

IV. Das öffentliche Vermögen

§ 6

Die Verwaltung des öffentlichen Vermögens erfolgt nach den Grundsätzen für die Verwaltung des Volkseigentums.

§ 7

Zum 31. Dezember 1950 ist eine Inventur des öffentlichen Vermögens durchzuführen.

V. Das Haushaltsrecht

§ 8

(¹) Die Reichshaushaltsordnung mit ihren Durch- und Ausführungsbestimmungen sowie die haushaltsrechtlichen Gesetzbestimmungen für die Länder, Kreise und Gemeinden aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945 werden mit Wirkung vom 31. Dezember 1950 außer Kraft gesetzt.

(²) An ihre Stelle tritt eine Haushaltsordnung, die der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Beschlußfassung vorzulegen ist.

VI. Schlußbestimmungen

§ 9

Die Durchführungsbestimmungen zu den §§ 1 bis 7 erläßt das Ministerium der Finanzen.

§ 10

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1950

Das vorstehende, vom Präsidenten der Volkskammer unter dem zwanzigsten Dezember neunzehnhundertundfünfzig ausgefertigte Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den zweiundzwanzigsten Dezember neunzehnhundertundfünfzig.

Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik
W. Picck

Gedanken über die Anwendung des Haushaltsschemas

Von Dr. Wilfried Stier

Die volkswirtschaftliche Zuordnung einer Tätigkeit stimmt nicht immer mit dem jeweiligen Aufgabengebiet eines Ministeriums oder eines Dezernats überein. Deshalb ist im Einheitskontenrahmen der öffentlichen Verwaltung die Zweiteilung von „Aufgabenbereich“ und „Einzelplan“ verankert. Durch die Gliederung der Kapitel nach den volkswirtschaftlichen Aufgabenbereichen ist dem Realprinzip, d. h. der Zuordnung zu den Sachgebieten Genüge getan; in der Zuordnung der Kapitel zu den Einzelplänen im Haushaltsschema ist das Ministerialprinzip verwirklicht. Letzteres war notwendig, damit jedem Ministerium oder Dezernat ein zusammenhängender Plan in die Hand gegeben werden kann. Wie auf der Konferenz über die Haushaltreform in Berlin am 26. und 27. Oktober des Jahres mehrfach ausgesprochen wurde, ist ja jeder Minister oder Dezernent auch finanziell für sein Fachgebiet verantwortlich, d. h. jeder Dienststellenleiter hat den rechtzeitigen Eingang der geplanten Einnahmen seines Aufgabengebietes und die sparsame und wirtschaftliche Verwendung seiner Ausgabenansätze zu vertreten.

Wäre der Haushaltplan einer Gebietskörperschaft nach den volkswirtschaftlichen Aufgabenbereichen aufgestellt worden, dann lastete letzten Endes die Verantwortung für die finanzielle Durchführung der einzelnen Bereiche beim Finanzorgan, weil jeder Minister oder Dezernent mit anderen gemeinsam verschiedene Aufgabenbereiche bewirtschaften müßte. Das ist jedoch, wie gesagt, nicht beabsichtigt.

Diese Gedanken waren dem Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptabteilung Staatshaushalt, bestimmend bei der Aufstellung des Haushaltsschemas. Der Bildung der Einzelpläne und der Zuordnung der einzelnen Kapitel zu den Einzelplänen lag der Normalstrukturplan der DDR zugrunde. Die Strukturänderung der Regierung (Gesetz vom 8. November 1950) bedingte deshalb eine Erste Änderung und Ergänzung des Einheitskontenrahmens der öffentlichen Verwaltung.¹⁾

Gliedert sich der Verwaltungsaufbau nach der Normalstruktur, dann kann das in der „Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft“ Heft 9 und mit seinen Ergänzungen in den „Fachnachrichten für den Staatshaushalt“ Nr. 2 abgedruckte Haushaltsschema ohne weiteres angewendet werden. In den Kreisen und Gemeinden ergeben sich jedoch Schwierigkeiten, da meist mehrere Fachgebiete, die in der Republiksebene ein selbständiges Fachgebiet bilden, von einem Dezernenten bearbeitet werden. Einfach ist es in dem Fall, wenn ein Dezernent mehrere Einzelpläne des Haushaltsschemas in ihrer Gesamtheit zu bewirtschaften hat. Dann ist er für zwei oder mehrere Einzelpläne verantwortlich. In diesem Fall kann also das Haushaltsschema des Einheitskontenrahmens der öffentlichen Verwaltung ohne Veränderung übernommen werden.

Schwieriger wird es, wenn ein Fachgebiet, das im Haushaltsschema in einem Einzelplan zusammengefaßt ist, zur Zuständigkeit mehrerer Dezernate gehört. Nehmen wir z. B. den Einzelplan Verkehr. Hierher gehören in den Kreishaushalten nach der Normalstruktur das Verkehrsamt, der Straßenverkehr, die Straßenunter-

haltung, die Errichtung von Straßenschildern und Wegweisern, der Fuhrpark, die Straßenbeleuchtung, das Anschlagswesen, die Beaufsichtigung der öffentlichen Uhren, die Vermietung der Kioske usw. Abweichend von der Normalstruktur kann es bei kleineren Verwaltungen vorkommen, daß sie kein eigenes Verkehrsamt haben. Die Verkehrsaufgaben werden dann von mehreren Dezernaten verwaltet. Nehmen wir an, daß das Straßenwesen, die Straßenunterhaltung, der Straßenverkehr vom Dezernat Aufbau, der Fuhrpark von der Verwaltungsleitung oder vom Verwaltungsamt (Einzelplan Staatliche Verwaltung), das Anschlagswesen, die Vermietung der Kioske vom Finanzdezernat und die Straßenbeleuchtung vom KWU durchgeführt werden.

In einem solchen Fall ist die Struktur der Verwaltung dieser Gebietskörperschaft, wenn irgend möglich, auf die Normalstruktur umzustellen. Ist eine Änderung aus anerkannten Gründen nicht zweckmäßig, dann entsteht die Frage, wie sollen die Einzelpläne aufgestellt werden? Keineswegs dürfen unbesehen und schematisch die im Haushaltsschema aufgezeigten Einzelpläne mit ihren Kapiteln übernommen werden. Würde dies geschehen, dann wären einige wesentliche Gesichtspunkte der Haushaltsreform nicht beachtet. Denn denken wir weiter, dann teilen sich mehrere Dezernate in einen Einzelplan, d. h. sie bewirtschaften gemeinsam einen Einzelplan und stellen für Teilgebiete ihres Ressorts monatlich einen gemeinsamen Kassenplan auf. Das würde bedeuten, daß keines der beteiligten Dezer-

Plan zur Verbesserung unserer Arbeit

„... wir stolz
...en Kreisinstanzen in bestem
... zusammenzuarbeiten.“

Stellungnahme bzw. Schriftwechsel zu Fachartikeln
in Zeitschriften und Presse

In der „Deutschen Finanzwirtschaft“ erscheinen Artikel von großer Bedeutung für unser fachliches Wissen. Diese müssen deshalb allen zur Kenntnis gebracht und diskutiert werden. Zu dieser Diskussion sind auch andere in der Presse erscheinende Fachartikel zu verknüpfen.

Wir müssen deshalb mit der „Deutschen Finanzwirtschaft“ und der sonstigen Presse selbst in Briefwechsel treten und sie mit Fachartikeln unterstützen.

Beginn: 1. Dezember 1950
Termin: laufend
Verantw.: Kollege Wüstling

2. Mitarbeit im Finanzausschuß der Nationalen
Kollege Mißbach vertritt

in der
Kreissparkasse Kamenz

¹⁾ Abgedruckt in den „Fachnachrichten für den Staatshaushalt“ Nr. 2 — Heft 23/24 DFW 50.

nate die Verantwortung für die Bewirtschaftung des gesamten Einzelplanes übernehmen will und kann, und daß letzten Endes die Erfüllung dieses Einzelplanes beim Finanzorgan ruhen würde.

Der Leiter der Hauptabteilung Staatshaushalt im Ministerium der Finanzen der DDR, Kollege Pauligk, betonte bereits am 26. Oktober auf der Konferenz über die Haushaltsreform¹⁾, daß „theoretisch alle vorhandenen Kapitel in jedem Einzelplan aufgenommen werden können, je nachdem, welche Dienststellen und Aufgabenbereiche einem Minister oder Dezernenten unterstellt sind“. Auf die Praxis des Haushalts und der Kassenordnung angewendet bedeutet dies, daß man sich bei Abweichung des Verwaltungsaufbaues vom Normalstrukturplan nicht bürokratisch an das Haushaltsschema, das nach der Normalstruktur der Verwaltung aufgebaut ist, zu halten braucht. Vielmehr kann man die Kapitel in diejenigen Einzelpläne einordnen, zu denen sie verwaltungsgemäß gehören. Dieses darf natürlich nur auf Einzelfälle beschränkt bleiben. Das Haushaltsschema ist also nur ein Schema, nach dem man sich richten muß. Es ist jedoch nicht als starres Dogma zu betrachten.

Betrachten wir unser oben angeführtes Beispiel. Die wichtigsten Aufgaben des Einzelplanes Verkehr ruhen beim Dezernat Aufbau, denn unter dessen Leitung wird der Straßenverkehr, die Straßenunterhaltung und

das gesamte Straßenwesen durchgeführt. Diese Kapitel und nur diese Kapitel werden deshalb in der betreffenden Gebietskörperschaft beim Einzelplan Verkehr aufgenommen. Der Dezernat für Aufbau wird in diesem Falle die Einzelpläne Aufbau und Verkehr verantwortlich bewirtschaften. Die Betreuung des Fuhrparks wird im Einzelplan Verwaltungsleitung bzw. Staatliche Verwaltung erscheinen und die Überwachung der Kioske usw., die in unserem Beispiel beim Amt für Finanzen liegt, hat finanziell im Einzelplan Finanzen ihren Niederschlag zu finden. Für die Straßenbeleuchtung wird kein besonderes Kapitel aufgestellt, da in unserem Beispiel die Durchführung der Straßenbeleuchtung in der Hand des KWU liegt und da das KWU nur einmal, und zwar netto nach den Zahlen des Finanzplanes, die Verbindung mit dem Haushalt erfährt. Durch diese Eingliederung wird die Aufstellung des Kassenplanes und die Frage der Verantwortung für die Einzelpläne einwandfrei gelöst. Das Finanzorgan wird von der Kleinarbeit der Durchführung der Einzelpläne frei und kann sich der Erfüllung und Koordinierung des gesamten Haushaltes in verstärktem Maße widmen.

Bedenken wir, daß damit der Grundsatz verwirklicht ist: Für die Durchführung der Einzelpläne sind die Ministerien oder Dezernate verantwortlich, das heißt, es ist die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß für jeden Einzelplan nur ein Ministerium oder ein Dezernat zuständig ist.

¹⁾ Schriftenreihe DFW Heft 10, S. 23.

Aus der STEUERPRAXIS

Erhebung und Verwaltung der Gemeindesteuern durch die Abgabenverwaltung der Republik

Von Paul Grimm, Restock

- I. Einheitliche Erhebung und Verwaltung aller Steuern und Abgaben für sämtliche Gebietskörperschaften durch die Abgabenverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik.
- II. Die Bedeutung und die Entwicklung der Gemeindesteuern.
- III. Die einzelnen Gemeindesteuern, ihre bisherige Erhebungsart und Vorschläge für die künftige Erhebung.

- a) Grundsteuer,
- b) Vergütungs- und Kinosteuer einschl. Kulturabgabe,
- c) Hundesteuer,
- d) Kraftfahrzeugsteuer,
- e) Grunderwerbsteuer.
- IV. Abrechnung der Steuereinnahmen mit den Gemeinden und Kreisen.
- V. Schlußfolgerungen.

I. Einheitliche Erhebung und Verwaltung aller Steuern und Abgaben für sämtliche Gebietskörperschaften durch die Abgabenverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik.

Nach den Haushaltsrichtlinien für 1951 werden auch bei den Gemeindesteuern erhebliche Veränderungen vorgenommen. So ist in Aussicht genommen, die Gewerbesteuer, die eine beachtliche Einnahmequelle für die Gemeinde bildete, in eine Steuer der Republik umzuwandeln. Andererseits werden die bisher als Abgaben der Republik erhobene Kraftfahrzeug- und Grunderwerbsteuer den Gemeinden überlassen. Damit ergibt sich die Notwendigkeit zu verschiedenen organisatorischen und personellen Neuordnungen. Wie immer bei solchen Fragen, ist es notwendig, nicht nur die augenblicklichen Verhältnisse zu sehen, sondern auch hier die Probleme im Zusammenhang mit der gesamten Finanz- und Steuerpolitik unserer Deutschen Demokratischen Republik zu betrachten und dabei gleichzei-

tig etwaige Vereinfachungs- und Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen.

Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich die Frage, inwieweit die für die Haushaltsfinanzierung notwendige Zweiteilung der Steuern und Abgaben in solche der Republik und solche der Gemeinden auch für deren Erhebung und Verwaltung beibehalten werden muß oder ob es nicht zweckmäßig ist, die gesamten Steuern, also auch die, die den Gemeinden bisher zugeflossen sind und künftig zufließen sollen, durch die Abgabenverwaltung der Republik mitzuverwalten. Damit würde der Grundsatz einer einheitlichen Erhebung und Verwaltung aller Steuern bei einer Abgabenverwaltung verwirklicht.

II. Die Bedeutung und die Entwicklung der Gemeindesteuern.

Zur Prüfung der angeschnittenen Frage der Einbeziehung der Gemeindesteuern in die Abgabenverwaltung ist es unerlässlich, einen kurzen Überblick über die Be-

deutung und die Entwicklung der Gemeindesteuern zu geben. Die Geschichte der Gemeindesteuern ist eng verbunden mit der Entwicklung des Staates und der Bedeutung der Gemeinden im staatlichen Machtapparat. Dabei zeigt sich die besonders starke Stellung der Gemeinden, vor allem der Städte, in unserer staatlichen Entwicklung. Merkmal dafür ist das bis in die letzte Zeit hinein verfolgte, teilweise recht überspitzte Problem der kommunalen Selbstverwaltung. Die ersten Abgaben, die in einer geordneten Weise erhoben worden sind, waren städtische Akzisen. Bei der Stellung der Städte und Gemeinden war die Bedeutung der gemeindlichen Abgaben außerordentlich groß. Da die Steuern ihrer Höhe nach von den einzelnen Gemeinden je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ganz verschieden erhoben wurden, ergaben sich Abweichungen, die zu Steueroasen und Unzuträglichkeiten führten.

Im Rahmen einer straffen und zusammengefaßten Haushaltswirtschaft sämtlicher Gebietskörperschaften, von der kleinsten bis zur größten Einheit, ist kein Raum mehr für eine besondere steuerliche Selbstständigkeit der einen oder der anderen Gebietskörperschaft. Die Verzahnung sämtlicher Haushalte und ihr Zusammenlaufen auf der nächst höheren Ebene, sowie der Ausgleich zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Gebietskörperschaften untereinander, zwingen zur einheitlichen und gleichmäßigen Ausschöpfung aller Steuermöglichkeiten.

Die Wandlung in der Bedeutung und im Wesen der Gemeindesteuern im Rahmen der Finanz- und Steuerpolitik der Deutschen Demokratischen Republik erleichtert nicht nur die Pläne zur einheitlichen Verwaltung aller Steuern, sondern zwingt zu einer solchen Maßnahme im Interesse der Verwirklichung der Ziele unserer Finanzwirtschaft und der Vereinfachung und Verbilligung der gesamten Abgabenverwaltung.

III. Die einzelnen Gemeindesteuern, ihre bisherige Erhebungsart und Vorschläge für die künftige Erhebung.

Vom Jahre 1946 an bis zur Rückgliederung aus den Stadt- und Landkreisen haben die Finanzämter sämtliche Steuern, also auch die Steuern der Gemeinden, mit erhoben und verwaltet. Die Erhebung und Verwaltung der Gemeindesteuern ist bei der Rückgliederung nicht mit auf die Finanzämter übernommen worden. Diese Regelung, die bei den Steuerpraktikern, die die einheitliche Verwaltung aller Steuern verfochten haben, starke Enttäuschung ausgelöst hatte, hat dann auch zu allerhand Unzuträglichkeiten und zweifellos zur Aufblähung des Verwaltungsapparates bei den Gemeinden und damit auch zur Erhöhung des Verwaltungsaufwandes geführt.

Nunmehr soll bei den einzelnen Gemeindesteuern die Möglichkeit und Durchführbarkeit der einheitlichen Verwaltung durch das Finanzamt geprüft und gleichzeitig erörtert werden, ob und in welcher Weise eine Vereinfachung in der Erhebung der einzelnen Steuern mit durchgeführt werden kann.

a) **Grundsteuer:** Hier ist schon immer eine Mitwirkung der Finanzämter Voraussetzung für die Veranlagung. Die Grundlage für die Grundsteuer bildet der Grundsteuermeßbetrag. Dieser wird von den Finanzämtern festgestellt. Die Gemeinden erheben dann nur noch den nach dem Haushaltsplan geordneten Zuschlag. Schon seit langem sind die Länder dazu übergegangen, im Interesse der Ausschöpfung der Steuermöglichkeit für die Städte und Gemeinden einheitliche Zuschläge zu den Steuermeßbeträgen für die Grundsteuer festzulegen.

Von den einheitlichen Sätzen für die Länder dürfte es nur noch ein Schritt sein zu einem einheitlichen Durchschnittssatz für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Hinzu kommt noch, daß mit der Einheitssteuer in der Landwirtschaft die gesamte Grundsteuer für die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke sowieso nicht mehr besonders veranlagt und erhoben wird. Der nächste Schritt wäre der Einbau der Grundsteuer in den Steuersatz für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Die Entwicklung geht also dahin, daß in absehbarer Zeit die Grundsteuer sowieso nicht mehr bzw. nicht mehr in der alten Form erhoben wird. Um so mehr ist es gerechtfertigt, schon jetzt die Steuererhebung den Finanzämtern mitzuübertragen. Es wäre zweckmäßig, die Grundsteuer mit den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung bzw. aus Landwirtschaft zusammen zu veranlagern und mit einem gemeinsamen Bescheid zu erheben, solange die geplanten Normativbesteuerungen noch nicht vorliegen. Bei der Gelegenheit müßten alle die Vorschriften des Grundsteuergesetzes vereinfacht bzw. ganz beseitigt werden, für die im Rahmen unserer neuen Haushaltswirtschaft kein Raum mehr ist. Das gilt vor allem für die Beihilfe für Arbeiterwohnstätten (§ 29 des Grundsteuergesetzes). Diese Vorschrift stammt aus der Zeit der Gegensätze zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften. Die Bestimmung will eine Befreiung der Arbeiterwohnstätten. Um aber nicht das Aufkommen der Gemeinden zu schmälern, wird der Ausfall vom Finanzministerium wieder erstattet.

b) **Vergnügungs- und Kinosteuer:** Vergnügungssteuerbestimmungen gibt es praktisch so viele wie man Gemeinden zählt. Die Vorschriften sind zwar in ihren Grundzügen einheitlich, doch weichen sie in der Höhe der Steuersätze sehr oft erheblich voneinander ab. Auch hier ist nicht recht einzusehen, weshalb es nicht möglich sein soll, genau wie bei der Kinosteuer für alle Gemeinden einheitliche Steuersätze zu schaffen. Dabei sollte man die Tarife stark vereinfachen und nur zwei Steuersätze für solche ohne und für solche mit Tanzveranstaltungen vorsehen. Darüber hinaus müßte die bisherige Ermäßigung für kulturell wichtige Veranstaltungen weiterhin beibehalten werden. Die Erhebung der Vergnügungssteuer müßte nur in Form der Kartensteuer erfolgen. Die Pauschsteuer, die sich entweder nach der Quadratmeterfläche des Veranstaltungsraumes richtet oder nach der mutmaßlichen Besucherzahl, müßte fortfallen. Auch für Veranstaltungen, bei denen keine Eintrittskarten ausgegeben werden, ist die Steuer in Form der Kartensteuer zu erheben. Das wäre denkbar, wenn für die sogenannte Raumsteuer die Zahl der polizeilich zulässigen oder mutmaßlich teilnehmenden Personen zugrunde gelegt würde unter Anwendung einer Mindestteilnehmerzahl. Dann wäre es auch ganz einfach, mit der Vergnügungssteuer gleichzeitig die Abgabe für den Kulturfonds zu vereinnahmen.

Um die Erhebung der Vergnügungssteuer sowohl für die Veranstalter als auch für die Finanzämter so zweckmäßig und einfach wie möglich zu gestalten, wird man die Stellen bei den Städten und Gemeinden, bei denen die Veranstaltungen vorher angemeldet werden müssen, mit einschalten. Die Kontrolle der Vergnügungssteuer wird am besten den Lohnsteueraußenkontrollen übertragen, die gegebenenfalls auch ermächtigt werden könnten, mit den Anmeldestellen abzurechnen.

Im Zuge der Vereinfachung unseres Steuersystems müßte schließlich einmal geprüft werden, ob die Vergnügungs-

steuer in der bisherigen Form weiter erhoben wird oder nicht sofort bei der Anmeldung mit der dabei zu entrichtenden Gebühr mit abgegolten werden kann.

c) **Hundesteuer:** Ähnlich wie bei der Grundsteuer sind die Länder dazu übergegangen, einheitliche Steuersätze für die Hundesteuer vorzuschreiben. Es muß auch hier ohne weiteres möglich sein, aus diesen Sätzen einen Durchschnittssatz als Einheitssatz für das Gebiet der Republik zu bilden, wobei man auch wieder Steuersätze für Landbezirke, für Städte und für Wachhunde vorsehen müßte. Es wäre zu prüfen, ob man die Ausgabe der Hundesteuermarken durch die örtlichen Polizeistellen bzw. durch die Reviere der Volkspolizei in den Städten vornehmen läßt. Dabei könnte gleichzeitig neben der Anfertigung des Verzeichnisses der steuerpflichtigen Hunde jedem Steuerpflichtigen ein Steuerbescheid ausgehändigt werden. Diese Steuerbescheide könnten in Kartenform ausgestellt werden, ähnlich der Steuerkarte für die Kraftfahrzeugsteuer. Sie würden auf der Vorderseite den Text und den Steuerbetrag enthalten.

d) **Kraftfahrzeugsteuer:** Die Kraftfahrzeugsteuer muß, auch wenn künftig ihr Ertrag den Gemeinden zufließt, weiterhin bei den Finanzämtern bleiben, sonst bedeutet es keine Vereinfachung und Verbilligung. Auch hier wäre zu prüfen, inwieweit man nicht Vereinfachungen durchführen könnte. Zumindest in den Großstädten und größeren Städten müßte ernsthaft die Frage erörtert werden, ob nicht ähnlich wie bei der Hundesteuer die Volkspolizeiorgane mit eingeschaltet werden könnten.

e) **Grunderwerbsteuer:** Was für die Kraftfahrzeugsteuer bzgl. der Weiterverwaltung durch die Finanzämter gesagt worden ist, gilt in noch viel stärkerem Maße für die Grunderwerbsteuer. Hier kommt vor allem hinzu, daß die Errechnung der Grunderwerbsteuer recht kompliziert ist und eine gute Praxis voraussetzt, damit nicht Steuerausfälle durch falsche Berechnungen entstehen.

IV. Abrechnung der Steuereinnahmen mit den Gemeinden und Kreisen.

Die frühere teilweise gegensätzliche Einstellung zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften, das unter ganz anderen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen berechnete, jetzt aber nicht mehr begründete Beharren der kommunalen Körperschaften auf ihrem Selbstverwaltungsrecht, hatten zu einer Abgrenzung zwischen den einzelnen Haushaltsorganisationen in der Finanzhoheit geführt, die in einem äußerst komplizierten und am Ende doch nicht befriedigenden Finanzausgleich ihren Ausdruck fand. Von diesem Finanzausgleich ist zwar bei uns nach 1945 von vornherein abgewichen worden. Immerhin haben sich Überbleibsel dieser Ausgleichsbestrebungen teils in der Praxis, teils in der ideologischen Einstellung erhalten, die heute noch die Abrechnung der Steuereinnahmen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften beeinflussen und erschweren. Wir können uns im Zeichen der Verwaltungsvereinfachung und -verbilligung keine langwierigen Abrechnungen und Verrechnungen bei den einzelnen Steuereinnahmen gestatten. Wichtig ist, daß die zugesicherten Einnahmen den einzelnen Haushaltsträgern rechtzeitig und ungeschmälert zufließen. Geht man davon aus, daß die Ansätze für die Steuereinnahmen aufgebaut sind auf den Ist-Einnahmen in dem zum Vergleich herangezogenen Haushaltsabschnitt, dann kann nach den allgemeinen Erfahrungen bestimmt damit ge-

rechnet werden, daß diese Beträge auch im laufenden Rechnungsjahr mindestens in der veranschlagten Höhe fließen, wenn sie nicht durch ganz besondere Umstände beeinflusst werden. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in der Verwaltung und Eintreibung der Steuern zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften keinerlei Unterschied gemacht werden darf.

Grundsätzlich müßte die Überweisung von vereinnahmten Gemeindesteuern und deren Abrechnung durch die Finanzämter nur über die Stadt- und Landkreise erfolgen. Die weitere Verteilung auf die einzelnen Gemeinden wäre dann Sache der betreffenden Landkreise.

Die Grundsteuer würde jeweils am 20. Februar, 20. Mai, 20. August und 20. November mit einem Viertel des Betrages, wie er im Haushalt der einzelnen Gemeinde verplant ist, überwiesen, unbeschadet darum, ob in dieser Höhe der Betrag bereits eingegangen ist bzw. ob mehr eingegangen ist. Die Abrechnung erfolgt nach dem letzten Termin am 20. November.

Die Vergügungsteuer einschließlich der Kinosteuer wird in den ersten fünf Tagen eines jeden Quartals mit einem Viertel des verplanten Betrages ausgeschüttet. Abrechnung erfolgt im letzten Monat des Jahres.

Die Einnahmen der Kraftfahrzeugsteuer werden im Januar und im Juli mit je 50 % des veranschlagten Solls überwiesen. Abrechnung erfolgt im Dezember des Haushaltsjahres.

Die Hundesteuer wird mit je einem Viertel des veranschlagten Betrages fünf Tage nach dem Fälligkeitstermin zur Verfügung gestellt und nach dem letzten Fälligkeitstermin abgerechnet.

Die Grunderwerbsteuer, deren Eingänge sehr unregelmäßig sind, kann alle Vierteljahre nach dem tatsächlichen Aufkommen abgerechnet werden.

Auf diese Weise bekommen die Gemeinden ihre Einnahmen rechtzeitig und mindestens in Höhe der veranschlagten Summe zur Verfügung gestellt. Jede unnötige Abrechnung und jeder unerquickliche Schriftwechsel werden vermieden. Die Finanzämter sind daran interessiert, daß die Beträge auch tatsächlich aufkommen, die die Gemeinden veranschlagt und die sie diesen zunächst überwiesen haben.

V. Schlußfolgerungen:

Als Ergebnis der Betrachtungen kann folgendes festgestellt werden:

- a) Die Erhebung und Verwaltung der Gemeindesteuern durch die Finanzämter ist ohne große Schwierigkeiten möglich und zweckmäßig. Sie liegt bestimmt auch im Interesse des Steuerpflichtigen, der dann alle seine Steuerzahlungen nur an eine Stelle zu entrichten hat. Die Finanzverwaltung erspart einen zweiten Steuerapparat und vermeidet damit das Nebeneinander von zwei Stellen, die den Steuerpflichtigen zum Teil auch noch hinsichtlich seiner Steuerleistungsfähigkeit verschieden behandeln und beurteilen.
- b) Durch die einheitliche Verwaltung aller Steuern und Abgaben an einer Stelle wird gleichzeitig der Gedanke einer gesunden Zentralisierung gestärkt. Die Zusammenfassung aller Steuern im Finanzamt bietet die Grundlage für weitere Maßnahmen auf dem Gebiete unseres Steuerrechts im Sinne der Vereinfachung der Besteuerung und der Entwicklung von Einheits- bzw. Normativbesteuerungen.

Der Beitragseinzug zur Sozialversicherung — eine neue Aufgabe der Finanzämter

Von Alfred Mitlöhner, Ministerium für Arbeit, Abt. Sozialversicherung

Die Sozialversicherungsanstalten sind selbstverwaltete Organe, die sowohl die Einziehung ihrer Einnahmen als auch die Gewährung von Leistungen aller Art durchzuführen hatten. Während bis zum Jahre 1945 die Zahl der Träger der Sozialversicherung mit ihren Orts-, Betriebs-, Innungs- und sonstigen Krankenkassen völlig zersplittert war und infolgedessen die Verwaltungskosten für diese Einrichtungen einen großen Teil der Einnahmen bereits verschlangen, so daß solche Beträge von den Leistungen gekürzt werden mußten, so bedeutet die Schaffung von fünf Sozialversicherungsanstalten nach der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung vom 28. Januar 1947 bereits eine bedeutende Verbesserungsmaßnahme. Die fünf Sozialversicherungsanstalten mit ihren angegliederten Sozialversicherungskassen haben das frühere Beitragseinzugsverfahren der ehemaligen Allgemeinen Ortskrankenkassen im wesentlichen beibehalten, was bedeutete, daß etwa ein Viertel der gesamten Verwaltungsarbeit auf dem Gebiete des Beitragswesens lag. Dieser Beitragseinzug der Sozialversicherungsanstalten führte dazu, daß insbesondere in technischer Beziehung die gleichen Aufgaben zu erfüllen waren, wie sie den Finanzämtern zur Einziehung der Lohn- und Einkommensteuer gestellt sind. Beide Einrichtungen hatten die Arbeitsverdienste und Einkommen festzustellen. Dazu bediente sich sowohl das Finanzamt als auch die Sozialversicherungskasse eines ausgebildeten und qualifizierten Betriebsprüferstabes. Gleiche Maßnahmen wurden auch von beiden Stellen für die Zwangsbeitreibung bei nicht rechtzeitiger Abführung der Steuer und der Sozialversicherungsbeiträge angewandt. Es kam in der Praxis oft vor, daß sich die Betriebsprüfer und Vollziehungsbeauftragten der Sozialversicherung und der Finanzämter in den Betrieben bei den Schuldnern begegneten und sich bei letzteren den Rang abliefen, wer zuerst seine Beiträge kassieren konnte. Von den Betroffenen und den Außenstehenden wurden die doppelten Betriebsprüfungen und Einzugsverfahren natürlich als Belastung empfunden, weil in den geprüften Verwaltungen und Betrieben doch stets die laufende Arbeit gestört wurde. Aber auch die Verwaltungskosten der Finanzämter und der Sozialversicherung waren gleichermaßen belastet.

Diese Tatsache war seit längerer Zeit Gegenstand von Erörterungen. Einer Einziehung der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuer durch einen Verwaltungsapparat stand aber die Verschiedenartigkeit der Rechtsbegriffe entgegen. Was die Finanzämter als steuerpflichtig betrachteten, war nach dem Recht der Sozialversicherung durchaus nicht immer beitragspflichtig, oder es ergaben sich umgekehrte Verhältnisse. Das kam daher, weil früher die Sozialversicherung mit ihrem Recht eine völlig isolierte Stellung einnahm. Es war nun notwendig, eine gleichartige Rechtsauffassung des Begriffs „Entgelt“ in bezug auf die Sozialversicherung und die Lohnsteuer zu schaffen. Dies ist nun durch die vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik erlassene Verordnung über die Zahlung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung an die Finanzämter geschehen. Jetzt sind alle auf Grund eines mündlichen oder schriftlichen Arbeitsvertrages

bezogenen Arbeitsverdienste, die der Lohnsteuer unterliegen, auch zur Sozialversicherung beitragspflichtig. Allerdings werden die steuerfreien Beträge, die den Lohnsteuerpflichtigen gewährt werden, nicht berücksichtigt. Würde man dies tun, so wäre der Leidtragende der Arbeiter, der später seine Rente auf Grund der gezahlten Beiträge erhält.

Die hervorragende Aufgabe der Finanzämter ist es nun, die vollständige Erfassung und Einziehung der Beiträge zur Sozialversicherung sicherzustellen. Mit dieser Aufgabe werden die Kollegen in den Finanzämtern eine große sozialpolitische Aufgabe zu erfüllen haben. Jeder mit solchen Aufgaben Betraute muß sich darüber im klaren sein, daß es sich bei den Beiträgen zur Sozialversicherung um eine Abgabe handelt, die ausschließlich den Werkträgern gehört und deren Mittel den Werkträgern zugute kommen. Aus diesen Beiträgen werden die Kosten für die gesundheitliche Betreuung, die Unterstützungen bei Krankheit, Mutterschaft, Alter und Invalidität und vieles andere auf Grund der Verordnung über Sozialpflichtversicherung gezahlt. Je vollständiger und schneller die Sozialversicherungsbeiträge erfaßt und eingezogen werden, um so besser werden die Leistungen der Sozialversicherung zum Wohle unserer Werkträgern ausgebaut werden können.

Die technische Überleitung des Beitragseinzuges wird bei Erscheinen dieses Heftes der „Deutschen Finanzwirtschaft“ inzwischen beendet sein. Dabei dürfte es kaum Schwierigkeiten in der Praxis geben. Wo sie aber doch auftreten sollten, sind die Sozialversicherungskassen angehalten, jederzeit an dem Gelingen der gestellten Aufgabe mitzuhelfen. Das technische Einzugsverfahren wird sich einwandfrei demjenigen für die Steuer angleichen lassen. Schwieriger aber als die Einziehung ist die Erfassung der Beiträge und damit die Feststellung der Sozialversicherungspflicht oder Versicherungsfreiheit. Dies bedingt, daß sich die Beamten mit den Grundlagen des Sozialversicherungsrechtes und damit insbesondere wieder der Versicherungspflicht und -freiheit befassen müssen.

Um aber auch hierbei Schwierigkeiten von vornherein auszuschalten, wurden die bisher im Beitragswesen der Sozialversicherung beschäftigten tüchtigsten Bearbeiter von den Finanzämtern übernommen, so daß sie insbesondere die schwierigen versicherungsrechtlichen Fragen dort weiterbearbeiten können. Dies wird nur ein Übergang sein, denn in verhältnismäßig kurzer Zeit wird es bei der fortschrittlichen Einstellung der Angestellten möglich sein, daß sich die Kollegen der Sozialversicherung auch mit dem Steuerrecht vertraut gemacht haben und umgekehrt die Kollegen der Finanzämter auch Fachleute auf dem Gebiete der Versicherungs- und Beitragspflicht werden.

Ähnliches trifft für die Betriebsprüfer zu, die nunmehr, vielleicht nach kurzer theoretischer Ausbildung, ihre Aufgaben zusammen erledigen können. Dabei ist daran gedacht, daß für die Dauer der Einarbeitung je ein Kollege aus der Sozialversicherung und von dem Finanzamt gemeinsam Prüfungen vornehmen, so daß einer vom anderen in der Praxis lernen kann.

Die Überleitung des Beitragseinzuges auf die Finanzämter hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung. Durch sie wird in der Sozialversicherung erneut eine Einsparung von wesentlicher Bedeutung möglich sein. Von den eingesparten Arbeitskräften wird der eine Teil für die erhöhten Aufgaben der Finanzämter Verwendung finden, doch werden etwa 50% der mit den Beitragsaufgaben bisher Beschäftigten für völlig andere Stellen freigemacht werden können.

Eine solche Maßnahme hätte, wenn sie zum Beispiel heute in Westdeutschland durchgeführt werden würde, eine große Not unter die von der Verwaltungsvereinfachung betroffenen Angestellten gebracht, da sie kaum wieder eine Beschäftigung gefunden hätten. Bei uns wurden jedoch sofort bei beginnender Realisierung dieser Vereinfachungspläne Maßnahmen getroffen, daß sowohl die Sozialversicherung, die Finanzämter als auch die Industriegewerkschaften und die Ämter für Arbeit eingeschaltet wurden, um die freiwerdenden Kollegen an neue Arbeitsplätze zu vermitteln. Kein seinen bisherigen Aufgaben gerecht gewordener Angestellter wird durch diese Verwaltungsmaßnahmen ohne Existenz bleiben. Es ist sogar möglich gewesen, die betreffenden Angestellten zum großen Teil in ähnliche Berufe als Revisoren, Buchhalter und dergleichen

zu vermitteln, da hier insbesondere an qualifizierten Kräften stets großer Bedarf sein wird.

Aus den in Vorbereitung befindlichen Durchführungsbestimmungen zu der erwähnten Verordnung über die Zahlung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung an die Finanzämter werden Einzelheiten über die Beitragsfestsetzung hervorgehen. Die Frage der Versicherungspflicht ist nach wie vor geklärt in der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung vom 27. Januar 1947, die, zumindest die §§ 1 bis 7, von jedem mit diesen Fragen beschäftigten Angestellten eingehend studiert werden mußte.

Einsprüche gegen die Feststellung der Versicherungspflicht werden ähnlich den Steuerverfahren erledigt werden, wobei jedoch vorgesehen ist, daß zu den Verhandlungen ein Vertreter der Sozialversicherung zugezogen wird, damit in jedem Falle die für die Werkstätten in unserem Sozialversicherungsrecht enthaltenen Bestimmungen Beachtung finden.

Es liegt an jedem einzelnen, zum Gelingen dieses neuen Schrittes in unserer verbesserten Verwaltung beizutragen, wobei sich jeder darüber klar sein muß, daß er mit den hier geschilderten Aufgaben eine direkte Arbeit für weitere Verbesserungen der Lage der Werktätigen ausübt.

Die Neuregelung der Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer

(22. DB zur Steuerreformverordnung)

Nach der bisher geltenden Rechtslage ist die Kraftfahrzeugsteuer eine Jahressteuer, die bei Beginn des Kalenderjahres zu entrichten ist. Auf Grund des Artikels 22 der Verordnung zur Änderung und Ergänzung von Steuergesetzen (Steuerreformverordnung vom 1. Dezember 1948) ist zur Erleichterung zugelassen worden, daß die Steuer auch halbjährlich entrichtet werden darf, und zwar mit der Hälfte des Jahresbetrages zu Beginn des Kalenderjahres oder im Falle späterer Zulassung des Kraftfahrzeuges bei Aushändigung des Kraftfahrzeugscheines für das am 30. Juni abgelaufene erste Halbjahr und am 1. Juli für das am 3. Dezember abgelaufene zweite Halbjahr. Das bedeutet in dem Fall, in dem ein Kraftfahrzeug im Monat Mai des Kalenderjahres zugelassen wurde, daß die Kraftfahrzeugsteuer für das ganze Jahr entrichtet werden mußte. Erfolgte die Zulassung des Kraftfahrzeuges im zweiten Halbjahr, beispielsweise im Monat November, so mußte für das 2. Halbjahr die Steuer voll entrichtet werden. Dies führte in der Praxis häufig dazu, daß Kraftfahrzeuge, die im Laufe des 1. oder 2. Halbjahres einsatzfähig wurden, erst mit Beginn des 2. Halbjahres oder des nächstfolgenden Jahres in Verkehr genommen wurden.

Diese Tatsache hat den Gesetzgeber veranlaßt zu überprüfen, inwieweit im Interesse der Erfüllung des Trans-

portplanes an der bisherigen Regelung festgehalten werden konnte. Es hat sich hierbei als notwendig erwiesen, von der bisherigen Regelung abzugehen, da die Erfüllung des Transportplanes den Einsatz eines jeden dazu geeigneten Kraftfahrzeuges erfordert und dieser nicht durch die genannten steuerlichen Belastungen in Frage gestellt werden darf. Das Ministerium der Finanzen hat deshalb durch die 22. Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung vom 24. November 1950 (GBl. S. 1177) eine Neuregelung der Entrichtung der Steuer getroffen. Hiernach ist bei Neuzulassung von Kraftfahrzeugen die Kraftfahrzeugsteuer vom 1. des Monats ab zu entrichten, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen wird. Fällt die Neuzulassung in das 1. Halbjahr, so ist Kraftfahrzeugsteuer vom 1. des Zulassungsmonats bis 30. Juni als Teilbetrag der Jahressteuer ($\frac{1}{12}$ der Jahressteuer \times Anzahl der Monate) und am 1. Juli die Steuer für das 2. Halbjahr zu entrichten. Liegt die Neuzulassung im 2. Halbjahr, so ist Kraftfahrzeugsteuer vom 1. des Zulassungsmonats bis 31. Dezember des Jahres zu entrichten.

Die Steuerkarten sind zukünftig bei Neuzulassung von Kraftfahrzeugen vom 1. des Zulassungsmonats ab bis zum Ende des entsprechenden Halbjahres auszustellen.

E. Klapproth

Fragen des Entgelts bei der Umsatzsteuer

Von Martin Brendel, Berlin

1. Allgemeines:

Die Umsatzsteuer ist eine allgemeine Verbrauchsteuer. Auch der fortschrittlich-demokratische Staat kommt ohne Verbrauchsteuern nicht aus. Es kommt aber darauf an, in welcher Form sie erhoben werden. Es ist anzunehmen, daß die Umsatzsteuer in ihrer jetzigen Form in der DDR nicht auf die Dauer beibehalten wird. Solange aber das bisherige Umsatzsteuerrecht noch in Kraft ist, muß eine anarchische Auslegung der gesetzlichen Vorschriften vermieden werden und eine einheitliche Handhabung des Umsatzsteuerrechts gewährleistet sein. Denn bei der Finanzplanung kann das Steueraufkommen nur nach dem geltenden Steuerrecht eingesetzt werden, und

es ist Pflicht eines jeden Angestellten der Steuerverwaltung, dazu beizutragen, daß das Steuer-Soll erfüllt wird.

2. Begriff des Entgelts:

Es ist nicht meine Absicht, hier einen erschöpfenden Kommentar aller mit dem Entgeltsbegriff zusammenhängenden Fragen zu bringen. Es sollen vielmehr nur einige Fragen herausgegriffen werden, über die in der Praxis noch Unklarheit besteht.

Bevor man eine Entscheidung in einem Einzelfall trifft, muß einem der Begriff des Entgelts im Umsatzsteuerrecht klar sein. Dieser Begriff ist im § 10 der

Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz (UStG) festgelegt. Es heißt dort:

„Entgelt ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufwendet, um die Lieferung oder sonstige Leistung zu erhalten. Zum Entgelt gehört auch, was ein anderer als der Empfänger dem Unternehmer für die Lieferung oder sonstige Leistung gewährt.“

(Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts ist jede natürliche und juristische Person und jede Personenvereinigung, die eine nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen selbständig ausübt, auch wenn die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt oder eine Personenvereinigung nur gegenüber ihren Mitgliedern tätig wird.)

3. Durchlaufende Posten:

Von Seiten der Steuerpflichtigen wird oft Umsatzsteuerbefreiung für „durchlaufende Posten“ in Anspruch genommen. Im Wirtschaftsleben wird der Begriff „durchlaufende Posten“ oft auf alle möglichen „Auslagen“ angewendet. Deshalb wurde der Begriff „durchlaufende Posten“ für das Umsatzsteuerrecht im § 5 Abs. 3 UStG wie folgt klar abgegrenzt:

„Zum Entgelt gehören nicht die Beträge, die der Unternehmer im Namen und für Rechnung eines anderen vereinnahmt oder verausgabt (durchlaufende Posten).“

Will ein Unternehmer einen Betrag, den er von seinem Abnehmer (oder einem sonstigen Leistungsempfänger) vereinnahmt hat, nicht versteuern, weil es sich um einen „durchlaufenden Posten“ handelt, so müssen folgende Merkmale gegeben sein:

- a) der Posten muß dem Abnehmer (Leistungsempfänger) gesondert in Rechnung gestellt sein;
- b) der Abnehmer (Leistungsempfänger) muß in unmittelbaren Rechtsbeziehungen zu dem endgültigen Empfänger dieses Betrages stehen, d. h. nicht der Liefernde (oder leistende) Unternehmer, sondern der Dritte, an den dieser Unternehmer den Betrag weitergibt, muß einen klagbaren Anspruch gegen den Abnehmer (Leistungsempfänger) haben;
- c) der Unternehmer muß den Betrag in voller Höhe an den Gläubiger weiterleiten.

Beispiel 1: Ein Versicherungsagent ist mit dem Inkasso der von den Versicherten zu zahlenden Prämien beauftragt. Er vereinnahmt die Prämien und gibt sie an die Versicherungsanstalt weiter. Hier liegt bei dem Versicherungsagenten ein durchlaufender Posten vor, weil der Versicherte die Prämie nicht dem Agenten, sondern der Versicherungsanstalt schuldet.

Liegen die oben bezeichneten Merkmale nicht vor, so mögen wohl „Auslagen“, aber keine „durchlaufenden Posten“ gegeben sein. Wird dem Leistungsempfänger ein Gesamtpreis berechnet, so ist dieser voll zu versteuern. Stellt der Unternehmer dem Leistungsempfänger „Auslagen“, die er zwar gehabt, die er aber in eigener Verbindlichkeit gezahlt hat, z. B. Banderolensteuer auf Tabakwaren, in Rechnung, so gehört der in Rechnung gestellte Betrag zum Entgelt.

4. Materialbeistellung:

Es besteht noch oft Unklarheit über die Umsatzbesteuerung bei der Materialbeistellung. Man muß sich zunächst klar werden, worum es sich dabei handelt.

Ein Unternehmer beauftragt einen anderen Unternehmer, ein bestimmtes Werk auszuführen und stellt ihm einen Teil des dazu benötigten Materials zur Verfügung.

Beispiel 2: Ein Zementwerk beauftragt einen Bauunternehmer mit dem Bau eines Fabrikgebäudes. Der Bauherr (das Zementwerk) stellt den erforderlichen Zement zur Verfügung.

Der Fall würde umsatzsteuerlich keine Schwierigkeiten bieten, wenn ein reiner Werkvertrag gegeben wäre. Beim Werkvertrag stellt die Auftraggeber das

gesamte Material zur Verfügung und der Auftragnehmer hat nur den reinen Werklohn zu versteuern. Das ist im vorstehenden Beispiel aber nicht der Fall. Das Zementwerk stellt nur den Zement zur Verfügung; das sonstige Baumaterial beschafft der Bauunternehmer selbst. Der Bauunternehmer führt also nicht eine bloße Werkleistung, sondern eine Werklieferung aus.

Stellt das Zementwerk den Zement ohne Berechnung unter der Bedingung zur Verfügung, daß der Zement Eigentum des Zementwerkes bleibt und der Bauunternehmer den Zement nur für den Bau verwenden darf, der Gegenstand des Vertrages ist, so ist die Umsatzsteuerberechnung einfach. Beim Zementwerk liegt keine Lieferung vor; es braucht also den Zement nicht zu versteuern. Der Bauunternehmer versteuert das Entgelt, das er vom Zementwerk erhält. Der Wert des im Bau verarbeiteten Zements bleibt unberücksichtigt, weil die Zementfabrik dem Bauunternehmer keine Verfügungsmacht über den Zement verschafft hat, der im Bau enthaltene Zement also nicht Teil der Werklieferung ist.

Es kommt aber oft vor, daß bei derartigen Werklieferungsverträgen mit Materialbeistellung das vom Auftraggeber beigestellte Material dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt wird. Im obigen Beispiel würde also die Zementfabrik den Zement dem Bauunternehmer in Rechnung stellen. Die Rechnung des Bauunternehmers würde entsprechend höher sein als in dem obigen Beispiel.

Frage: Muß in diesem Falle die Zementfabrik den in Rechnung gestellten Zement und der Bauunternehmer die Werklieferung einschl. Zement versteuern?

Antwort: Die Inrechnungstellung spricht zwar für eine Lieferung. Wenn die Zementfabrik aber dem Bauunternehmer die Verfügungsmacht über den Zement trotz Inrechnungstellung nicht verschafft hat, d. h. wenn der Bauunternehmer über den Zement nicht frei verfügen kann, sondern hinsichtlich der Verwendung an die Weisungen des Zementwerkes gebunden ist, liegt keine Lieferung des Zements von der Zementfabrik an den Bauunternehmer vor. Denn nach § 3 UStG ist eine Lieferung nur dann gegeben, wenn der Unternehmer den Abnehmer (oder in dessen Auftrag einen Dritten) befähigt, im eigenen Namen über einen Gegenstand zu verfügen. Die Inrechnungstellung des Zements ist in diesem Fall nur eine besondere Form der Abrechnung zwischen den beiden Vertragskontrahenten.

Da der Bauunternehmer über den Zement nicht frei verfügen konnte, er ihn also nicht erworben hat, kann er ihn auch nicht an den Bauherrn (als Bestandteil des Gebäudes) liefern.

Daraus ergibt sich, daß das Zementwerk unter den hier vorliegenden Voraussetzungen Umsatzsteuer für den beigestellten Zement nicht zu entrichten hat und daß beim Bauunternehmer als Entgelt der um den Rechnungsbetrag des tatsächlich verwendeten Zements gekürzte Rechnungsbetrag für die Werklieferung anzusehen ist.

Die gleiche Beurteilung kommt in Betracht, soweit der Bauunternehmer Material nicht im eigenen Namen, sondern im Namen des Bauherrn beschafft hat.

Soweit ein derartiges Geschäft von der Unternehmersphäre in die Privatsphäre übergreift, ist die Eigenverbrauchsbesteuerung zu beachten.

Beispiel 3: Ein Ziegeleibesitzer läßt sich ein Einfamilienhaus bauen. Er stellt dem Bauunternehmer die erforderlichen Ziegelsteine zur Verfügung. Dieser Fall unterliegt der gleichen umsatzsteuerlichen Beurteilung wie im Beispiel 2. Es ist aber zu beachten, daß in diesem Fall die Ziegelsteine dem Unternehmen für Zwecke entnommen werden, die außerhalb des Unternehmens liegen (§ 1 Ziffer 2 UStG), also für Privatzwecke, und die Entnahme für diese Zwecke der Umsatzsteuer unterliegt. Der Ziegeleibesitzer muß demnach den Wert der Ziegelsteine als Eigenverbrauch versteuern.

5. Zusätzliches Entgelt:

Unter zusätzlichem Entgelt verstehen wir Beträge, die ein anderer als der Abnehmer im Zusammenhang mit dessen Lieferungen oder sonstigen Leistungen gewährt. Es handelt sich hierbei in der Regel um Zuschüsse von dritter Seite.

Beispiel 4: Ein junger Mann will sich für das erste selbst verdiente Geld einen Anzug machen lassen. Er besitzt DM 150,—. Der Vater des jungen Mannes will ihm die Freude an dem selbstverdienten Anzug nicht nehmen, geht zum Schneider und zahlt ihm DM 50,— mit der Bedingung, seinem Sohn einen Anzug im Werte von DM 200,— zu liefern, dem Sohn aber vorzutauschen, daß der Anzug nur DM 150,— kostet. Der Umsatzsteuer unterliegt auch das zusätzliche Entgelt, es sind also insgesamt DM 200,— zu versteuern.

Beispiel 5: Ein Unternehmer berechnet seinen Kunden im Preise die Frachtkosten nach einem Durchschnittssatz. Den Unterschied zwischen der Durchschnittsfracht und den tatsächlichen Frachtkosten erhält er aus einer Frachtausgleichskasse. Der Betrag, den er aus der Ausgleichskasse erhält, ist zusätzliches Entgelt und unterliegt der Umsatzsteuer.

Die Preisstützungen, die ein Unternehmer aus Haushaltsmitteln erhielt, sind umsatzsteuerrechtlich zusätzliches Entgelt. Da die Umsatzsteuer in dem Stützungsbetrag einkalkuliert war, lag also auch kein Anlaß vor, beim Unternehmer von der Heranziehung der Stützungsbeträge aus wirtschaftlichen Gründen abzusehen. Die neuerliche Verwaltungsanordnung Nr. 24, nach der Preisstützungen an die Organisationen der volkseigenen Wirtschaft erstmalig für 1950 nicht mehr als zusätzliches Entgelt anzusehen sind, beruht darauf, daß in diese Stützungsbeträge, die aus Haushaltsmitteln gewährt werden, die Umsatzsteuer nicht mehr einkalkuliert wird.

6. Versendungs- und Versicherungskosten:

Der Unternehmer kann die Auslagen, die ihm dadurch entstehen, daß er den Gegenstand der Lieferung an den Abnehmer oder in dessen Auftrag an einen Dritten versendet und bei einem Versicherungsunternehmen gegen die Gefahren der Beförderung versichert, von dem Entgelt für die steuerpflichtige Lieferung abziehen.

Spediteure, Frachtführer und Verfrachter können die Auslagen, die ihnen nachweislich dadurch entstehen, daß sie die Beförderung und Versicherung von Personen und Gegenständen durch einen anderen Unternehmer ausführen lassen, vom Entgelt für ihre steuerpflichtige Leistung abziehen (§ 5 Abs. 4 UStG, § 49 UStDB).

Die Vergünstigung des Abzugs der Versendungskosten beruht insbesondere auf der Erwägung, daß bei billigen Massengütern, bei denen die Transportkosten eine wesentliche Rolle spielen, eine weitere Versteuerung durch die Umsatzsteuer auf die Transportkosten vermieden werden sollte.

Die Vergünstigung für Spediteure, Frachtführer und Verfrachter sollte die mehrfache Versteuerung einer Transportleistung vermeiden.

Wegen der Versteuerung der Beförderungskosten bestehen in der Praxis mitunter noch Zweifel.

Beispiel 6: Eine Viehverwertungsgenossenschaft kauft Nutzvieh von den Bauern auf und verkauft es weiter. Vertragsgemäß hat der Bauer die Kosten des Transports zur Sammelstelle zu tragen. Da der Bauer in der Regel kein geeignetes Fuhrwerk zur Verfügung stellt, besorgt die Viehverwertungsgenossenschaft den Transport zur Sammelstelle selbst.

Es ist hier die Meinung vertreten worden, die Genossenschaft habe für den Bauern eine Beförderung ausgeführt, die Genossenschaft müsse daher für den Betrag, den sie dem Bauern vom Preis des Viehs für den Transport zur Sammelstelle kürze, Umsatzsteuer entrichten. Diese Meinung trifft nicht zu. Die Lieferung des Viehs an die Genossenschaft ist mit der Übergabe des Viehs (Verschaffung der Verfügungsgewalt) auf dem Hofe des Bauern vollzogen. Alles, was die Genossenschaft nach der Übernahme mit dem Vieh bis zur Weiterlieferung vornimmt, sind innerbetriebliche Vorgänge bei der Genossenschaft und als solche nicht steuerbar.

Ich will hier die verschiedenen Möglichkeiten der Abwicklung der Viehlieferung vom Bauern an die Genossenschaft kurz zusammenfassen:

1. Der Bauer bringt das Vieh selbst zur Sammelstelle: Entgelt ist der volle Preis.
2. Der Bauer beauftragt einen Fuhrunternehmer mit dem Transport zur Sammelstelle: Der Bauer kann die Versendungskosten vom Entgelt absetzen. Der Fuhrunternehmer muß die Beförderungsleistung versteuern.
3. Die Genossenschaft beauftragt im Namen des Bauern einen Fuhrunternehmer mit dem Transport zur Sammelstelle: Beurteilung wie Ziffer 2.
4. Die Genossenschaft holt das Vieh vom Hofe des Bauern mit eigenen Fahrzeugen ab: Entgelt ist der um die Transportkosten geminderte Preis. Der Transport ist ein nicht steuerbarer innerbetrieblicher Vorgang bei der Genossenschaft als Abnehmer.
5. Die Genossenschaft beauftragt im eigenen Namen einen Fuhrunternehmer mit dem Transport: Beurteilung wie Ziffer 4. Der Fuhrunternehmer hat die Beförderungsleistung zu versteuern.

Die steuerliche Überwachung der Zuckerkampagne 1950/1951

Die steuerliche Überwachung der Zuckerfabriken bildet für rund drei Monate eine Schwerpunktaufgabe für die Organe des Verbrauchsteueraufsichtsdienstes. Wird doch während der Kampagne die Grundlage gelegt für das Zuckersteueraufkommen des Jahres 1951. Die Bedeutung dieses Aufkommens für den Haushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik und damit für den gesamten Volkswirtschaftsplan braucht an dieser Stelle nicht weiter erörtert zu werden.

Die DZFD hat zur gleichmäßigen Handhabung der Verbrauchsteueraufsicht während der Kampagne die Rundverfügungen Nr. 109/50 und 123/50 erlassen. Damit sind den Organen des Verbrauchsteueraufsichtsdienstes neben den Bestimmungen des Zuckersteuergesetzes und der Zuckersteuerrichtlinien wichtige Richtlinien und Hinweise für die Überwachung in die Hand gegeben worden.

Die Rundverfügung Nr. 109/50 befaßt sich mit vorbereitenden Maßnahmen zur Sicherung des aus der Kampagne

zu erwartenden Zuckersteueraufkommens. Es wird in dieser Rundverfügung insbesondere darauf hingewiesen, daß bereits vor Beginn der Kampagne das Belegheft zu überprüfen und zu bereinigen ist, daß zu prüfen ist, ob die Betriebseinrichtung und insbesondere das Ausgangslager den Bestimmungen der §§ 28 und 31 Zuckersteuerrichtlinien entsprechen, und daß die steuerliche Betriebsbuchführung zweckmäßig vorzubereiten ist. Ferner wird erstmalig allgemein angeordnet, daß die Oberzollkontrolleure in den Zuckerfabriken bei Beginn der Kampagne vor den Belegschaftsmitgliedern Aufklärungsvorträge über die steuerrechtlichen Folgen bei widerrechtlicher Entnahme von unversteuertem Zucker zu halten haben. Diese Aufklärungsvorträge vor der gesamten Belegschaft müssen als neuartiges und fortschrittliches Mittel der Abgabenverwaltung zur Herbeiführung eines besseren Verständnisses von Verwaltungsmaßnahmen bei den Werkträgern der Zuckerindustrie angesehen werden.

DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT

Jahrgang 5 · Heft 1/2

Die enge Zusammenarbeit zwischen Verbrauchsteuer-aufsichtsdienst, Betriebsleitung, BGL und Betriebsschutz (Werkschutz) muß bereits zu Beginn der Kampagne sichergestellt sein. Enge Zusammenarbeit mit der Volkspolizei ist von den Oberzollkontrolleuren ggf. auch HZA und Zoll-fahndungsstellen anzustreben, um die Beraubungen von Zuckertransporten auf der Reichsbahn auf ein erträgliches Maß herabzumindern.

Als weitere Maßnahme zur Sicherung des rechtzeitigen Eingangs der Zuckersteuereinnahmen ist in der Rundverfügung Nr. 109/50 die Fühlungnahme mit der zuständigen Reichsbahndirektion wegen der ausreichenden Gestellung von Waggons für den Abtransport des Zuckers angeordnet worden. Diese Aufgabe obliegt im wesentlichen den Landesfinanzdirektionen in Zusammenarbeit mit den Hauptzollämtern. Die richtige Ausführung dieser Anordnung wird sich besonders auf das Zuckersteueraufkommen des laufenden Jahres auswirken. Es ist Aufgabe aller beteiligten Stellen der Abgabenverwaltung, dafür Sorge zu tragen, daß der aus dieser Kampagne anfallende Zucker in recht großem Umfange möglichst bald die Weißzuckerfabriken und Raffinerien verläßt. Dazu ist in erster Linie eine ausreichende Waggongestellung notwendig. Diese im Benehmen mit der zuständigen Reichsbahndirektion sicherzustellen, ist eine wichtige Aufgabe der LFDen.

Die Rundverfügung Nr. 123/50 befaßt sich mit der Überwachung der automatischen Rübenwaagen. Die hier getroffenen Anordnungen legen den Überwachungspflichtigen Betrieben teilweise Verpflichtungen auf, die über die Pflichten nach dem Zuckersteuergesetz und seinen Durchführungsbestimmungen hinausgehen. Eine solche Regelung konnte nur im Einvernehmen mit der VVB Zuckerindustrie und nur deshalb getroffen werden, weil sie nicht nur der Sicherung des Steueraufkommens dient, sondern gleichzeitig der Überwachung der Zuckerfabriken durch die VVB Zuckerindustrie zugute kommt.

Veranlassung zu der neuartigen Regelung der Überwachung der Rübenwaagen haben gewisse Unregelmäßigkeiten in der Kampagne 1948/49 gegeben. Es wurde daraufhin in der Kampagne 1949/50 im Lande Sachsen-Anhalt eine Regelung erprobt, die die Grundlage lieferte für die Bestimmungen der Rundverfügung Nr. 123/50.

Im einzelnen schreibt die Rundverfügung Nr. 123 folgenden vor:

Bei der jährlichen Eichung der Waagen (DWK-Beschluß S 227/49 vom 13. Juli 1949 (ZVOBL S 530)) haben sich die Angestellten des Verbrauchsteueraufsichtsdienstes zu beteiligen, damit sie die für die Überwachung der Waage erforderlichen technischen Kenntnisse erwerben und mit der Arbeitsweise der Waagen eingehend vertraut werden. Es ist deshalb notwendig, daß die OZK sich mit den Eich-ämtern wegen der Eichtermine rechtzeitig vorher in Verbindung setzen.

Während der Kampagne selbst sind die Waagen durch den Verbrauchsteueraufsichtsdienst laufend zu überprüfen. Dabei sind zwei Arten der Prüfung zu unterscheiden, einmal die Prüfung in unbelastetem Zustand (Tarierung), zum anderen die Prüfungen mit der vollen Last.

Da die Lastenschalen der Waagen durch Feuchtigkeit und anhaftenden Schmutz einer ständig wechselnden Belastung unterliegen, muß diese wechselnde Belastung durch Auflage besonderer Tariergewichte ausgeglichen werden. Zu diesem Zweck sind die Waagen in jeder Dekade einmal durch Angestellte des Verbrauchsteueraufsichtsdienstes in unbelastetem Zustand auszuräumen. Dazu sind zunächst sämtliche Gewichte aus dem Gewichtskasten zu entfernen. Dann ist zu prüfen, ob die Waagen sich in Gleichgewichtslage befinden. Dabei ist darauf zu achten, daß nach der Herausnahme der Gewichte alle Teile des Gewichtskastens wieder angebracht worden sind. Eine etwaige Neigung der Lastenschale ist durch Auflagen von Tariergewichten auszugleichen. Die Tariergewichte sind mit dem Buchstaben „T“ in roter Farbe zu kennzeichnen und werden zusammen mit den übrigen zum Verwiegen der Rüben bestimmten Gewichten im Gewichtskasten untergebracht.

Die Gewichtsstücke im Ausgleichskasten unterhalb des Gewichtskastens bleiben beim Austarieren unverändert.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß die Tariergewichte nicht als „Gutgewichte“ im Sinne des Erlasses des früheren Reichsministers der Finanzen vom 25. November 1940 V 4120-10 II anzusehen sind. Die Auflage von „Gutgewichten“ als Ausgleich für das den Rüben anhaftende Wasser und den den Rüben anhaftenden Schmutz ist auch jetzt verboten.

Nach erfolgtem Austarieren sind die Waagen durch Kontrollwägungen in belastetem Zustand weiter zu prüfen.

Dazu ist zunächst der Feststellhebel zu betätigen und nach Anzeige des Gewichts am Zählwerk der Übergewichtshebel auszuhaken. Die Anzeige des Übergewichtszählwerks wird durch Belastung der Gewichtsschale mit geeichten Gewichtsstücken nachgeprüft.

Ergeben sich bei den Kontrollwägungen mit voller Last Unterschiede, die über die zulässigen Verkehrsfehlergrenzen hinausgehen, oder treten sonst Zweifel an der Richtigkeit der Gewichtsanzeige auf, so ist eine Prüfung durch das zuständige Eichamt zu veranlassen.

Die Verkehrsfehlergrenzen sind durch Rundverfügung der DZFD Nr. 148/50 in teilweiser Abweichung von den Bestimmungen der Rundverfügung Nr. 123/50 gesondert mitgeteilt worden.

Das Nachwiegen der Rüben auf Dezimalwaagen ist nicht angeordnet worden, da derartige Wägungen auch nach Ansicht des Deutschen Amts für Maß und Gewicht nicht zu zuverlässigen Ergebnissen führen.

Die Durchführung der Waageprüfungen darf nicht zu Betriebsstörungen führen. Es sind deshalb die Prüfungen mit den Betriebsleitungen unter Hinzuziehung der Betriebsgewerkschaftsleitungen im voraus festzulegen und durch die Betriebsleitungen entsprechend vorzubereiten. Den Prüfungen selbst soll ein Vertreter der Betriebsleitung beiwohnen. Zur Leistung der erforderlichen Hilfsdienste ist der Betrieb gemäß § 194 Abs. 1 Abgabenordnung verpflichtet.

Als weitere wichtige Überwachungsmaßnahme ist durch die Rundverfügung Nr. 123/50 die zollamtliche Verschließung der Gewichtskästen der Rübenwaagen angeordnet worden. Diese Maßnahme kann zwar unredliche Machenschaften nicht völlig ausschließen, sie ist jedoch geeignet, diese erheblich zu erschweren. Insbesondere soll eine unbefugte Veränderung der Tariergewichte und das Auflagen weiterer Gewichte verhindert werden. Zugleich aber soll sie den Zuckerfabriken den Nachweis ermöglichen, daß nur die zulässigen Tariergewichte aufgelegt worden sind.

Die Zollverschlüsse sind derart anzulegen, daß ohne ihre Verletzung die Gewichtskästen nicht geöffnet werden können.

Um die Ergebnisse der Waageprüfung für die Ausbeuteberechnung sowie auch für betriebliche Zwecke sicherzustellen, sind über die Prüfungen fortlaufende Anschreibungen nach vorgeschriebenem Muster angeordnet worden. Die Anschreibelisten sind jeweils für ein Betriebsjahr zu führen und werden Beleg zu den Betriebsbüchern der Zuckerfabriken (§ 29 Zuckersteuereinführungsbestimmungen). Besonders zu beachten ist, daß jeder Befund in der Anschreibelliste nicht nur vom Angestellten des Verbrauchsteueraufsichtsdienstes, sondern auch von der Betriebsleitung zu unterzeichnen ist.

Die Anschreibelliste enthält im einzelnen Angaben über Tag und Stunde der Prüfung, Stand des Zählwerks bei Beginn der Prüfung, im Gewichtskasten vorgefundene Tariergewichte, zur Erzielung der Gleichgewichtslage zugesetzte oder entfernte Tariergewichte, Anzahl der Leerkippungen bei der Tarierung, Stand des Zählwerks nach der Tarierung. Für die Kontrollwägungen mit voller Last sind festzuhalten die Anzeige des Zählwerks nach jeder Kippung und die aufgelegten Gewichte zur Nachprüfung des angezeigten Übergewichts. Schließlich ist jeweils der Befund der vorgefundene Zollplomben sowie die Zahl der nach beendeter Prüfung wieder angelegten Zollplomben zu vermerken.

Die ordnungsgemäße Durchführung der vorgeschriebenen Waageprüfungen und die sorgfältige Aufzeichnung ihrer Ergebnisse ist für die jährlich vorzunehmende Ausbeuteberechnung, die ihrerseits wieder eins der wichtigsten Hilfsmittel der Steuerkontrolle darstellt, von besonderer Bedeutung. Bildet doch das Gewicht der verarbeiteten Rüben neben den im Laboratorium zu ermittelnden Werten die Grundlage der Ausbeuteberechnung. Es muß deshalb erwartet werden, daß alle beteiligten Organe der Verbrauchsteuerkontrolle den Waageprüfungen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Bei der großen Bedeutung der Kampagne für das Zuckersteueraufkommen eines ganzen Jahres braucht wohl kaum darauf hingewiesen zu werden, daß die Leiter der HZA ebenso wie die Fachreferenten der LFDen verpflichtet sind, während der Kampagne und nach Möglichkeit schon in den ersten Wochen der Kampagne in den Zuckerfabriken selbst die einheitliche und ordnungsgemäße Ausübung der Steuerkontrolle und die Zweckmäßigkeit der im einzelnen getroffenen Überwachungsmaßnahmen zu prüfen und ggf. weitere Anordnungen zur Verbesserung der Kontrolle an Ort und Stelle zu treffen.

BANKEN und VERSICHERUNGEN**Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs**

Von Dr. Hans Loch, stellv. Ministerpräsident und Minister der Finanzen*)

So sehr wir bemüht sind, die störenden Schranken zu beseitigen, die zwischen unserer Republik und den westdeutschen Ländern noch immer aufgerichtet sind, so müssen wir doch andererseits den gegebenen Tatsachen Rechnung tragen. Gerade die Währungsmaßnahmen, die von westdeutscher Seite und von den westlichen Besatzungsmächten getroffen worden sind, richten sich sehr scharf gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die Währungsreform des Westens war ein Kampfmittel gegen die Einheit Deutschlands. Unsere Republik kann diesen Maßnahmen nicht untätig zusehen, sondern sie muß zur Erhaltung ihrer Währung und zur Sicherung des Warenverkehrs gewisse Gegenmaßnahmen treffen, die uns durch die feindseligen Akte des Westens aufgezwungen worden sind.

Durch die Kursmanipulationen des Westens dürfen keinesfalls die Bürger unserer Republik benachteiligt werden. Was auf diesem Gebiet für das Bargeld gilt, ist in gleichem Maße auch für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu sagen. Die Volkskammer hat durch die Annahme des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels bereits wertvolle Arbeit geleistet, um den Handel nicht durch die Kursspekulationen des Westens bedrohen zu lassen.

Das nunmehr der Volkskammer vorliegende Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs ist nicht auf den bloßen Handelsverkehr abgestellt, sondern es wird jeder bargeldlose Zahlungsverkehr erfaßt und bestimmten Regeln unterworfen. Schon seit dem Zusammenbruch 1945 gibt es keinen normalen Transfer zwischen den westlichen Besatzungszonen und uns. Andererseits müssen aber Möglichkeiten gegeben werden, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, und hier sieht das neue Gesetz vor, daß Zahlungen an Gläubiger außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik auf ein Kreditinstitut geleistet werden, das ein Konto für den Zahlungsempfänger führt. Besteht dieses Konto

nicht, so tritt die Deutsche Notenbank als Kreditinstitut ein. Das wesentliche ist, daß diese Zahlungen den Schuldner tatsächlich entlasten. Sie müssen also die gleiche Rechtswirkung haben, wie sie eine unmittelbare Zahlung an den Gläubiger haben würde. Nicht berührt hiervon werden die Forderungen von Kreditinstituten der Westzonen und ebenso die Lohn- und Gehaltsforderungen der sogenannten Grenzgänger.

Einer besonderen Regelung bedarf die Frage, wie die Gläubiger über die so entstandenen Guthaben verfügen können. Das Ministerium der Finanzen soll ermächtigt werden, besondere Richtlinien darüber herauszugeben. Entstehen die neuen Zahlungsverpflichtungen durch Warenlieferungen, so ist das Ministerium für innerdeutschen Handel und Außenhandel dafür zuständig. In allen anderen Fällen wird das Ministerium der Finanzen die Rechtsgeschäfte zu genehmigen haben.

Das alles gilt für Verpflichtungen gegenüber Angehörigen der Westzonen. Haben diese selbst Verpflichtungen gegen Bürger unserer Republik, so sind diese ebenfalls bei der Deutschen Notenbank anzumelden, die dann beanspruchen kann, daß diese Forderungen auf sie übertragen werden. Die Forderungen gegen Westschuldner werden also einer Bewirtschaftung unterworfen, wie wir sie ja aus anderen Währungsverhältnissen kennen. Daß auch hierbei die Grenzgänger auscheiden, ist ohne weiteres verständlich.

Das Gesetz über innerdeutschen Zahlungsverkehr ist entstanden aus der Notwendigkeit, uns gegen die künstlich geschaffenen Schwierigkeiten der Kursrelationen zu schützen, auf der anderen Seite aber aus dem unbeirrbar Bemühen, die Einheit unseres deutschen Vaterlandes durch alle Stürme hindurch zu verteidigen und zur Wirklichkeit werden zu lassen.

*) Aus der Rede des Finanzministers vor der Volkskammer zur Begründung des Gesetzes über den innerdeutschen Zahlungsverkehr.

Ausgleich statt Rückversicherung

Von Werner Arnold

Die Versicherung bedarf zum Ausgleich einer möglichst großen Anzahl verschiedenartiger Wagnisse, weil der Beitrag, der erbracht wird, nur einen sehr kleinen Teil der Versicherungssumme darstellt. Mit dem Steigen der Größe der Ausgleichsmöglichkeiten steigt die Leistungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens.

Um die Ausgleichsmöglichkeit auf die notwendige Größe zu bringen, bedient man sich in der kapitalistischen Versicherungswirtschaft der Rückversicherung. Diese Form ist besonders bei dem konkurrenzwirtschaftlichen System der kapitalistischen Wirtschaft notwendig, weil beliebig viel Versicherungsunternehmen nebeneinander und gegeneinander arbeiten.

Es ist selbstverständlich, daß in der kapitalistischen

Versicherungswirtschaft, wo das Profitstreben der Versicherer an erster Stelle steht, die Rückversicherung entsprechende Modulationen und entsprechenden Charakter trägt und daß die fachlichen Formen dieser Versicherungsart oder dieser Ausgleichsform den entsprechenden Aufbau haben, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Rückversicherung ein recht einträgliches Geschäft in der kapitalistischen Wirtschaft darstellt. Zum Beispiel erzielten die privatkapitalistischen Rückversicherungsunternehmen in Deutschland, soweit erfaßt, in den Jahren 1930 bis 1940 133 Millionen RM Überschüsse, die fast ausschließlich den Aktionären in Form von Dividenden und Einzahlung auf das Grundkapital zufließen. Außerdem ist es interessant, die Identität

tät der Personen, die einerseits am Dividendenertrag der Erstversicherung, wie Rückversicherung und andererseits an der Industrie beteiligt sind, festzustellen. Weiterhin ist wichtig, festzustellen, daß mit Hilfe des Austausches von Aktienpaketen und der 25prozentigen Einzahlung auf das Aktienkapital und weiterer kapitalistischer Finanzmethoden eine Verschleierung der einzelnen Personenkreise bzw. einzelnen Personen besonders durch die Rückversicherung eintrat, die in ihrer Gesamtheit nicht den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes unterworfen waren.

Die Entwicklung der Rückversicherung nach 1945

Während man in Westdeutschland den Zusammenbruch der deutschen Versicherungswirtschaft durch Palliativmitteln zu reparieren versuchte und immer mehr in den Sumpf des faulenden Kapitalismus verfällt, begann 1945 in der Deutschen Demokratischen Republik der Neuaufbau des Versicherungswesens, bei dem die werktätigen Menschen das tragende Element bilden.

Die neu gegründeten volkseigenen Landesversicherungsanstalten, die auf regionaler Basis arbeiten, schlossen zum Zwecke des erhöhten Ausgleiches Rückversicherungsverträge unter Bildung einer Rückversicherungsgemeinschaft. Es ist verständlich, daß zunächst auf Grund fehlender besserer Methoden die Rückversicherung die überlieferte fachliche Form annahm, so daß für die einzelnen von den Landesversicherungsanstalten betriebenen Versicherungszweige unterschiedliche Rückversicherungsverträge bestehen, die sowohl in ihrer Gesamtstruktur als auch in ihren Details die alten überlieferten Formen zeigen. Es wurden Quoten-, Quotenexzedenten- und Schadenexzedentenverträge mit einer erheblichen Mischung der einzelnen Grundvertragstypen angewendet. Für die zentrale Erledigung der Rückversicherungsverbindungen wurde eine Verteilungsstelle der Rückversicherungsgemeinschaft geschaffen, an der jetzt auch die Vereinigte Versicherungsanstalt von Groß-Berlin beteiligt ist. Außerdem besteht bei jeder Landesversicherungsanstalt eine Rückversicherungsabteilung.

Neben den aufgeführten obligatorischen Rückversicherungen besteht auch noch die Möglichkeit der fakultativen Abdeckung. Insgesamt gesehen sind die Rückversicherungsverbindungen kompliziert und unübersichtlich und verursachen eine beachtliche unnütze Verwaltungsarbeit.

Die Mängel

Die Mängel der derzeitigen Rückversicherungsverbindungen sind mannigfaltigster Art. Durch die überlieferte Vertragsform mit Maxima, Provision, Staffelp provision und Rücklauf usw. wird nicht der Ausgleich erzielt, der im Interesse der volkseigenen Versicherung erforderlich ist. Dadurch ergibt sich zwangsläufig die Tatsache, daß durch die verschiedene Größe der Eigenbehalte die kleineren Anstalten, bei denen das Beitragsaufkommen gering ist, im Verhältnis zu den größeren Anstalten, bei denen das Beitragsaufkommen höher ist, einer relativ höheren Belastung unterliegen, weil die Schwere des rückgedeckten Risikos mit der steigenden Größe der Eigenbehalte wächst. Außerdem erfolgt eine zu starre Trennung der Versicherungssparten untereinander. Auch ist die Breitenbasis für Groß- und kumulierte Risiken in bezug auf Raum und Zeit zu eng begrenzt.

Abgesehen hiervon ist die Verwaltungsarbeit für die Rückversicherung, die sowohl in der Verteilungsstelle wie bei den einzelnen Rückversicherungsabteilungen und den einzelnen fachtechnischen Abteilungen der Landesversicherungsanstalten entsteht, im Verhältnis zu dem erzielten Nutzen, der ohnehin sehr fraglich ist, zu groß. Sie läßt sich zweifellos bei Anwendung der richtigen Form auf ein Minimum zusammendrängen, zumal, wenn man berücksichtigt, daß sämtliche Landesversicherungsanstalten und auch die Berliner Anstalt volkseigene Unternehmungen sind. Zu beachten ist ferner, daß auf Grund der verschiedensten Umstände in den einzelnen Versicherungszweigen und in den einzelnen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik unterschiedliche Schadenquoten vorhanden sind und auch in Zukunft vorhanden sein werden. Durch diese unterschiedliche Belastung der einzelnen Anstalten in den einzelnen Sparten wie auch in der Sachversicherung insgesamt, ist bei der derzeitigen Rückversicherung keine Voraussetzung für eine einheitliche Beitragsgestaltung für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sowie von Groß-Berlin gegeben. Die einheitliche Beitragsgestaltung aber ist unbedingt erforderlich, um die Einheitlichkeit auf dem Gebiete des Versicherungswesens herstellen zu können und die Verwaltungsarbeit in allen Betrieben und den volkseigenen Versicherungsanstalten wesentlich zu vereinfachen. Damit ist die Neuordnung der Rückversicherung eine der Voraussetzungen für die fortschrittliche Neugestaltung des Versicherungswesens überhaupt.

Das Ziel der Neuordnung

Das Ziel der Neuordnung der Rückversicherung ist die Erreichung des höchstmöglichen Ausgleiches unter gerechter Verteilung der durch Schadenereignisse eintretenden Belastungen in allen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik auf alle Landesversicherungsanstalten. Es ist mit den alten Methoden der Rückversicherung, die in der kapitalistischen Wirtschaftsform gewachsen sind, nicht zu erreichen. Die erforderliche neue Form des gesteigerten Risikoausgleiches ist nicht mehr mit dem überlieferten Begriff Rückversicherung zu bezeichnen, weil die einzelnen Merkmale entfallen, die diesen Begriff charakterisierten. Deshalb ist es zweckmäßig, von einem Gemeinschaftsausgleich zu sprechen.

Die Gestaltung dieses Ausgleiches muß unter der Perspektive erfolgen, daß die Voraussetzung für eine einheitliche Beitragsgestaltung im gesamten Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und in Groß-Berlin, die erforderliche größtmögliche Risikomischung und eine einwandfreie Vergleichsmöglichkeit der Ergebnisse der einzelnen Anstalten, insbesondere aber der Verwaltungskosten, erreicht wird. Außerdem muß der Fortfall sämtlicher mit der jetzigen Rückversicherung verbundenen Verwaltungsarbeiten, die sich auch auf die fachtechnischen Abteilungen ausdehnen, erreicht werden, einmal zum Zwecke der Senkung der Verwaltungskosten und zum anderen für das Freiwerden der in der Rückversicherung beschäftigten hochqualifizierten Kräfte für andere wichtigere Arbeiten.

Die anzustrebende Form des Ausgleiches

Selbstverständlich ist, daß man, wenn man derartige Dinge neu gestalten will, mit der entsprechenden fortschrittlichen Einstellung an die Lösung der Aufgaben

herangehen muß, da man sonst das Ziel nicht erkennen kann und die erforderlichen Details festzulegen nicht instande ist.

Wie aus dem Dargelegten hervorgeht, kann auch eine 100prozentige Rückversicherung nicht allen gestellten Anforderungen gerecht werden, aus welchem Grunde nur der Gemeinschaftsausgleich für Schadenzahlungen möglich ist.

Es wird also aus dem Gesamtjahresbeitrag und dem angefallenen Gesamtschaden des betreffenden Kalenderjahres (Beitrag und Schaden aller Anstalten) die Durchschnittsschadenquote für die einzelne Sparte ermittelt. Nachdem für jede Anstalt derjenige Schadenbetrag ermittelt ist, den sie bei Zugrundelegung der Durchschnittsschadenquote hätte auswerfen müssen, wird die Differenz zwischen dem tatsächlich angefallenen Schaden und dem errechneten Durchschnittsschaden zwischen den einzelnen Anstalten dergestalt ausgeglichen, daß die Anstalten mit günstigerem Schadenverlauf den ungünstigeren Schadenverlauf der anderen Anstalten mittragen. Auszugehen ist in jedem Falle von dem in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Beitrag und Schaden. Einsparungen und Mehraufwendungen aus Schadenrückstellungen der Vorjahre sind bei der Abrechnung zu berücksichtigen.

Etwaige Einwendungen dahingehend, daß man die einzelne Anstalt nach der jeweiligen Differenz, d. h. je nachdem, ob Überschaden oder Unterschaden im Verhältnis zum Durchschnittsschaden aller Anstalten vorliegt, positiv oder negativ mit einem Prozentsatz als Vorwegquote beteiligen sollte, sind aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abzulehnen. Eine derartige Beteiligung wäre zweifellos als kapitalistische Gewinnbeteiligung zu betrachten und würde das Festhalten an einer Form bedeuten, die in der volkseigenen Versicherungswirtschaft keinerlei Berechtigung hat und der von uns erstrebten Bewußtseinsänderung entgegensteht.

Eine Katastrophenversicherung dergestalt einzubauen, daß, wenn die Durchschnittsschadenquote einer Versicherungssparte über 100% bzw. bei Berücksichtigung der Verwaltungskosten 80 bis 85% beträgt, der diese Quote übersteigende Betrag auf alle Anstalten im Verhältnis zu ihrer Gesamtbetragsaufnahme umgelegt wird, ist nicht notwendig, weil innerhalb der einzelnen Landesversicherungsanstalten ein derartiger Ausgleich bereits durch eine entsprechende Festlegung im Rah-

men der Rechnungslegungsvorschriften für das Versicherungswesen erfolgt.

Für die Lebensversicherung ist sowohl der Abschluß eines Rückversicherungsvertrages als auch die Notwendigkeit eines Ausgleiches zwischen den Landesversicherungsanstalten nicht gegeben.

Vorteile einer derartigen Regelung

Eine derartige Regelung ergibt zwangsläufig, daß die Verwaltungsarbeiten von etwa 200 000 Arbeitsstunden auf 20 Arbeitsstunden im Jahre herabgedrückt werden. Sie schafft die Voraussetzung für eine einheitliche Beitragsgestaltung und bietet die überhaupt größtmögliche Risikomischung, denn an jedem Wagnis tragen die Landesversicherungsanstalten gemeinsam im Verhältnis der Größe ihres Beitragsaufkommens. Diese Regelung führt des weiteren dazu, die Leistungsfähigkeit und die Stabilität der Landesversicherungsanstalten wesentlich zu steigern und drosselt etwa noch vorhandene landes- bzw. anstaltsegoistische Interessen. Sie schafft vor allen Dingen die Voraussetzung für eine einwandfreie Vergleichsmöglichkeit der einzelnen Anstalten (Ergebnisse der einzelnen Landesversicherungsanstalten und insbesondere der Verwaltungskosten) und ist in ihrer Gesamtheit eine gerechte Verteilung der Lasten. Besonders auch für die Finanzplanung im Rahmen der volkseigenen Versicherungswirtschaft ist die Schaffung eines Ausgleiches wichtig, weil sich die Basis vergrößert, die Schwankungen des Jahresbedarfes ausgeglichener werden und infolgedessen eine größere Genauigkeit für die jährliche Schadenwahrscheinlichkeitsrechnung gegeben ist.

Die Form des aufgezeigten Ausgleiches ist die Grundlage für ein einheitliches zentralisiertes System der volkseigenen Versicherungswirtschaft, welche letztere für Millionen Risiken Versicherungsschutz gegen Naturkatastrophen und andere Schadenereignisse bietet. Durch den Ausgleich erhält die volkseigene Versicherungswirtschaft eine gewaltige Stabilität, die es ihr gestattet, größte Risiken zu übernehmen.

Die Abschaffung der Rückversicherung und die Schaffung eines Ausgleiches unter Abkehr von alten fachlichen Formen ist ein wesentlicher Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Die Schaffung des Ausgleiches bedeutet ferner eine erhebliche Verwaltungskosteneinsparung und ist somit ein erster Beitrag des Versicherungswesens für den Fünfjahresplan.

FRAGEN aus dem Leserkreis

Wie sind Verträge aus der Zeit vor der Währungsreform zu erfüllen?

Frage: Wie werden Verpflichtungen aus vor der Währungsreform eingegangenen Schuldverhältnissen behandelt, wie erfolgt insbesondere die Abwicklung von Anzahlungen und Vorauszahlungen? Sind z. B. auch Legate, die in bestimmter Höhe für Gräberpflege ausgesetzt worden sind, dahingehend abgewertet, daß die Gräberverwaltung die übernommene Verpflichtung von einer Nachzahlung abhängig machen kann?

Antwort: Gemäß Ziffer 18 der Verordnung über die Währungsreform bleiben die innerdeutschen Schuld- und Vertragsverpflichtungen, die vor der Durchführung der Währungsreform entstanden sind, unverändert und unter-

liegen nicht der Umwertung. Ausgenommen von dieser generellen Regelung sind die unter a) bis c) der Ziffer 18 aufgeführten Verbindlichkeiten, für die Sonderregelungen vorgeschrieben sind (Kredite, welche den Bauernhöfen auf Grund der Bodenreform gewährt wurden, Versicherungspolice, hinterlegte Beträge, die sich bei öffentlichen Verwaltungen usw. befinden). Alle Reichsmarkverbindlichkeiten aus vor der Währungsreform entstandenen Schuldverhältnissen sind also im vollen Nennbetrag im Verhältnis 1:1 in neuer Währung zu tilgen. Der Schuldner aus Verträgen hat seine Reichsmarkschuld im vollen Nennbetrag in neuer Währung an den Gläubiger zu erfüllen, auch wenn die Gegenleistung des Gläubigers bereits vor der Währungsreform erfolgt war. Ebenso hat der Hersteller eines bestellten Werkes oder der zu einer Dienstleistung Verpflichtete die Vergütung auch für den

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

Teil seiner Leistungen, der vor der Währungsreform erfüllt ist, ohne Umwertung zu beanspruchen.

Nur wenn die vor der Durchführung der Währungsreform fällig gewordene Reichsmarkverbindlichkeit von dem Schuldner „durch Verschulden des Gläubigers“ nicht erfüllt werden konnte, ist kraft besonderer Vorschrift die Schuldverpflichtung im Verhältnis von 10:1 umzuwerten. (Vergl. Deutsche Finanzwirtschaft 15/49 S. 531.)

Daraus ergibt sich auch die nicht besonders geregelte Behandlung von Vorauszahlungen und Anzahlungen. Sowohl vereinbarte Vorauszahlungen als auch Anzahlungen sind in voller Höhe als Schuldentilgung anzusehen. Hat also ein Schuldner vor dem Tage der Währungsreform Vorauszahlungen oder Anzahlungen geleistet, so ist seine Verbindlichkeit in der geleisteten Höhe erloschen. Der Gläubiger hat in den Fällen, in denen die geleistete Vorauszahlung der vollen Höhe der vereinbarten Vergütung entspricht, die ihm obliegende Leistung vertragsgemäß zu erfüllen, ohne noch einen Anspruch auf eine weitere Gegenleistung zu besitzen. Im Falle einer vom Schuldner geleisteten Anzahlung ist der angezahlte Betrag im vollen Nennwert auf die endgültige Forderung anzurechnen. Ein Rücktrittsrecht vom Vertrag steht in diesen Fällen keineswegs dem Gläubiger zu.

Diese Regelung findet auf alle Vertragsverhältnisse Anwendung, die nach unserem jetzigen Rechtssystem zulässig abgeschlossen sind. Dazu gehören auch Legate für Gräberpflege oder sogen. Erbbegräbnispflegeverträge. Im Rahmen des Abschlusses dieser Verträge sind Anzahlungen oder oftmals Vorauszahlungen in voller Höhe für später nacheinander zu bewirkende Dienstleistungen vorgesehen, wie Pflege der Begräbnisstätte für eine Anzahl von Jahren, Anlage einer Dauerbepflanzung und übliche Pflege der Grabsteine. Auch hinsichtlich dieser Anzahlungen oder Vorauszahlungen gilt das oben Gesagte, daß der Gläubiger des Geldbetrages und Schuldner der Dienstleistung verpflichtet ist, die ihm obliegende Dienstleistung auch nach der Währungsreform vertragsgemäß zu erfüllen. Wie in Rechtslehre und Rechtspraxis herrschend und mit Recht stets ausgeführt ist, haben Billigkeitserwägungen im Rahmen der Währungsreform keinen Raum. Dem Charakter des Währungsrechts entspricht es nicht, Interessenabwägungen und Zumutbarkeitsüberlegungen vorzunehmen. Diese Gesetzgebung ist als öffentliches Recht starres Recht mit scharfen Schritten. Gerade die Aufwertungsgesetzgebung aus den Jahren um 1925 hat mit ihren verschiedenen Abwägungen und ihrer gesetzlichen Kasuistik gezeigt, daß sie trotzdem ins Uferlose führte und dann doch mit einem klaren Trennungsstrich abgeschlossen werden mußte. Auch für Legate gilt somit die grundsätzliche Vorschrift der Ziffer 18 in Verbindung mit der Regelung von Vorauszahlungen und Anzahlungen.

Es erhebt sich dabei weiter die Frage, wie zu entscheiden ist, wenn die Legate für Gräberpflege und Erbbegräbnispflegeverträge vor dem 9. Mai 1945 abgeschlossen und zu jener Zeit die Anzahlungen oder Vorauszahlungen geleistet worden sind.

Mit der Kapitulation ist auch das frühere deutsche Bankwesen zusammengebrochen. Kraft alliierter Gesetzgebung wurden Konten und Spareinlagen gesperrt. Die Währungsgesetzgebung sieht jedoch diese Beträge nicht als tot an, sondern wertet sie um, trifft weitere Bestimmungen über Ausgabe einer Anleihe für den verbleibenden Betrag oder läßt Auszahlungen nach besonderen gesetzlichen Bestimmungen zu, wie es neuestens durch das Gesetz über Erlaß von Schulden und Auszahlung von Guthaben an alte und arbeitsunfähige Bürger der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. September 1950 geschehen ist. Auch hier liegt der Fall hinsichtlich der Anzahlungen und Vorauszahlungen ebenso wie bei der Regelung der Währungsreform 1948, so daß Nachzahlungen von den Schuldnern der Dienstleistung nicht verlangt werden können. Es ist auch stets von der Rechtsprechung anerkannt, daß früher abgeschlossene Verträge nach wie vor ihre Gültigkeit haben, sofern sie nicht sittenwidrig sind oder gegen Treu und Glauben verstoßen.

Anwendung der Reisekosten-Verordnung

Frage: Nach der Reisekosten-Verordnung vom 1. Dezember 1949 und den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen sind Tagegelder für die Zeit der Abwesenheit vom Dienort zu gewähren und zwar bei einer Abwesenheit von 8–12 Stunden das halbe, über 12 Stunden das volle Tagegeld. Der Begriff der Abwesenheit vom Dienort wird bei den verschiedenen Dienststellen ganz unterschiedlich ausgelegt. Meine Dienststelle anerkennt als

abwesend vom Dienort z. B. nicht die Zeit von 0 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens mit der Begründung, daß hierfür doch Übernachtungsgeld gezahlt wird. Andere Dienststellen hingegen verfahren genau wie die frühere RTA und rechnen diese Nachtzeit mit, ohne Rücksicht auf etwa gezahltes Übernachtungsgeld. Bei der RTA wurden vergütet bei

Abreise vor 12 Uhr das volle Tagegeld
Abreise zwischen 12 und 16 Uhr . . . das halbe Tagegeld
Rückkehr zwischen 8 und 12 Uhr . . . das halbe Tagegeld
Rückkehr nach 12 Uhr das volle Tagegeld

Daneben findet sich in der Praxis noch ein dritter Abrechnungsmodus, nach dem die Stunden des einen Tages und die des folgenden zusammengerechnet werden.

In folgendem Fall ergeben sich nach den erwähnten drei Abrechnungsmethoden folgende drei verschiedene Ergebnisse:

Angenommen die Abreise erfolgt um 19 Uhr, die Rückkehr um 8.30 Uhr des folgenden Tages. Die Abwesenheit vom Dienort beträgt:

nach dem 1. Abrechnungsverfahren
7 1/2 Stunden (kein Tagegeld)
5 Stunden (19–24 Uhr) plus 2 1/2 Stunden (6–8.30 Uhr),

nach dem 2. Abrechnungsverfahren
Abfahrt nach 16 Uhr kein Tagegeld
Rückkehr nach 8 Uhr 1/2 Tagegeld

nach dem 3. Abrechnungsverfahren,
13 1/2 Stunden (volles Tagegeld).

Bei meiner Tätigkeit als Revisor stoße ich immer wieder auf diese drei Abrechnungsmethoden. Durch Rücksprache mit vielen Kollegen habe ich festgestellt, daß überall verschieden verfahren wird. Da die Reisekosten-VO aber für die gesamte volkseigene Wirtschaft und die Verwaltungen Gültigkeit hat, sind sicher Richtlinien über die zutreffende Ermittlung vorhanden.

Antwort: § 2 der Verordnung über Reisekostenvergütung, Trennungsentuschädigung und Umzugskostenvergütung vom 1. Dezember 1949 sieht ausdrücklich vor, daß für jeden Kalendertag Tagegeld bei Abwesenheit vom dienstlichen Wohnsitz oder Wohnort von mehr als 8–12 Stunden bzw. mehr als 12 Stunden zu gewähren ist. Der Kalendertag beginnt um 0.00 Uhr. Der Beschäftigte hat also Anspruch.

z. B. auf das ermäßigte Tagegeld, wenn er nach 8 Uhr, auf das volle Tagegeld, wenn er nach 12 Uhr

an seinen Dienst- bzw. Wohnort zurückkehrt.

Unabhängig vom Tagegeld ist beim Vorliegen der in der Verordnung geforderten Voraussetzungen Übernachtungsgeld zahlbar.

Erstreckt sich eine bis zu 24 Stunden dauernde Dienstreise auf zwei Kalendertage und wird ein Übernachten nicht erforderlich, so ist das Tagegeld so zu berechnen, als wenn die Dienstreise an einem Kalendertag ausgeführt worden wäre, sofern sich nicht durch eine getrennte Berechnung für die einzelnen Kalendertage eine höhere Vergütung ergibt (vgl. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Reisekostenvergütung usw. vom 7. März 1950 Abschnitt II zu § 2 (4)); z. B.:

am 1. Oktober 1950 Beginn d. Dienstreise 18 Uhr = 6 Std.
am 2. Oktober 1950 Beendigung d. Dienstreise 7 Uhr = 7 Std.
zusammen 13 Stunden, mithin volles Tagegeld (Voraussetzung: Übernachten war nicht erforderlich)
am 1. Oktober 1950 Beginn d. Dienstreise 15 Uhr = 9 Std.
am 2. Oktober 1950 Beendigung d. Dienstreise 13 Uhr = 13 Std.
mithin für den 1. Oktober 1950 = ermäßigtes Tagegeld,
" " 2. Oktober 1950 = volles Tagegeld.

**Buchung der Abschreibungen in der
Anlagenkartei**

Frage: Nach der 9. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe sind bei der Ermittlung der Abschreibungen die stillliegenden Anlagegegenstände mit 25 % Reserveanlagen mit 50 % der angegebenen Normalsätze abzuschreiben. Ebenfalls sind Nässe- und Schichtzuschläge je nach der Nutzung den Normalsätzen zuzuschlagen. Das bedingt, daß z. B. für einen Elektromotor je nach dem Standort sieben oder acht verschiedene Abschreibungssätze in Frage kommen können. Es ist nun bei uns die Frage aufgetaucht, ob man während des laufenden Jahres

bei Umstellungen von einem Betriebsteil in den anderen auch den Abschreibungssatz ändern muß oder ob es im Hinblick auf Arbeitersparnis gestattet ist, den Satz nur am Jahreschluß zu wechseln. Falls die monatliche Änderung notwendig ist, muß die Anlagenkartei auch jeden Monat mit den entsprechenden Abschreibungen belastet werden. Dies bedingt einen sehr großen Arbeitsaufwand, bei welchem nicht viel heraus kommt, da sich diese Fehler zum großen Teil kompensieren.

Antwort: Es erscheint uns nicht notwendig, die Abschreibung in der Anlagenkartei monatlich durchzuführen. Es dürfte genügen, wenn im Augenblick des Einsatzes eines Anlagegegenstandes an anderer Stelle als bisher die Abschreibung für den abgelaufenen Zeitraum durchgeführt wird und man im übrigen am Jahresende die Abschreibung für den Rest des Jahres vornimmt.

Bei dieser Gelegenheit machen wir Sie darauf aufmerksam, daß für solche Anlagegegenstände, die ihrer Natur nach zum Naßbetrieb gehören, wie Pumpen, chemische Bäder, Reinigungs- und Trockenanlagen, kein besonderer Naßzuschlag berechnet werden darf.

Aus dem Umsatzsteuerrecht Verzugszinsen

Frage: Gelten Verzugszinsbeträge, die im Falle der Überschreitung einer Zahlungsfrist für Lieferungen und Leistungen vereinnahmt werden, als steuerpflichtiges Entgelt im Sinne des Umsatzsteuergesetzes?

Antwort: Verzugszinsen, die wegen Überschreitung der Zahlungsfrist für Lieferungen und sonstige Leistungen vereinnahmt werden, sind umsatzsteuerlich als Teil des Entgelts für die Lieferung oder sonstige Leistung anzusehen. Diese Auslegung wird verständlich, wenn man den Verzugszinsen das Skonto gegenüberstellt. Es wird kein Lieferant auf den Gedanken kommen, die volle Rechnungssumme zu versteuern, wenn der Abnehmer einen Skontoabzug vornimmt. In diesem Fall unterliegt nur der um das Skonto verminderte, also der tatsächlich vereinnahmte Betrag, der Umsatzsteuer.

Der Begriff Großhandel

Frage: Gelten Lieferungen an Länder, Gemeinden, Parteien usw., insoweit sie nicht gewerblich tätig sind, stets als Lieferungen im Großhandel, selbst wenn eine vorherige Be- oder Verarbeitung der Gegenstände stattgefunden hat?

Antwort: Für die Anwendung der umsatzsteuerlichen Großhandelsvergünstigungen (Steuerfreiheit bzw. ermäßigter Steuersatz) müssen mehrere Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Der Unternehmer muß den Gegenstand erworben haben;
2. er muß ihn im Großhandel geliefert haben;
3. er darf ihn weder be- noch verarbeitet haben.
4. Die vorstehenden Voraussetzungen müssen buchnäßig nachgewiesen sein.
5. Wenn der Unternehmer Gegenstände auch im Einzelhandel umsetzt, dürfen im Vorjahr die Einzelhandelslieferungen nicht mehr als 75 % des Gesamtumsatzes betragen haben.

Die Lieferungen an Länder, Gemeinden, Parteien usw. sind den Lieferungen im Großhandel gleichgestellt. Durch eine solche Lieferung ist aber nur die unter 2. bezeichnete Voraussetzung erfüllt. Wird der Gegenstand vor der Weiterlieferung be- oder verarbeitet, so ist die Voraussetzung unter 3. nicht gegeben. Die umsatzsteuerliche Großhandelsvergünstigung darf also nicht angewandt werden.

Steuerschulden der früheren sequestrierten Betriebe

Frage: 1. Unterliegen die Einnahmen eines Betriebes, der 1946/48 laut Befehl Nr. 124 der SMAD enteignet worden ist, zur Zeit der treuhänderischen Verwaltung der Einkommen- oder Körperschaftsteuer?

2. Wer ist Steuerschuldner für etwaige Steuerrückstände, die zur Zeit der Sequestrierung entstanden sind?

Antwort: Zu Frage 1: Der Betrieb ist körperschaftsteuerpflichtig. Dies folgt aus § 15 der Richtlinien zum Kontrollratsgesetz Nr. 12. Für die Zeit der Dauer der treuhänderischen Verwaltung ist für die Zwecke der Besteuerung der Betrieb als Zweckvermögen zu behandeln.

Zu Frage 2: Diese Frage ist von großer Aktualität. Sie steht mit der Frage, wer für Steuerschulden sequestrierter Betriebe zu haften hat, in Zusammenhang. Die größten Schwierigkeiten auf diesem Gebiet liegen bei der Frage der Behandlung alter Steuerrückstände, d. h. von Rückständen aus der Zeit vor der Sequestrierung. Unstreitig steht die hier angeschnittene Frage mit der der Behandlung von Steuerschulden während der Zeit der Sequestrierung in Zusammenhang.

Für Betriebssteuern, d. h. also hauptsächlich Umsatz- und Gewerbesteuern, wird in erster Linie der Betrieb haftbar zu machen sein.

Fraglich kann die Haftung für personelle Steuern, d. h. für die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer sein. Gegenüber dem Finanzamt kann unter Umständen noch der alte Steuerpflichtige auch während der Zeit der Sequestrierung als Steuerpflichtiger anzusprechen sein, da der Treuhänder lediglich vorübergehend eingesetzt wurde und eine Rückübertragung an den Eigentümer durchaus erfolgen konnte. Gesetzliche Regelungen, die diese Frage behandeln, bleiben abzuwarten.

Berichtigung

In dem Artikel „Versicherungswirtschaft so und so!“ in Nr. 23/24 der DFW sind im 2. Teil des letzten Absatzes einige Zeilen ausgefallen. Der Passus muß richtig lauten:

„Zu erwähnen ist noch, daß der Versicherungsschutz trotz dieser günstigen Beitragsgestaltung verschiedentlich verbessert wurde. Daß die genannten Beitragsnachlässe bei der ständigen Verkehrszunahme — bedingt durch den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik — auch für 1950 beibehalten werden konnten, daß sich weiterhin auch bei anderen Versicherungszweigen, z. B. bei der allgemeinen Haftpflichtversicherung, ein ähnliches Bild ergibt, beweist die gesunde und günstige Entwicklung auch der Versicherungswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, beweist letztlich die Überlegenheit unserer demokratischen Wirtschaftsordnung über das kapitalistische Wirtschaftssystem im Westen Deutschlands.“

NACHRICHTEN

Pfennigbeträge können aufgerundet werden

Mit Beginn des neuen Jahres können nach der Preisverordnung Nr. 122 vom 14. Dezember 1950 des Ministeriums der Finanzen die Warenpreise im Einzelhandel, die Preise für Nahrungs- und Genussmittel ausgenommen, auf- und abgerundet werden. Der ambulante Handel ist dabei preisrechtlich dem Einzelhandel gleichgestellt. Das bedeutet eine wesentliche Erleichterung des Zahlungsverkehrs.

Generell darf bei den Preisen über DM 10,— je Verkaufseinheit auf volle 10 Pfg. aufgerundet werden, wenn die Einerstelle über 5 Pfg. liegt.

Wer von der Aufrundung Gebrauch macht, muß dann aber auch eine entsprechende Abrundung vornehmen, wenn die Einerstelle unter 5 Pfg. liegt.

Preisvorschriften, die eine andere Regelung bezüglich der Auf- und Abrundung vorsehen, bleiben hiervon unberührt.

Die Steuerschraube im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Am 3. Januar d. Js. gab Präsident Truman in seinem alljährlichen Bericht den Etatvoranschlag für das laufende Finanzjahr bekannt. Der Voranschlag für dieses Jahr sieht Ausgaben in Höhe von rund 75 Mrd. Dollar vor. Die Konzentrierung aller Kräfte für die Finanzierung der Kriegsrüstung zeigt sich darin, daß $\frac{2}{3}$ des Betrages zum Ausbau der amerikanischen Streitkräfte bestimmt sind.

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 : Heft 1/2

Zur gleichen Zeit aber gab das Weiße Haus allgemeine Steuererhöhungen bekannt. Dazu bemerkte der Pressechef Präsident Trumans lakonisch: „Ein Steuerprogramm auf erweiterter Basis zur Finanzierung der ungeheuren Aufrüstung ist für das Jahr 1951 unvermeidlich.“ Durch ein neues Steuergesetz, dem der Konferenzausschuß des amerikanischen Kongresses bereits zugestimmt hat, wird das Steueraufkommen der Vereinigten Staaten auf seinen bisherigen Höchststand von 45 Mrd. Dollar (= 189 Mrd. DM) gebracht werden.

Zugleich macht sich aber auch ein inflationistischer Druck bemerkbar. Schon jetzt bereiten amerikanische Wirtschaftler die Öffentlichkeit auf eine weitere Verringerung der Kaufkraft des Dollars vor. Das nominelle Nationaleinkommen, das bereits jetzt eine Rekordhöhe von über 240 Mrd. Dollar aufweist, wird nach Ansicht des Bundesreserveamtes in den nächsten 12 Monaten um weitere 25 Mrd. Dollar ansteigen. Die dadurch künstlich hervorgerufene größere Kaufkraft, der keine entsprechende Produktion an zivilen Verbrauchsgütern gegenübersteht, wird, wie man zuzugeben gezwungen ist, einen ungewöhnlichen starken Preisauftrieb ausüben.

Preissenkung in Polen Erfolg der sozialistischen Wirtschaft

Auf Beschluß des polnischen Ministerrats wurden mit Beginn dieses Jahres die Preise für eine große Anzahl Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs bedeutend herabgesetzt. Schweinefleisch und Wurstwaren wurden um 10% billiger, Lederwaren 13%, Schuhwerk bis 20%, elektrotechnische Erzeugnisse 10%, einige Metallwaren 30%, Fensterglas 37%. Für Maschinen, elektrische Apparate und Transformatoren sanken die Preise um 25%, für Lastwagen, Anhänger, Traktoren, Motore und elektrische Pumpen um 15%.

Eine wesentliche Voraussetzung für diese Preissenkung war die Umstellung des Zloty auf Goldbasis und die damit erfolgte Reform des polnischen Geldwesens. Hierdurch wurde die Voraussetzung für eine volle Preisstabilisierung geschaffen und die systematische Kostensenkung ermöglicht.

Diese Preissenkung ist ein Erfolg des sozialistischen Aufbaus der Volksrepublik Polen, ermöglicht durch den Kampf um die Erhöhung der Produktion und die Senkung der Selbstkosten. Im Verlauf des Sechsjahrplanes werden weitere Preissenkungen folgen, die zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen werden.

Frankreich vor neuer Inflation

Nach dem Wochenausweis der Bank von Frankreich ist eine Erhöhung des französischen Notenumlaufs um 14 Milliarden Francs zu verzeichnen. Mit 1523 Milliarden Francs hat der gesamte Notenumlauf eine neue Rekordhöhe erreicht. Damit hat die Wirtschaftskrise die Gefahr einer Inflation wesentlich verschärft.

Versicherungsprämien bringen es an den Tag Verlustreiches Korea-Geschäft

Die in Karlsruhe erscheinende Zeitschrift „Versicherungswirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Rubrik „Auslandsnachrichten“ folgende Meldung:

„Aus einem Bericht von ‚Editor & Publisher‘ erfährt man, daß die großen amerikanischen Nachrichtenagenturen und Zeitungen für ihre Berichterstatter und Photographen im Kampfgebiet von Korea Todesfall- und Krankenversicherungen abgeschlossen haben, die in vielen Fällen zugunsten der Berechtigten über Dollar 25 000,- lauten. Die Prämien werden in der Veröffentlichung als ‚außerordentlich hoch‘ bezeichnet. Trotzdem haben Lloyds, London, die Prämien für die Reporter der United Press Association um 100 Prozent erhöhen müssen, als bekannt wurde, daß bereits acht Berichterstatter gefallen waren. Bei den nach Korea entsandten Journalisten handelt es sich fast durchweg um Männer mit Fronterfahrung. Es ist schließlich nicht uninteressant, zu vernehmen, daß wegen der großen Verluste die derzeitigen Prämienätze doppelt so hoch sind wie am Ende des letzten Weltkrieges.“

Hoffentlich ist auch diese Notiz deutschen Lesern eine ernste Mahnung, im Kampf um den Frieden nicht nachzulassen.

GESETZE · VERORDNUNGEN · ANORDNUNGEN

Gesetzblatt Nr. 131

Preisverordnung Nr. 117.

Verordnung über Preise für tierische Rohstoffe.
Vom 2. November 1950

Gesetzblatt Nr. 132

Anweisung
über die Abnahme von Schlachtvieh aus der
Pflichtablieferung und aus dem Aufkauf.
Vom 7. November 1950

Gesetzblatt Nr. 133

Durchführungsverordnung
zu der Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen
demokratischen Kultur des deutschen Volkes.
(Schaffung einer Zentralstelle für wissenschaftliche
Literatur)
Vom 16. November 1950

Gesetzblatt Nr. 135

Durchführungsverordnung
zu der Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen
Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung
der Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen
Intelligenz
(Richtlinien für die Bewilligung von Personalspensionen).
Vom 23. November 1950

Gesetzblatt Nr. 136

Verordnung
über die Umwandlung des Leipziger Messeamtes in einen
volkseigenen Betrieb — Anstalt des öffentlichen Rechts —.
Vom 30. November 1950

Zweihundzwanzigste Durchführungsbestimmung
zur Steuerreformverordnung (Kraftfahrzeugsteuer).
Vom 24. November 1950

Preisverordnung Nr. 113

Verordnung über die Ergänzung und Änderung der Preis-
verordnung Nr. 108 über die Festsetzung der Preise für
Tabakerzeugnisse.
Vom 23. November 1950

Preisverordnung Nr. 120.

Verordnung über die Änderung des Höchstpreises
für Tabakstaub.
Vom 17. November 1950

Gesetzblatt Nr. 138

Preisverordnung Nr. 121.
Verordnung über die Festsetzung von Preisen
für Trenn-Emulsion.
Vom 27. November 1950

Gesetzblatt Nr. 139

Erste Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über den durch den Volkswirtschaftsplan
1950 vorgeschriebenen Plan für die Investitionen und
Generalreparaturen
(Abführung von Abschreibungen und Ausreichung
von Investitionsmitteln).
Vom 5. Dezember 1950

Zweite Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über den durch den Volkswirtschaftsplan
1950 vorgeschriebenen Plan für die Investitionen und
Generalreparaturen
(Abrechnung im Planjahr 1950 ausgereicherter Mittel für
Generalreparaturen und Kleininvestitionen).
Vom 6. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 140

Verordnung

über die Zahlung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung der Finanzämter.
Vom 14. Dezember 1950

Verordnung

über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen.
Vom 14. Dezember 1950

Verordnung

über die Auflösung der Deutschen Düngemittelzentrale GmbH. und ihre Überführung in die Deutsche Handelszentrale Chemie, Anstalt des öffentlichen Rechts.
Vom 14. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 142

Gesetz

zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs.
Vom 15. Dezember 1950

Gesetz

zum Schutz des zur Anfertigung von Banknoten der Deutschen Notenbank verwendeten Papiers.
Vom 15. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 144

Verordnung

über die Neuorganisation der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe und ihrer Vereinigungen.
Vom 14. Dezember 1950

Dritte Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Erhöhung der Renten.
Vom 6. Dezember 1950

Erste Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Neuorganisation der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe und ihrer Vereinigungen.
Vom 15. Dezember 1950

Dritte Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über den durch den Volkswirtschaftsplan 1950 vorgeschriebenen Plan für die Investitionen und Generalreparaturen (Abrechnung im Planjahr 1950 ausreichender Mittel für Investitionen).
Vom 15. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 145

Anordnung

über die Liquidation der Deutschen Saatzucht-Gesellschaft, Körperschaft des öffentlichen Rechts.
Vom 22. Dezember 1950

Erste Durchführungsbestimmung

für das Fernstudium an der Technischen Hochschule Dresden und an der Bergakademie Freiberg zur Verordnung über die Einrichtung des Fernstudiums für Werkkätige.
Vom 14. Dezember 1950

Anordnung Nr. 84

Betr.: Steuerliche Behandlung tariflicher Krankengeldzuschüsse.

Ziffer 13 der Lohnsteuer-Richtlinien 1949 erhält mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 die folgende Fassung:

„Im Falle der Erkrankung erhält der erkrankte Arbeitnehmer Krankengeld von der Sozialversicherungsanstalt. Dieses Krankengeld ist steuerfrei.“

Darüber hinaus zahlt der Arbeitgeber in der Regel bestimmte Differenzbeträge, um den Unterschied zwischen dem bisherigen Nettolohn und dem Krankengeld möglichst niedrig zu halten. Diese Bezüge sind als Krankengeld-

Gesetzblatt Nr. 146

Verordnung

über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Januar 1951.
Vom 22. Dezember 1950

Verordnung

über die Zahlung von Stipendien für Hörer an der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ und an Landesverwaltungsschulen in der Deutschen Demokratischen Republik.
Vom 22. Dezember 1950

Verordnung

zur Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer.
Vom 22. Dezember 1950

Verordnung

über die Verlängerung von Verjährungsfristen.
Vom 22. Dezember 1950

Verordnung

über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Anordnung über die Erhebung einer Umlage für Schnittholz und die Erreichung einer Ausgleichskasse für erhöhte Rundholz-Transportkosten.
Vom 22. Dezember 1950

Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ab 1. Januar 1951.
Vom 23. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 147

Preisverordnung Nr. 122

Verordnung über die Auf- und Abrundung von Pfennigbeträgen.
Vom 14. Dezember 1950

Gesetzblatt Nr. 148

Verordnung

über die Reorganisation der volkseigenen Industrie.
Vom 22. Dezember 1950

Erste Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen.
Vom 23. Dezember 1950

Zweite Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen.
Vom 23. Dezember 1950

Dritte Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen. — Vertragsbedingungen und Tarif für Arbeitsleistungen —
Vom 23. Dezember 1950

Vierte Durchführungsbestimmung

zur Verordnung über die Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen. — Behandlung der Einlagen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen —
Vom 23. Dezember 1950

zuschüsse oder Hausgeldzuschüsse für die Zeit, in der der Arbeitnehmer Krankengeld oder Hausgeld (bei Krankenhausbehandlung) aus der Sozialversicherung erhält, lohnsteuerfrei, wenn sie auf Grund einer Tarifordnung, auf Grund von Verordnungen oder Weisungen der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Anordnungen der früheren DWK oder von Anordnungen der Landesregierungen gezahlt werden.“

Berlin, den 4. November 1950
R 3221/2225

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

Anordnung Nr. 88**Betr.: Branntweinsteuer und Sonderzuschlag für Likörzucker.**

Im Anschluß an die Preisverordnung Nr. 101 und Nr. 102 vom 31. August 1950 (GBl. S. 931) werden die Steuersätze für Branntwein und der Steuersatz für den Sonderzuschlag für Likörzucker wie folgt bekanntgegeben:

Die Branntweinsteuer für den Feinsprit, der zur Herstellung von Spirituosen und zur Herstellung von Riech- und Schönheitsmitteln sowie von Aromen und Essenzen bestimmt ist,

beträgt	6 520,— DM
für extrafein filtrierten Spiritus	7 260,— DM
je Hektoliter Weingeist.	
Der Sonderzuschlag für Likörzucker beträgt	159,— DM
für 100 kg.	

Berlin, den 13. November 1950
R 3313/7151

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 102**Betr.: Besteuerung von Leistungsprämien und sonstigen einmaligen Bezügen im Sinne des Abs. 3 Ziff. 1 des Artikels 3 der Steuerreformverordnung vom 1. Dezember 1948.**

Auf Grund des § 13 AO wird bestimmt, daß für die Leistungsprämien und sonstigen einmaligen Bezüge im Sinne des Abs. 3 Ziff. 1 des Artikels 3 der Steuerreformverordnung das gleiche Verfahren Gültigkeit besitzt, welches auf die Leistungszuschläge für Leistungslohn nach Abs. 2 der gleichen Bestimmung in Anwendung zu bringen ist. Es ist daher wie folgt zu verfahren:

Ist die Besteuerung des Gesamtlohnes (Tariflohn zuzüglich Leistungsprämie oder sonstige einmaligen Bezüge) nach dem Familienstand des Steuerpflichtigen nach der Tabelle niedriger als die Steuersumme, die sich ergibt, wenn der Tariflohn nach der Tabelle und die Leistungsprämie oder die sonstigen einmaligen Bezüge mit 10% besteuert werden, so wird der Gesamtlohn nach der Tabelle besteuert.

Diese Regelung gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1951 ab.
Berlin, den 13. Dezember 1950
R 3221/2220

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 103**Betr.: Beförderungsteuer; Arbeiterverkehr im Ortslinienverkehr und im erweiterten Nachbarortsverkehr**

Bei der heutigen Wirtschaftslage und dem Neuaufbau von Produktionsstätten ist es oft erforderlich, daß die hierzu benötigten Arbeitskräfte aus weiter entfernt liegenden Gemeinden herangeholt werden müssen. Wir bestimmen deshalb auf Grund von § 131 AO folgendes:

1. Die bisher gewährte Vergünstigung eines Steuersatzes von 2% vom Fahrpreis für den Orts- und den erweiterten Nachbarortsverkehr im Sinne des § 3 Absatz 2 Ziffer 2 der II. vorläufigen Durchführungsbestimmung zum Gesetz zur Änderung des Beförderungsteuergesetzes (II. Vorl. BefStDB vom 2. Juli 1936) — Beförderungsteuer im Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 18. Dezember 1936 (GBl. I S. 1131, Reichsteuerblatt 1937 S. 22) ist anzuwenden für den Arbeiterverkehr im Ortslinienverkehr und den erweiterten Nachbarortsverkehr, sofern die im erweiterten Nachbarortsverkehr bestehenden Linien nicht mehr als 50 km betragen.

2. Diese Regelung gilt ab 1. Januar 1951.

Berlin, den 5. Dezember 1950
R 3122/6709

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 104**Betr.: Kapitalertragsteuer der Deutschen Notenbank und der Deutschen Investitionsbank**

Gemäß § 47 des Einkommensteuergesetzes werden auf die Jahressteuerschuld die für den entsprechenden Zeitraum geleisteten Vorauszahlungen und die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge angerechnet. Übersteigen die anzurechnenden Beträge die Jahressteuerschuld, so wird der Unterschiedsbetrag auf andere Steuerschulden verrechnet oder erstattet.

Durch Steuerabzug einbehaltene Beträge werden nicht erstattet. Eine Ausnahmebestimmung besteht jedoch für Banken und Versicherungsanstalten (Art. V, Ziff. 2 des Kontrollratsgesetzes Nr. 12). Diese können die Rückerstattung der zuviel einbehaltenen Kapitalertragsteuer beantragen, wenn die einbehaltene Kapitalertragsteuer ihre ordnungsgemäße Steuerschuld übersteigt.

Nach der Anordnung Nr. 90 vom 15. November 1950 sind die Deutsche Notenbank und die Deutsche Investitionsbank mit Wirkung ab 1. Januar 1951 von der Körperschaftsteuer befreit. Dies hätte zur Folge, daß die gesamte, für Rechnung der genannten Bankinstitute einbehaltene Kapitalertragsteuer erstattet werden müßte.

Wir bestimmen deshalb auf Grund dieser Rechtslage gemäß § 13 AO:

Der Steuerabzug vom Kapitalertrag ist nicht vorzunehmen, wenn Gläubiger der Kapitalerträge die Deutsche Notenbank oder die Deutsche Investitionsbank sind.

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1951 in Kraft.

Berlin, den 1. Dezember 1950
R 3212/2250

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 106**Betr.: Berechnung der Grundsteuer bei Eigenheimen der Intelligenz**

Wir bestimmen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 13 AO und des § 12 GrStG:

Bei Eigenheimen der Intelligenz im Sinne der Ziffer 5 und 20 f der Kulturverordnung vom 31. März 1949 (ZVOBl. I S. 227) wird die Grundsteuer für die Dauer von fünf Jahren auf DM null festgesetzt. Diese Feststellung gilt vom Beginn des Kalendervierteljahres an, in dem dem Berechtigten ein Kredit nach den maßgebenden Richtlinien für den Bau von Eigenheimen der Intelligenz gewährt wird. Die Festsetzung auf DM null endet am Schluß des Kalenderjahres, in dem fünf Jahre seit dem Beginn der Festsetzung auf DM null abgelaufen sind. Sie gilt jedoch längstens bis zum Schluß des Kalendervierteljahres, in dem der Kredit abgedeckt ist oder der noch nicht abgedeckte Restbetrag des Kredites durch Kündigung des Kreditgebers oder des Kreditnehmers fällig wird.

Berlin, den 6. Dezember 1950
R 3131/8102

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 109**Betr.: Umsatzsteuer; Abzugsfähigkeit der Versandungs- und Versicherungsauslagen**

Die Auslagen für die Versendung und Versicherung des Gegenstandes der Lieferung können nach § 5 Abs. 4 Ziffer 1 des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit § 49 Abs. 1 Umsatzsteuerrückführungsbestimmung vom Entgelt abgesetzt werden, wenn sie bei der Abrechnung kenntlich gemacht worden sind.

Zur Vereinfachung sind wir damit einverstanden, daß die Auslagen auch ohne eine solche Kenntlichmachung zum Abzug zugelassen werden, wenn sie sich aus der Buchführung des Unternehmens eindeutig und leicht nachprüfbar ergeben.

Es muß jedoch dabei jede der folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Die Auslagen, die sich auf steuerpflichtige Lieferungen beziehen, müssen getrennt von anderen Auslagen verbucht werden. Andere Auslagen sind z. B. solche, die sich auf den Bezug von Gegenständen (Vorfachfrachten), auf Sendungen innerhalb des Unternehmens oder an den Ort der Lieferung (Werkverkehr), auf steuerfreie Lieferungen oder auf sonstige Leistungen (zum Beispiel Ausbesserungen oder Lohnveredlungen) beziehen.
2. Die abzugsfähigen Auslagen müssen nach den Steuersätzen aufgeteilt werden, die für die einzelnen Lieferungen in Betracht kommen. Es muß ersichtlich sein, auf welche Lieferungen sie sich beziehen (zum Beispiel Angabe der Rechnungsnummer).
3. Die Aufzeichnungen des Unternehmers müssen einen Hinweis auf die Versendungsbelege enthalten (z. B. auf die Doppelschrift des Frachtbriefes, die Rechnung des Spediteurs, das Posteinlieferungsbuch).

Das Finanzamt ist berechtigt, zu gestatten, den buchmäßigen Nachweis auch in anderer Weise zu erbringen. Das kann z. B. in Betracht kommen, wenn die Fracht- und Versicherungskosten für Sammelsendungen nur in einem Betrag und nicht gesondert für die einzelnen Lieferungen berechnet werden.

Die abzugsfähigen Auslagen brauchen nicht nach Steuersätzen aufgeteilt zu werden, wenn sie nur unter Zugrundelegung des niedrigsten bei dem Unternehmen anwendbaren Steuersatzes abgezogen werden. Es kommen dabei nur Unternehmen in Betracht, bei denen steuerfreie Lieferungen nicht vorkommen.

Diese Regelung gilt ab 1. Januar 1951.

Berlin, den 7. Dezember 1950
R 3121 / 4201

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 110

Betr.: Umsatzsteuer bei Ankauf von Häuten und Fellen durch „Sammler“ der Erfassungsbetriebe der VVEAB für tierische Erzeugnisse.

Auf Grund des § 14 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Ablieferung von Häuten und Fellen und anderen tierischen Rohstoffen vom 27. Juli 1950 (GBl. S. 727) sind die „Sammler“ verpflichtet, die von ihnen aufgekauften Häute und Felle haltbar zu machen. Zur Haltbarmachung gehören das Salzen und Trocknen.

Wir ordnen daher an, daß das Salzen und Trocknen von Häuten und Fellen bei den „Sammlern“ als eine der Erhaltung während der Besitzzeit dienende Maßnahme anzusehen ist und keine Be- oder Verarbeitung im Sinne des § 12 UStDB darstellt. Aus diesem Grunde kommt für die Berechnung der Umsatzsteuer der § 7 Abs. 3 Umsatzsteuergesetz zur Anwendung.

Berlin, den 7. Dezember 1950
R 3121/4107

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 111

Betr.: Umsatzsteuer; hier: Konservierung von Eiern.
Auf Grund des § 13 AO wird folgendes angeordnet:

1. Maßnahmen, die lediglich der Erhaltung der Eier dienen, sind keine steuerschädliche Be- oder Verarbeitung im Sinne des § 12 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Sie stehen der Steuerbegünstigung des § 7 Absatz 3 Umsatzsteuergesetz nicht entgegen.

2. Diese Regelung gilt ab 1. Januar 1951.

Berlin, den 7. Dezember 1950
R 3121/4216

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 112

Betr.: Werbungskosten der Universitätslehrer.

In Ziffer 26 der Lohnsteuerrichtlinien 1949 ist für die hauptamtlichen Lehrkräfte der Hochschulen eine Abgeltung der erhöhten Werbungskosten durch Gewährung eines Werbungskostenpauschbetrages in Höhe von 20% der Bruttoeinnahmen aus der wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrtätigkeit vorgesehen. Dieser Pauschbetrag gilt ohne Nachweis neben den in die Lohnsteuertabelle eingetragenen Pauschbeträgen für Werbungskosten und Sondereausgaben.

Zu den Hochschulen zählt gemäß der Verordnung über die Bildung eines Planökonomischen Instituts vom 16. Februar 1950 — Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik S. 132 — nunmehr auch die

Hochschule für Planökonomie in Berlin-Karlshorst.

Demzufolge wird bestimmt, daß in Ziff. 26 Abs. 1 der Lohnsteuerrichtlinien 1949 hinzugefügt wird:

5. der Hochschule für Planökonomie in Berlin-Karlshorst

Diese Regelung gilt mit Wirkung vom 1. März 1950 ab, im einzelnen Fall jedoch erst vom Zeitpunkt des Inkrafttretens eines Anstellungsvertrages an.

Berlin, den 8. Dezember 1950
R 3221/2225

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 113

Betr.: Haftung von volkseigenen und Treuhandbetrieben für Steuerschulden der Vorgängerbetriebe.

Durch die Übernahme von Privatbetrieben in treuhänderische Verwaltung sowie durch die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum sind Zweifel entstanden, inwieweit die neuen Rechtsträger für Steuerschulden der Vorgängerbetriebe haften. Zur Klarstellung dieser Zweifel bestimmen wir gemäß § 12 AO das Folgende:

1. Die Rechtsträger der volkseigenen Wirtschaft sind nicht Gesamtrechtsnachfolger des früheren Unternehmers des enteigneten Betriebes. Für Steuerschulden dieses Unternehmers haftet der Rechtsträger nicht.
2. Für die steuerlichen Verpflichtungen aus der Zeit vom Tage der Übernahme eines Betriebes in treuhänderische Verwaltung bis zum Übergang in das Volkseigentum tritt eine Haftung im Rahmen des § 116 AO ein, jedoch nur bis zu der Höhe, in der Rückstellungen für Steuerschulden in der Bilanz des volkseigenen Betriebes enthalten sind.
3. Bei organisatorischen Veränderungen innerhalb der volkseigenen Wirtschaft, die zu einem Wechsel des Rechtsträgers führen, ist der neue Rechtsträger Gesamtrechtsnachfolger des bisherigen Rechtsträgers.
4. Bei Übernahme eines Betriebes in treuhänderische Verwaltung haftet der Treuhandbetrieb für die Rückstände des früheren Unternehmens an Betriebssteuern. Dasselbe gilt für Rückstände an
 - a) Einkommensteuer, soweit diese auf dem im Betrieb verbliebenen Gewinn beruht,
 - b) Vermögensteuer, soweit diese auf das Betriebsvermögen entfällt.
5. Auf Treuhandbetriebe, die in die Finanzplanung eines volkseigenen Rechtsträgers eingegliedert sind und ihre Bilanzen nach den Richtlinien für die volkseigene Wirtschaft aufstellen, finden die Ziffern 1 bis 3 dieser Anordnung Anwendung.
6. Beim Übergang in Volkseigentum durch ein Rechtsgeschäft (z. B. Kauf) regelt sich die Haftung nach den vertraglichen Vereinbarungen.

Berlin, den 12. Dezember 1950.
R 3212/2519 VVB
R 3241/1000

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

**DEUTSCHE
FINANZWIRTSCHAFT**

Jahrgang 5 • Heft 1/2

Anordnung Nr. 114**Betr.: Sanierungsgewinn**

An das Ministerium der Finanzen sind Anträge gestellt worden, die sich mit der Steuerfreiheit der Sanierungsgewinne befassen. Es ist deshalb notwendig, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen.

Der ehemalige Reichsfinanzhof hat in seinen Urteilen für die einkommensteuerliche Behandlung der Sanierungsgewinne die Ansicht vertreten, daß die Sanierung einen Vorgang außerhalb des Betriebes darstelle. Der durch die Sanierung entstehende Gewinn dürfe den laufenden Gewinn nicht beeinflussen und unterliege nicht der Einkommensteuer. Diese Ansicht ist im § 11 Ziffer 4 des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 für körperschaftsteuerpflichtige Betriebe gesetzlich verankert worden.

Die Befreiung der Sanierungsgewinne von der Besteuerung wurde erstmals durch die nazistische Steuergesetzgebung für körperschaftsteuerpflichtige Betriebe eingeführt und fand uneingeschränkte Anwendung auch auf die einkommensteuerpflichtigen Betriebe.

Die Begründung des ehemaligen Reichsfinanzhofes stellt lediglich eine Konstruktion dar, um zu verhindern, daß durch die Besteuerung des Sanierungsgewinnes die Sanierung beeinträchtigt wird. Die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes war ein Mittel zur Überwindung der Folgen der kapitalistischen Krisen und zur Sicherung des kapitalistischen Gewinnes.

Bei der Steuerfreiheit der Sanierungsgewinne handelt es sich um ein Privileg herrschender kapitalistischer Wirtschaftsmächte.

Es muß festgestellt werden, daß die Sanierung nur deshalb erfolgt, um den Betrieb wieder lebensfähig zu gestalten. Ohne Sanierung wäre der notleidende Betrieb gezwungen, den Konkurs anzumelden. Daraus ergibt sich, daß die Sanierung ein betrieblicher und durch den Betrieb veranlasster Vorgang ist.

Die bisherige steuerliche Behandlung der Sanierungsgewinne widerspricht der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und ist unvereinbar mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist den privaten Betrieben eine krisenfreie Entwicklung gewährleistet, die es ihnen ermöglicht, ihren Schuldverpflichtungen gerecht zu werden. Deshalb ordnen wir an:

1. Sanierungsgewinne bei einkommensteuerpflichtigen Betrieben sind steuerpflichtig. Sie mindern den Verlust bzw. sind dem laufenden Gewinn hinzuzurechnen und der Einkommensteuer zu unterwerfen.
2. Die Vorschriften des § 11 Ziffer 4 des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 sind nicht mehr anzuwenden.

Diese Regelung gilt erstmals für den Veranlagungszeitraum 1950.

Berlin, den 12. Dezember 1950
R 321/2156
2523

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 115**Betr.: Umsatzsteuerliche Behandlung der Ausfuhrgeschäfte**

Auf Grund von § 12 AO wird folgendes bestimmt:

1. § 16 UStG (§§ 66 bis 76 USIDB) ist für die volkseigene Wirtschaft nicht mehr anzuwenden.
2. Soweit Unternehmen der privaten Wirtschaft im Rahmen von Eigen- oder Fremdgeschäften Gegenstände an den Deutschen Außenhandel zum Zwecke der Ausfuhr liefern, gelten diese Lieferungen als Ausfuhrlieferungen im Sinne des § 4 Ziffer 3 UStG. Die Unternehmen können bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen die Steuervergütungen nach § 16 UStG in Anspruch nehmen.
3. Diese Anordnung gilt ab 1. Januar 1951.

Berlin, den 15. Dezember 1950.
R 321/4127

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 116**Betr.: Umsatzsteuer bei Mitbenutzung von Fernschreibern.**

Bei Mitbenutzung eines Fernschreibers durch einen Dritten erhebt die Deutsche Post eine zusätzliche Grundgebühr. Diese Grundgebühr sowie die Gebühren für anlie beförderten Fernschreiben werden dem Hauptteilnehmer insgesamt in Rechnung gestellt.

Der Hauptteilnehmer läßt sich die anfallenden Gebühren, da es sich um gesetzliche Gebühren handelt, von dem Mitbenutzer ohne Aufschlag erstatten.

Nach dem geltenden Umsatzsteuerrecht wären die erstatteten Gebühren umsatzsteuerpflichtig. Da dieses aber für den Hauptteilnehmer eine unbillige Härte darstellt, wird auf Grund von § 13 AO folgendes angeordnet:

1. Fernschreibgebühren, die sich ein Teilnehmer von einem Dritten (Mitbenutzer) in Höhe der gesetzlichen Gebühren erstatten läßt, gelten bei den Fernschreibteilnehmern als durchlaufende Posten im Sinne des § 5 Absatz 3 des Umsatzsteuergesetzes.
2. Diese Regelung gilt ab 1. Dezember 1950.

Berlin, den 14. Dezember 1950.
R 3121/4200

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 117**Betr.: Umsatzsteuerfreiheit für Zellwolle im Großhandel (§ 4 Ziffer 4 UStG)**

Die durch den Runderlaß Nr. 301 der ehemaligen Deutschen Wirtschaftskommission, Hauptverwaltung Finanzen, vom 23. August 1948 — II 4138/29 S — bis zum 31. Dezember 1950 gewährte Umsatzsteuerbefreiung der Großhandelslieferungen von Zellwolle und Spinnfasergemischen wird bis zum 31. Dezember 1951 verlängert.

Berlin, den 14. Dezember 1950.
R 3121/4138

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 118**Betr.: Steuerliche Behandlung von Weihnachtsgratifikationen 1950**

In unserer Anordnung Nr. 99 vom 25. November 1950 R 3211/2118 haben wir bestimmt, daß Weihnachtsgratifikationen grundsätzlich dann Gewinnverwendung des Unternehmers darstellen, wenn die Zahlung außerhalb des Tarifvertrages erfolgt.

In der Praxis sind Zweifel darüber aufgetreten, ob entsprechend der Anordnung Nr. 99 die Anerkennung als Betriebsausgaben auch in den Fällen zu versagen ist, in denen die Zahlung von Weihnachtsgratifikationen auf der Grundlage anderer Rechtsquellen als dem Tarifvertrag vorgenommen wird. Zur Klarstellung bestimmen wir ergänzend zu unserer obigen Anordnung folgendes:

Für Weihnachtsgratifikationen oder ähnlich bezeichnete Zuwendungen gleichen Charakters (wie z. B. 13 Monatsgehalt und dergl.), die außerhalb des Tarifvertrages auf Grund anderer Rechtsquellen (Tarifordnung, Betriebsvereinbarungen, Einzelarbeitsverträge und dergl.) gezahlt werden, gelten die Bestimmungen der Anordnung Nr. 99, d. h. die Zahlungen sind grundsätzlich keine Betriebsausgaben im Sinne von § 4 Abs. 4 EStG.

Dies entspricht auch der Stellungnahme des Bundesvorstandes des FDGB.

Berlin, den 16. Dezember 1950
R 3211/2118

Ministerium der Finanzen
R u m p f
Staatssekretär

Anordnung Nr. 119**Betr.: Umsatzsteuer für Umsätze von Altmaterial durch die Verwaltungsbehörden.**

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird gemäß § 131 AO angeordnet, daß Umsatzsteuer, die bei Umsätzen aus dem Verkauf von Altmaterial durch Verwaltungsorgane entstehen würde, nicht zu erheben ist.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1951 in Kraft.

Berlin, den 11. Dezember 1950

R 3121/4100

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 120**Betr.: Steuerliche Behandlung von Reorganisationsmaßnahmen auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens.**

Die frühere Deutsche Zentralfinanzverwaltung hat am 31. Januar 1948 mit Runderlaß Nr. 260 bestimmte steuerliche Maßnahmen bei der Reorganisation des Genossenschaftswesens angeordnet, die ursprünglich auf das Kalenderjahr 1948 befristet waren und von der früheren Deutschen Wirtschaftskommission — Hauptverwaltung Finanzen — auf das Kalenderjahr 1949 ausgedehnt worden sind.

Im Zuge der Neugestaltung des Wirtschaftslebens in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik ist die Reorganisation des Genossenschaftswesens noch nicht abgeschlossen. Es haben sich u. a. auf Grund des Gesetzes über Änderung von Grenzen der Länder vom 28. Juni 1950 (GBl. S. 631) und der von den einzelnen Ländern erlassenen Gesetze über Änderungen der Kreis- und Gemeindegrenzen erneute Reorganisationsmaßnahmen erforderlich gemacht, um die Geschäftsbereiche der einzelnen Genossenschaften den veränderten Grenzen anzupassen.

Auf Grund der vorstehenden Rechtslage bestimmen wir gemäß § 131 AO:

1. Reorganisationsmaßnahmen auf Grund der Änderung von Grenzen der Gebietskörperschaften als Reorganisationsmaßnahmen im Sinne des Runderlasses Nr. 260;
2. Die Gültigkeit des Runderlasses Nr. 260 wird bis zum 30. Juni 1951 verlängert.

Berlin, den 18. Dezember 1950

R 3212/2515

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 121**Betr.: Umsatzsteuer-Vorauszahlungen**

Gemäß Anordnung Nr. 79 vom 1. November 1950 R 3121/4231 — hat der Unternehmer am 25. eines jeden Monats für die in der Zeit vom 1. bis 15. des Monats für steuerpflichtige Umsätze vereinnahmten (vereinbarten) Entgelte eine Umsatzsteuer-Vorauszahlung zu entrichten.

Soweit bei einzelnen Unternehmungen — z. B. bei Konsumgenossenschaften die Berechnung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. bis 15. jedes Monats auf Schwierigkeiten stößt, werden die Landesfinanzdirektionen ermächtigt, dem Unternehmen auf Antrag zu gestatten, von der Errechnung der Umsatzsteuer für die Zeit vom 1. bis 15. unter der Voraussetzung abzusehen, daß spätestens am 25. eines jeden Monats eine Vorauszahlung in Höhe der Hälfte der auf den vorangegangenen Monat entfallenden Umsatzsteuer gezahlt wird.

Berlin, den 20. Dezember 1950

R 3121/4231

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 122**Betr.: Gesetz über die Steuer des Handwerks; hier: § 9 Abs. 2 und § 12.**

Da das im § 7 des Gesetzes über die Steuer des Handwerks vom 6. September 1950 (GBl. S. 967) vorgesehene Gesetz über die Steuertarife noch nicht beschlossen ist,

wird auf Grund des § 16 Abs. 3 des Gesetzes über die Steuer des Handwerks folgendes bestimmt:

1. Die Fristen
 - a) zur Abgabe der Jahreserklärung (§ 12 des Gesetzes) und
 - b) zur Abschlußzahlung (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes) für 1950 werden vom 10. und 20. Januar 1951 verlegt auf den 20. Februar 1951.
2. Nach der Beschlußfassung der Volkskammer über das Steuertarif-Gesetz werden die Finanzämter an die Steuerschuldner (Handwerker) Vordrucke ausgeben, auf denen die erforderlichen Angaben innerhalb der in Ziffer 1 dieser Anordnung bestimmten Frist einzureichen sind. Gleichzeitig ist die Abschlußzahlung zu leisten.

Berlin, den 22. Dezember 1950

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 124**Betr.: Werbungskosten, Pauschbeträge — Ziffer 80 Abs. 5 und 6 VR 1949**

Nach § 15 Abs. 1 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung werden Arbeits- und Kriegsinvaliden bei der Heranziehung zur Einkommensteuer auf Antrag die dort bestimmten Pauschbeträge als außergewöhnliche Belastung und zusätzliche Pauschbeträge für Sonderausgaben gewährt. Steuerpflichtige mit Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit (Lohnempfänger) erhalten außerdem noch zusätzliche Pauschbeträge für Werbungskosten. Diese unterschiedliche Behandlung widerspricht den Vorschriften der Steuerreformverordnung, insbesondere den des Artikel 4; denn diese haben im wesentlichen zum Ziel, einen steuerbegünstigten Personenkreis (die schaffende Intelligenz) den Lohnempfängern gleichzustellen. Den Arbeits- und Kriegsinvaliden des in Artikel 4 Steuerreformverordnung genannten steuerbegünstigten Personenkreises erwachsen auf Grund ihrer Minderung der Erwerbsfähigkeit in gleichem Umfang Werbungskosten wie den Lohnempfängern. Um auch hier die freischaffende Intelligenz den Lohnempfängern gleichzustellen, bestimmen wir auf Grund des § 12 AO folgendes:

1. Steuerpflichtigen Arbeits- und Kriegsinvaliden sowie diesen gleichgestellte anerkannte Verfolgte des Naziregimes, die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Steuerreformverordnung erzielen und deren Einkommen nach dem Jahreslohnsteuertarif zu besteuern ist, sind bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen auch die in § 15 Abs. 1 Spalte 5 der Tabelle bestimmten zusätzlichen jährlichen Pauschbeträge für Werbungskosten zu gewähren. Werden höhere tatsächliche Werbungskosten, die in Zusammenhang mit der Minderung der Erwerbsfähigkeit stehen, nachgewiesen oder glaubhaft gemacht, so treten diese an die Stelle der Pauschbeträge. Diese Werbungskosten-Pauschbeträge sind hier neben den bei der Ermittlung der Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit geltend gemachten Betriebsausgaben (Hinweis auf Artikel 4 Ziffer 3 Steuerreformverordnung) zu gewähren. Eine gleichzeitige Anerkennung von Aufwendungen auf Grund der Kriegs- und Arbeitsinvalidität als Betriebsausgaben und im Rahmen der zusätzlichen Pauschbeträge nach § 15 Ziffer 1 der Zweiten Durchführungsbestimmung kommt jedoch nicht in Betracht.
2. Diese Bestimmungen sind erstmalig für die Veranlagung 1950 anzuwenden.

Berlin, den 22. Dezember 1950

R 3211/2118

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 125**Betr.: Lotteriesteuer;****Preis Ausschreiben der demokratischen Presse**

Nach der gegenwärtigen Rechtslage sind Preis Ausschreiben zur Rennwett- und Lotteriesteuer heranzuziehen. Auf Grund der veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse erscheint es notwendig, diese Bestim-

mungen des Rennwett- und Lotterieggesetzes in einem bestimmten Umfang zu reformieren, und zwar insoweit sie sich auf Preisausschreiben in der demokratischen Presse beziehen.

Wir ordnen deshalb auf Grund von § 131 AO folgendes an:

1. Preisausschreiben in der demokratischen Presse sind nicht zur Rennwett- und Lotteriesteuer heranzuziehen, wenn derartige Preisausschreiben im Rahmen gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit veranstaltet werden.
2. Die Befreiung von der Rennwett- und Lotteriesteuer erfolgt in den einzelnen Fällen auf Antrag, wenn der Nachweis durch Vorlage einer Bescheinigung des zuständigen Amtes für Information darüber geführt wird, daß das Preisausschreiben, für das Steuerbefreiung begehrt wird, im Rahmen gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit veranstaltet wird.
3. Diese Anordnung gilt ab 1. Januar 1951

Berlin, den 30. Dezember 1950

R 3122/4831

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 127

Betr.: Entrichtung der Feuerschutzsteuer bei Versicherung volkseigener Betriebe

Wir ordnen auf Grund von § 12 AO folgendes an:

1. Die Feuerschutzsteuer für die auf Grund des Gesetzes über die Versicherung der volkseigenen Betriebe vom 9. August 1950 (GBl. S. 830) bestehenden Versicherungen beträgt einheitlich 6% des Gesamtbetrages der Versicherungsentgelte.
2. § 4 des Feuerschutzsteuergesetzes vom 1. Februar 1939 ist für diese Versicherungen nicht mehr anzuwenden.
3. Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1950 in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1950

R 3122/6565

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 128

Betr.: Umsatzsteuer für gemeindlich geleitete Kindergärten, Kinderhorte und Kinderkrippen

Mit dem Runderlaß Nr. 351 vom 5. Dezember 1949 — R 3121/4104 — wurden Entgelte für die Verpflegung von Kindern in gemeindlich geleiteten Kinderhorten von der Umsatzsteuer freigestellt. Neben diesen Entgelten werden noch geringe Beträge für die Beaufsichtigung, Betreuung und Unterkunft der Kinder vereinnahmt.

Auf Grund des § 13 AO wird angeordnet, daß Entgelte, die gemeindlich geleitete Kindergärten, Kinderhorte und Kinderkrippen für die Beaufsichtigung, Betreuung und Unterkunft von Kindern vereinnahmen, ab 1. Januar 1951 nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

Soweit Umsatzsteuer bisher nicht gezahlt worden ist, hat es damit sein Bewenden.

Berlin, den 30. Dezember 1950

R 3121/4104

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 130

Betr.: Gatten- und Elternermäßigung nach Artikel 2 der Steuerreformverordnung vom 1. Dezember 1948 (Zentralverordnungsblatt I 1949 Seite 235)

1. Nach § 4 der Ersten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung wird die Gewährung einer

Gattenermäßigung unter anderem davon abhängig gemacht, daß der Ehegatte, für den die Vergünstigung beansprucht wird, keine Einkünfte bezieht. Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit oder andere Einkünfte, die den Betrag von 420,— DM im Jahr nicht überschreiten, zählen hierbei nicht als Einkünfte. Diese Regelung führt zweifellos in den Fällen zu Härten, in denen der betreffende Ehegatte z. B. auf Grund seines vorgeschrittenen Alters oder seines Gesundheitszustandes aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet und entsprechend seinen Beitragsleistungen an die SVK oder nach Bestimmungen über die Altersversorgung Bezüge erhält, die 420,— DM jährlich übersteigen und berücksichtigt außerdem nicht die in der Zwischenzeit erfolgte Erhöhung der Renten.

Wir bestimmen daher gem. § 12 AO, daß dem § 4 Absatz 2 der Ersten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung der folgende 3. Satz hinzugefügt wird:

„Pensionen, Ruhegehälter und Renten, die auf Grund eines früheren Arbeitsverhältnisses aus Mitteln der Sozialversicherung, ferner die Renten, die an Versorgungsberechtigte auf Grund der Verordnung über zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 17. August 1950 (Gesetzblatt, Nr. 50 Seite 844) gezahlt werden, sind den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit gleichzustellen.“

2. Der § 9 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung vom 30. April 1949 besagt, daß Bezüge aus der Sozialversicherung, Ruhegehälter und Bezüge aus der öffentlichen Fürsorge als Einkommen im Sinne dieser Vorschrift gelten.

Ergänzend war dazu ausgeführt worden, daß jedoch Bezüge, die jährlich 420,— DM pro Elternteil nicht übersteigen, die Elternermäßigung nicht ausschließen. Durch die inzwischen erfolgte Erhöhung der Renten kann an der bisherigen Grenze von 420,— DM nicht mehr festgehalten werden, da sonst eine Elternermäßigung im Fall des Bezuges von Renten kaum noch gewährt werden könnte.

Um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, bestimmen wir gem. § 12 AO, daß der Absatz 3 des § 9 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung in folgender Fassung in Anwendung zu bringen ist:

„(3) Bedürftig ist ein Elternteil, wenn er kein eigenes selbständiges Einkommen erzielt. Bezüge aus der Sozialversicherung, Ruhegehälter und Bezüge aus der öffentlichen Fürsorge gelten als Einkommen im Sinne dieser Vorschrift, wenn sie den Betrag von jährlich 780,— DM übersteigen.“

3. Die Bestimmungen der Ziffern 1 und 2 treten mit Wirkung vom 1. Januar 1951 in Kraft. Soweit ein Lohnempfänger Steuerermäßigung auf Grund dieser Anordnung beanspruchen kann, hat er seine Lohnsteuerkarte dem Finanzamt, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat, mit einem entsprechenden Antrag zur Berichtigung bzw. Eintragung vorzulegen.

Berlin, den 30. Dezember 1950

R 3221/2220

R 3211/2220

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Anordnung Nr. 1

Betr.: Zehrgelder im Brauereigewerbe

Ziffer 2 der Lohnsteuerrichtlinien 1949 erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1951 ab folgende Fassung:

Tariflich vereinbarte Zehrgelder im Brauereigewerbe sind steuerpflichtiger Arbeitslohn, soweit sie 1,50 DM je Tagestour übersteigen.

Berlin, den 2. Januar 1951

R 3221/2025

Ministerium der Finanzen
Dr. Kaiser
Hauptabteilungsleiter

Chefredakteur: Karl Raab, Berlin. Zuschriften an die Redaktion: Berlin W 8, Französische Straße 55, Telefon: 56 41 71 (Apparat 397). Veröffentlicht unter der Lizenz Nr. 116. Verlag: Die Wirtschaft GmbH, Berlin W 8, Friedrichstr. 61, Telefon: 56 41 71. Postcheckkonto: Berlin 1375 25, Bankkonto: Berliner Stadtkontor, Berlin C 111, Kurstraße, Nr. 81 185. Anzeigenannahme: „DEWAG-Werbung“ Deutsche Werbe- und Anzeigen-Gesellschaft mbH., Berlin C 2, Oberwallstraße 20, Telefon: 52 14 40. Telegrammschrift: Dewagfiliale Berlin. Postcheckkonto: Berlin 14 56 — Bezugsbedingungen: Erscheint monatlich zweimal. Vierteljahresabonnement DM 6,24. Einzelheft DM 1,—. — Bestellungen durch den Buchhandel oder Postanstalten und direkt beim Verlag. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. „Nachdrucke ohne schriftliche Genehmigung des Verlages nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.“ — Rotationsdruck: Vorwärts-Druckerei, Berlin-Treptow.

Fachnachrichten für HAUPTBUCHHALTER/KONTROLL- und REVISIONSORGANE der volkseigenen Wirtschaft

Inhaltsübersicht

I. Buchführung — Betriebsabrechnung — Statistik	Seite	II. Sonstiges	Seite
1. Übergangsvorschriften für den Abschluß der volkseigenen Wirtschaft*) mit Ausnahme der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950	(81) 1	b) Finanzierung der Weihnachtsgratifikationen 1950 für volkseigenen Handel, volkseigene Güter, Maschinen-Ausleih-Stationen, volkseigene Verkehrsbetriebe, volkseigene Industriebetriebe in Länderverwaltung und Kommunalwirtschaftsunternehmen	(83) 3
2. Richtlinien für den Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950	(81) 1	7. Buchungsanweisung für die Realisierung der bei der volkseigenen Industrie lagernden Überplanbestände	(83) 3
3. Kapitalbereinigung 1950	(82) 2		
4. Kontroll- und Erfüllungsbericht zum 31. Dezember 1950	(82) 2		
5. Einreichung und Auswertung des Jahresabschlusses 1950	(83) 3		
6. a) Finanzierung der Weihnachtsgratifikationen 1950 für die zentralverwaltete volkseigene Industrie	(83) 3	1. Formulare für die Einheits-Durchschreibe-Buchhaltung (EDB)	(83) 3
		2. Anweisung zur 15. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 21. September 1950	(84) 4

I. Buchführung — Betriebsabrechnung — Statistik

1. Übergangsvorschriften für den Abschluß der volkseigenen Wirtschaft*) mit Ausnahme der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950

Um bei den Abschlußarbeiten in der volkseigenen Wirtschaft keine Verzögerungen eintreten zu lassen, sind die Übergangsvorschriften für den Abschluß zum 31. Dezember 1950 mit Ausnahme der volkseigenen Güter bereits als Sonderdruck der Fachnachrichten vom Dezember 1950 an die VEB verteilt worden. Sie werden als besonderer Abschnitt in die Vorschriften über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft einbezogen werden, mit deren Erscheinen als Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe in Heft 7 der Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“ in Kürze zu rechnen ist.

Zu Abschnitt B, Ziffer I der Übergangsvorschriften wird auf Grund verschiedener Rückfragen folgendes erläutert und ausgeführt:

Die Formulierung „Aus dem Direktorfonds finanzierte Investitionen, deren Abschreibungen über die Kostenrechnung den Direktorfonds wieder belasten würden, sind wie folgt auszubuchen“, ist anscheinend nicht immer richtig verstanden worden. Zur Beseitigung u. U. entstandener Zweifel soll deshalb nochmals klargestellt werden:

Künftig werden unter dem Bilanzstrich alle aus dem Direktorfonds finanzierten Anlagegegenstände ausgewiesen, deren Abschreibungen in der Kostenstellenrechnung sozialen, über den Direktorfonds zu verrechnenden Kostenstellen zuzurechnen wären und die auf diesem Wege wieder zu Lasten der verschiedenen Konten des Direktorfonds gebucht würden.

Sofern in Ausnahmefällen aus dem Direktorfonds finanzierte Anlagegegenstände für die Produktion eingesetzt sind, bleiben diese selbstverständlich in den Anlagewerten der Bilanz enthalten. Sie werden über Klasse 4 abgeschrieben wie die übrigen der Produktion dienenden Gegenstände des Anlagevermögens.

Die Ziffern 2 und 3 des Abschnittes B der Übergangsvorschriften sind zu streichen. Soweit die darin angewiesenen Buchungen bereits ausgeführt wurden, sind sie zu stornieren.

2. Richtlinien für den Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950

Anweisung

Betr.: Richtlinien für den Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950.

§ 1

Dem Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950 sind die Inventur-Richtlinien der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950 in der Fassung vom 15. De-

*) Hierunter zählen alle Betriebe, die vor dem 31. Dezember 1950 gemäß den Bilanzierungs- und Inventurvorschriften für die volkseigene Wirtschaft (Fünfte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 30. Juni 1949) eine Zeitwerteröffnungsbilanz aufgestellt haben und gemäß der genannten Durchführungsbestimmung für die Buchführung und Bilanz verfahren.

zember 1950 und die Bilanzierungs-Richtlinien der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950 in der Fassung vom 15. Dezember 1950 zugrunde zu legen.

§ 2

Die Veröffentlichung der Richtlinien erfolgt im Heft Nr. 1/2/1951 der „Deutschen Finanzwirtschaft“.

Berlin, den 15. Dezember 1950.

Ministerium der Finanzen
Schilske
Gruppenleiter

Inventur-Richtlinien der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950

1. Für die Inventur zum 31. Dezember 1950 gelten die Inventur-Richtlinien für die volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1949 (Heft 5 der Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“, Seite 26 ff).
2. An die Stelle der in diesen Richtlinien erwähnten Daten tritt als Erfassungszeitraum das Kalenderjahr 1950 und als Erfassungstichtag der 31. Dezember 1950.
3. Bei der Tz. 41 der Inventur-Richtlinien sind die Tz. 17 und 52 der Bilanzierungs-Richtlinien für den Abschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1949 (Heft 5 der Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“, S. 31 ff) zu berücksichtigen.
4. Die Gliederung des Inventars hat abweichend von der als Anlage zu den Inventur-Richtlinien gegebenen Gliederung in der Reihenfolge der Bilanz-Positionen zu erfolgen (Heft 5 der Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“, S. 46 ff). Dabei ist das Anlagevermögen wie bisher mit dem Nettowert zu erfassen.

Bilanzierungs-Richtlinien für den Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950

1. Für den Jahresabschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1950 gelten die Bilanzierungs-Richtlinien für den Abschluß der volkseigenen Güter zum 31. Dezember 1949 (Heft 5 der Schriftenreihe „Deutsche Finanzwirtschaft“, S. 31 ff).
2. Zu Tz. 1—11 und 39—49
Aus dem Direktorfonds finanzierte Investitionen, deren Abschreibungen über die Kosten den Direktorfonds wieder belasten würden, sind wie folgt auszubuchen.
09 Wertberichtigungen auf Anlagen
an 00—02, Anlagen
04
Auflösung der Wertberichtigung
080 Kapitalkonto
an 00—02, Anlagen
04
Ausbuchung der aus dem Direktorfonds finanzierten Anlagen.
Die so ausgebuchten Anlagegegenstände sind jedoch inventarmäßig zu erfassen und mit ihrem Anschaffungswert unter dem Bilanzstrich auszuweisen.

FACHNACHRICHTEN

für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

Entsprechendes gilt für die Fälle, in denen Generalreparaturen ausnahmsweise aus Mitteln des Direktorfonds an Anlagegegenständen des amortisationspflichtigen Betriebsvermögens durchgeführt worden sind. Bei den auszubuchenden Anlagegegenständen handelt es sich jedoch lediglich um Anlagegegenstände für soziale Zwecke. Sofern in Ausnahmefällen aus dem Direktorfonds finanzierte Anlagegegenstände für die Produktion eingesetzt sind, bleiben diese selbstverständlich in den Anlagewerten der Bilanz enthalten. Sie werden über Klasse 4 abgeschrieben wie die übrigen der Produktion dienenden Gegenstände des Anlagevermögens.

3. Tz. 11 Absatz 2 erhält folgende Ergänzung:
Hochwertige, zur Zucht bestimmte Tiere, die aus Investitionsmitteln zu Preisen erworben werden, die erheblich über den Durchschnittssätzen liegen, sind auch dann zum Anlagevermögen zu rechnen, wenn sie zwar eine Anlageleistung effektiv noch nicht vollbracht haben, jedoch unmittelbar vor ihrem Zuchteinsatz stehen.
4. Zu Tz. 17, Absatz 1:
Nach Satz 3 ist folgende Ergänzung einzurücken:
Sie dürfen als solche erst gebucht werden, nachdem in der Bilanzausschussitzung der Nachweis der Uneinbringlichkeit erbracht und anerkannt wurde.
5. Tz. 19 erhält folgende Neufassung:
„Hier ist der am Bilanzstichtag noch vorhandene Bestand an zugekauften Saatgut auszuweisen.“
Daraus geht hervor, daß Bestände aus eigener Erzeugung ungeachtet ihres späteren Verwendungszweckes stets in der Klasse 7 auszuweisen sind.
6. Tz. 22 erhält folgende Neufassung:
„Hierunter sind nur die Vorräte an zugekauften Futter und Futtermitteln auszuweisen.“
Bestände aus eigener Erzeugung sind ungeachtet ihres späteren Verwendungszweckes stets in der Klasse 7 auszuweisen.
7. Tz. 29 Abs. 2 erhält folgende Neufassung:
„Alle zugekauften und aus eigener Aufzucht stammenden Tiere des Umlaufvermögens sind wie folgt zu bewerten: (Bewertungssätze wie unter a—h dieser Textziffer angegeben).“
Damit entfällt also die besondere bisher zu den gesetzlich zulässigen Anschaffungspreisen vorgenommene Bewertung der zugekauften Tiere des Umlaufvermögens.
8. Tz. 31 erhält folgende Neufassung:
„Die Bestände an fertigen pflanzlichen Erzeugnissen der eigenen Produktion sind ungeachtet ihres späteren Verwendungszweckes stets in der Klasse 7 auszuweisen. Ihre Bewertung erfolgt zu den gesetzlich zulässigen Verkaufspreisen abzüglich der durch Lagerung, Pflege usw. bis zum Absatz noch entstehenden Kosten.“
Daraus ergibt sich, daß auch die als Saatgut oder Futter zur Verwendung im eigenen Betrieb vorgesehenen oder bereits ausgesonderten Teile nicht mehr wie bisher in der Klasse 3, sondern ebenfalls in der Klasse 7 zu erfassen sind. Die Umbuchung hat auch hier erst bei tatsächlichem Verbrauch zu erfolgen.
9. Zu Tz. 35:
Der Verlust- oder Gewinnvortrag aus dem Abschluß zum 31. Dezember 1949 ist gegen das Kapitalkonto auszubuchen.
10. Tz. 38 erhält folgende Neufassung:
„II. Direktorfonds und andere Fonds“
Die bis zum Bilanzstichtag noch nicht verwendeten Teile der Fonds sind in den Konten 083—085 zu passivieren.“
11. Tz. 40, Absatz 2, erhält folgende Neufassung:
„Mildkühe, Zuchtsauen und Mutterschafe, d. h. weibliche Zuchttiere (außer Pferden) werden nur selten abgeschrieben, da ihr Schlachtwert in der Regel ihrem Wert als Zucht tier entspricht.“
12. Die Tz. 54 entfällt. Rückstellungen sind nicht mehr zu bilden.
Die Formulare für die Bilanz und Ergebnisrechnung sowie für die Anlagen zur Bilanz haben denjenigen des Abschlusses zum 30. Juni 1950 zu entsprechen.
13. An Stelle der in Tz. 11, 14 und 17 erwähnten Bilanzanlagen B, C und D ist eine dem Formblatt des Kontrollberichtes 1951 entsprechende Bilanzanlage „Entwicklung der Anlagenwerte“ auszufüllen.

Anlagen zur Ergebnisrechnung sind nicht zu erstellen. Der Abschluß zum 31. Dezember 1950 umfaßt damit lediglich:

- a) Die Bilanz (a.a.O. S. 46 u. 47)
- b) Bilanzanlage A „Unbebaute Grundstücke“ (a.a.O. S. 50)
- c) Bilanzanlage „Entwicklung der Anlagenwerte“
- d) Bilanzanlage E „Verzeichnis der Beteiligungen“ (a.a.O. S. 54)
- e) Bilanzanlage F „Langfristige Forderungen“ (a.a.O. S. 55)
- f) Bilanzanlage G „Bodeninventar“ (a.a.O. S. 56)
- g) Bilanzanlage H „Entwicklung des Kapitalkontos“ (a.a.O. S. 57)
- h) Die Ergebnisrechnung (a.a.O. S. 58—59).

3. Kapitalbereinigung 1950

Im Hinblick auf die künftige Reorganisation der volkseigenen Industrie ist es notwendig, sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Zuführung und Abführung von Umlaufmitteln zwischen den zentralverwalteten VVB und dem Staatshaushalt der DDR sowie zwischen den landesverwalteten VVB und den Länderhaushalten (Festsetzung des Umlaufmittelfonds, Kapitalfestsatzung, Kapitalbereinigung) sowie sämtliche Verbindlichkeiten der VVB auf Abführung von Körperschaftsteuer und Nettogewinn bis einschließlich der Novemberrate für Körperschaftsteuer und Nettogewinn zum 31. Dezember 1950 zu bereinigen. Zu diesem Zweck wurde die Deutsche Notenbank angewiesen, sofort von sämtlichen VVB, die noch derartige Zahlungen an den Haushalt zu leisten haben, entsprechende Abbuchungen von deren Konten vorzunehmen. Gleichzeitig wird der Haushalt denjenigen VVB, die noch solche Zahlungen zu erhalten haben, die entsprechenden Mittel überweisen.

Alle in diesem Zusammenhang notwendigen Buchungen sind von den VVB zum 31. Dezember 1950 vorzunehmen.

Die Regelung in Abschnitt C I 1 der Übergangsvorschriften, die Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Zuführung und Abführung von Umlaufmitteln zwischen VVB und Haushalt zu Lasten oder zugunsten des Umlaufmittelfonds auszubuchen, kommt insoweit nicht zur Anwendung, als die oben angegebenen Buchungen planmäßig durchgeführt werden. Soweit jedoch die VVB bereits die Buchungen gemäß den Übergangsvorschriften vorgenommen haben, kann es dabei bewenden; die Buchungen der Leistungen an den Haushalt oder von diesem sind, soweit sie die Kapitalausstattung betreffen, sodann zu Lasten oder zugunsten des Umlaufmittelfonds durchzuführen. Unter allen Umständen ist dafür zu sorgen, daß zum 31. Dezember 1950 der Umlaufmittelfonds auf dem Untergruppenkonto 130 in der den VVB und VEB tatsächlich zur Verfügung stehenden Höhe (Ist-Umlaufmittelfonds) ausgewiesen wird.

In Abschnitt C I der Übergangsvorschriften wird als 2. Absatz noch folgende Regelung eingefügt:

Soweit in den Bilanzen auf der Aktivseite noch Verlustvorträge aus dem Jahre 1949 ausgewiesen werden, sind sie gleichfalls zu Lasten des Umlaufmittelfonds auszubuchen.

4. Kontroll- und Erfüllungsbericht zum 31. Dezember 1950

Auf Antrag aus den Reihen der Hauptbuchhalter ist der Kontroll- und Erfüllungsbericht für die volkseigene Industrie zum 31. Dezember 1950 vereinfacht worden. Es sind nur folgende Formulare von den VEB und VVB auszufüllen:

VEB:

Anlagen 1 a, 1 b, 8, 9, 10, Seiten 1 und 2 zum Kontrollbericht.

VVB:

Anlagen 1 a, 1 b, 5, 8, 9, 10, Seiten 1 und 2 zum Kontrollbericht.
Anlagen 2 und 3 zum Erfüllungsbericht.

In den Anlagen 1 a und 1 b zum Kontrollbericht ist das Datum 30. September 1950 durch 31. Dezember 1950 zu ersetzen.

Bei der Zusammenfassung der Anlage 10, Seiten 1 und 2 zum Kontrollbericht auf der Ebene der VVE ist zu beachten, daß diese Anlagen nicht aus der Gesamtbilanz der VVB neu entwickelt werden, sondern daß die Anlagen der einzelnen VEB summiert werden, da der Überplanbestand eines VEB nicht bei einem anderen VEB, der in der ent-

FACHNACHRICHTEN

für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

sprechenden Position des Richtsatzplanes einen Unterplanbestand ausweist, kreditfähig ist.

Die Formulare gehen den VVB und VEB in diesen Tagen vom Sachsenverlag entweder unmittelbar oder über ihre Ministerien zu.

5. Einreichung und Auswertung des Jahresabschlusses 1950

Für die Einreichung und Auswertung des Jahresabschlusses 1950 gelten die in der 12. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 17. Juni 1950 („Deutsche Finanzwirtschaft“, Jg. 4, Nr. 15 S. 134) für den Jahresabschluß 1949 festgelegten Bestimmungen mit Ausnahme der Einreichungstermine sinngemäß.

Die Einreichungstermine für die Bilanzen und Ergebnisrechnungen sowie den verkürzten Kontroll- und Erfüllungsbericht sind wie folgt festgelegt worden:

1. Abgabe an die VVB bis zum 10. Februar 1951.
2. Abgabe an die fachliche Hauptverwaltung bzw. die Fachministerien des Landes bis zum 28. Februar 1951.
3. Abgabe an die zusammenfassende Abteilung (Sekretariat) des zuständigen Fachministeriums oder Staatssekretariats bzw. das Finanzministerium des Landes bis zum 10. März 1951.
4. Abgabe an das Ministerium der Finanzen der DDR bis zum 15. März 1951.

6 a) Finanzierung der Weihnachtsgratifikationen 1950 für die zentralverwaltete volkseigene Industrie

1. Die Weihnachtsgratifikationen 1950 sind grundsätzlich aus den gesperrten Direktorfonds 1 und 2 des Jahres 1949 zu finanzieren. Soweit diese gesperrten Fonds in den einzelnen Betrieben nicht ausreichen, ist der Ausgleich innerhalb der Vereinigung vorzunehmen. Die Vereinigungen sind berechtigt, die Deutsche Notenbank ist verpflichtet, die eingezahlten Sperrbeträge aus dem Direktorfonds 1949 zu diesem Zweck in Anspruch zu nehmen bzw. freizugeben. Die für Weihnachtsgratifikationen 1950 nicht in Anspruch genommenen Teile des Direktorfonds 1 und 2 aus 1949 sind von den einzelnen Vereinigungen bis zum 20. Januar 1951 an das zuständige Fachministerium zu melden.

2. Soweit der Direktorfonds 1949 für die Finanzierung der Weihnachtsgratifikationen nicht ausreicht, ist der Direktorfonds 1 des Jahres 1950 in Anspruch zu nehmen. Soweit er nicht ausreicht, haben die Vereinigungen beim zuständigen Fachministerium bis zum 20. Januar 1951 folgenden Nachweis zu führen:

- a) Höhe des gesperrten Direktorfonds 1949,
- b) Gesamtsumme der Weihnachtsgratifikationen einschl. Arbeitgeberanteile der Sozialversicherung,
- c) Verwendung des Direktorfonds 1950 bis zum 30. November 1950,
- d) Verwendung des Direktorfonds 1950 im Monat Dezember 1950 ohne Weihnachtsgratifikationen.

Für solche Vereinigungen ergehen nach Vorliegen der angeforderten Unterlagen separate Anweisungen.

3. Für die Erstellung der Bilanz per 31. Dezember 1950 sind die aus dem Direktorfonds 1949 und 1950 nicht finanzierten Teile der Weihnachtsgratifikationen (Spitzenbeträge) wie folgt zu verbuchen:
Konto 13 601 Abgrenzung nicht verrechneter Weihnachtsgratifikationen 1950.

Berlin, den 23. Dezember 1950

Ministerium der Finanzen in der DDR
Rumpf
Staatssekretär.

6 b) Finanzierung der Weihnachtsgratifikationen 1950 für volkseigenen Handel, volkseigene Güter, Maschinen-Ausleih-Stationen, volkseigene Verkehrsbetriebe, volkseigene Industriebetriebe in Länderverwaltung und Kommunalwirtschaftsunternehmen

1. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß an Mitarbeiter von Verwaltungsstellen (zusammenfassende Einheiten) keine Weihnachtsgratifikationen gezahlt werden dürfen.
2. Weihnachtsgratifikationen sind von jeder planenden Einheit aus dem Direktorfonds zu zahlen. Reicht der Fonds nicht aus, so findet ein Ausgleich zwischen den

planenden Einheiten einer zusammenfassenden Einheit nicht statt.

3. Reicht der Direktorfonds zur Zahlung von Weihnachtsgratifikationen nicht aus, so ist von der untersten planenden Einheiten zusammenfassenden Einheit für die Betriebe, die keine Mittel mehr im Direktorfonds haben, beim zuständigen Fachministerium ein Nachweis nach folgendem Muster zu führen:

- a) Gesamtsumme der gezahlten Weihnachtsgratifikationen einschl. Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung,
- b) Höhe des insgesamt 1950 zur Verfügung stehenden Direktorfonds und Summe der bis 30. November 1950 daraus gezahlten Beträge,
- c) Summe der Zahlungen aus dem Direktorfonds im Monat Dezember 1950 ohne Weihnachtsgratifikationen.

Für solche Betriebe der volkseigenen Wirtschaft ergehen nach Vorliegen der angeforderten Unterlagen besondere Anweisungen.

4. Bei Erstellung des Abschlusses zum 31. Dezember 1950 sind die gezahlten und noch nicht finanzierten Teile der Weihnachtsgratifikationen über das Konto 13 601 „Abgrenzung nicht verrechneter Weihnachtsgratifikationen 1950“ (alt: Konto 0981) zu buchen.

Berlin, den 23. Dezember 1950

Ministerium der Finanzen
Georgino
Staatssekretär

7. Buchungsanweisung für die Realisierung der bei der volkseigenen Industrie lagernden Überplanbestände

Wegen der Buchung der Realisierung der bei der volkseigenen Industrie lagernden Überplanbestände gemäß der 14. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe — Auflösung von Konsignationslagern der HA Materialversorgung und Realisierung der bei der volkseigenen Industrie lagernden Überplanbestände — vom 23. August 1950 („Deutsche Finanzwirtschaft“, Jg. 4, Nr. 19/20, Seite 379) haben sich einige Zweifelsfragen ergeben. Um diese zu beheben, wird die folgende Buchung empfohlen:

1. Buchung der Abgabe der Überplanbestände durch den VEB an die Handelszentralen zum Buchwert bzw. Herstellerabgabepreis:

2029	Aufwand aus dem Umsatz von Material und bezogenen Erzeugnissen
an 3	Stoff- und Warenkonten
oder	
an 7	Bestandskonten der Erzeugnisse

2. Buchung der von den Handelszentralen erhaltenen tatsächlichen Erlöse:

a) durch den VEB	
155	Andere Forderungen innerhalb der VVB
an 2129	Ertrag aus dem Umsatz von Material und bezogenen Erzeugnissen
b) bei der VVB	
1446	Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen an volkseigene Handelsgesellschaften
an 185	Andere Verbindlichkeiten innerhalb der VVB

Im Zusammenhang mit der Realisierung der Überplanbestände entstehende Aufwände, wie Umsatzsteuer, Transportkosten und dgl., sind ebenfalls zu Lasten des Kontos 2029 zu buchen, wobei für eine gesonderte Erfassung der Umsatzsteuer zu sorgen ist.

Die Buchung des Rückkaufs zweckgebundener Überplanbestände durch die Betriebe von den Handelszentralen erfolgt unabhängig von der oben angewiesenen Buchung der Realisierung der Überplanbestände, und zwar als ein normaler Bezug zu Lasten der Klassen 3 oder 7.

II. Sonstiges

1. Formulare für die Einheits-Durchschreibebuchhaltung (EDB)

Wie der Sachsenverlag Freiberg mitteilt, steht wieder in ausreichendem Maße Papier für die EDB zur Verfügung. Wir bitten deshalb alle VEB, sich wegen rückständiger Lieferungen unverzüglich mit dem Sachsenverlag in Verbindung zu setzen. Auch Neubestellungen werden sofort ausgeführt.

FACHNACHRICHTEN
für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft

2. Anweisung

**zur 15. Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen
Betriebe vom 21. September 1950**

Auf Grund des § 11 der 15. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 21. September 1950 wird folgendes bestimmt:

Zu § 1 (5):

Als Sonderkonten können bei der Deutschen Notenbank geführt werden:

A. Für die MAS:

1. VV-MAS

- a) Sonderkonto für Umsatzsteuer
- b) " " Abschreibungen
- c) " " Direktorfonds
- d) " " Werkküchen und Kantinen
- e) " " die Abwicklung der Verbindlichkeiten aus der Zeit vor dem 31. Dezember 1949

2. Betriebsstätten (Stationen, Werkstätten, Lehranstalten)

- a) Sonderkonto für Direktorfonds
- b) " " Werkküchen, Kantinen und Gaststätten
- c) " zweckgebundene Mittel
 - aa) aus dem Kulturfonds der DDR
 - bb) aus Patenschaften
 - cc) der Ämter für Lehrlingsausbildung

B. Für die VEG:

1. VVG

- a) Sonderkonto für Umsatzsteuer
- b) " " Abschreibungen
- c) " " Direktorfonds
- d) " " Werkküchen
- e) " " zentrale Materialbeschaffung
- f) " " Bewirtschaftung der freien Flächen
- g) " " Pächterabfindung und Leutekühe
- h) " " Viehzuchtwirtschaft (ehem. Guts-kombinate)
- i) " " Hanfaktion (zweckgebundene Mittel) } VVG
- k) " " Hanfaktion (Investitionen) } Schwerin

2. Betriebsstätten

- a) Sonderkonto für Direktorfonds
- b) " " Werkküchen
- c) " zweckgebundene Mittel
 - aa) aus dem Kulturfonds der DDR
 - bb) aus Patenschaften
 - cc) der Ämter für Lehrlingsausbildung

Die Bank ist verpflichtet, die monatlichen Bewegungen der Sonderkonten in der Meldung nach § 8 der 15. Durchführungsbestimmung zu vermerken.

Zu § 2 (1):

Die Betriebsstätten können mit der Bank vereinbaren, daß die Bargeldabhebungen bei einem örtlichen Kreditinstitut — möglichst der bäuerlichen Handelsgenossenschaften — erfolgen können. Die Deutsche Notenbank wird dann die Betriebsstätten entsprechend akkreditieren.

Zu § 4:

1. Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge sind nach den für die volkseigene Wirtschaft geltenden Bestimmungen an die örtlich zuständigen Finanzämter zu überweisen.
2. Die Umsatzsteuer ist von den Betriebsstätten auf das Sonderkonto (Umsatzsteuer) bei der für die Vereinigung zuständigen Notenbank-Filiale zu überweisen. Die Ab-

führung erfolgt durch die Vereinigung. Die Abschreibungen werden von den Betriebsstätten an die Vereinigung auf das Sonderkonto (Amortisationen) gezahlt. Von diesem Sonderkonto der Vereinigung erfolgt die Überweisung unmittelbar an die Zentrale der Deutschen Investitionsbank Berlin.

Es gehört zu den Aufgaben der kontoführenden Bank, die ordnungsgemäße Abführung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und Abschreibungen zu überwachen.

Zu § 7 (1):

- I. Soweit die Betriebsstätten ihrer zuständigen Bank den bestätigten Finanzplan 1951 zu Anfang des Jahres nicht vorlegen können, gilt folgendes:

A. Für die MAS:

1. Die Betriebsstätten haben ihrer zuständigen Bank einen Nachweis der Einnahmen und Ausgaben für Monat Januar 1951, gegliedert nach den im § 2, Abs. 2 A der 15. Durchführungsbestimmung angegebenen Sachgebieten vorzulegen.
2. In den Einnahmen dürfen die Stützungen (Zuführung von Haushaltsmitteln) 8% des Stützungsbetrages des der Bank vorliegenden bestätigten Finanzplanes 1950 nicht überschreiten. Den Ausgaben sind höchstens 10% des bestätigten Finanzplanes 1950 zugrunde zu legen.
3. Die zuständige Bank prüft die eingereichten Nachweise an Hand der ihr vorliegenden bestätigten Finanzpläne 1950.
4. Die Nachweise derjenigen Betriebsstätten, die erst am 1. Januar 1951 gebildet sind und für die demgemäß für 1950 kein Finanzplan vorliegt, sind von der zuständigen VV-MAS zu bestätigen.

B. Für die VEG:

1. Jede Betriebsstätte legt ihrer zuständigen Bank einen Monatsfinanzplan (Einnahmen und Ausgaben) vor. Dieser Monatsfinanzplan ist nach § 2, Abs. 2 B der 15. Durchführungsbestimmung zu gliedern.
2. In der Einnahmen-Position: Zuführungen aus dem Haushalt sind höchstens 10% des Stützungsbetrages laut bestätigtem Finanzplan 1950 aufzunehmen. Die Ausgaben im Monatsfinanzplan für Januar 1951 dürfen 6% der Ausgaben des bestätigten Finanzplanes 1950 (Finanzplan 1950, Anlage 3, S. 1, Zeile 1) nicht überschreiten.
3. Für Betriebsstätten, die erst 1951 in die Planung einbezogen werden, gilt das oben unter I/A/4. Gesagte sinngemäß.

- II. Die durch die Vereinigung der volkseigenen Güter beschafften Materialien, Ersatzteile und Verbrauchsgüter sind durch Gewährung von Sonderkrediten durch die Bank bei den Vereinigungen zu finanzieren. Dafür sind aus dem Plankredit der Güter 3% für die Vereinigung abzuzweigen.

Zu § 10 (2):

Die Betriebsstätten sind verpflichtet, Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen sowie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Abschreibungen und andere kurzfristige Verbindlichkeiten abzudecken.

Die Anweisungen Nr. 15 und 16 verlieren mit Ablauf des Jahres 1950 ihre Gültigkeit.

Berlin, 23. Dezember 1950

Ministerium der Finanzen
Georgino
Staatssekretär

Das Heft 7 der Schriftenreihe Deutsche Finanzwirtschaft „Vorschriften über das Rechnungswesen der volkseigenen Wirtschaft“ erscheint Mitte Februar 1951. Unter Verweis auf die Aufforderung in den Fachnachrichten für die Hauptbuchhalter, Kontroll- und Revisionsorgane der volkseigenen Wirtschaft, Nr. 22/1950, wird nochmals im Interesse einer schnellen Belieferung empfohlen, entsprechende Bestellungen unverzüglich an den Verlag Die Wirtschaft, Berlin W 8, Friedrichstraße 61, zu richten.

Fachnachrichten für den Staatshaushalt

1951

1./15. Januar

Nr. 3

35. Haushaltsrundschriften Nr. 30

1. Stellenbesetzung in den Zentralbuchhaltungen.

Unter Aufhebung des Schlüssels in der Rundverfügung vom 20. November 1950 R 2300/01 können für die Zentralbuchhaltung in den Landkreisen nunmehr folgende Stellen geschaffen werden:

für je 7000 Einwohner 1 Kraft und
für je 20 Gemeinden eine weitere Kraft.

Bei 35 000 Einwohnern und 60 Gemeinden können also 8 Kräfte eingestellt werden.

In diese Zahlen sind eingeschlossen der Leiter der Zentralbuchhaltung und Schreibkräfte, jedoch keine Vollziehungsangestellte.

Bei Aufrundung bzw. Abrundung ist die Summe bei der Schlüssel insgesamt zu berücksichtigen.

Die Vergütung der Angestellten der Zentralbuchhaltung kann nunmehr wie folgt geregelt werden:

Leiter in Zentralbuchhaltungen von mehr als 10 Angestellten	Verg.-Gruppe IV
Leiter in kleineren Zentralbuchhaltungen sowie Stellvertreter des Leiters in Zentralbuchhaltungen mit mehr als 10 Angestellten	Verg.-Gruppe V
Buchhalter	Verg.-Gruppe VI
Hilfsbuchhalter	Verg.-Gruppe VII u. VIII
Schreibkräfte	Verg.-Gruppe VIII u. IX

Es bleibt vorbehalten, nach Ablauf eines halben Jahres eine Überprüfung der Notwendigkeit von Stellenplanzahlen und Vergütungen vorzunehmen.

2. Auszahlung von Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen.

Durch Rundschreiben vom 16. Dezember 1950 wurde den Landesregierungen mitgeteilt, daß die ursprünglich im Plan der Sozialversicherung eingeplanten Mittel für Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung zu den Haushalten der Länder der Deutschen Demokratischen Republik übertragen worden sind. Für die Mittelbewirtschaftung sind demnach die Arbeitsämter zuständig, für die Unterkonten zum Einzelplan des Landeshaushalts zu errichten sind.

Der notwendige Geldbedarf zur Zahlung der Unterstützungen ist im Kassenplan der Arbeitsämter vorzusehen. Es ist sicherzustellen, daß das Personal der Arbeitsämter, soweit es für die Mittelbewirtschaftung in Frage kommt, mit den Bestimmungen der Kassenordnung und dem notwendigen Verfahren hinreichend vertraut gemacht wird.

Die Auszahlung der Unterstützungen wird von den Arbeitsämtern besorgt werden müssen, soweit die Notenbank aus Personal- und Raumgründen dazu nicht in der Lage ist. Der durch Liste und Ausgabeanweisung belegte Geldbetrag ist bei der Notenbank vom Arbeitsamt abzuheben und an die Empfangsberechtigten auszuzahlen. Restbeträge sind spätestens am 3. Tage nach der Abhebung wieder zur Notenbank zurückzugeben. Nachzügler müssen sich die Unterstützung dann bei der Notenbank abholen.

Die Kontroll- und Revisionsabteilungen der Kreise sind mit der laufenden Überprüfung der Auszahlung zu beauftragen.

3. Auszahlung der Fürsorgeunterstützungen.

Die Sozialversicherung zahlt nur die Renten an die Empfangsberechtigten aus, nicht dagegen die Fürsorgeunterstützungen, die im Haushalt der Sozialversicherung verplant worden sind. Ihre Auszahlung hat weiterhin durch die Sozialämter zu erfolgen. Die Sozialämter der Kreise fordern dazu den notwendigen Geldbetrag rechtzeitig bei der Sozialversicherungskasse an und verfahren ihn auf Verwahrkonto des Kreises. Die Auszahlung der Unterstützungen hat, soweit die Beträge nicht vom Sozialamt bar ausgezahlt werden, über die Deutsche Notenbank, die örtlichen Filialen der Sparkassen oder über die Dorfgemeinschaftskassen zu erfolgen. Auch kann die Überweisung mittels Postbarscheck vom Postscheckkonto der Notenbank durch-

geführt werden. Lassen sich diese Wege nicht beschreiben, muß die Barauszahlung unter Zuhilfenahme der Bürgermeister in den Gemeinden stattfinden. Da die Gemeinden unter 2000 Einwohner nicht mehr über eine Kasse verfügen, sind die erforderlichen Geldbeträge den Bürgermeistern über die Kreditanstalten rechtzeitig zu überweisen oder durch Barscheck auszuhandeln.

4. Versorgung der poliklinischen Einrichtungen mit Geld.

Die Mittel für die im Kreise vorhandenen poliklinischen Einrichtungen (Kreispolikliniken, poliklinische Ambulanzen, Landambulatorien, Gemeindegewesternstationen usw.) sind bei der Sozialversicherung verplant. Träger der Einrichtungen sind jedoch die Kreise. Die Mittelbewirtschaftung lag aber schon bisher bei der in den Kreisen eingerichteten Kreisbuchstelle für das Gesundheitswesen. Diese erhalten nunmehr ein Nebenkonto mit der Nummer 1121060 oder 1121061 für ein zweites Konto am gleichen Ort zum Unterkonto der Sozialversicherungsanstalt.

Für dieses Nebenkonto stellt das Landesgesundheitsamt auf Vorschlag der Kreisbuchstelle für die SVA einen Teilkassenplan auf, den die SVA der Notenbankfiliale übergibt, bei der ihr Unterkonto geführt wird. In diesem Teilkassenplan ist der Geldbedarf für alle von der Kreisbuchstelle zu betreuenden poliklinischen Einrichtungen für den kommenden Monat vorzusehen.

Der Teilkassenplan ist der Notenbank zur Weiterleitung an die nebenkontenführenden Filialen so rechtzeitig zu übergeben, daß die Kreisbuchstellen spätestens ab 1. d. M. über die notwendigen Gelder verfügen können. Der Teilkassenplan braucht nur die Gesamteinnahme und die Gesamtausgabe der betreffenden Buchstellen für den kommenden Monat nachzuweisen. Er darf natürlich über den Kassenplan für das Unterkonto der SVA, der dem Finanzorgan über den Zentralvorstand zur Bestätigung eingereicht worden ist, nicht hinausgehen.

Die von dem Nebenkonto verausgabten bzw. vereinnahmten Beträge sind am 10., 20. und Monatsletzten zu dem Unterkonto zu übertragen. Damit das Unterkonto seinerseits ordnungsmäßig übertragen werden kann, ist sicherzustellen, daß diese Übertragung des Nebenkontos zum Unterkonto rechtzeitig vor sich geht.

Die Kontenbeantragung und die Unterschriftsberechtigung über die Nebenkonten regelt die Sozialversicherung im Benehmen mit dem Landesgesundheitsamt in eigener Zuständigkeit, wobei grundsätzlich 2 Unterschriften vorzusehen sind.

5. Buchungsmethode für die Unterkontenübertragung.

Die Buchungsmethode für die Übertragung der Unterkonten wird wie folgt geregelt:

Die am 10., 20. und Monatschluß auf dem Unterkonto angewachsenen Einnahmen und Ausgaben überträgt die Deutsche Notenbank auf das Konto des Einzelplans. Die übertragenen Summen erscheinen auf dem Kontoauszug des Unterkontos als gelöscht, so daß am folgenden Tage die Einnahme bzw. Ausgabe wieder neu anwächst.

Auf dem Einzelplankonto erscheint die übertragene Summe an den genannten Tagen als Zugang.

In der Verwaltungsbuchhaltung für das Unterkonto sind die auf dem Kontoauszug als gelöscht bezeichneten Beträge im Zeitbuch für Zahlungsfälle und auf der Sachkontenkarte „Zahlungsmittel“ in Rot abzusetzen. Die Rotbuchung im Zeitbuch für Zahlungsfälle hebt die vorherigen Buchungen wieder auf, so daß das Zeitbuch in Übereinstimmung mit dem Kontoauszug ebenfalls auf Null steht. Die Rotbuchung auf dem Sachkonto „Zahlungsmittel“ findet ihre Deckung in den schwarz erfolgten Eintragungen auf den einzelnen Sachkonten, die von dem Übertragungsverfahren unberührt bleiben.

In der Verwaltungsbuchhaltung zum Einzelplankonto wird die übertragene Summe ebenfalls auf dem Sachkonto „Zahlungsmittel“ mit Durchschrift ins Zeitbuch für Zahlungsfälle in Einnahme bzw. in Ausgabe eingebucht. Nach Schluß des Monats gibt die das Unterkonto bewirtschaftende Dienststelle die Abrechnung, aus der dann zu ersehen ist, wie sich die in 3 Summen

FACHNACHRICHTEN FÜR DEN STAATSHAUSHALT

erfolgte Übertragung der Einnahmen und Ausgaben des Unterkontos auf die einzelnen Sachkonten verteilt.

Die Verwaltungsbuchhaltung über das Einzelplankonto setzt nunmehr die drei übertragenen Summen der Einnahmen und Ausgaben unter Zusammenrechnung zu jeweils einer Zahl auf dem Sachkonto „Zahlungsmittel“ mit Durchschrift in das Zeitbuch für Zahlungsfälle wieder rot ab und verbucht dann entsprechend der erhaltenen Monatsabrechnung die übertragenen Summen aufgeteilt auf die zuständigen Sachkonten mit Durchschrift ins Zeitbuch für Zahlungsfälle.

Zusammengefaßt sind folgende Buchungen in der Buchhaltung des Einzelplankontos notwendig:

1. Verbuchung der 3 Übertragungssummen für Einnahme und Ausgabe (in Schwarz).
2. Nach Erhalt der Abrechnung von der das Unterkonto bewirtschaftenden Dienststelle:
 - a) Rotabsetzung der Übertragungssummen,
 - b) Schwarzeinbuchung der sich aus der Monatsabrechnung für die einzelnen Sachkonten ergebenden Einnahmen und Ausgaben, die sich mit den übertragenen Summen zu 1 decken müssen.

Zu beachten ist, daß der Saldo des Kontos Zahlungsmittel, soweit er aus den oben geschilderten Übertragungsvorgängen herrührt, weder bei Unterkonten noch bei Einzelplankonten am Jahreschluß in deren Teilbilanz eingeht.

Sind Nebenkonto zu Unterkonten gebildet worden, so regelt sich das Übertragungsverfahren in gleicher Weise zwischen Nebenkonto und Unterkonto, wie vorstehend zwischen Unterkonto und Einzelplankonto dargestellt wurde.

6. Aufstellung von Bilanzen in den Ministerien bzw. bei dezentralen Buchhaltungen.

Die Anordnung über die Verwaltungsbuchhaltung geht an sich davon aus, daß nur eine Bilanz für die gesamte Gebietskörperschaft, also für das Land, die Republik oder den Kreis aufgestellt wird.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist jedoch nichts dagegen einzuwenden, wenn jedes Ministerium bzw. jede dezentrale Buchhaltung für selbständige Einrichtungen (Universität, Forschungsanstalt, Versuchsgut usw.) eine eigene Bilanz, die dann allerdings nur die Bedeutung einer Teilbilanz haben kann, aufstellt. Diese Teilbilanzen müssen aber zusammengefaßt werden zur Bilanz der Gebietskörperschaft.

In solchen Teilbilanzen erscheinen dann nicht die Sachkonten 160, 170 und 180 mit einem Bestand, worauf ausdrücklich hingewiesen wird, da diese Bestände zum Finanzorgan gehen bzw. dort nachgewiesen werden.

7. Verlustentschädigungen (Mankogeld).

Nach dem 1. Januar 1951 wird einbarer Kassenverkehr in der Verwaltung sich nicht mehr abspielen. Bei der evtl. Auszahlung von Gehältern, Unterstützungen, Stipendien usw. rechtfertigt der Umfang der Auszahlungen nicht die Bereitstellung von Kassenverlustentschädigungen. Diese auszahlenden Beträge können überdies bereits am Vortage eingetütet werden, so daß Irrtümer beim Auszahlen nicht vorkommen dürfen.

8. Errichtung von Konten für westdeutsche Bezirksfürsorgeverbände.

Einzelne Sozialämter haben die Einziehung von Unterhaltsgeldern für in Westdeutschland lebende Unterhaltsberechtigte von in der DDR wohnenden Unterhaltsverpflichteten übernommen und diese Gelder bisher auf Verwahr- oder Sonderkonten angesammelt. Aus Gründen der Bereinigung der Verwahrkonten pp. bitten wir, nunmehr gemäß § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1950 über die Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs besondere auf den Namen des Zahlungsempfängers, also des westdeutschen Bezirksfürsorgeverbandes, lautende Konten bei der Deutschen Notenbank anzulegen, bereits vorhandene Bestände hierauf einzuzahlen und im übrigen zu veranlassen, daß die Unterhaltspflichtigen künftig ihre Zahlungen auf diese Konten leisten.

9. Unterschrift bei Sammelaufträgen.

Grundsätzlich sind die Überweisungsaufträge von den fachlich Verfügungsberechtigten und den Haushaltsbearbeitern zu unterschreiben. Es bestehen keine Bedenken, diese Einzelaufträge durch einen sogenannten Sammelauftrag zusammenzufassen. Dieser Sammelauf-

trag soll die Deutsche Notenbank jedoch nicht von der Pflicht zur Prüfung der Unterschriftsberechtigung auf den einzelnen Überweisungsaufträgen entbinden. Er ist deshalb künftig nicht mehr zu unterschreiben.

10. Sicherung von Geldtransporten.

Eine Abholung und Überbringung von Geldern zur Auszahlung von Gehältern, Unterstützungen, Stipendien usw. hat vielfach bisher nur durch einen Boten stattgefunden, ohne daß ein Begleiter zur Verfügung gestellt wurde.

Einige Sonderfälle geben uns Veranlassung, für die Sicherung von Geldtransporten nunmehr Mindestbestimmungen zu fordern:

1. Beträge von DM 5000,— bis 20 000,— sind grundsätzlich von zwei Personen abzuholen.
2. Beträge über DM 20 000,— bis 100 000,— sind durch drei Personen abzuholen.
3. Bei Beträgen über DM 100 000,— ist Begleitschutz der Polizei erforderlich und zu beantragen. Wird Begleitschutz gestellt, so genügt ein Bote.

Die begleitenden Personen sind anzuweisen, nicht neben dem Boten, der das Geld transportiert, einherzugehen, sondern ihm in kurzer Entfernung möglichst unauffällig, doch so dicht zu folgen, daß der Begleiter im Notfall eingreifen kann. Grundsätzlich ist der kürzeste Weg zum Geldinstitut und zur Dienststelle umgesäumt und ohne Zwischenaufenthalt zurückzulegen.

Zum Geldabholen und zur Begleitung sind nur zuverlässige Angestellte in geordneten Verhältnissen mit einwandfreiem Leumund zu verwenden. Wenn hierzu regelmäßig die gleichen Personen bestimmt werden, so ist über ihr außerdienstliches Verhalten polizeiliche Auskunft einzuholen.

11. Wirtschaftsbetriebe in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern.

Wirtschaftsbetriebe in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern, die nicht in ein KWU überführt worden sind und Wirtschaftspläne aufstellen, sind mit ihrem Ergebnis im Haushaltsplan zu veranschlagen. Für sie ist eine besondere Buchhaltung einzurichten. Soweit bisher anders verfahren wurde, bedarf es entsprechender Änderung.

Bei Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohnern kann die Betriebsbuchhaltung von der Gemeindebuchhaltung mit besorgt werden.

In den Gemeinden unter 2000 Einwohnern ist nach örtlichen Bedürfnissen zu prüfen, ob es ratsam ist, die Buchhaltung auch in der Zentralbuchhaltung mit besorgen zu lassen. Kann dies wegen zu weiter Entfernung oder wegen der Besonderheit des Wirtschaftsbetriebes nicht erfolgen, muß die Buch- und Kassenführung am Sitze des Betriebes vorgenommen werden.

Berlin, den 15. Dezember 1950.

R 1031

Ministerium der Finanzen
Pauligk
Hauptabteilungsleiter

36. Beispielung der theaterlosen Gemeinden

Durch die Haushaltsrichtlinien 1951, Ziff. II b 21 ist bestimmt worden, daß in den Haushalten theaterloser Gemeinden Mittel für Theatervorstellungen einzuplanen sind. Diese Maßnahme ist entgegen dem Grundsatz, daß gegenseitige Zuschüsse nicht gezahlt werden dürfen, vorgenommen. Die veranschlagten zweckgebundenen Mittel dienen als Zuschüsse für die Gastspiele der Theater. Die Verplanung soll fördern, daß die Theater Gastspiele auf dem flachen Lande geben. Da die Beträge Unkostenbeiträge sind, die nicht für andere Zwecke verwendet werden dürfen, liegt es im Interesse der Gemeinden, die Theater entsprechend deren Beispielungsaufgaben für Gastspiele zu gewinnen. Die Zuschüsse, die die Gemeinden an die Theater zu leisten haben, werden zweckmäßig vorher in absoluter Höhe festgesetzt. Der Unkostenbeitrag ist dabei im Verhältnis der Mehraufwendungen der Theater für die Gastspiele zu bemessen; er kann auch für die Verbilligung der Eintrittspreise Verwendung finden.

Die Zuschüsse der Gemeinden an die Theater dürfen jedoch nicht so verwendet werden, daß die Gemeinden außerdem noch die Saalmiete usw. selbst zahlen. Vielmehr ist es wegen einer ordnungsgemäßen Finanzwirtschaft der Theater notwendig, daß die Theater die Reisekosten, Saalmieten usw. übernehmen und als Ausgaben aus ihren Haushalten bestreiten. Die Erlöse aus

FACHNACHRICHTEN
FÜR DEN STAATSHAUSHALT

dem Verkauf der Theaterkarten fließen den Theatern nach Abzug der steuerlichen Verpflichtungen in voller Höhe zu. Desgleichen sind die Zuschüsse der Gemeinden in voller Höhe als Einnahmen der Theater zu verbuchen.
Sti

37. Betr.: Nahrungs- und Genußmittelindustrie in den Ländern

Die Mittel für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind im Landeshaushalt beim Einzelplan 16 (Handel und Versorgung) im Kopfkapitel nachzuweisen.
Berlin, den 10. Januar 1951
R 1011/04-51

Ministerium der Finanzen
Pauligk
Hauptabteilungsleiter

38. Betr.: Kassenpläne für den Einzelplan 30 Finanzausgleich

Um Differenzen in den Kassenplänen der DDR und der einzelnen Länder für die einzelnen Monate betreffs Finanzausgleich zu vermeiden, wird gebeten, eine Abstimmung mit der hiesigen Abteilung Zusammenfassende Haushaltplanung in der HA Staatshaushalt vor endgültiger Überreichung an die Landesfilialen der Deutschen Notenbank herbeizuführen.

Desgleichen bitten wir, dafür zu sorgen, daß die Kreise in ihren Kassenplänen betreffend Finanzausgleich die gleichen Summen wie das Ministerium der Finanzen des Landes ausweisen, und daß bezüglich der kreisangehörigen Gemeinden im gleichen Sinne verfahren wird.

Berlin, den 30. Dezember 1950

R 1020

Ministerium der Finanzen
Fengler
Abteilungsleiter

39. Haushaltsrundschriften Nr. 24

Betr.: Vorlesungshonorare für Gastdozenten an Schulungslehrgängen (siehe Haushaltsrundschriften Nr. 19 vom 17. Juli 1950 — R 2501/1281 —)

Die einheitliche Regelung der Vorlesungshonorare für Gastdozenten an Schulungslehrgängen erfordert noch einige Differenzierungen.

In Abänderung des Haushaltsrundschriftens Nr. 19 vom 17. Juli 1950 — R 2501/1281 — wird die Vergütung an Gastdozenten für die Abhaltung von Vorlesungen an Schulungslehrgängen der Finanzschulen und an Lehrgängen ähnlichen Einrichtungen mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

a) Gastdozenten, die bis zu 6 Tagen im Monat Vorlesungen halten und ihre Dienstbezüge von anderen Institutionen bekommen, erhalten ein Stundenhonorar von 5,— DM bis zur Höchstzahl von 3 Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage.

Besonders qualifizierten Gastdozenten kann ein Stundenhonorar bis zu 10,— DM für höchstens drei Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage gewährt werden.

b) Gastdozenten, die an mehr als 6 Tagen im Monat eine Lehrtätigkeit an Schulungslehrgängen ausüben, erhalten ein Stundenhonorar von 3,50 DM bis zur Höchstzahl von 3 Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage.

Besonders qualifizierten Gastdozenten, sofern sie an mehr als 6 Tagen im Monat eine Lehrtätigkeit an Schulungslehrgängen ausüben, kann ein Stundenhonorar bis zu 7,50 DM für höchstens 3 Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage gewährt werden.

c) Freiberuflichen Gastdozenten kann ein Stundenhonorar von 10,— DM bis zur Höchstzahl von 3 Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage gewährt werden; besonders qualifizierten, freiberuflichen Gastdozenten ein Stundenhonorar bis zu 20,— DM für höchstens drei Vorlesungs- oder Seminarstunden an einem Tage.

Die Höhe der jeweils zu zahlenden Gastdozenten-honorare setzt die Schulleitung fest. Ist ein besonderer Lehrgangsleiter für einen Schulungskursus vorgesehen, so erfolgt die Festsetzung des jeweils zu zahlenden Gastdozenten-honorars im Einvernehmen mit dem Lehrgangsleiter.

Neben den Stundenhonoraren sind die verordnungsmäßigen Reisekostensätze zahlbar. — Träger der Reisekosten ist die jeweilige Schule.

Erhält ein Gastdozent freie Unterkunft in der Schule, so entfällt das Übernachtungsgeld.

Nimmt ein Gastdozent an der Gemeinschaftsverpflegung teil, so ist der von der Schule in Ansatz zu bringende Verpflegungssatz von dem Tagegeld in Abzug zu bringen. Es wird gebeten, die Bekanntgabe der vorgenannten Sätze an die in Ihrem Dienstbereich liegenden, in Frage kommenden Institutionen und Einrichtungen unverzüglich zu veranlassen.

Berlin, den 11. November 1950

R 2501/1281

Ministerium des Innern

Warnke
Staatssekretär

Ministerium der Finanzen

Für den Staatssekretär
Georgino
Hauptabteilungsleiter

40. Anordnung Nr. 105

Betr.: Fahrkostenerstattung bei Verlegung des Dienst-sitzes durch Veränderung der Kreisgrenzen, Ver-lagerung von Dienststellen und Auflösung von Nebenstellen.

Infolge Veränderung von Kreisgrenzen und der damit gegebenenfalls verbundenen Verlegung des Dienst-sitzes sowie Zusammenlegungen von Dienststellen, Auflösung von Nebenstellen usw. haben die Beschäftigten der be-treffenden Verwaltung neue Wegstrecken zur Dienststelle zurückzulegen, die zum Teil mit höheren Fahrkosten ver-bunden sind.

Zur Vermeidung sozialer Härten und zur Erzielung einer einheitlichen Regelung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, dem Ministerium für Arbeit und den Gewerkschaften folgende Anordnung erlassen:

1. Beschäftigten, denen aus den vorgenannten Gründen für Fahrten vom Wohnort zum neuen Sitz der Dienst-stelle eine Mehrbelastung entsteht, die den Betrag von DM 12,— monatlich übersteigt, erhalten diese Mehr-kosten für die Zeit des Überganges vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951 erstattet.
2. Lehrlinge, denen aus den vorgenannten Gründen für Fahrten vom Wohnort zum neuen Sitz der Dienststelle und zum Schulbesuch eine Mehrbelastung entsteht, erhalten für die Zeit des Überganges vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951 einen monatlichen Fahrkostenzuschuß bis höchstens DM 20,—.
3. Der auf Grund dieser Anordnung entstehende Mehr-aufwand ist aus Einsparungen zu decken.

In der Übergangszeit ist darauf hinzuwirken, daß bis zum 30. Juni 1951 die mit der Verlegung von Dienststellen verbundenen Schwierigkeiten durch Arbeitskräfteaustausch überwunden sind.

Berlin, den 16. November 1950

R 2501/1050

Ministerium der Finanzen
Georgino
Hauptabteilungsleiter

41. Durchführung der Kassenordnung im Bereich der der Volksbildung unterstellten Anstalten des Gesund-heitswesens

Für die im Bereiche des Ministeriums für Volksbildung bei den klinischen Anstalten oder Einrichtungen anfallen-den Gelder von Insassen dürfen von der betreffenden mittelbewirtschaftenden Stelle besondere Verwahrkonten bei der zuständigen Notenbankfiliale, wo das Einnahme- und Ausgabekonto unterhalten wird, eingerichtet werden, die die Kontonummer

11 43 000 für den Bereich der Republik
12 43 000 für Sachsen
13 43 000 für Sachsen-Anhalt
14 43 000 für Thüringen
15 43 000 für Brandenburg
16 43 000 für Mecklenburg

zu erhalten haben.

Sind mehrere mittelbewirtschaftende Stellen am gleichen Ort und besteht für jede Dienststelle die Notwendigkeit zur Errichtung des besonderen Verwahrkontos, so er-halten die weiteren Konten nach dem Dezimalsystem die Nummer 1 143 001 bzw. 1 143 002 usw. Die Kontoöffnungs-anträge sind dem Finanzorgan zur Bestätigung vorzulegen.

Auf diesen Konten dürfen nur Gelder verwahrt werden, die nicht in den Haushalt gehören. Fallen bei der betref-fenden Dienststelle Einnahmen an, bei denen lediglich das zuständige Sachkonto unklar ist, so sind diese Beträge sofort durch diese Dienststelle auf Sachkonto 290 bzw.

FACHNACHRICHTEN FÜR DEN STAATSHAUSHALT

390 „sonstige Einnahmen“ zu buchen. Nach Feststellung des zuständigen Sachkontos sind die Beträge innerhalb der Buchhaltung entsprechend anzubuchen. Ist erkennbar, daß der Geldeingang einer anderen Dienststelle gehört, so ist er deren zuständigem Einnahmekonto ohne besonderes Genehmigungsverfahren zuzuleiten. Ist keine Zuständigkeit einer Dienststelle zu erkennen, so ist der Betrag dem Verwahrkonto des zuständigen Finanzorgans zu überweisen.

Aus Vereinfachungsgründen sind wir damit einverstanden, daß überzahlte Kurz- und Verpflegungskosten von Patienten ohne besonderes Genehmigungsverfahren an die Einzahler aus dem Einnahmekonto zurückgezahlt werden dürfen, sofern es sich im Einzelfalle nicht um mehr als DM 100.— handelt. Bei darüber hinausgehenden Rückzahlungsbeträgen ist die Zustimmung des Finanzorgans gemäß § 6 der AA Nr. 51 einzuholen.

Berlin, den 14. Dezember 1950
R 1031

Ministerium der Finanzen
Pauligk
Hauptabteilungsleiter

42. Die Auflösung der Postscheckkonten durch die Post

Das Ministerium für Post und Fernmeldewesen gibt bekannt:

Wir haben die Postscheckämter im Sinne der Ziffer II/2 Ihres Rundschreibens vom 20. November 1950 Nr. 2300/01 angewiesen, die Postscheckkonten der Gebietskörperschaften und ihrer Einrichtungen aufzulösen und die Restguthaben vom 31. Dezember 1950 auf die alten Haushaltskonten bei der Bank zu übertragen.

Wir haben weiter angeordnet, daß die für die aufgehobenen Postscheckkonten der Gebietskörperschaften nach dem 1. Januar 1951 bei den Postscheckämtern noch eingehenden Zahlkarten, Postanweisungen und Überweisungen nicht an den Einzahler zurückgesandt, sondern in geeigneter Weise den Postscheckkonten der betreffenden Bankstellen für Rechnung des Empfängers gutgebracht werden.

Zur Vereinfachung des Geschäftsablaufs ist den Postscheckämtern empfohlen worden, im Benehmen mit den dafür zuständigen Filialen der Deutschen Notenbank die geschlossenen Postscheckkonten der Gebietskörperschaften — zumindest derjenigen mit starkem Verkehr — zum Auffangen der noch unter der bisherigen Kontobezeichnung eingehenden Beträge für eine gewisse Zeit weiterzubehalten, die Kontoauszüge mit den Belegen jedoch der Notenbank zuzusenden und auch die Guthaben mit Notüberweisung auf das Postscheckkonto der Bank zu übertragen, sofern diese es nicht vorzieht, das bisherige Postscheckkonto einer Gebietskörperschaft unter eigener Firma weiterzuführen, wie es beispielsweise die Deutsche Notenbank Leipzig in mehreren Fällen getan hat. Aufträge unter der alten Anschrift können bei dieser Regelung ohne weiteres und ohne besondere Arbeiten gutgebracht werden.

Die Postämter in der DDR sind durch AmtsblVf angewiesen worden, ab 1. Januar 1951 an die Gemeinden und alle übrigen Haushaltsorganisationen, für die nach der neuen Kassenordnung der gesamte bare und unbare Zahlungsverkehr von der Deutschen Notenbank besorgt wird, Post- und Zahlungsanweisungen in keinem Falle mehr bar auszusahlen. Die Geldbeträge sind mit Kontokarte auf das Postscheckkonto der betreffenden Bankanstalt, bei der das Haushaltskonto geführt wird, zu über-

weisen. Soweit die Postämter an das Gironetz der Deutschen Notenbank angeschlossen sind, können die Beträge auf Verlangen der Deutschen Notenbank auch im Girowege entsprechend dem früheren Reichsbankgiroverkehr unmittelbar an die Kassenstelle überwiesen werden.

Wir bitten, die in Frage kommenden Kassen anzuweisen, entsprechende Aufträge mit den erforderlichen Angaben möglichst bald beim Postscheckamt zu stellen.

Berlin, den 13. Dezember 1950

Ministerium für Post und Fernmeldewesen
In Vertretung des Hauptabteilungsleiters
Raettig

43. Haushaltsrundschriften Nr. 29

Betr.: I. Bargeldsendungen an öffentliche Dienststellen

II. pp. a

I. Nach den postalischen Bestimmungen ist es möglich, daß Geldsendungen durch Postanweisungen oder Postscheck an die Ministerien der Republik, an die Länder, an die Kreise und Gemeinden bzw. deren Institute, Anstalten und Einrichtungen, soweit sie mit der vollen Einnahme und Ausgabe im Haushaltsplan veranschlagt worden sind, erfolgen. Um zu verhindern, daß diese Geldbeträge den Verwaltungsangestellten ausgehändigt werden, bitten wir, sofort beim zuständigen Postamt zu beantragen, daß das Postamt derartige Geldsendungen künftig ohne weiteres selbstständig entweder

a) dem Einnahmekonto Nr. der Dienststelle bei der Deutschen Notenbank in oder

b) dem Postscheckkonto Nr. der Deutschen Notenbank in bei der das Einnahmekonto unterhalten wird,

zuführt. Die unmittelbare Gutschrift auf das Einnahmekonto gemäß Ziffer a) ist nur dann möglich, wenn die betreffende Postanstalt bei der Deutschen Notenbank ein Bankkonto unterhält. Ist das nicht der Fall, muß der Antrag zu b) gestellt werden. Zur entsprechenden Feststellung setzen sich die mitbewirtschaftenden Dienststellen unmittelbar mit dem zuständigen Postamt in Verbindung. Die Haushaltsbearbeiter der Ministerien der Republik, im übrigen die zuständigen Finanzorgane, überwachen, daß die Anträge bei den Postämtern bis zum 31. Dezember 1950 gestellt werden.

II. pp. a

Die Ministerien der DDR, die Finanzministerien der Länder, der Zentralvorstand der Sozialversicherung und die Deutsche Zentralfinanzdirektion werden gebeten, sofort alle nachgeordneten Dienststellen von dieser Regelung in Kenntnis zu setzen und für ihre Durchführung zu sorgen.

Berlin, den 8. Dezember 1950

R 1031

Ministerium der Finanzen
Pauligk
Hauptabteilungsleiter

Berichtigung zu den Anlagen 2, 3 und 4 der Haushaltsrichtlinien

Unter „B-Ausgaben“ in die Spalte „Sachkontengruppe 99, 98, 99 zu ergänzen durch 92, 93“.

Abgabenblatt

1951

1./15. Januar

Nr. 1

Inhaltsverzeichnis:

	Seite		Seite
1. Betr.: Erläuterungen zur Preisanordnung Nr. 244	(89) 1	7. Betr.: Rundverfügung Nr. 232/1950	(90) 2
2. Betr.: Provision für Exportgeschäfte	(89) 1	8. Betr.: Rundverfügung Nr. 233/1950	(90) 2
3. Betr.: Sachverständigen-Gebühren	(90) 2	9. Betr.: Rundverfügung Nr. 143/1950	(91) 3
4. Betr.: Preisgestaltung bei Wasserabgabe durch KWU an städtische Behörden und Eltwerke	(90) 2	10. Betr.: Rundverfügung Nr. 247/1950	(92) 4
5. Betr.: Zahlungsbedingungen für Schnittholz	(90) 2	11. Betr.: Rundverfügung Nr. 251/1950	(92) 4
6. Betr.: Rundverfügung Nr. 269/1950	(90) 2	12. Betr.: Erstattung von überzahlten Steuern aus der Zeit vor 1945	(92) 4

Vom Ministerium der Finanzen — HA Preise — ergingen folgende grundsätzliche Verfügungen, die den Landesfinanzdirektionen durch die Deutsche Zentralfinanzdirektion bereits als Mitteilung zugeleitet worden sind:

1. Betr.: Erläuterungen zur Preisanordnung Nr. 244 (PrVOBl. 49/107) hier: Begriff „Gewerbliche Gebrauchsgüter“.

(Runderlaß Nr. 361/1950 des Min. d. Finanzen, HA Preise)

Beim Preiskontrollamt gehen noch immer aus Wirtschaftskreisen eine große Anzahl Anfragen darüber ein, ob ein bestimmter Gegenstand als gewerbliches Gebrauchsgut anzusprechen und bei der Berechnung der Handelspreise nach der Preisanordnung Nr. 244 zu kalkulieren ist oder ob er mit einer anderen, meist höheren Handelsspanne berechnet werden darf. Mit dem Vorbehalt, die Begriffsbestimmungen für gewerbliche Gebrauchsgüter seien nicht genügend klar, wird unter Anwendung gesuchter Argumentationen darzulegen versucht, daß die PAO Nr. 244 dies und jenes „meine“ und daß deshalb ein bestimmter Gegenstand nicht unter ihre Bestimmungen fallen könne.

Es muß eindeutig festgestellt werden, daß die PAO 244 nebst den dazu ergangenen Erläuterungen und Einzel-erlassen keinen Raum für derartige Auslegungen bietet. Eine sorgsame Würdigung der zahlreichen Anfragen vor-bezeichneter Art hat ergeben, daß sie in keiner Weise sachlichen Erwägungen entsprechen, sondern nur darauf ausgehen, durch Umdeuten des Begriffs „gewerbliche Gebrauchsgüter“ höhere Handelsspannen zu erwirken oder anhängige Ordnungsstrafen abzubiegen.

Wo auf dem Gebiete der gewerblichen Gebrauchsgüter in einigen Fällen die Normalspannen von 15 bzw. 20% nicht ausreichen, sind Sonderregelungen erforderlich. Derartige Sonderregelungen liegen bereits vor und werden weiter, falls notwendig, durch Preisverordnung generell erfolgen. Es geht jedoch auf keinen Fall an, andere als die gesetzlich zulässigen Handelsspannen durch Verdeuteln der gesetzlichen Bestimmungen einzuführen. Zur endgültigen Beantwortung aller dem Preiskontrollamt vorgelegten Fragen über die Anwendung des Begriffs „gewerbliche Gebrauchsgüter“ wird deshalb zusammenfassend nochmals folgendes festgestellt:

Die Frage, ob ein Gegenstand als gewerbliches Gebrauchsgut anzusprechen ist oder nicht, ist im Rahmen der Bestimmungen der PAO Nr. 244 (PrVOBl. 1949 S. 107), der dazu ergangenen amtlichen Erläuterungen (PrVOBl. 1949 S. 150 ff) und der 4. Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verkürzung des Handelsweges bei gewerblichen Gebrauchsgütern vom 24. August 1949 (PrVOBl. 1949 S. 108) nach folgenden Merkmalen zu entscheiden:

1. Es muß sich um einen Gegenstand handeln, der in der Liste der gewerblichen Gebrauchsgüter im Sinne des § 8 der Anordnung vom 3. November 1948 (ZVOBl. S. 509) enthalten ist. Um alle Mißverständnisse auszuschalten, wird bemerkt, daß es sich hierbei um die-

jenige Liste handelt, die als Anlage zum § 1 Absatz (1) der 4. Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Verkürzung des Handelsweges bei gewerblichen Gebrauchsgütern vom 24. August 1949 (PrVOBl. 1949 S. 109) veröffentlicht ist.

2. Es muß sich um einen Gegenstand handeln, der unmittelbar der Versorgung der Bevölkerung zu dienen bestimmt ist.
3. Es muß sich um einen Gegenstand handeln, der über Groß- und Einzelhandel normalerweise der Bevölkerung zugeführt wird.
4. Es muß sich um einen Gegenstand handeln, der für sich selbständig benutzbar ist.

Die Entscheidung der Frage, ob ein Gegenstand unter die Warengruppen gemäß Liste zu § 1 fällt, als gewerbliches Gebrauchsgut anzusprechen ist oder nicht, kann also je nach dem Verwendungszweck verschieden ausfallen. (Beispiel: Unter die Gattung Fahrzeuge fallen sowohl Eisenbahnwaggons wie Fahrräder. Ein Eisenbahnwaggon erfüllt nach den vorgenannten 4 Merkmalen ohne Zweifel nicht die Voraussetzungen für ein gewerbliches Gebrauchsgut, während sie für ein Fahrrad ohne weiteres zutreffen.)

Glaut ein Betrieb trotz der vorgenannten Bestimmungen unter Anwendung der vorgenannten 4 Merkmale noch immer Zweifel darüber haben zu müssen, ob eine Handelsware nach den Bestimmungen der PAO 244 zu kalkulieren ist oder mit einem anderen Handelsaufschlag berechnet werden darf, so hat er sich selbst diese Zweifel dahingehend zu beantworten, daß die jeweils niedrigere von 2 nach seiner Auffassung möglichen Handelsspannen anzuwenden ist.

Berlin, den 27. November 1950

Si/Pa

2. Betr.: Provision für Exportgeschäfte

Unternehmen in der DDR, die sich bei Durchführung von Exportgeschäften eines Vertreters bedienen, haben etwaige Provisionen aus dem DM-Erlös der exportierten Ware zu zahlen. Diese Provision darf auf den preisrechtlich zulässigen DM-Abrechnungspreis nicht aufgeschlagen werden.

Bedient sich der Hersteller der Exportwaren eines Vertreters, der in den Westsektoren Berlins oder auch in den Westzonen seinen Geschäftssitz hat, so kann nicht anders verfahren werden.

Ein Umtausch des Provisionsbetrages etwa in Westmark ist nach den geltenden Bestimmungen ausgeschlossen.

Berlin, den 18. Juli 1950

— 31 b — 1050/1 — Pa

ABGABENBLATT

3. Betr.: Sachverständigen-Gebühren

Mitteilung des Min. d. Finanzen, HA Preise
vom 12. April 1950

Die Preisstrafrechtsverordnung regelt die Frage der Kosten des Verfahrens in den §§ 36 ff nur für den Fall des Abschlusses des Ordnungsstrafverfahrens durch Bestrafung. Es bestehen keine Bedenken, zur Lösung aller nicht durch die Preisstrafrechtsverordnung erfaßten Fälle die Regelung der Strafprozeßordnung analog heranzuziehen.

Wenn daher der beschuldigten Firma ein Preisverstoß nicht hat nachgewiesen werden können, wird man sie in analoger Anwendung des § 467 StrPrO nicht zur Bestreitung der Kosten des Sachverständigen-Gutachtens heranziehen können, ein Schluß, der vielleicht schon ein contrario aus § 36 StrPrVO zu ziehen wäre.

Die weitere Frage, welcher Länderhaushalt in solchen Fällen die Kosten zu tragen hat, wird dahingehend entschieden, daß der Haushalt des Landes die Kosten trägt, dessen Preisstelle das Verfahren durchführt, dem ja auch in den Fällen, in denen eine Verurteilung erfolgt, die Kosten zufließen.

Berlin, den 21. Juli 1950
— 31 b — 1050/1 — Pa

4. Betr.: Preisgestaltung bei Wassergebühr durch KWU
an städtische Behörden und WerkeMitteilung des Min. d. Finanzen, HA Preise
vom 5. Juni 1950

Über die Erhöhung des Abgabepreises für das an städtische Behörden gelieferte Wasser, das bisher zu Vorzugspreisen zur Verfügung gestellt wurde, ist entschieden worden, daß in jedem Falle einer Preisänderung, soweit sie eine Preiserhöhung darstellt, ein Preiserhöhungs-Antrag zu stellen ist. Dies gilt sowohl in den Fällen, in denen bisher das Wasser entweder kostenlos oder gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr abgegeben worden ist und jetzt eine Abrechnung nach den vergleichsweise üblichen Sätzen des Jahres 1944 erfolgen soll.

Preisgenehmigungen dieser Art, soweit die Preisfestsetzung im Rahmen der vergleichsweise üblichen Sätze des Jahres 1944 erfolgt, können von den Landesfinanzdirektionen, Abt. Preise in eigener Zuständigkeit entschieden werden.

Berlin, den 21. Juli 1950
— 31 b — 1950/1 — Pa

5. Betr.: Zahlungsbedingungen für Schnittholz
Mitteilung des Min. d. Finanzen, HA Preise
vom 22. August 1950

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß für alle volkseigenen Betriebe die 6. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe vom 15. Juli 1949 und für alle übrigen Betriebe § 5 der Verordnung über die Preisbildung für inländisches Nadel schnittholz vom 10. Juli 1943 gilt.

Die Deutsche Handelszentrale Holz ist nicht befugt, von sich aus bindende Gesetzesvorschriften zu ändern.

Berlin, den 4. Oktober 1950
— 32 b — 1050/1 — Wgl/Di —

Rundverfügung Nr. 269/1950

Betr.: Lohnsteuerkarten 1951

Bezug: Rundverfügung Nr. 110/1950 vom 16. August 1950

In Ziffer 7 Absatz 3 der Rundverfügung Nr. 110/1950 ist festgelegt, daß Änderungen der Steuerklasse und andere Eintragungen wie bisher vom Wohnsitz-Finanzamt des Lohnsteuerpflichtigen vorgenommen werden. Diese Fassung hat zu mißverständlicher Auslegung Anlaß gegeben. Zur Behebung von Zweifeln bestimmen wir daher:

1. Das Finanzamt ist nach wie vor allein zuständig für die Eintragung steuerfreier Beträge auf der Lohnsteuerkarte und die Änderung der Steuerklasse, soweit sie von der Stellung eines besonderen Antrages abhängig ist (z. B.: Kinderermäßigung für Kinder über 16 Jahre, Kinderermäßigung für den Vater des unehelichen Kindes, Elternermäßigung). Nur diese Fälle sind in der angezogenen Bestimmung gemeint.

2. Die Änderung der Steuerklasse in allen übrigen Fällen (z. B.: Geburt, Todesfall, Gattenermäßigung) bleibt weiterhin den Gemeindebehörden übertragen.

Berlin, den 22. Dezember 1950
O 2020 Dr Ka/Kl

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Heldt
stellvertretender Leiter

Rundverfügung Nr. 232/1950

Betr.: Steuerliche Behandlung von literarischen,
künstlerischen usw. Wettbewerbspreisen

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik — HA Steuern, Zölle und Abgaben — hat zu der Frage der steuerlichen Behandlung von literarischen, künstlerischen usw. Wettbewerbspreisen dem Ministerium für Volksbildung gegenüber wie folgt Stellung genommen:

„Wettbewerbspreise aus Literatur-, Kunst-, Architekturwettbewerben und dgl. sind, weil es an der erforderlichen Gegenleistung oder einem Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Betätigung fehlt, grundsätzlich einkommensteuerfrei (Hinweis auf Ziffer 52 VR 1949).

So sind z. B. die auf Grund der Teilnahme an einem Architekturwettbewerb selbständig tätigen Architekten, Baumeistern, Künstlern zugesprochenen und gezahlten Wettbewerbspreise von der Einkommensteuer befreit. Die Steuerfreiheit erstreckt sich jedoch lediglich auf den reinen Wettbewerbspreis, nicht dagegen auf die Vergütungen, die im Zusammenhang mit einem Wettbewerb, wie z. B. für Ankäufe von Entwürfen, Modellen und dgl., durch die Wettbewerbsveranstaltende Institution gezahlt werden.“

Für die Lohnsteuer gilt sinngemäß das gleiche.
Berlin, den 27. November 1950

— S 2160 — Nö/He —

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Heldt
stellvertretender Leiter

Rundverfügung Nr. 233/1950

Betr.: Einkommensteuer

Bezug: Sonderausgaben-Pauschbeträge für Arbeits- und
Kriegsinvaliden gemäß § 15 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik — HA Steuern, Zölle und Abgaben — hat zu der Behandlung der Sonderausgaben-Pauschbeträge für Arbeits- und Kriegsinvaliden die folgende Regelung getroffen:

„Arbeits- und Kriegsinvaliden werden bei Heranziehung zur Einkommensteuer auf Antrag die in § 15 Abs. 1 bestimmten steuerfreien Pauschbeträge, und zwar unabhängig von sonst zu gewährenden Pauschbeträgen, gewährt. In der Praxis ist besonders hinsichtlich der hiernach jährlich als zusätzliche Pauschbeträge für Sonderausgaben (Spalte 3 der Tabelle in § 15 Abs. 1 der 2. DB zur StRVO) zu gewährenden Beträge unterschiedlich verfahren worden.“

Zur Behebung bestehender Unklarheiten und um die einheitliche Anwendung dieser Bestimmung bereits für die Veranlagung 1949 zu gewährleisten, weisen wir auf folgendes hin:

Die Pauschbeträge für Sonderausgaben gemäß § 15 Abs. 1 der 2. DB zur StRVO sind als zusätzliche Pauschbeträge unabhängig von den sonstigen Sonderausgaben im Sinne des § 10 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 EStG ohne Beschränkung durch die in § 10 Abs. 2 Ziff. 3 EStG bestimmten Höchstbeträge für Sonderausgaben im Sinne des § 10 Abs. 1 Ziffer 2 und 3 EStG zu gewähren.

Sind die tatsächlichen Sonderausgaben, die mit der Arbeits- und Kriegsinvalidität im Zusammenhang stehen, höher als die Pauschbeträge nach § 15 der 2. DB zur StRVO, so tritt der nachgewiesene oder glaubhaft gemachte höhere Betrag an die Stelle des Pauschbetrages.“

Berlin, den 27. November 1950
— S 2118 — Nö/He —

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Heldt
stellvertretender Leiter

ABGABENBLATT

Rundverfügung Nr. 143/50

Betr.: Vorabfertigung von Exportsendungen durch die Binnen Zollstellen

Bezug: „Verordnung über die Einführung eines neuen Außenhandelsverfahrens für Export“ vom 30. Juni 1950 (GBl. S. 639 ff), unsere Verfügung vom 29. Juli 1950 — Z 215 A—Zoll—

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptabteilung Steuern, Zölle und Abgaben, hat durch Erlaß vom 13. September 1950 — R 3321/1000 folgendes angeordnet:

Durch die im Gesetzblatt der DDR Nr. 76 vom 13. Juli 1950 veröffentlichte Verordnung über die Einführung des neuen Außenhandelsverfahrens für Export, sind den Binnen- und Grenzzollstellen neue Aufgaben übertragen worden, die in Ziffer 14—17 der genannten Verordnung ihren Niederschlag gefunden haben.

Bei der hiernach festgelegten Mitwirkung des Zollapparates an dem neuen Außenhandelsverfahren für Export haben die Binnen- und Grenzzollstellen nach folgenden Richtlinien genauestens zu verfahren:

A. Binnen-Zollamt

Von diesem ist zu prüfen bzw. zu veranlassen

1. Übereinstimmung der EA-Nr. und der Waren-Angabe auf EA und EWBS; bei Teilscheinen außerdem noch auf diesen.
2. Ordnungsgemäße Unterschrift und Dienstsiegel (Trockenstempel) des EWBS durch das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung.
3. Einhaltung des auf dem EWBS angegebenen Termins, bis zu dem spätestens die Ware vorzuführen und zum Versand ins Ausland zu bringen ist.
4. Ggf. richtige Übertragung des Datums nach 3. auf den Teilscheinen.
5. Ordnungsgemäße Unterschrift des Lieferwerks auf EWBS bzw. Teilschein.
6. Ggf. vollständige Ausfüllung des Teilscheines auf Grund der Angaben des EWBS.
7. Ggf. gleichlautender Vermerk: „Über Grenzübergang ...“ auf EWBS und Teilschein, sowie entsprechende richtige Aufmachung der Verladepapiere. (Dies ist besonders wichtig, weil der Stamm-EWBS, auf dem die Teilscheinsendung abgeschrieben wird, bereits am ursprünglich angegebenen Grenzzollamt, und nur an diesem, also nirgendwo anders, liegt).
8. Übereinstimmung der vorgeführten Ware mit der im EWBS bzw. Teilschein angegebenen
9. Feststellung der tatsächlich zum Versand gelangenden Menge und/oder des Wertes. Prüfung dieser Ziffern daraufhin, daß sie nicht die im EWBS bzw. Teilschein vorgeschriebene Menge und/oder Wert überschreiten und Eintragung der vom Zollamt festgelegten Ziffern in den unteren Teil der Tabelle unter „tatsächlich versandt“. Je vollständiger und genauer dies geschieht, desto besser kann der Exportplan realisiert werden.
10. Die Eintragung nach 9. geschieht bei Einzel-EWBS und bei Teilschein auf allen 4 Exemplaren, jedoch nur auf der Rückseite des Kontrollblattes des EWBS unter „Teilscheine“, wenn der Versand der im EWBS festgelegten Gesamtmenge in Teilsendungen auf Teilschein erfolgt. (Siehe Ziffer 16 oben angeführter Verordnung.) Dabei ist dann die jeweils entsprechende Zeile mit der vorgedruckten laufenden Nummer des Teilscheins (1.—9.) zu benutzen.
11. Anlegen der Nämlichkeitssicherung und entsprechende Eintragung auf EWBS bzw. Teilschein.
12. Bestätigung der Eintragung nach 9. und 11. durch Unterschrift und Stempel unter Hinzusetzung des Datums der Abfertigung zum tatsächlichen Versand. Als tatsächlicher Versand gilt die Verfügung über die Ware durch einen Spediteur oder Frachtführer. Dies ist besonders wichtig bei der in den Werken vorgenommenen Beschau, wo sich der Zollangestellte vergewissern muß, daß die von ihm abgefertigte Ware nicht etwa dort stehen bleibt, sondern dem Verkehr (Versand) übergeben ist. Diese Bestätigung erfolgt bei Einzel-EWBS auf der Rückseite aller 4 Exemplare oben links; bei Teilscheinversand nur auf der Rückseite des Kontrollblattes des EWBS in der Tabelle (Datum) und den von 1—9 nummerierten Feldern (Zoll-

stempel; bei Teilscheinen auf der Rückseite aller vier Exemplare unten in dem zur Papiermitte hin liegenden Feld.

13. Auseinandernehmen des EWBS- bzw. Teilscheinsatzes und Verteilung:
 - a) EWBS-Kontrollblatt bei Vollausschüttung (ohne Teilschein) täglich per Post an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung. (Genaue Anschrift ist am linken Rand aufgedruckt.)
 - b) EWBS-Kontrollblatt bei Versand auf Teilschein solange zurück an den Versender (Einreicher), bis die angegebene Gesamtmenge vollständig versandt oder der Termin nach 3. abgelaufen ist. Sodann an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung nach a).
 - c) Teilschein-Kontrollblatt täglich per Post an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung.
 - d) „MIAM-Grenzblatt“, „Daha-Grenzblatt“ und „Ausfuhrmeldung“ sowohl des EWBS als auch des Teilscheines zusammen mit den Verladepapieren und der Ware an Grenz-Zollamt.

B. Grenzzollamt

Dieses hat zu veranlassen

14. Prüfung ob EWBS bzw. Teilschein vom Binnen-Zollamt vorschriftsmäßig ausgefüllt und bestätigt ist.
15. Prüfung der Nämlichkeitssicherung, deren Abnahme und entsprechende Eintragung auf EWBS bzw. Teilschein.
16. Ausfüllung des Vermerks mit „Zug-, Lkw.-, Kahn-, Schiff-Post Nr. ... heute um ... Uhr unter meinen Augen über die Zollgrenze ausgeführt.“
17. Bestätigung der Eintragung nach 15. und 16. mit Datumsangabe durch Unterschrift und Stempel. Diese Bestätigung erfolgt bei Einzel-EWBS auf der Rückseite aller 3 Exemplare oben rechts. Bei Teilscheinversand (siehe Punkt 18) auf der Rückseite aller 3 Exemplare in die Tabelle „Teilschein“ (Datum) und die von 1—9 nummerierten Felder (Stempel), bei Teilscheinen auf der Rückseite aller 3 Exemplare unten im Eckfeld.
18. Bei Teilscheinversand wird der mit der gleichen EA-Nr. wie der Teilschein bezeichnete Stamm-EWBS herausgesucht.
Die unter „tatsächlich versandt“ vom Binnen-Zollamt eingetragenen Angaben des Teilscheines werden auf der Rückseite aller 3 Exemplare des herausgesuchten Stamm-EWBS in die Tabelle „Teilscheine“ übertragen. Dabei ist dann die jeweils entsprechende Zeile mit der vorgedruckten laufenden Nummer des Teilscheins (1—9) zu benutzen. Der Stamm-EWBS bleibt solange beim Grenz-Zollamt, bis seine angegebene Gesamtmenge durch Teilschein-Abbuchungen vollständig versandt bzw. ein dazugehöriger Teilschein ausdrücklich als „Restlieferung“ bezeichnet ist.
19. Eintragung der EWBS- bzw. Teilschein-Nr. in die „Begleitliste“ (siehe Anlage). Dies kann auch später für alle Scheine gleichzeitig zu den Versandterminen nach Punkt 20 geschehen.
20. Versand aller 3 Exemplare der EWBS bzw. Teilscheine viermal monatlich mit erster Postgelegenheit nach 00 Uhr (siehe Anlage) am 6., 16., 25. und letzten jeden Monats mit Begleitliste an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung lt. vorgedruckter Adresse. Das bedeutet, daß alle Sendungen und Scheine viermal monatlich am 5., 15., 24. und vorletzten (d. h. 29. oder 30.) jeden Monats pünktlich um 24 Uhr abgeschlossen und restlos aufgearbeitet werden müssen. Die unbedingte Einhaltung dieser Termine und die wirklich durchzuführende Aufarbeitung aller bis dann vorliegenden Scheine sind von allergrößter Wichtigkeit, weil nach diesen Stichtagen unsere Außenhandelsplan-Realisierung gebucht wird. Säumigkeit in der Aufarbeitung oder Bummel bei Versand verursachen grobe Unrichtigkeiten in der Planabrechnung, deren Verspätung oder gar Unmöglichkeit.

Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß die in der Anlage genannten Zugverbindungen von den Grenzzollämtern unbedingt zur Postbeförderung an den genannten 4 Tagen im Monat benutzt werden, weil das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung nach Ankunft dieser Züge die erhaltenen Unterlagen für den

ABGABENBLATT

Berichtsabschnitt als vollständig ansehen muß und dementsprechend den buchhalterischen Abschluß macht. Die Frage der Plandisziplin erfordert es gebieterisch, daß alle Kollegen in den Grenzzollstellen unbedingt und ausnahmslos diese Termine einhalten.

Im allgemeinen müssen sowohl Binnen- wie Grenzzollämter darauf achten, daß auf den Scheinen nicht radiert oder geändert worden ist oder sonstige erkennbare Verfälschungen vorgenommen worden sind.

Die Hauptaufgaben der Zollstellen kurz zusammengefaßt sind:

1. **Binnenzoll:** Kontrolle, daß nur die Ware und die Menge zum Versand ins Ausland gelangt, die von dem Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung genehmigt wurde.
2. **Grenzzoll:** Feststellung und planmäßige rasche Übermittlung des Datums des tatsächlichen Grenzübergangs (Planerfüllung).

Wir bitten, die Zolldienststellen der DDR anzuweisen, ihre Tätigkeit im Sinne vorstehender Richtlinien unverzüglich aufzunehmen. In der Anweisung an die Zollämter, die umgehend erfolgen muß, ist darauf hinzuweisen, daß ein Musterexemplar für jede Zollstelle folgt. Der Text der betreffenden Ziffern der „Verordnung“ ist in der Anweisung am besten wörtlich wiederzugeben. Jeder einzelnen Grenzstelle ist die für sie vorgesehene Zugverbindung lt. Punkt 20 (wie aus der Anlage ersichtlich) ausdrücklich aufzugeben.

Die Begleitliste nach Punkt 19, ebenso wie die Adressenzettel zum Versand der Scheine an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung liegen bereits vor und werden den Grenzzollämtern unmittelbar vom Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung zugeschickt.

Da das bisherige Ausfuhrgeschäft nach dem alten Verfahren noch einige Monate bis zu seinem Auslaufen fortbestehen wird, wird es neben dem neuen EWBS (DIN A 5), die auf den neuen EA basieren, auch noch alte EWBS (DIN A 4) geben, die auf den früheren „Vertragsgenehmigungen“ beruhen. Die Behandlung der alten EWBS (DIN A 4) durch Binnen- und Grenzzollämter muß sinngemäß nach obiger Anleitung erfolgen; lediglich der Versand vom Grenzzollamt an das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung ist genau so vorzunehmen wie im Punkt 20 ausgeführt. Voraussichtlich zum Jahresende werden die alten EWBS (DIN A 4) ungültig und aus dem Verkehr gezogen werden.

Wir bemerken hierzu:

Musterexemplare des neuen Exportwarenbegleitscheins und des Teilscheins werden Ihnen sofort nach Fertigstellung zugehen.

Die Vorabfertigung der Exportgüter bei den Binnen-zollstellen ist im Gegensatz zu dem bisher zulässigen Verfahren (Erlaß des ehem. RdF vom 25. Juli 1940 — Z 2115 — 1 II — Vorschriftensammlung Zollrecht Nr. 14) nunmehr bindend vorgeschrieben (vgl. zweiter Halbsatz des 2. Satzes der Ziffer 14 der Verordnung). Damit fallen den Zollstellen erhebliche neue Aufgaben zu. Wie wir aus den bisher vorliegenden Berichten zu unserer Verfügung vom 29. Juli 1950 — Z 2115 A—Zoll — ersehen, werden Umfang und Bedeutung dieser neuen Aufgaben von den Landesfinanzdirektionen offenbar noch nicht richtig erkannt. Der bisherige Umfang der Vorabfertigungen kann für die neuen Aufgaben keinen Maßstab bilden, da das neue Verfahren zur Zeit noch gar nicht und auch in den nächsten Monaten noch nicht in vollem Umfange angelaufen sein wird.

Bis zum 15. Dezember 1950 bitten wir über die mit dem neuen Exportverfahren gemachten Erfahrungen zu berichten. Auftretende Unklarheiten bitten wir jeweils sofort vorzutragen.

Berlin, den 19. September 1950

Z 2115 A—Zoll

Deutsche Zentralfinanzdirektion
In Vertretung: Heldt

Rundverfügung Nr. 247/1950

Betr.: Erstattung von Steuerabzugsbeträgen
Bezug: Artikel 3 Ziff. 3 Abs. 4 der StRVO

Das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik — HA Steuern, Zölle und Abgaben — hat das Folgende bekanntgegeben:

„In Art. 3 Ziff. 3 Abs. 4 der StRVO ist bestimmt, daß § 47 Abs. 3 Satz 2 des EStG gestrichen wird.“

Hierdurch sind Zweifel darüber entstanden, ob seit dem Inkrafttreten der Steuerreformverordnung nach Durchführung der Veranlagung sämtliche durch Steuerabzug einbehaltenen Steuerbeträge erstattet werden können oder ob sich die Erstattungsmöglichkeit auf den Steuerabzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) beschränkt. Dazu bemerken wir folgendes:

Sinn und Zweck der Steuerreformverordnung ist, die durch eigene Arbeitsleistung erzielten Einkünfte steuerlich zu begünstigen. Hieraus und aus der Fassung des Art. 3 der StRVO, welcher die Besteuerung des Arbeitslohnes regelt, ergibt sich, daß vom Gesetzgeber lediglich eine Erstattung von Lohnsteuer beabsichtigt war. Die gleiche Rechtsauffassung kommt in Ziffer 71 Abs. 2 der VR 1949 zum Ausdruck. Durch Steuerabzug einbehaltene Beträge (außer Lohnsteuer) sind also nach wie vor nicht zu erstatten.

Die Bestimmungen der 9., 10. und 19. DB zur StRVO werden davon nicht berührt.“

Berlin, den 1. Dezember 1950

— S 2211 — N6/He —

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Heldt
stellvertretender Leiter

Rundverfügung Nr. 251/1950

Betr.: Besteuerung der Post-Spar- und Darlehnsvereine

Nach einem Erlaß des ehemaligen RdF vom 27. Juni 1942 — S 2503-2-III — waren die Post-Spar- und Darlehnsvereine hinsichtlich der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer bis auf weiteres den Kreditgenossenschaften gleichgestellt und waren insoweit steuerbefreit.

Mit Rücksicht auf die nach 1945 durchgeführten Reorganisationsmaßnahmen des Genossenschafts- und Kreditwesens können den Post-Spar- und Darlehnsvereinen steuerliche Vergünstigungen nicht mehr gewährt werden. Das Ministerium der Finanzen der DDR hat deshalb den Erlaß des ehemaligen RdF vom 27. Juni 1942 — S 2503-2-III — einschließlich der Erlasse vom 14. Juni 1941 und 10. Januar 1942 durch die Anordnung R 3212/2510 vom 1. Dezember 1950 aufgehoben, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1949.

Berlin, den 8. Dezember 1950

S 2510 — 133-Bal/Fr

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Heldt
stellvertretender Leiter

Betr.: Erstattung von überzahlten Steuern aus der Zeit vor 1945

Die Kasse des Finanzamtes Burg b. Magdeburg hat auf Antrag eines Steuerpflichtigen eine Abrechnung über überzahlte Steuern aus dem Jahre 1944 erteilt. Der Steuerpflichtige begehrt nun auf Grund dieser Abrechnung eine Erstattung, Verrechnung oder Umwertung des überzahlten Betrages.

Es ist nicht möglich, dem Verlangen des Steuerpflichtigen Rechnung zu tragen. Eine Erstattung, Verrechnung oder Umwertung von überzahlten Steuern aus der Zeit vor 1945 ist in keiner Weise und in keinem Verhältnis möglich.

Um unnötige Verwaltungsarbeit zu ersparen, geben wir die Anweisung, daß Anträge von Steuerpflichtigen auf Erteilung einer Abrechnung von überzahlten Steuern aus der Zeit vor 1945 abzulehnen sind.

Berlin, den 7. Dezember 1950

Zu/Rie

Deutsche Zentralfinanzdirektion
Guth

Druckfehler-Berichtigung:

In der Rundverfügung Nr. 221a/50 (veröffentlicht in A gabenblatt Nr. 3/50 — Seite 1950/11 — muß es heißen:

„Betr.: Pfändung (nicht Stundung) von Leistungslohn“

Nachrichten für den Geld-u. Kreditverkehr

1951

1./15. Januar

Nr. 1

Anordnung

über die Einführung des Einheitsschecks und über die Inkraftsetzung einheitlicher Scheckbedingungen

- I. Die den Banken im Fünfjahrplan gestellten großen Aufgaben erfordern u. a. die Reorganisation des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

An der Schaffung einheitlicher Bestimmungen für den Überweisungsverkehr, vor allem für den Überweisungs-Direktverkehr, wird noch gearbeitet. Dagegen sind die Arbeiten für die Vereinheitlichung des Scheckverkehrs innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr abgeschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen werden nachstehende — für alle Kredit-

institute der Deutschen Demokratischen Republik verbindliche — Maßnahmen getroffen:

1. Ab 1. Januar 1951 wird ein einheitlicher Scheckvordruck, der „Einheitsscheck“, eingeführt.
2. Am 1. Januar 1951 treten neue „Bedingungen für den Scheckverkehr“ (siehe Anlage 1) in Kraft.

II. Einzelbestimmungen:

1. Der Einheitsscheck.

- a) Er hat folgendes Aussehen:

DEUTSCHE NOTENBANK WEIMAR Zweigstelle Ernst-Thälmann-Straße, Weimar	
Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus <small>meinem Guthaben</small> DM <small>unserem</small> _____	
wörtlich Deutsche Mark _____	
an _____ Pfennige <small>wie oben</small>	
oder Überbringer	
(Ausstellungsort) _____	(Stempel / Unterschr. d. Ausstellers) _____
(Datum) _____	Bank-Vermerke Konto-Nr. _____ U. g. _____ K. g. _____ Scheck-Nr. 000000
Mitteilung des Ausstellers an den Empfänger Ausgleich der Rechnung. Nr. _____ vom _____	

Der Scheck (blauer Farbton) darf nur durch die Deutsche Wertpapier-Druckerei Leipzig hergestellt werden. Durch die Massenaufgabe und das einfache Druckverfahren ist billigste Herstellung gewährleistet.

Für jeden Auftrag ist der Wertpapier-druckerei das benötigte Wasserzeichen- und sonstige Druckpapier (Papierscheck) zur Verfügung zu stellen.

- b) Der Einheitsscheck wird als Überbringerscheck gefertigt. Er ist (mit gleichem Scheckbild) auch als Postkartenscheck vorgesehen. In diesem Falle ist die Rückseite des Schecks als Postkarte gestaltet.

Die Beschränkung der Betragsgrenze auf DM 1000,— für Postkartenschecks entfällt ab 1. Januar 1951.

- c) Die Anschrift des bezogenen Kredit-Instituts darf nur zweizeilig erscheinen:

1. Zeile = Name des Kreditinstituts,
2. Zeile in kleinerem Druck = postalische Ortsangabe oder Zweigstellenbezeichnung mit nachgesetzter, leicht gesperrt gedruckter Ortsangabe

Beispiele:

DEUTSCHE NOTENBANK WEIMAR
 Weimar
 DEUTSCHE NOTENBANK WEIMAR
 Zweigstelle Ernst - Thälmann - Straße,
 Weimar
 KREISSPARKASSE WEISSWASSER
 Hauptzweigstelle Muskau/Oberlausitz

(93) 1

NACHRICHTEN FÜR DEN GELD- UND KREDITVERKEHR

d) Der freie Raum rechts in dem Feld „Bankvermerke“ ist für den Abdruck eines einheitlichen Schecknummateurs vorgesehen, an dessen Gestaltung z. Z. noch gearbeitet wird. Er soll neben der Bezeichnung des Kreditinstituts (evtl. durch Banken-Kenn-Nr.) den Einreichungstag (gleichzeitig Wertstellungsdatum) enthalten. Bis auf weiteres kann in dem freien Raum der Abdruck des bisher üblichen Nummateurs des 1. Kreditinstitutes angebracht werden.

Bis zur Einführung des einheitlichen Nummateurs muß das Wertstellungsdatum über der Betragsspalte angebracht werden.

Die Zellen U. g. und K. g. auf der linken Seite innerhalb des Feldes „Bankvermerke“ dienen zur Aufnahme der Zeichen für die Prüfung der Unterschriften und des Kontostandes.

Das Feld „Mitteilungen für den Empfänger“ gibt der Kundschaft die Möglichkeit, Zahlungsvermerke einfachster Art anzubringen.

e) Bestände an alten Vordrucken können noch bis zum 30. Juni 1951 an die Kundschaft ausgegeben werden.

Ab 1. September 1951 dürfen alte Scheckvordrucke nicht mehr verwendet werden. Es ist sicherzustellen, daß die Kundschaft bis spätestens zu diesem Zeitpunkt den „Einheitsscheck“ in Händen hat.

Über die Verwertung etwa nach dem 30. Juni 1951 vorhandener alter Scheckvordrucke ergehen besondere Weisungen.

2. Die neuen Bedingungen für den Scheckverkehr.

a) Die neuen Bedingungen sind ab sofort durch Aushang im Schalterraum und durch Aufklärung am Schalter bekanntzumachen.

b) die wichtigsten Neuerungen der auch vom Ministerium der Justiz gebilligten Bedingungen sind:

Ziffer 4, durch die unsere Maßnahmen gegen Aussteller ungedeckter Schecks untermauert werden,

Ziffer 6, durch die insbesondere eine Eindämmung des illegalen Scheckverkehrs erreicht werden soll.

c) Jeder Kunde, der ab 1. Januar 1951 ein Scheckheft ausgehändigt erhält (gleichgültig ob alter Vordruck oder Einheitsscheck), muß

die neuen Scheckbedingungen mit Vordruck Anlage 2 anerkennen. Die Vordrucke sind bei der Deutschen Wertpapier-Druckerei (ebenfalls gegen Papiergestellung) anzufordern.

d) In alten Scheckheften enthaltene überholte Scheckbedingungen sind vor etwaiger Ausgabe der Scheckhefte wie folgt zu überstempeln:

„Es gelten die mit Wirkung vom 1. Januar 1951 in Kraft getretenen Bedingungen für den Scheckverkehr.“

e) Die Kreditinstitute sind gem. Ziffer 6 der Bedingungen ab 1. Januar 1951 verpflichtet, Schecks, die später als acht Tage nach Ausstellung zur Einlösung oder zum Einzug vorgelegt werden, zurückzuweisen. Die hierdurch entstehende Kontrollarbeit muß im Hinblick auf das erstrebte Ziel (vergl. II/2b) in Kauf genommen werden.

Die Kundschaft ist ab sofort in geeigneter Form auf diese Bestimmung hinzuweisen (siehe auch II/2a), damit während der Übergangszeit mögliche Unzuträglichkeiten auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben.

III. Alle im Zusammenhang mit der Einführung des Einheitsschecks und der Inkraftsetzung der neuen Bedingungen für den Scheckverkehr erforderlichen Presseveröffentlichungen werden ausschließlich von der Deutschen Notenbank Berlin veranlaßt.

VI. Endziel unserer Arbeiten zur Reorganisation des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist es,

a) durch einheitliche, fortschrittliche Organisation und Abwicklung,

b) durch genormte Zahlungsverkehrs-Vordrucke eine durchgreifende Verbesserung — vor allem eine erhebliche Beschleunigung — des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu erreichen.

Mit der Einführung des „Einheitsschecks“ und der Inkraftsetzung neuer „Bedingungen für den Scheckverkehr“ ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur besseren Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und zu einheitlicher Vordruckgestaltung getan worden.

Berlin, den 25. November 1950.

DEUTSCHE NOTENBANK
Direktorium
Dewey Koch

Anlage 1

Bedingungen für den Scheckverkehr

Die Ausstellung von Schecks ist nur auf Grund ausreichenden Guthabens oder im Rahmen eines zugesagten Kredites zulässig, nicht aber schon in Erwartung künftiger Eingänge. Wer einen ungedeckten Scheck ausstellt, schädigt den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Er setzt sich den Weiterungen gem. Ziffer 4 der Scheckbedingungen aus.

Durch die Annahme des Scheckheftes unterwirft sich der Kontoinhaber folgenden Bedingungen:

1. Scheckhefte werden bei Beginn des Scheckverkehrs gegen besondere Empfangsbescheinigung, später gegen Empfangsbescheinigung auf den in jedem Heft enthaltenen Vordruck, ausgehändigt.

Der Empfänger hat das Scheckheft beim Empfang auf Vollständigkeit der Scheckvordrucke einschl. des Vordrucks für die Empfangsbescheinigung zu prüfen.

2. Scheckhefte sind sorgfältig aufzubewahren, jede mißbräuchliche Verwendung von Scheckvordrucken ist zu verhindern.

Das Abhandenkommen von Scheckvordrucken ist der Bank unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unbrauchbar gewordene Vordrucke sind sofort zu vernichten.

3. Nichtbenutzte Scheckvordrucke sind der Bank auf jedes zulässige Verlangen — bei Beendigung der Geschäftsverbindung unaufgefordert — unverzüglich Schalter zurückzugeben oder eingeschrieben zurückzusenden.

**NACHRICHTEN
FÜR DEN GELD- UND KREDITVERKEHR**

4. Aussteller ungedeckter Schecks haben das Scheckheft mit allen, noch unbenutzten Vordrucken auf Verlangen sofort an die Bank zurückzugeben.
5. Die Scheckvordrucke sind mit Tinte, Tintenstift oder Schreibmaschine auszufüllen und mit Tinte oder Tintenstift zu unterschreiben.
Leerräume in den Betragsspalten (Ziffern und Buchstaben) sind so zu durchstreichen, daß keine Zusätze möglich sind.
6. Schecks werden von den Kreditinstituten nur binnen 8 Tagen seit Ausstellung des Schecks zur Einlösung oder zum Einzug angenommen.
7. Reicht bei Vorlegung eines Schecks das Guthaben zur Einlösung nicht aus, so ist die Bank nicht verpflichtet, Teilzahlungen zu leisten.
8. Der Aussteller eines Schecks ist damit einverstanden, daß im Falle der Nichteinlösung die Verpflichtung zu seiner Benachrichtigung gem. Art. 42 des Scheckgesetzes nicht dem letzten Inhaber des Schecks, sondern der bezogenen Bank obliegen soll.
9. Alle Folgen der Nichtbeachtung vorstehender Bedingungen sowie des Abhandenkommens, der mißbräuchlichen Verwendung, der Fälschung und der Verfälschung von Schecks, Scheckvordrucken und Vordrucken für Empfangsbescheinigungen trägt der Kontoinhaber. Die Bank haftet nur für nachgewiesenes Verschulden und nur in dem Maße, in dem ihr Verschulden im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat.

Anlage 2

An

— Kreditinstitut —

Konto-Nr.

Ich
Wir bescheinige.....

ein Scheckheft mit den Vordrucken Nr. bis und einen Quittungs-Vordruck für den

Empfang eines neuen Scheckheftes erhalten zu haben. Die umseitigen Bedingungen erkenne ^{Ich} an.
wir

....., den 195...

U. g.

(Unterschrift des Kontoinhabers)

Die Deutsche Investitionsbank gibt bekannt:

Preisüberprüfung bei Revisionen

Bei der Überprüfung größerer Invest-Bauvorhaben sollte sich der Revisor nicht darauf beschränken, die Prüfung rechnungsmäßig durchzuführen, sondern auch der preisrechtlichen Seite volle Beachtung schenken, denn zuweilen kann der auf Rechnungen angebrachte Preisgenehmigungsvermerk täuschen. So wurden beispielsweise bei Überprüfung der Rechnungen einer privaten Baufirma erhebliche Preisverstöße festgestellt. Diese waren darauf zurückzuführen, daß in einem zwischen den Unternehmern und dem ehemaligen Landrat abgeschlossenen Vertrag der Baufirma Zugeständnisse gemacht worden sind, die über die Bestimmungen der einschlägigen Preisanordnungen hinausgingen.

Bezahlung von Lehrmaterial aus Investitionsmitteln

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksbildung, Abteilung Unterrichtsmittel, und der Staatlichen Planungskommission wurde festgelegt, daß Erstaustattungen von Schulen mit Lehrmitteln, wie Wandkarten, apparative Einrichtungen für Chemie- und Physik-Unterricht, Planos usw. aus Investitionsmitteln gezahlt werden. Voraussetzung ist, daß die betreffenden Ausrüstungen eingeplant sind.

Ergänzungs-Lehrmittel werden dagegen aus Mitteln des Haushalts gezahlt.

Veränderung von Positionen des Generalreparaturplanes

Die in der bestätigten Planaufgabe und der bestätigten Kostenstruktur verankerten Zahlen sind gesetzlich und somit unbedingt einzuhalten. Für die Revisoren der DIB sind die in diesen Unterlagen enthaltenen Zahlen die Revisionsgrundlage und werden für die Durchführung der

Prüfung herangezogen. Eine Änderung des Planes hat also prinzipiell zu unterbleiben.

Bei den Positionswerten des Generalreparaturplanes handelt es sich aber zum großen Teil nicht um kalkulatorische Werte wie bei Investitionen, sondern um Schätzwerte, so daß sich der volle Umfang einer geplanten Großreparatur oft erst nach Inangriffnahme gänzlich überblicken läßt. Hierbei muß grundsätzlich gewährleistet sein, daß die Plansummen der einzelnen Strukturpositionen unverändert bleiben. Eine Änderung der Teilpositionen innerhalb der jeweiligen Strukturposition kann dann gebilligt werden, wenn das Einverständnis der Vereinigung vorliegt. Als Veränderungen größeren Umfanges, bei denen sich die Vereinigung mit der zuständigen Hauptabteilung ins Einvernehmen zu setzen hat, gelten solche Veränderungen, welche 10 % der vorgesehenen Plansumme überschreiten.

Wird durch unvorhergesehene Umstände eine Generalreparatur notwendig, die bei der Planerstellung nicht berücksichtigt werden konnte, ist sofort mit entsprechender Begründung nachzuplanen.

Auch bei Generalreparaturen darf eine Überschreitung der Gesamtplansumme ohne Nachplanung unter keinen Umständen vorkommen. Im übrigen gelten hier die gleichen Bestimmungen, wie sie für Investitionen bekannt sind. So werden beispielsweise außerplanmäßige Generalreparaturen genau so als Verstoß gegen die Finanzdisziplin geahndet wie außerplanmäßige Investitionen.

Handelsspanne der DHZ und der übrigen Handelsorganisationen

Der Fragenkomplex der Handelsspanne usw. wird im Ministerium der Finanzen, HA Preise, im Rahmen der Finanzpläne der volkseigenen Wirtschaft laufend bearbeitet und beobachtet. Grundsätzlich stehen der DHZ nur dann die preisrechtlich festgelegten Großhandels-

NACHRICHTEN FÜR DEN GELD- UND KREDITVERKEHR

spannen zu, wenn die Funktionen des Großhandels in vollem Umfange ausgeübt werden. Werden also die Lieferungen ab Lager der DHZ usw. ausgeführt, kann die volle Großhandelsspanne, für sogenannte Streckengeschäfte dagegen nur eine beschränkte Großhandelsspanne in Ansatz gebracht werden. Bei der Erteilung von Lieferanweisungen ab Werk ist die Berechnung einer Großhandelsspanne nicht zulässig. In diesem Falle erhalten die DHZ usw. von den Herstellerbetrieben 0,3% als Vermittlerprovision, die für den Abnehmer nicht in Erscheinung treten.

Das Finanzministerium ist mit uns der Meinung, daß für Lieferungen an Investträger in nur wenigen Fällen eine Großhandelsspanne berechnet werden kann. In allen Zweifelsfällen sind die örtlichen Preisstellen zur Begutachtung heranzuziehen.

Versicherungsschutz für staatliche Institute

Nach den für die Länder der Deutschen Demokratischen Republik geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterliegen sämtliche Gebäude der Versicherungspflicht gegen Feuer- und Diebstahl. Hiervon ausgenommen sind die Gebäude der Reichsbahn und Post, mit Ausnahme derjenigen, die überwiegend Wohnzwecken dienen. Unentschieden ist ferner noch die Frage, inwieweit Regierungsgebäude versichert werden sollen. Die Frage der Versicherung der öffentlichen Gebäude liegt der Regierungskanzlei zur Prüfung vor, eine Stellungnahme wird seitens des Herrn Staatssekretärs Dr. Geyer erwartet.

Solange die Selbstversicherung durch die Regierungskanzlei als ausreichender Versicherungsschutz angesehen wird, kann von unseren Revisoren der Abschluß von besonderen Versicherungsverträgen für Ausrüstung und Inventar der öffentlichen Verwaltung nicht gefordert werden.

Im gleichen Sinne hat uns die Hauptabteilung Banken und Versicherungen bestätigt, daß zur Zeit keine Möglichkeit besteht, die Sozialversicherungsanstalten zum Abschluß von Versicherungsverträgen mit den Landesversicherungsanstalten zu veranlassen. Die Sozialversicherungsanstalten vertreten ebenfalls das Prinzip der Selbstversicherung.

Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen zum Taxwert

Bei Verkäufen von gebrauchten Kraftfahrzeugen ist es obligatorisch, durch einen amtlich zugelassenen Schätzer den Höchstpreis des Fahrzeuges feststellen zu lassen. Dieser Höchstpreis entspricht dem des Jahres 1944.

Der Schätzer ist verpflichtet, bei der Wertermittlung vom Anschaffungspreis des abzuschätzenden Kraftfahrzeuges auszugehen und den heutigen Zustand zu berücksichtigen. Somit kann ein gebrauchtes Kraftfahrzeug niemals den Preis erreichen, den es in seinem Baujahr hatte, sondern in der Regel höchstens 75% des Neuwertes. Härteausgleiche zu den zulässigen Taxwerten oder sonstige Zuschläge sind nicht statthaft.

Diese Entscheidung des Finanzministeriums vom 5. Oktober 1950 für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gilt nach Rücksprache mit dem Magistrat von Groß-Berlin, Hauptamt Preise, analog auch für das Gebiet von Groß-Berlin.

Mitteilungen der HA Währung und Kredit des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

Freizügigkeit der Kreditberechtigungsscheine

Neben der schon bestehenden Freizügigkeit im Warenkauf wird nunmehr nach beendeter Überprüfung der früher ausgegebenen Kreditberechtigungsscheine den Sparkassen auch die Freizügigkeit eingeräumt, auf Grund der ihnen von den Kreditnehmern vorgelegten Kreditberechtigungsscheine anderer Sparkassen Überweisungsaufträge entgegenzunehmen und auszuführen. Dieses den Wünschen der auswärts kaufenden ehemaligen Umsiedler entgegenkommende vereinfachte Verfahren schließt natürlich ein gewisses Risiko insofern ein, als eine mißbräuchliche Ausnutzung unter Umständen erst von den auf den Kreditberechtigungsscheinen genannten Sparkassen aufgedeckt werden kann. Im Hinblick auf die Vorteile, die für den Kreditnehmer mit dem Freizügigkeitsverfahren verbunden

sind, sollen diese Bedenken zurückgestellt werden, zumal, da bei sorgfältiger Beachtung aller gegebenen Sicherheitsvorschriften kaum mit Ausfällen zu rechnen sein dürfte.

Da die den Überweisungsauftrag des ortsfremden Kreditberechtigten entgegennehmende Sparkasse über keine Kreditunterlagen verfügt, muß die Legitimationsprüfung selbstverständlich besonders genau erfolgen. Die wichtigsten Merkmale des Deutschen Personalausweises sind festzuhalten, um für etwaige Recherchen zur Verfügung zu stehen. Des weiteren sind die Kreditberechtigungsscheine auf Kredithöhe, Änderungsvermerke und Ausstellungsdatum zu überprüfen, um festzustellen, ob sie den Arbeitsrichtlinien vom 18. November 1950 entsprechen. Bei der Eintragung des Überweisungsvermerks auf der Rückseite des Kreditberechtigungsscheines ist der DM-Betrag in Worten zu wiederholen. Die den Überweisungsbetrag vorstreckenden Sparkassen erholen sich am gleichen Tage mittels gelber Lastschriftkarte, wie sie im Freizügigkeitsverkehr im Spargeschäft verwendet wird, bei der kreditgewährenden Sparkasse. Da die Lastschriftkarte Buchungsunterlage darstellt, müssen alle erforderlichen Angaben daraus zu ersehen sein:

Nr. des Personalausweises,
Name des Umsiedlers,
Nr. des Kreditberechtigungsscheines,
Datum des Kauftages,
Name und Anschrift des Verkäufers,
gekaufter Gegenstand,
Preis in DM,
Konto-Nr.

Nach Abbuchung des Betrages vom Schuldkonto bei der kontoführenden Sparkasse übersendet diese dem Kreditnehmer Buchungsanzeige. Sofern die auftragsweise handelnde Sparkasse die letztmögliche Überweisung ausführt, hat sie den Kreditberechtigungsschein einzuziehen und mit der gelben Lastschriftkarte der kreditgewährenden Sparkasse zu übersenden.

Da ein Aufgebotsverfahren für verlustig gegangene Kreditberechtigungsscheine zu schwerfällig sein würde, werden in den Rundschreibendiensten der Sparkassenverbände fortlaufend erscheinende Verlustmeldungen das Aufgebotsverfahren ersetzen müssen. Die Neuausstellung eines abhanden gekommenen Kreditberechtigungsscheines darf keinesfalls vor Ablauf eines Vierteljahres, vom Tag der Verlustmeldung an gerechnet, erfolgen.

Gesetz über Erlass von Schulden und Auszahlung von Guthaben an alte und arbeitsunfähige Bürger der Deutschen Demokratischen Republik

(§ 6 a des Gesetzes vom 8. September 1950)

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob auch die Verbindlichkeiten gegenüber geschlossenen Kreditinstituten in den Schuldenerlaß mit einzubeziehen sind, wenn die Kreditinstitute diese Forderungen aus eigenen Mitteln abgelöst und in die eigenen Rechnungen übernommen haben. Wie das Ministerium der Finanzen der DDR in einem Schreiben an die Finanzministerien der Landesregierungen dazu mitteilte, sind bei der Durchführung des Schuldenerlasses auch die Forderungen mit zu berücksichtigen, die ursprünglich gemäß Befehl 66 einzuziehen waren, da sich durch die Übernahme in eigene Rechnung das vor dem 9. Mai 1945 begründete Schuldverhältnis nicht geändert hat.

Einkommensrichtsätze für Umsiedler-Wohnbedarf-Kredite

Zur Klarstellung von Zweifelsfragen, die bei der Auslegung der Arbeitsrichtlinien vom 18. November 1950 hinsichtlich der Einkommensrichtsätze entstanden sind, ist folgende Regelung ergangen:

Staatliche Erziehungsbeihilfen, die gemäß Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR vom 8. September 1950 gezahlt werden sowie Trennungsschädigungen, Voll- und Halbwaisenrenten, Alimentenzahlungen, Stipendien und laufenden staatliche Unterstützung für Mutter und Kind auf Grund des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und Rechte der Frau vom 27. September 1950, sind bei der Feststellung des Bruttoeinkommens nicht mit anzurechnen.

Finanzfachmann

VVB Industrie und Handel, vertraut mit Finanz- und Betriebsplanung, Revis'on, Plankontrolle, BAB Kostenträger, Richts. Steuern und Recht, sucht Stellung, Zuschriften an

Heffter-Wolff, Leipzig-S. 3, Fockestr. 17 I

MERCEDES-

Buchungsmaschinen

Rechenmaschinen

kauft

KWU-

Direktion Erfurt

Ausbildung zum

**Bilanzbuchhalter
Betriebsabrechner
Steuerfachmann**

durch Fernunterricht.
Auskunft kostenlos.

**Paul Siegel, Steuer-
rechnerlehrer**
(10 a) Wurgwitz über Dresden-A. 28

Wir suchen

REVISOREN

mit guten Kenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet der industriellen Organisation und des industriellen Rechnungswesens.

Bewerbungen von überdurchschnittlichen Kräften erbeten

ABUS

Vereinigung Volkseigener Betriebe für die Ausrüstung von Bergbau und Schwerindustrie

Halle (Saale), Am Vogelherd 1b



Durchschreibe-Buchführung

für Finanz, Lohn und Lager

Richard Hauenstein, (15b) Altenburg (Thür.)

Spezialfabrik für Kartel- und Buchungseinrichtungen



EINHEITS- DURCHSCHREIBE- BUCHHALTUNGEN
für Anlage-, Finanz-, Material-Buchhaltungen sowie Brutto- u. Netto-Lohnabrechnungen nach den Richtlinien des Ministeriums der Finanzen richtet ein und liefert aus:

ODA-BÜRO-AUSRÜSTUNGEN

Berlin C 2 - Roßstraße 29/30 - Ruf: 51 51 17

ODA-Stab- und Mägenregistraturen / ODA-Finanz-, Lohn-, Lagerbuchhaltungen / ODA-Stell- und Flackartikeln / ODA-Büromöbel / ODA-Bürogeräte

Burroughs-

Spezialwerkstatt
Kundendienst für sämtliche Modelle
Ersatzteile - Zubehör

An- und Verkauf gebrauchter Maschinen
Kurzfristige Überholungen genau nach
Fabrikvorschrift

Paul Elze, Leipzig C1, Barfußgasse 11 II, Tel.: 3 09 09

Burroughs-Kundendienst

Spezial-Reparatur-Werkstatt für Rechen-, Buchungs-,
Fakturier- und Schreibmaschinen
An- und Verkauf von Büromaschinen

RUDOLF PUTZ, Leipzig C 1

früher Barfußgäßchen 11, jetzt: Martin-Luther-Ring 13
TELEFON 31917

Anker

KUNDENDIENST

Registriertkassen
Buchungsmaschinen

SPEZIAL-REPARATUR-WERKSTÄTTE

ERICH SCHLINGMANN, Leipzig C1

Universitätsstrasse 4 Telefon 65791

Zutaten-Verkauf - Ankauf - Verkauf - Begutachtung



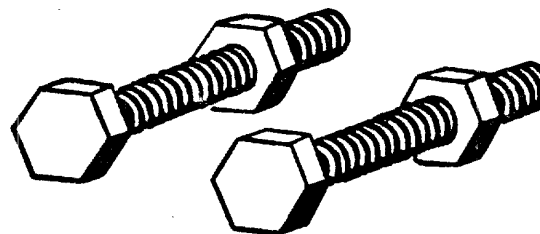
Finanz-, Lager-, Lohn-

Durchschreibe-Buchhaltung

Spezialität: Präzisions-Formulardruck - Eigene Apparate- und Gerätefertigung - Ablegemappen- und Geschäftsbuch-Sonderfertigung

F. W. Kaiser, Plauen i. V.

Sächsische Geschäftsbücherfabrik



Wegen 2 Schrauben

stockt der Betrieb - der Einkauf hat versagt
Planmäßige Beschaffung und Obligokontrolle zu jeder
Zeit sichern Sie Ihrem Betrieb durch die

W - O - Einkaufskontrolle
im **Durchschreibe-Verfahren**



WEIGANG-ORGANISATION

Dresden-A. 1, Wiener Straße 33

Postanschrift: Dresden-A. 24, Schließfach 25

- Ein Qualitätsbegriff der Betriebswirtschaft -
Verlangen Sie Vertreterbesuch bzw. Druckschrift 3429



Es ist erschienen

DAS TASCHENBUCH FÜR SIE

In Ganzleinen gebunden

Format DIN A 6

Umfang 224 Seiten — Preis DM 2,50

Von Jahr zu Jahr hat unser Taschenbuch einen sprunghaft steigenden Kreis von Benutzern und Freunden gefunden. Die tägliche Arbeit und das Taschenbuch sind zu einem untrennbaren Begriff geworden.

Die Ausgabe 1951 hat deshalb besondere Bedeutung, weil ihr Inhalt im Zeichen des Fünfjahrplans steht. Selbstverständlich werden alle mit ihm in Zusammenhang stehenden Probleme, wie der VEB-Plan, Aktivistenplan, TAN-Arbeit, betriebliches Vorschlagswesen, Materialversorgung usw., nach dem letzten Stand der Entwicklung behandelt.

Besonderer Raum ist den Aufgaben der Gewerkschaften im Fünfjahrplan gewidmet. Für den Verwaltungsarbeiter werden wieder eine ganze Anzahl wichtiger Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung behandelt.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist es, daß das Taschenbuch bereits die gesamte neue Struktur der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit genauen Adressenangaben aufzeigt.

Der hiermit beginnende zweite Teil des Taschenbuches gibt einen vollständigen Aufriß von Verwaltung und Wirtschaft unserer Republik. Vom Präsidenten bis zu den Kreisverwaltungen, von den volkseigenen Betrieben bis zu den MAS, von den politischen Parteien und Massenorganisationen bis zu den Konsumgenossenschaften werden alle wichtigen Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane strukturmäßig ebenfalls mit voller Adressenangabe angegeben.

Dies alles ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem reichen Inhalt des Taschenbuches, welches wieder 224 Seiten Umfang hat und dessen Kalendarium reichliche Eintragungsmöglichkeiten bietet.

VERLAG Die Wirtschaft BERLIN W 8, FRIEDRICHSTRASSE 61

Geben Sie sofort Ihre Bestellungen auf